

# Schiltach und Lehengericht im Dritten Reich

## Auswertung der Akten des Städtischen Archivs Schiltach

Bearbeiter: Dr. Andreas Morgenstern

erstellt im Städtischen Archiv Schiltach, April 2015

# Inhalt

Vorwort	3
Vorgeschichte	6
Gleichschaltung	19
Politik und Gesellschaft	36
Krieg	112
Nachkriegsgeschichte	146

# Vorwort

Im Mai 2015 jährt sich zum 70. Mal das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Europa, Deutschland und Schiltach. Am 8. Mai 1945 kapitulierte das „Dritte Reich“ nach knapp sechs Jahren Krieg und einer mehr als zwölfjährigen Diktatur. Auch in der Stadt Schiltach und der Gemeinde Lehengericht lebte die Bevölkerung unter und mit dem Regime. Natürlich wurden die richtungweisenden Entscheidungen anderswo getroffen, doch zeigten sich in den Bereichen des konkreten Aushandelns eines Lebens in der Diktatur auch hier die Auswirkungen der NS-Herrschaft. Die vorliegende Dokumentation hat sich die Aufgabe gestellt, Kampf um den Erhalt des Weimarer Demokratie, Gleichschaltung, Verfolgung politischer Gegner, Ausgrenzung rassistisch Verfolgter, Leben in der „Volksgemeinschaft“, eine insbesondere in den Kriegsjahren zunehmende Radikalisierung, schließlich Besatzung und demokratischen Neuaufbau für beide Gemeinden nachzuzeichnen. Schiltach und Lehengericht zeigen sich dabei in der Auswertung der im Stadtarchiv Schiltach vorliegenden Unterlagen für die Zeit des „Dritten Reichs“ als typische deutsche Gemeinden. Anpassung und Widerspruch, begeisterte Übernahme der herrschenden Ideologie in den Verwaltungen, aber auch Ambivalenz der Handelnden charakterisieren auch vor Ort die Ereignisse der Zeit.

Das Stadtarchiv Schiltach dient als Grundlage der vorliegenden Arbeit. Das Archiv fungiert als historisches „Gedächtnis“ der Stadt Schiltach sowie der ehemals selbstständigen Gemeinde Lehengericht. Etwa 9000 unterschiedliche Dokumente befinden sich in seinen Beständen, wobei der Schwerpunkt entsprechend des Auftrags eines städtischen Archivs im amtlichen Schriftverkehr der zuständigen Kommunen zu finden ist. Die Vielfalt der Themenkomplexe, mit denen sich eine Verwaltung auseinandersetzt, ermöglicht aber durch das hinterlassene Schriftgut eine umfassende Dokumentation der Ereignisse während einer bestimmten Zeitphase bzw. zu zahlreichen inhaltlichen Bereichen.

Für den Zeitraum 1933 bis 1945, die Jahre des „Dritten Reichs“, sind für Schiltach und Lehengericht zahlreiche Unterlagen im Stadtarchiv vorliegend. In ihrem Mittelpunkt steht der Schriftverkehr der beiden Bürgermeisterämter mit dem Bezirksamt bzw. (ab 1939) Landratsamt. Aber selbstverständlich wurden auch zahlreiche andere Behörden, Institutionen und Privatpersonen angesprochen. Gerade die Kontakte mit der NSDAP-Ortsorganisation Schiltach und die Vorbereitung und Durchführung propagandistischer Veranstaltungen bieten

Einblick in das Verhältnis zwischen Kommune und Partei, nachdem die Parteiunterlagen nicht erhalten geblieben sind. Auffällig ist bei der Untersuchung die teils differierende Überlieferung. Insbesondere mit Blick auf den Kontakt zwischen Gemeindeverwaltungen und Kreisverwaltung bzw. anderen Behörden ließe sich erwarten, dass Vorgaben, Hinweise usw. für beide Gemeinden nachweisbar wären. Tatsächlich ergänzen sich die Bestände zu beiden Gemeinden aber. Auffällig ist auch die sich zumindest in Nuancen unterscheidende Weitergabe politischer Vorgaben in Schiltach und Lehengericht. Eine Trennung in die Beschreibung der Ereignisse in Schiltach und Lehengericht erscheint daher jenseits der ohnehin engen Verknüpfung zwischen beiden Gemeinden als nicht zweckmäßig.

Gleichzeitig muss festgehalten werden, dass es sich bei der Auswertung der vorliegenden Akten lediglich um einen Ausschnitt aus einer bestimmten Perspektive der tatsächlichen Ereignisse in Schiltach und Lehengericht handeln kann. Gerade in einer Diktatur finden zahlreiche Entscheidungsprozesse auf informellen Weg, durch persönlichen Kontakt oder auch unter Zwang statt. Folglich muss dem Leser bei zahlreichen Entscheidungen von Amtsträgern deren (begrenzter) Aktionsfreiraum bewusst sein.

Bei der Auswertung der vorliegenden Aktenstücke wurde auf eine Kommentierung der Ereignisse und Entscheidungen weitgehend verzichtet. Im Mittelpunkt steht die Dokumentation; der Leser möge sich an vielen Stellen selbst sein Urteil bilden. Zur sparsamen Einordnung der Ereignisse gehören in erster Linie Verweise auf Parallelstellen, die zum besseren Verständnis der Entwicklung beitragen sollen. Bewusst unverändert gelassen wurde auch die Schreibweise in den wörtlichen Zitaten, abgesehen von eindeutigen Fehlern. Der Bearbeiter ist sich des Umstands bewusst, dass die Einordnung der beschriebenen Ereignisse in die Kapitel „Vorgeschichte“, „Gleichschaltung“, Politik und Gesellschaft“, „Krieg“, „Nachkriegsgeschichte“ in manchen Fällen auf subjektiv geprägter Basis erfolgte. Zur besseren Übersichtlichkeit der Dokumentation wurde dennoch diese Gliederung verwendet, ermöglicht sie doch einen schnelleren Zugriff auf bestimmte Schlüsselzeiten und -ereignisse.

Die Erschließung der Bestände erfolgte in zwei Schritten. Zunächst wurden die Unterlagen nach einer Prüfung der verzeichneten Inhaltsjahrgänge, anschließend nach der festgelegten Verschlagwortung sortiert. Zahlreiche Begrifflichkeiten wurden in die Suche aufgenommen. Darunter befanden sich naheliegende Begriffe wie „NSDAP“, „SPD“, „KPD“, Krieg“, „Ostarbeiter“, „Polen“ usw., aber auch umfassendere Themen, wie „Wirtschaft“, „Schule“,

„Versorgung“. Zur Ergänzung der gewonnenen Resultate aus diesen beiden Schritten wurden die jeweils thematisch verwandten Akten in die Prüfung inbegriffen. Möglich war dies nur dank der umfassenden Bestandsaufnahme von Herrn Dr. Michael Hensle. Eine wertvolle Ergänzung stellte die Möglichkeit der Auswertung des Nachrichtenblatts während seiner Erscheinungszeit in den dreißiger Jahren dar.

Eine Auswertung vorhandener Akten in einem Stadtarchiv kann und darf niemals Vollständigkeit beanspruchen. Die Auswahl der beschriebenen Ereignisse und Entscheidungen beruht trotz des Anspruchs auf weitgehender Vollständigkeit an vielen Stellen doch auf einer subjektiven Auswahl des Bearbeiters. Manche Unterlagen finden vielleicht erst in späterer Zeit den Weg ins Archiv, manches ist verloren gegangen, vieles nie verschriftlicht worden. Auf Papier geschriebene „Wirklichkeit“ und tatsächliche Wirklichkeit unterscheiden sich vielfach. So kann es sich bei der vorliegenden Dokumentation lediglich um einen Zwischenstand zu der Erforschung der Archivbestände, aber vor allem der Zeit des „Dritten Reichs“ in Schiltach und Lehengericht insgesamt handeln.

Aus dem Blickwinkel des Jahres 2015 erscheinen die Ereignisse der Jahre 1933-1945 fern zu sein. Doch jenseits der sich immer wieder an bestimmten Jubiläen orientierenden Gedenkhöhepunkte ist das Thema für die Gegenwart nicht so fremd. Im Jahr 2013 war der Schiltacher Gemeinderat aufgerufen, Stellung zu einer 1933 von ihren Lehengerichtern Vorgängern getroffenen Verleihung der Ehrenbürgerwürde für den damaligen „Führer“ Adolf Hitler, seinen badischen Reichsstatthalter Robert Wagner und Reichspräsident Paul von Hindenburg zu nehmen. Zur gleichen Zeit erscheinende schriftliche Beiträge und ein gemeinsamer Vortrag von Dr. Hans Harter und Dr. Helmut Horn riefen in der Bevölkerung reges Interesse hervor. So möchte die vorliegende Dokumentation einen Beitrag zur weiteren Erforschung der Ereignisse in Schiltach und Lehengericht leisten. Dem Bearbeiter ist dabei bewusst, dass für einen umfassenderen Blick auf die damaligen Ereignisse die kritische Auseinandersetzung mit weiteren Quellen, insbesondere mit der damaligen Tagespresse und Erinnerungen der Zeitzeugen, gefordert ist.

Schiltach, April 2015

# Vorgeschichte

DATUM	EREIGNIS	AKTENSTÜCK
1928	Nach Angaben von Gottlieb Trautwein (1947) fand 1928 die erste NSDAP-Veranstaltung in Schiltach statt. <sup>1</sup> → Vgl. <i>Kap. Politik und Gesellschaft, 11.9.1937</i>	Fra-177
1.8.1930	Absage der SpVgg Schiltach zur Schiltacher Veranstaltung zur Verfassungsfeier. <sup>2</sup>	AS-2087
11.8.1930	An der Schiltacher Verfassungsfeier nehmen der TV Schiltach und Kraftsportverein „Deutsche Eiche“ teil. <sup>3</sup>	AS-2087
16.11.1930	Kommunalwahl in Schiltach, dabei wird auch ein Zettel mit einem Reim eingeworfen, der die allgemeine Enttäuschung mit allen Parteien anzeigt. <sup>4</sup> Die Wahl zu den Gemeindeverordneten ergibt folgendes Ergebnis: SPD 151 NSDAP 148 Bürgerl. Vereinigung 81  Bezirksratswahl: Zentrum 16 SPD 135 NSDAP 144 KPD 5 Bürgerl. Vereinigung 83  Kreisabgeordnete: Zentrum 17 SPD 127 NSDAP 145	AS-1066

	<p>KPD 4  Bürgerl. Vereinigung 82  als Stadträte wiedergewählt: Abraham Aberle (SPD)  Adolf Trautwein (BV)  Christian Wolber (SPD)  Christoph Wolber (SPD)</p> <p>als Stadträte neu gewählt: Stadträte neu: Wilhelm Engelmann sr. (NSDAP)  Friedrich Götz (NSDAP)  August Vornfett (NSDAP)  Gottfried Harter (BV)</p>	
16.11.1930	Kommunalwahl in Lehengericht. Für den Gemeinderat kandidiert nur eine bürgerliche Liste.	AL-77
17.12.1930	Bei den Neuwahlen der Bürgermeisterstellvertreter in Schiltach werden gewählt: 1. Stellv. Adolf Trautwein 2. Christian Wolber 3. August Vornfett	AS-1040
29.1.1931/ 13.2.1931	Der Deutschnationale Handelsgehilfen-Verband (DHV) Schiltach schildert in drastischen Worten die aktuelle schlechte wirtschaftliche Situation. <sup>5</sup>	AS-1313
24.2.1931	Der TV Schiltach und der Kraftsportverein „Deutsche Eiche“ erhalten die Ehrenurkunde für die Teilnahme an der Verfassungsfeier 1930. <sup>6</sup>	AS-2087
30.4.1931	Die NSDAP-Fraktion will im Gemeinderat eine gleichmäßige Verteilung der katholischen Kinder auf beide Volksschulklassen erreichen, bisher ist eine Klasse komplett evangelisch, die andere gemischt und mit einem katholischen Lehrer Am 21.5.31 wird der Antrag zurückgenommen.	AS-1531
30.4.1931	In einem Antrag der NSDAP im Bürgerausschuss wird eine Filialsteuer zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit gefordert. Unter die zu steuernden Filialunternehmen sollen auch die Konsumvereine fallen. <sup>7</sup> Das Ziel ist weit verbreitet und auch das Innenministerium bedauert, dass eine Umsetzung 1931 nicht möglich sei. Der Bürgerausschuss beschließt gegen die Stimmen der SPD die Einführung der Steuer zum 1.4.1932. Eine Umsetzung des Beschlusses wird aber nicht erfolgen.	AS-1215
9.5.1931	Rede von NSDAP-Gauleiter Wagner im „Rössle“-Saal zu „Unser Kampf um Freiheit und Brot“.	AS-1963
10.5.1931	Das Reichsbanner, OV Schramberg marschiert durch Schiltach.	AS-1963
25.5.1931	SA-Ausmarsch nach Sulzbach.	AS-1963

30.5.1931	Reichsbanner-Versammlung im Gasthaus „zur Linde“.	AS-1963
6.6.1931	NSDAP-Versammlung im „Rössle“-Saal: „Untergang oder Rettung? Die deutsche Frau und der Nationalsozialismus“. Dazu gibt es einen Aufmarsch von SA und HJ.	AS-1963
8.6.1931	KPD-Versammlung in der „Sonne“.	AS-1963
23.6.1931	Das badische Innenministerium warnt vor den verächtlich machenden Reden des NS-Reichspropagandaleiters Josef Schneider-Franke. Bürgermeister Groß erklärt, gegebenenfalls Meldung zu erstatten. <sup>8</sup>	AS-1963
28.6.1931	NSDAP-Versammlung im „Aberle“-Saal mit dem Karlsruher Stadtrat Kramer: „Bauernnot-Volkesnot“	AS-1963
6.7.1931	In Schiltach gibt es 77 Arbeitslose (darunter 59 Arbeiter, 6 Angestellte, 12 Frauen)	AS-857
15.8.1931	KPD-Versammlung im „Rößle“-Saal (danach in Oberwolfach und Wolfach). Als Rednerin kommt die Ludwigshafener Stadträtin Jakobshagen (Ehefrau eines früheren SPD-Reichstagsabgeordneten): „Warum ich von der S.P.D. zur K.P.D. übertrat“. Die Veranstaltungsleitung hat Gustav Dieterle. Dabei werden auch Flugblätter verteilt. <sup>9</sup>	AS-1963
12.9.1931	Lehengerichts Bürgermeister Bühler wendet sich gegenüber dem Bezirksamt gegen eine Eingemeindung nach Schiltach. Lehengericht sei weder zu klein noch gebe es großes Einsparungspotenzial und bereits 1924 hätten sich die Lehengerichter „einstimmig“ gegen die Eingemeindung gewendet“. <sup>10</sup> → Vgl. Kap. Vorgeschichte, 8.6.1932, 7.10.1932	AL-71
16.9.1931	Gauleiter Wagner spricht in „Aberle“-Saal: „Brüning oder Hitler“.	AS-1963
11.10.1931	Rede des NS-Pfarrers Hermann Teutsch (Leutershausen) zu „Christentum und Nationalsozialismus“.	AS-1963
15.10.1931	Veranstaltung der „revolutionären Gewerkschaftsopposition“ mit Gustav Dieterle (KPD). Eine Auflage des Bezirksamts schreibt: „Ueber die derzeitige Krisenstimmung darf nicht gesprochen werden.“	AS-1963
30.10.1931	Bei einer NSDAP-Ausfahrt dürfen Omnibusse nach Schramberg „keine äusseren Abzeichen der Partei“ tragen.	AS-1963
6.11.1931	Schiltachs Bürgermeister Groß fordert gegenüber der Staatsregierung die Eingemeindung von Lehengericht und von Teilen Kinzigtals. Grundlage der neuen Bestrebungen sind die im Landtag verabschiedeten Notverordnungen. <sup>11</sup>	AS-1006
14.11.1931/ 12.2.1932	14 Personen aus Kuhbach/Heubach („sämtliche in dem in Frage kommenden Gebiet“) unterzeichnen einen Aufruf, sie hätten das „allergrößte Interesse an einer Eingemeindung nach	AS-1006

	<p>Schiltach“. Am 12. Februar 1932 wiederholt Schiltach seine früheren Eingemeindungsanträge, diesmal aber an den Landtag: „Die Durchführung der Gemarkungsgrenzverlegung gegenüber der Gemeinde Kinzigtal ist das dringendste Verlangen, daß der Gemeinderat in dieser Eingabe vorbringt, denn sie ist auch geradezu eine Naturnotwendigkeit.“ Kinzigtal wendet sich aber 1932 entschieden gegen eine Umgemeindung. Am 19. Juni 1932 erhalten die Gemeinderäte den Aufruf zur Einigung, sonst müsse eine Entscheidung gefällt werden. Schiltach bietet Kinzigtal am 30. Juli eine jährliche Entschädigung (nach Abzug entstehender Kosten) bis zur endgültigen Lösung an. Auch dieser Vorschlag wird am 8. September 1932 abgelehnt. Daraufhin muss das Bezirksamt dem Schiltacher Gemeinderat mitteilen: „Im gegenwärtigen Zeitpunkt scheint die Eingemeindung wohl auf zu grossen Widerstand zu stossen und deshalb aussichtslos zu sein.“ Dennoch befürwortet am 28. November 1932 das Bezirksamt aus „praktischen Gründen“ die Umgemeindung. Bürgermeister Groß äußert sich sehr enttäuscht über das Verhalten Kinzigts.<sup>12</sup> Tatsächlich wären die steuerlichen Verluste dank der Unternehmen Firma Gebr. Heinzelmann, Hirsch-Wilhelm Heinzelmann und Hotelier Friedrich Wolber für Kinzigtal nicht gering gewesen. → Vgl. Kap. Vorgeschichte 11.3.1932</p>	
15.11.1931	KPD-Abgeordneter Faulhaber aus Mannheim spricht im „Röble“: „Bildung einer Roten Einheitsfront ist das Gebot der Stunde“. Eine Auflage des Bezirksamts schreibt: „Ueber die derzeitige Krisenstimmung darf nicht gesprochen werden.“	AS-1963
15.11.1931	Oberstleutnant a.D. Ahlemann (NSDAP) spricht im „Aberle“-Saal: „Am Scheideweg“. Eine Auflage des Bezirksamts schreibt: „Ueber die derzeitige Krisenstimmung darf nicht gesprochen werden.“	AS-1963
12.12.1931- 3.1.1932	Alle politischen Versammlungen, Anschläge und Flugblätter sind verboten.	AS-1963
14.1.1932	Rede von Rombach (NSDAP) aus Offenburg im „Rössle“: „Was will Hitler?“	AS-1963
17.1.1932	Ein Antrag der NSDAP-Fraktion soll der Gemeindeverwaltung den Einkauf ausländischer Produkte begrenzen. <sup>13</sup>	AS-1403
31.1.1932	KPD-Veranstaltung mit Redakteur Grimm aus Mannheim: „Warum rotes Volksbegehren“ und Gustav Dieterle: „Über den Kampfkongress der roten Einheit in Lehengericht“.	AS-1963
24.2.1932	Veranstaltung des Reichsbanner im „Röble“: „Ziele der Eisernen Front“ mit Redakteur Meurer aus Magdeburg. Als Versammlungsleiter fungiert Wilhelm Bösch.	AS-1963
5.3.1932	NSDAP-Veranstaltung im „Aberle“: Herr Baumann spricht vor der Reichspräsidentenwahl über „Hitler oder Hindenburg“. Am 11.3.1932 wird die Veranstaltung noch einmal wiederholt.	AS-1963

6.3.1932	KPD-Veranstaltung mit Redner Braun: „Präsidentenwahl in Zeiten des Kampfes ‚Klasse gegen Klasse‘“.	AS-1963
11.3.1932	Der Gemeinderat Bergzell wendet sich vehement gegen die Beeinflussung der Kuhbachhof-Bewohner zugunsten einer Eingemeindung nach Schiltach. <sup>14</sup> Bürgermeister Groß weist die Vorwürfe zurück. In einer undatierten Denkschrift wird festgestellt, dass geeignete Sportplätze nur durch Gebietsabtretung möglich, Schiltach zum steuerlichen Ausgleich aber bereit sei. → Vgl. Kap. Vorgeschichte, 14.11.1932	AS-1008
13.3.1932	In der ersten Runde der Reichspräsidentenwahl erhalten die Kandidaten in Schiltach folgende Stimmzahlen: Duesterberg 15 Hindenburg 660 Hitler 356 Thälmann 153 Winter 5 An beiden Wahltagen ist im Kreis der Ausschank von Branntwein verboten. Diese Regelung galt wahrscheinlich bei allen Wahlen.	AS-2095
17.3.1932	Genehmigung für Spruchbänder über die Straße der NSDAP am Wahltag in Größe 600x80 cm in roter und schwarzer Schrift: „Schluss mit dem System! Wählt Adolf Hitler.“ „Gebt uns die Macht, wählt Adolf Hitler“ „Schluss mit dem System! Gebt Adolf Hitler die Macht“	AS-1963
23.3.1932	Das Verbot der Agitation und des Tragens politischer Symbole bei Kindern wird betont.	AS-1963
3.4.1932	Redner van Raay (NSDAP, Karlsruhe) spricht in Lehengericht („zum Löwen“): „Wie wird Adolf Hitler uns helfen“. Die Veranstaltung wird am 6.4.1932 in Schiltach („Röble“) wiederholt.	AS-1963
10.4.1932	Die zweite Runde der Reichspräsidentenwahl ergibt in Schiltach folgendes Ergebnis: Hindenburg 731 Hitler 389 Thälmann 87	AS-2095
14.4.1932	In einer Eingabe an den badischen Landtag beschreiben die Gemeinden gemeinsam ihre Not. <sup>15</sup>	AS-1025
1.5.1932	Demonstration der KPD ohne Transparente (Weg: „Röble“-„Engel“-Schrambergerstraße-Eselsbrücke-Bachstraße-Schiltachbrücke-Schenkzellerstraße-Röble), anschließende Versammlung im „Röble“.	AS-1963

4.5.-30.9.1932	In der „Karlsruher Zeitung“ erklärt Badens Innenminister Emil Maier: „Auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverfassung werden für das Land Baden alle Ansammlungen und Versammlungen unter freiem Himmel (Propagandafahrten, Umzüge und Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen) mit sofortiger Wirkung bis einschließlich 30. September 1932 verboten.“	AS-1963
28.5.1932	Veranstaltung des Stahlhelm im „Aberle“-Saal	AS-1963
Mai 1932	Notausgaben der Gemeinde Lehengericht: 164 RM für Wohlfahrtserwerbslose 9 RM für Arbeitsamt in der Krisenfürsorge 1949 RM Umlage an Bezirksfürsorgeverband (1/2 der Jahresschuld) und sonstige Zahlungen 166 RM sonstiges Ausgaben für Ortsarme	AL-535
8.6.1932	Lehengerichts Gemeinderat wendet sich gegen eine Eingemeindung nach Schiltach. → Vgl. Kap. Vorgeschichte, 12.9.1931, 7.10.1932	AL-71
9.6.1932	Die Firma Karlin wendet sich gegen eine Eingemeindung Lehengerichts. In der Presse soll gestanden haben, dass der Landtag Schiltachs Anliegen zugestimmt hatte (1.6.32). Tatsächlich wurde der zugunsten Schiltachs sprechenden Beschreibung im Landtag „einstimmig“ zugestimmt (Bad. Landtag, 2. Kammer, Protokoll der Sitzung vom 1.6.1932, Band 1931/32, S. 1586).	AL-71
10.7.1932	NSDAP-Veranstaltung im „Röble“ mit MdL Kühler [gemeint wohl Walter Köhler]: „Der Kampf um die Macht“	AS-1963
23.7.1932	KPD-Veranstaltung im „Aberle“-Saal mit Genossen Voht (Kehl). Der Titel lautet „Antifaschistische Aktion“.	AS-1963
23.7.1932	SPD-Veranstaltung mit Stadtrat Geiler (Freiburg): „Eiserne Front für Freiheit, Demokratie und Sozialismus“	AS-1963
31.7.1932	Ergebnis der Reichstagswahl in Schiltach: SPD 294 (im Schiltacher Stimmbezirk 1 liegt sie dabei gleichauf mit der NSDAP) NSDAP 380 KPD 155 Zentrum 61 DNVP 39 DVP 17 DStP 74	AS-2096

	Evangelischer Volksdienst 136 Volksrechtspartei 11 Insgesamt werden 1173 Stimmen abgegeben. In den Archivunterlagen befindet sich noch ein Wahlzettel vom Juli 1932.	
11.8.1932	Eingang eines Funkspruchs: „Ausübung politischer Befugnisse ist ausschließlich Sache der Polizeibehörden und Beamten. Anmassung solcher Befugnisse ist als verboten und strafbar schärfstens zurückzuweisen. Polizeiorgane sofort nochmals anweisen.“	AS-1963
25.9.1932	Reichsbanner-Veranstaltung im „Aberle“-Saal mit Fanfarenkapelle Schwenningen.	AS-1963
7.10.1932	In einem Schreiben an den Landtagspräsidenten Josef Duffner widerspricht Bürgermeister Bühler vehement den Schiltacher Eingemeindungsbestrebungen. Diese seien vor allem den Schiltacher Finanzsorgen geschuldet. Hinter den Bestrebungen stehe vor insbesondere die Schiltacher SPD. Fürsprecher der Eingemeindungsbefürworter, die auch die Landtagsentscheidung ermöglicht habe, sei Josef Heid (MdL, SPD). <sup>16</sup> → Vgl. Kap. Vorgeschichte, 12.9.1931, 8.6.1932	AL-71
14.10.1932	Der Gemeinderat beschließt das Verbot des Tragens von Gemeindeuniformen bei Politikveranstaltungen. Umgesetzt wird damit eine Vorgabe des Reichs.	AS-1963
21.10.1932	Das neue „Schiltacher Nachrichtenblatt“ erscheint erstmals. Es soll die bisherigen „Ausschellungen“ weitgehend ersetzen. Das Blatt kostet 10 Pfennig pro Heft und Woche. Erscheinungsverlauf ist immer samstags in Schiltach und Lehengericht.	AS-1019
23.10.1932	Die Verteilung des Flugblatts „Das rote Sprachrohr“ der KPD wird verboten.	AS-1963
29.10.1932	KPD-Veranstaltung mit MdR [?] Franz [?] Doll aus Mannheim. Titel ist: „Antifaschistische Aktion einigt Arbeiter, Angestellte...“	AS-1963
29.10.1932	SPD-Veranstaltung mit Bieber (Freiburg): „Eiserne Front für Freiheit, Demokratie und Sozialismus. Die Eiserne Front gegen Hakenkreuz“.	AS-1963
30.10.1923	Veranstaltung der Deutschen Staatspartei im „Röble“ mit Dr. Fritz Mauthe, MdL aus Württemberg: „Die Bedeutung der kommenden Reichstagswahl“.	AS-1963
31.10.1932	Ein Schreiben des hilfsbedürftigen Rochus Loutre an Bürgermeister Groß zeigt die große Not, unter der viele Menschen leiden. <sup>17</sup>	AS-857
4.11.1932	NSDAP-Veranstaltung im „Röble“ mit Stadtrat Dr. Stäbel (Karlsruhe): „Das Präsidialkabinett und wir“.	AS-1963
6.11.1932	Ergebnis der Reichstagswahl in Schiltach: NSDAP 325	AS-2096

	SPD 281 (im Schiltacher Stimmbezirk 1 liegt sie dabei gleichauf mit der NSDAP) KPD 169 Zentrum 58 DNVP 30 DVP 32 DStP 74 Volksdienst 161 Insgesamt werden 1137 Stimmen abgegeben.	
19.11.1932	Die Firma „Karlin“ wendet sich gegen zu weit gehende Vorgaben bei der Verteilung der Arbeitsplätze. <sup>18</sup> Daraufhin schreibt Bürgermeister Bühler zurück, die Vorgabe sei allgemein gefasst gewesen und habe sich nicht direkt an die Firma „Karlin“ gewendet. <sup>19</sup>	AL-535
19.11.1932	Im Nachrichtenblatt wenden sich Bürgermeister Groß und Pfarrer Schropp an die Hilfsbereitschaft der Schiltacher während des anstehenden Winters: „Ein neuer Notwinter steht vor der Tür. Wiederum muß fast allerorts die helfende Tätigkeit der Notgemeinschaft einsetzen, damit den notleidenden Volksgenossen geholfen werden kann, so auch in Schiltach. Mehr und mehr werden die Arbeitslosen angesteuert, neue Arbeitslose sind hinzugekommen.“	ANB 19.11.1932
19.11.1932	Im Nachrichtenblatt fordert Bürgermeister Bühler zur Solidarität innerhalb Lehengerichts auf: „In den Betrieben unserer Nachbargemeinden weist man Arbeitssuchende aus unserer Gemeinde zurück mit dem Hinweis, gehalten zu sein, ausschließlich die Arbeitssuchenden der eigenen Gemeinde berücksichtigen zu müssen. – Sollte dies bei uns in Lehengericht nicht auch möglich sein? Darum auf zum Dienst an unserm Nächsten!“	ANB 19.11.1932
23.11.1932	Aufgrund vorgeschriebener Preissenkungen werden die Bäcker ins Bezirksamt vorgeladen.	AS-1313
Dezember 1932	In Schiltach erscheint die dritte Ausgabe der Zeitschrift „Das rote Sprachrohr“ für die Werktätigen Schiltachs. → <i>Eine frühere Ausgabe ist nicht belegt.</i>	AS-1963
12.1.1933	Schiltach plant umfassende Notstandsarbeiten. 1) Erdarbeiten für ein Schwimmbad und Verlegung eines Wegs 2) Holzabfuhrweg in Ebersbach 3) Verbesserung Weg Schiltach-Zollhaus („Durch den Ausbau des Weges Schiltach-Zollhaus wird die kürzeste Verbindung zwischen Kinzig- und Neckartal hergestellt.“) → <i>Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 12.6.1933</i>	AS-2471

24.1.1933	Die Gemeinde muss bei der Heizung der Schule massiv sparen. <sup>20</sup>	AS-1522
28.1.1933	Bei einer KPD-Veranstaltung spricht Faulhaber. Gemeint ist wahrscheinlich der badische KPD-Ortsgruppeninstrukteur Max Faulhaber.	AS-1963

---

<sup>1</sup> Erinnerung von Gottlieb Trautwein, 1947: „Ich hatte mit einigen andern Demokraten im Jahre 1928 die erste Versammlung der NSDAP gesprengt, sodass die Gendarmerie eingreifen musste, um den damaligen Redner derselben Kramer zu schützen.“ (Fra-177)

<sup>2</sup> Schreiben der SpVgg Schiltach an das Bürgermeisteramt, 1.8.1930: „Auch ist es nicht möglich, uns an dem Aufmarsch zu beteiligen, da ein grosser Teil unserer Mitglieder in Württemberg, das den Verfassungstag nicht feiert, arbeitet, resp. dort beheimatet ist.“ (AS-2087)

<sup>3</sup> Schreiben des Bürgermeisteramts an Bezirksamt, 3.9.1930: „Bei der in hiesiger Stadtgemeinde am Verfassungstag veranstalteten amtlichen Verfassungsfeier haben der Turnverein Schiltach e.V. und der Kraftsportverein ‚Deutsche Eiche‘ Schiltach in uneigennützig durch Vorführung sportlicher Wettkämpfe, Freiübungen etc. mitgewirkt.“ (AS-2087)

<sup>4</sup> „Zur Gemeinderatswahl.

Es würde mir gerade noch fehlen,  
zur Gemeinderatswahl Parteien zu wählen.  
Sind wir Deutsche wirklich so dumm  
und lassen uns führen an der Nas´ herum?  
Wir wollen Männer und keine Parteien  
die etwas leisten und nicht nur schreien,  
die mehr können, wie dem Kopfe nicken,  
die es verstehen am Zeuge zu flicken,  
die auch halten was sie versprechen  
und ihre Worte nicht willkürlich brechen.  
Sie müssen sein aus altem Schrot,  
wie sie erschaffen der liebe Gott!  
Wen soll ich wählen, so frage ich mich,  
das Resultat es war kümmerlich.  
Die Linke, die Herren Sozialdemokraten  
kann ich als Partei schon gar nicht vertragen.  
Dagegen will ich gegen den Mann,  
der für die Gemeinde etwas leisten kann,  
bestimmt im Grunde gar nichts haben,  
aber ich will nicht dabei als Stimmvieh traben.  
Denn die Masse, die ist ja so gross,  
dass die Sozi ihre „Hellsten“ in den Rat bringen blos.  
Den ersten Dreien der Mittelparteien

---

kann man die gemachten Fehler verzeihen.  
Denn sie sind Männer die etwas verstehen  
und unsere Not von der richtigen Seite sehen.  
Doch diese werden ohne mich auch gewählt,  
und meine Stimme wäre dann nur verfehlt.  
Die Rechte, die Nazi, der aufgehende Stern,  
sie haben in Schiltach nur einen Herrn,  
der für mich als Person in Frage käme,  
und es im Rat gewissenhaft nähme,  
doch dieser kommt von selbst in den Rat  
wir hoffen das beste von seiner Tat.“ (AS-1066)

<sup>5</sup> DHV an Bürgermeisteramt, 29.1.1931: „Auch im hiesigen Bezirk (Handelskammerbezirk Lahr) wurden die Angestellentarife gekündigt. Die Verhandlungen werden einen Gehaltsabbau bis zu 23 % bringen, während auf der anderen Seite die Preise der Waren, speziell der Lebensmittel und täglichen Bedarfsartikel einen nur geringen, meistens aber gar keinen Abbau erfahren haben.

Besonders sind die Lebensmittel in Schiltach teuer. Ein Beispiel ist das Brot, das hauptsächlichste Nahrungsmittel der untersten Volksklassen. In Schiltach z.B. kostet ein 3pfündiges Brot 65 Pfennig, während in der benachbarten Industriestadt Schramberg ein 2pfündiges Brot bis zum 15. Januar 38 Pfennig und heute nur noch 35 Pfennig kostet. (...) Diese Verbilligung des Schramberger Brotes geht aber nicht auf Kosten der Qualität, denn wer dasselbe versucht, merkt, das es z. Teil besser wie das in Schiltach ist. (...)

Wir bitten aus den oben angeführten Gründen das Bürgermeisteramt bezw. den Gemeinderat, an die hiesigen Geschäftsleute einen Aufruf zu erlassen, in welchem ein den allgemeinen Verhältnissen angepasster Preisabbau gefordert wird. (...) Mit deutschen Gruss!“ (AS-1313)

<sup>6</sup> Schreiben des Bezirksamts an das Bürgermeisteramt, 24.2.1931: „Der Herr Reichsminister des Inneren setzt aber voraus, daß die Aushändigung nur erfolgt, wenn Sicherheit dafür besteht, daß der Empfänger die Annahme der Ehrenurkunde nicht verweigert.“ (AS-2087)

<sup>7</sup> Begründung des Antrags der NSDAP: „Für die Notwendigkeit der Einführung einer Filialsteuer spricht die Tatsache, dass sogenannte Spezialgeschäfte durch Einrichtung von Filialen, sowohl am Hauptsitze wie auch in anderen Gemeinden, Kleinhandelsgeschäfte vernichten, ohne dafür etwas besseres zu geben oder der Gemeinde einen finanziellen Nutzen zu bringen. Durch die gemeindliche Besteuerung dieser Betriebe, zu denen auch die Konsumvereine zu rechnen sind, können der Gemeinde nur Vorteile erwachsen.“ (AS-1215)

<sup>8</sup> Beschreibung des MdI an Bezirksämter und Polizeidirektion Baden: „Der Nationalsozialistische Reichspropagandaleiter Franke aus München hat in mehreren Versammlungen in Baden Organe und leitende Beamte des Reichs in aufreizender Weise beschimpft und böswillig verächtlich gemacht und durch seine Ausführungen die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet. (...) (gez. Wittmann)“ (AS-1963)

<sup>9</sup> Einladungstext, o.D.: „Besonders an die S.P.D. Arbeiter ergeht der Ruf: ‚Kommt alle u. hört was Eure langjährige Genossin u. Mitgl. der Bez. Leitung der S.P.D. zu ihrem Uebertritt zur K.P.D. veranlasst hat. Werktätige erscheint in Massen! Freie Aussprache!‘“ (AS-1963)

---

<sup>10</sup> Bürgermeisteramt über Bezirksamt an Badisches Innenministerium, 12.9.1931: „In der ersten Hälfte des Jahres 1924 wurde von der Stadtgemeinde Schiltach die Eingemeindung Lehengerichts angestrebt. (...) Nachdem die Beunruhigung in hiesiger Gemeinde durch die Eingemeindungsbestrebungen Schiltachs bereits aufs Höchste gestiegen war, rief der damalige Bürgermeister-Stellvertreter eine Gemeindeversammlung zur Aussprache und Abstimmung über die Eingemeindungsfrage auf Pfingstmontag des Jahres 1924 in den Aberlesaal in Schiltach ein (...) Einstimmig stimmte die zahlreich besuchte Gemeindeversammlung in geheimer Abstimmung gegen die Eingemeindung“. (AL-71)

<sup>11</sup> Bürgermeisteramt Schiltach an Badisches Staatsministerium, 6.11.1931: „Nach Artikel 28 der Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober 1931 können in Abweichung von den Bestimmungen der Bad. Verfassung und der Bad. Gemeindeordnung Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern in anderen Gemeinden vereinigt werden. Das gleiche gilt für grössere Gemeinden oder Teile von solchen, wenn sie nahe beisammen liegen oder wenn ihre wirtschaftlichen Interessen eng miteinander verflochten sind. (...) Die Bevölkerung [in Teilen der Gemeinde Kinzigtal, A.M.] würde es als eine Erlösung ansehen, wenn sie der Stadtgemeinde Schiltach auch politisch zugeteilt würde, denn um Schiltach zu erreichen, muss sie nur über die Kinzigbrücke gehen. Die Wasserversorgung dieser Gebiete ist ein ungelöstes Problem und muss es bleiben, wenn eine Aenderung der Gemarkungsgrenzen nicht eintritt. (...)

Die Gemeinden Schiltach und Lehengericht sind wirtschaftlich sehr eng miteinander verflochten. Schiltach liegt im Herzen von Lehengericht. Der Beweis lässt sich schon dadurch erbringen dass das Rathaus Lehengericht im Ortsetter und auf Gemarkung Schiltach steht und auch nicht an eine andere Stelle verlegt werden kann, weil in Schiltach die ganze Bevölkerung von Lehengericht zusammen kommt und zusammen kommen muss. Man kann nicht bestreiten, dass Lehengericht eine lebensfähige Gemeinde ist. Sie ist es deshalb, weil sie grossenteils bodenständige bäuerliche Bevölkerung hat. Dazu hat sich auf der Gemarkung Lehengericht, teilweise von der Gemarkung Schiltach eingeschlossen, Industrie angesiedelt. Die Arbeiter, die in diesen Werken beschäftigt sind, wohnen vorwiegend in Schiltach. Ein Zusammenschluss der beiden Gemeinden dürfte Härten nicht hervorrufen können. Hingegen wären bei der Verwaltung erhebliche Ersparnisse zu erzielen. Kirche, Fortbildungsschulen, Nähschule, auch zu einem kleinen Teil Volksschule, Feuerwehr, Zuchttierhaltung, Friedhof, haben Schiltach und Lehengericht gemeinsam. (...) Wir möchten die Vereinigung der Gemeinden Schiltach und Lehengericht anregen.“ (AS-1006)

<sup>12</sup> Bürgermeisteramt an Bezirksamt, 29.10.1932: „Wir haben längst den Eindruck gewonnen, dass die Gemeinde Kinzigtal stur auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharrt. Auf jeden Vorschlag, der neu gemacht wird, kommt wieder ein Einwand, der in keiner Weise in den Tatsachen eine Stütze findet. Wir glauben nicht, dass weitere Verhandlungen einen Erfolg haben werden und bitten dringend, dem Herrn Minister des Innern über die ablehnende Haltung von Kinzigtal Bericht erstatten zu wollen.“ (AS-1006)

<sup>13</sup> Begründung des Antrags der NSDAP: „Für die Feilhaltung von ausländischen Produkten werden die Marktgebühren verdoppelt.“ Gemeindeanstalten sollen ausländische Produkte nur kaufen, wenn es keine gleichwertigen inländischen gibt. Dabei seien ortsansässige Anbieter zu bevorzugen: „Hierbei ist Einzelunternehmern der Vorzug gegenüber anonymen Gesellschaften zu geben.“ (AS-1403)

<sup>14</sup> Gemeinderat Bergzell an Bürgermeisteramt Schiltach, 11.3.1932: „Es ist hier zur Kenntnis gekommen, daß Sie unsere Schiltacher Ausmärker dahin beeinflussen, daß dieselben einer Eingemeindung ihres Grundbesitzes im Gewann Kuhbacherhof mit der Gemeinde Schiltach zustimmen

---

sollen, ja sogar sie zu einer Unterschriftserklärung in diesem Sinne anhalten. Auch scheuen Sie sich anscheinend nicht, mit dem gleichen Antrag auch an Bergzeller Bürger heranzutreten. Der Gemeinderat Bergzell wie auch der Bürgerausschuß hat sich diesbezüglich der seinerzeit angeschnittenen Frage einer etwaigen Abtretung eines Teils des Westens der Gemarkung Bergzell (Kuhbacherhof) an die Gemeinde Schiltach, dahin ausgesprochen, daß auch nicht die Preisgabe von einem Quadratkilometer vertreten werden könne. Da unser westlich gelegener Gemarkungsteil so schön auch durch natürliche Grenzen, wie Kinzig & Kuhbach begrenzt ist, so soll auch daran nicht herumgepfuscht werden.“ (AS-1008)

<sup>15</sup> Verband der badischen Gemeinden an den Landtag, 14.4.1932, S.3: „Wir halten uns deshalb verpflichtet, in der Zeit der größten wirtschaftlichen und politischen Not noch einmal die dringendste Bitte vorzutragen, endlich in letzter Stunde die von uns wiederholt geforderte Abhilfe durch Berücksichtigung unserer am Schlusse angeführten Anträge zu schaffen. Geschieht jetzt wiederum nichts, so läßt sich der Lauf der Dinge, so sehr wir es beklagen würden, kaum mehr aufhalten, denn die allein noch rettenden Maßnahmen können wir nicht erzwingen.“ (AS-1025)

<sup>16</sup> Bürgermeisteramt an Landtagspräsident Josef Duffner, 7.10.1932: „Der Gemeinderat Schiltach, vor allen die Sozialdemokratische Fraktion in Schiltach, hat es seit einigen Jahren darauf abgesehen, einen Teilhaber für die in der Nachkriegszeit gemachten Schulden (etwa 160000,- RM) für Schiltach zu bekommen (...) Schiltach hat Baugelände heute noch zur Verfügung für eine Stadt von 50 bis 60000 Einwohner. Es ist nicht anzunehmen, daß die Einwohnerzahl Schiltachs sich in den kommenden Jahrzehnten verdreißigfacht!“ (AL-71)

Lehengericht hat zu dieser Zeit ein Barvermögen von 36000 RM.

<sup>17</sup> Rochus Loutre an Bürgermeister Groß, 31.10.1932: „Der Gemeinderat hat meinem Gesuch um Wohlfahrtsunterstützung entsprochen u. mir als Unterstützung nebst Mietzuschuss 30 Mk. bewilligt. Dankbar erkenne ich dieses Wohlwollen an. Allein ist es mir vollständig unmöglich, mit 30 Mk. meine Familie durchzubringen, da ich für Wohnungsmiete 30 Mk. bezahle. (...) Mein ganzes Vermögen ist mir durch die Inflation verloren gegangen (...) Trotzdem ich zu jeglicher Beschäftigung bereit bin, kann ich keine Arbeit finden.“ (AS-857)

<sup>18</sup> Karlin an „Bürgermeisterämter und Pfarrämter unserer Betriebsgemeinden“, 19.11.1932: „In einem dieser Aufrufe [im Nachrichtenblatt] wird versucht einen Druck dahingehend auf uns auszuüben, dass künftig nur noch Arbeiter aus unseren Gemeinden eingestellt werden sollen. (...) Als geeignete Arbeitskräfte bezeichnen wir jüngere, gesunde, intelligente, arbeitswillige Menschen. Wir haben Schritte eingeleitet um aus Familien in welchen sich Doppel- und Mehrfachverdiener befinden, einzelne Familienmitglieder zu entlassen und das Opfer auf uns zu nehmen junge Arbeitskräfte einzustellen. Wir verwahren uns dagegen, dass immer wieder darauf angespielt wird, dass wir auswärtige Arbeitskräfte beschäftigen und dass damit bewusst Unruhe in die Oeffentlichkeit getragen wird.“ (AL-535)

<sup>19</sup> Bürgermeister Bühler an „Karlin“, o.D.: „Ich darf erwähnen, dass Arbeitssuchende aus Lehengericht, wenn sie in den Betrieben Schiltachs um Arbeit fragen, abgewiesen werden mit dem Hinweis, sie dürften nur Schiltacher Erwerbslose einstellen vom Bürgermeisteramt aus!“ (AL-535)

<sup>20</sup> Anordnung des Bürgermeisteramts: „Ich ersuche Sie daher dringend zu veranlassen, daß die Öfen mehr mit Holz angefeuert und nur noch zum Anhalten der Wärme Briketts verwenden zu wollen.“ (AS-1522)

# Gleichschaltung

DATUM	EREIGNIS	AKTENSTÜCK
5.2.1933	Das Reichsbanner ermöglicht dem Vorstand jenseits der nötigen Entscheidung einer Generalversammlung zu eigenen Reaktionen zum Erhalt der Ortsgruppe. <sup>1</sup> → Vgl. Kap. Gleichschaltung, 14.3.1933	AS-2055b
11.2.1933	Die Stadtverwaltung Schiltach erreicht die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes.	AS-1963
16.2.1933	Im Amtsbezirk Wolfach wird das Wahlplakat „Feme-Mord. SA-Mann Hentsch von seinen Kameraden bestialisch ermordet“ verboten. Erlaubt wird dagegen das SPD-Plakat „Gegen Hitler - Für Freiheit und Sozialismus“.	AS-1963
23.2.1933	Unter Polizeischutz findet in Schiltach ein NSDAP-Fackelumzug statt. Anschließend spricht der Redner Jungblut über „Deutschlands Wiederaufstieg“.	AS-1963
28.2.1933	Im Amtsbezirk Wolfach werden die Wahlplakate „Bauern denkt daran“, „SA-Überfall in Eisleben“ und „Antifaschisten“ verboten.	AS-1963
1.3.1933	Das Gau Württemberg des Reichsbanners warnt die Ortsverbände vor Übergriffen durch die neuen Machthaber. Gleichzeitig wird Distanz zur KPD gewahrt. <sup>2</sup>	AS-2055b
2.3.1933	Eine Vorgabe des Bezirksamts: „Sämtliche kommunistischen periodischen und andere Druckschriften, Plakate, Flugblätter usw. sind verboten“. Schiltach erreicht das Schreiben am nächsten Tag.	AS-1963
4.3.1933	Erstmals findet sich im Nachrichtenblatt eine großformatige Anzeige einer Partei. Eingeladen wird zum „Deutscher Abend NSDAP. Ortsgruppe Schiltach“ am 4. März. Dabei werden im „Rössle“ zwei Theaterstücke aufgeführt: „Rettung“ und „Überlistet“.	ANB 4.3.1933, AS-1963
4.3.1933	Die SPD trifft sich in der „Linde“ zum Vortrag des Landtagsabgeordneten Anton Weißmann: „Gegen Hitler – Für Freiheit und Sozialismus“.	AS-1963
5.3.1933	Das Schiltacher Ergebnis bei der Wahl zum Reichstag: NSDAP 514 (40,7%)	AS-2096

	SPD 314 KPD 136 Zentrum 73 Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 40 DVP 19 Evangelischer Volksdienst 124 DStP 40 Insgesamt werden 1262 Stimmen abgegeben.	
5.3.1933	Das Lehengerichter Ergebnis bei der Wahl zum Reichstag: NSDAP 307 (74,5%) SPD 69 Zentrum 16 Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 4 DVP 2 Evangelischer Volksdienst 8 DStP 5 Deutsche BauernPartei 1 Damit fallen nach Gleichschaltungsgesetz alle 4 Lehengerichter Gemeinderatssitze an NSDAP. Lehengerichter Gemeindeverordnete: 8 NSDAP, 1 SPD	AL-77
11.3.1933	Eine neue Vorgabe des Bezirksamts: „Gemäß des Reichskommissars wurden verboten: a) Alle öffentlichen Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel der KPD, der SPD sowie ihrer Hilfs- und Nebenorganisationen b) Alle kommunistischen und sozialdemokratischen Plakate, Flugblätter und Flugschriften c) Alle kommunistischen periodischen Druckschriften“	AS-10963
14.3.1933	Gottlieb Hauser (BV) tritt aus Bürgerausschuss aus	AS-1066
14.3.1933	Das Schiltacher Reichsbanner erklärt „infolge der veränderten politischen Lage“ auf der Grundlage der Vereinbarung vom 5.2.1933 seine Selbstauflösung. Gottlieb Trautwein erklärt gegenüber den nun früheren Mitgliedern: „Kameraden! Behaltet im Herzen das Banner Schwarz-Rot-Gold, bleibt den Farben und der Republik im Herzen treu und noch ein letztes Mal grüssen wir Euch mit einem Frei-Heil!“ → Vgl. Kap. Gleichschaltung, 5.2.1933	AS-2055b, AS-1963

17.3.1933	Reichsbanner, Eiserne Front, Rote Falken, SAJ, KJVD usw. sind verboten.	AS-1963
20.3.1933, 29.3.1933	Eine neue Vorgabe des Bezirksamts zur „Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“: „Wir weisen auf den Erlass des Herrn Ministers des Inneren – Kommissar des Reichs – in Karlsruhe vom 18.3.1933, die Wahrung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit betr., hin. Der Erlass ist im Staatsanzeiger Nr. 66 vom 18.3.1933 zu finden. Die Namen der Persönlichkeiten der dortigen Gemeinde auf die sich dieser Erlass bezieht, sind unter Angabe der Funktionen, die sie ausüben, alsbald hierher mitzuteilen.“ Nach Mahnung des Bezirksamts antwortet das Bürgermeisteramt auf Schreiben am 29.3.1933: „Ich erstatte Fehlanzeige“.	AS-1963
21.3.1933	Aus Anlass des Zusammentritts des Reichstags in Potsdam findet in Schiltach ein Fackelzug statt. <sup>3</sup>	AS-1991
22.3.1933	Christoph Wolber (SPD) teilt seinen Austritt aus SPD und Gemeinderat mit.	AS-1066
25.3.1933	Im Nachrichtenblatt werden für die Gemeinde Lehengericht umfassende Verbote erteilt: „Amtliche Bekanntmachungen der Gemeinde Lehengericht Schutz von Volk und Staat. Gemäß Anordnung des Reichskommissars wurden verboten: a) alle öffentlichen Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel der KPD, der SPD sowie ihrer Hilfs- und Nebenorganisationen b) alle kommunistischen und sozialdemokratischen Plakate, Flugblätter und Flugschriften. c) alle kommunistischen periodischen Druckschriften.“ Eine entsprechende Äußerung für die Stadt Schiltach erfolgt in dieser Ausgabe nicht.	ANB 25.3.1933
26.3.1933	Reichenbächle will nach Lehengericht eingemeindet werden. Die Begründung ist, dass mit dem NS-Staat die bisherige Grenze obsolet geworden sei. Lehengericht stimmt dem zu. Das Badische Innenministerium verschiebt die Entscheidung aber in Erwartung einer großen Reichsreform 1934. <sup>4</sup> 1935 wird Reichenbächle („gegen unsern Willen“) nach Lauterbach eingemeindet.	AL-71
März 1933	Auf dem Marktplatz werden schwarz-rot-goldene Fahnen verbrannt (Bericht von Gottlieb Trautwein nach 1945).	Fra-179
1.4.1933	Im Nachrichtenblatt wird eine Anzeige für die Gründung einer NSDAP-Ortsgruppe Lehengericht abgedruckt.	ANB 1.4.1933
5.4.1933	Lehengerichts Bürgermeister Bühler erkundigt sich beim Bezirksamt, ob der Säger Anton Harter aus dem Bürgerausschuss ausgeschlossen werden müsse. <sup>5</sup>	AL-368
7.4.1933	Das Bürgermeisteramt erreicht die Mitteilung, dass nur von autorisierten Stellen NS-Kennzeichen	AL-421, AS-1963

	usw. verkauft werden dürfen. <sup>6</sup> Die Vorschrift stammt aus dem Landesinnenministerium. Am 11.4.1933 ergeht in Schiltach, das das Schreiben auch erhalten haben muss, eine entsprechende Mitteilung an die entsprechenden Geschäftsinhaber. <sup>7</sup>	
7.4.1933	Gottlieb Trautwein lehnt eine weitere Mitarbeit in der Staatspartei unter Hinweis auf geringe Erfolgsaussichten und die drohende eigene Verfolgung ab. <sup>8</sup>	AS-2055b
8.4.1933, 15.4.1933	Im Nachrichtenblatt wird die Bekanntmachung zur Neubesetzung des Gemeinderats (entsprechend der Gleichschaltung) abgedruckt: „Die Parteien werden gebeten, die Wahlvorschläge vorzubereiten, damit diese binnen kürzester Zeit eingereicht werden können, wenn der Gemeindeverwaltung nähere Anordnung zugegangen sein wird.“ In der folgenden Ausgabe wird konkretisiert: „Die Parteileitungen der Parteien, auf welche bei der Wahl am 5. März 1933 in der hiesigen Stadtgemeinde Stimmen entfallen sind – mit Ausnahme der Kommunisten und der Sozialistischen Kampfgemeinschaft – werden hiermit aufgefordert, Wahlvorschläge getrennt für die Gemeindeverordneten und Gemeinderäte einzureichen.“ In seiner entsprechenden Aufforderung an die Partei fügt Bürgermeister Groß das Gebot der Eile an.	ANB 8.4.1933, 15.4.1933, AS-1066
8.4.1933	Bürgermeister Groß kündigt im Nachrichtenblatt an: „In allernächster Zeit werden im Arbeitsamtsbezirk Offenburg eine Reihe geschlossener Lager des freiwilligen Arbeitsdienstes eröffnet werden.“	ANB 8.4.1933
15.4.1933	Das Geschäft „I.C. Wolber“ inseriert im Nachrichtenblatt preisgünstige Fahnenstoffe.	ANB 15.4.1933
19.4.1933	Schreiben der NSDAP-Kreisgeschäftsstelle an den NSDAP-Stützpunkt Lehengericht: „Von der Kreisleitung Wolfach wurden nachstehende Vorschlagslisten für Gemeinderat und Verordnete festgelegt.“	AL-77
20.4.1933	Aus Anlass des Geburtstags Adolf Hitlers findet eine Sammlung „zugunsten Notleidender“ statt. Die Spendenbeträge sind für jeden Spender aufgezeichnet. <sup>9</sup> Von den eingenommenen 224,35 RM gehen 50 RM an die NS-Frauenschaft.	AS-1414, AS-1936a
21.4.1933	Die „Karlsruher Zeitung“ erklärt, „alle gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei“ eingereichten Wahlvorschläge seien ungültig. In Schiltach kann diese Mitteilung der Zentrumsparterie nicht mehr zugestellt werden. Der Ortsvorsitzende Zimmermann ist aus der Partei ausgetreten. Der entsprechende Briefumschlag liegt noch verschlossen in der Akte.	AS-1066
22.4.1933,	Ein externer Bericht („Eingesandt“) im Nachrichtenblatt fordert die Verwendung von	ANB 22.4.1933,

29.4.1933	<p>einheitlichen Fahnen als „heiliges Symbol“.</p> <p>Die Erklärung scheint Diskussionen in der Bürgerschaft hervorgerufen zu haben. In der Folgeausgabe wird abgedruckt: „Die Fahnen der Deutschen Kleinstaaterie und Uneinigkeit stören ihn aber nicht. Weis er denn nicht, wie viel Unheil diese Kleinstaaten über Deutschland brachten, wie sie bis zum 5. März stets eine Volkswerdung und Reichseinheit verhinderten? (...) Es möge sich niemand getroffen fühlen; ich verstehe es, wenn man noch die Länderfahnen gebraucht. Mit der Zeit müssen sie aber verschwinden wie bei der Reichswehr.“ Eine Woche später wird von der Redaktion die Diskussion als beendet erklärt: „Die Flaggenfrage in Schiltach scheint ohne weiteres geregelt zu sein, nachdem mit einer einzigen Ausnahme genau nach den Bestimmungen des Reichs und überaus reichlich beflaggt wurde.</p> <p>Es erübrigt sich deshalb, auf die Antwort in der letzten Nummer des Bl. unter ‚Eingesandt‘ einzugehen, umsomehr, als sich der Antwortgeber auf die sachlichen Ausführungen Nr. 16 durch zynische Ausfälle selbst kennzeichnete.</p> <p>Wir schließen die Debatte hiermit endgültig.“</p>	29.4.1933, 6.5.1933
27.4.1933	Gottlieb Trautwein lehnt die Gleichschaltung des Gewerbevereins ab und tritt aus dem Verein aus. <sup>10</sup>	Fra-179, AS-1988
29.4.1933	Erklärung im Nachrichtenblatt: „Die Reichsregierung hat das ganze Deutsche Volk aufgerufen, am Montag den 1. Mai, dem Feiertag der nationalen Arbeit, in den Farben des Reiches (Schwarz-weiß-rot und Hakenkreuzfahne) zu beflaggen und die Häuser und Straßen mit frischem Grün zu schmücken.“	ANB 29.4.1933
29.4.1933	Erklärung im Nachrichtenblatt, dass seit dem 5. März alle Neuaufnahmen in bürgerliche Turn- und Sportvereine einer behördlichen Genehmigung bedürfen. Damit wird eine amtliche Vorgabe verbreitet.	ANB 29.4.1933
29.4.1933	Erklärung im Nachrichtenblatt, dass Lehengerichts Gemeinderat einstimmig Adolf Hitler, Gauleiter Wagner und Reichspräsident Hindenburg die Ehrenbürgerschaft verliehen hat.	ANB 29.4.1933
29.4.1933	Nachrichtenblatt zur neuen Zusammensetzung des Lehengerichter Gemeinderats: „ das ergibt nach den auf diese Liste entfallenden Höchstzahlen: Gemeinderäte NSDAP 4 Sitze und Gemeindeverordnete NSDAP 8 Sitze, Soz.Dem. 1 Sitz. Indem nur die Wahlvorschlagsliste von der NSDAP eingereicht wurde, gelten die darin Vorgeschlagenen in ihrer Reihenfolge des Vorschlags als gewählt.“	ANB 29.4.1933
April 1933	Das Gemeindeamt Schiltach sendet an das Bezirksamt Vordrucke mit persönlichen Angaben der Verwaltungsmitarbeiter:	AS-1087

	<p>Bürgermeister Groß, parteilos, keine Angaben zu Vorfahren, Kriegsteilnehmer  Hermann Wild, parteilos, keine Angaben zu Vorfahren, Kriegsteilnehmer  August Vornfett, NSDAP seit 1.5.29, Ariernachweis, Kriegsteilnehmer,  stammt aus Hildesheim-Einum  Weitere Bögen fehlen in der Akte.</p>	
4.5.1933	Der Gewerbeverein teilt seine abgeschlossene Gleichschaltung mit. <sup>11</sup>	AS-1988
6.5.1933	Der Badische Schwarzwaldverein erklärt seine Zustimmung zum neuen Staat: „Der Badische Schwarzwaldverein war in den bald 70 Jahren seines Bestehens als Heimatverein stets vaterländisch und national eingestellt. Er hat in den letzten 14 Jahren trotz mancher Anfeindungen diese Gesinnung unverändert beibehalten und hat sie stets öffentlich vertreten. Es ist deshalb für ihn eine Selbstverständlichkeit, sich bewusst und freudig hinter die Regierung der nationalen Erhebung zu stellen.“	ANB 6.5.1933
16.5.1933, 2.6.1933	Die Schiltacher SPD teilt nach der Selbstauflösung den Rückzug ihrer Mitglieder aus allen Kommunalgremien mit. <sup>12</sup> In einer folgenden geheimen Ersatzwahl, die SPD-Liste ist ausgeschöpft, werden am 2.6.1933 Wilhelm Siegel und Emil Maurer als Gemeindeverordnete gewählt.	AS-1066
19.5.1933	Erstmals tagt der „gleichgeschaltete“ Schiltacher Gemeinderat. <sup>13</sup> Allgemein zeugen Ratsprotokolle von Pragmatismus, in Sachfragen werden Einsprüche von Schiltachern nicht verschwiegen.	AS-1065
20.5.1933	Der Deutsche Handelsgehilfen-Verein lädt im Nachrichtenblatt zu einer „Schlageter-Gedenkstunde“ ein: „Am 26. Mai 1933 jährt sich zum 10. Male der Tag der Erschießung dieses deutschen Helden, dessen Opfer bis vor wenigen Jahren noch durch amtliche Stellen herabgewürdigt und dessen Andenken mit Schmutz beworfen wurde. (...) Nachdem die hiesige Ortsgruppe der NSDAP es uns überließ, diese Feier durchzuführen, rufen wir die ganze Einwohnerschaft zur ‚Schlageter-Gedenkstunde‘“.	ANB 20.5.1933
27.5.1933	Mitteilung im Nachrichtenblatt: „Am Freitag, den 19. Mai fand die erste Sitzung nach der Gleichschaltung des Gemeinderates statt. (...) Da die sozialdemokratischen Gemeinderäte und Gemeindeverordneten auf ihre Ämter verzichtet haben, wird in der nächsten Bürgerausschußsitzung durch die Gemeindeverordneten die Ersatzwahl vorgenommen werden.“	ANB 27.5.1933
27.5.1933	Bekanntnis des Kraftsportvereins beim Gaufest in Kehl zum neuen Staat im Nachrichtenblatt: „Der Vorstand des Ortenauer Gaus wies nochmals auf die nationale Erhebung hin und begrüßte	ANB 27.5.1933

	es außerordentlich, daß die Sportvereine den Marxisten aus der Hand genommen wurden und sodaß endlich wieder nationaler Sport getrieben werden kann.“	
3.6.1933	Auf der Basis eines Reichsgesetzes wird im Nachrichtenblatt für den 16. Juni eine „Volks-, Berufs- und Betriebszählung“ angekündigt. → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 8.7.1933	ANB 3.6.1933
3.6.1933	In einer Anzeige teilt die NSDAP-Ortsgruppe mit, wo Ausrüstungsgegenstände gekauft werden dürfen.	ANB 3.6.1933
26.6.1933	Das Bürgermeisteramt erklärt die erfolgte umfassende Gleichschaltung des Lehengerichter Gemeinderats und der Gemeindeverwaltung. <sup>14</sup>	AL-368
26.6.1933	Das Bürgermeisteramt erklärt, im Schiltacher Gemeinderat und in der Gemeindeverwaltung seinen keine SPD- oder KPD-Mitglieder mehr vorhanden. <sup>15</sup>	AS-1963
5.7.1933	Die bislang gültige Regelung, dass ein Mandat mit dem Parteaus- oder Übertritt seines Trägers erlischt, wird zugunsten von Übertritten zur NSDAP aufgehoben. <sup>16</sup>	AS-1066
6.7.1933	Schiltach erreicht die Nachricht des Badischen Innenministeriums: „Gegen die Verwendung von Angehörigen der SA, SS und des Stahlhelms als Hilfspolizeibeamte von Gemeinden bestehen keinerlei Bedenken.“	AS-1936a
14.7.1933	In einem gemeinsamen Schreiben des Bürgermeisteramts und der NSDAP-Ortsgruppe an den Gemeinderat Trautwein und die Gemeindeverordneten Christian Schlick, Gottlieb Wagner und Philipp Koch wird mitgeteilt, dass sie automatisch in die NSDAP-Fraktionen aufgenommen werden, sollten sie nicht widersprechen.“ <sup>17</sup>	AS-1066
14.7.1933	Das Bürgermeisteramt teilt die vollständige Gleichschaltung der Feuerwehr mit. <sup>18</sup>	AS-919
Juli/ August 1933	Die Begeisterung der Schiltacher für Geldsammlungen hält sich in Grenzen. Als Ende Juli 1933 eine Arbeitsbeschaffungslotterie zugunsten armer Landgemeinden durchgeführt wird, werden von den 198 Losen (Preis je 1 RM) nur neun verkauft. Daraufhin ordnet am 28.8.1933 der Badische Gemeindetag einen zweiten Verkauf an. Dabei sollen 20 Lose verkauft werden.	AS-1936a
7.8.1933	Der Verband der Blechner-, Spengler- und Installateurmeister Badens und der Pfalz trifft sich zu einer Versammlung in Haslach, damit ein neuer Vorstand aus regimerefreundlichen Personen gebildet wird. <sup>19</sup>	AL-132
8.8.1933	Walter Moritz fungiert als Ortsjugendführer für eine „einheitliche Jugenderziehung“.	AS-1936a
25.8.1933	Lehengericht erreicht das vorläufige Gründungsverbot nichtnationalsozialistischer Jugendgruppen. <sup>20</sup>	AL-421
8.9.1933	Eine bis zum 15.9.1933 auszufüllende Erklärung aller Beamten, Angestellten und Arbeiter im	AS-1087

	städtischen Dienst erreicht Schiltach: „Ich versichere hiermit pflichtgemäss: Mir sind trotz sorgfältiger Prüfung keine Umstände bekannt, die die Annahme rechtfertigen könnten, dass ich nicht arischer Abstammung sei oder dass einer meiner Eltern- oder Großeltern zu irgend einer Zeit der jüdischen Religion angehört habe. Ich bin mir bewusst, dass ich mich dienststrafrechtlicher Verfolgung mit dem Ziele auf Dienstentlassung aussetze, wenn diese Erklärung nicht der Wahrheit entspricht.“	
21.9.1933	Die Gleichschaltung des Männergesangvereins „Eintracht“ ist nach kurzer Verzögerung abgeschlossen. <sup>21</sup>	Fra-157
23.9.1933	Im Nachrichtenblatt begründet Ortsgruppenobmann Thron die Zusammenfassung aller Kriegsofervverbände innerhalb der NS-Kriegsoferversorgung: „Kameraden! Der alte Frontgeist, der Geist der Kameradschaft lebt noch in Euch. Keiner stehe deshalb zurück. (...) Wer sich außerhalb der Kriegsofervfront stellt, stellt sich außerhalb der Deutschen Nation!“	ANB 23.9.1933
28.9.1933	Das Badische Innenministerium teilt über die Bezirksämter den Gemeinden mit (Eingang in Schiltach am 5.10.1933), dass den Amtsketten der Bürgermeister ein Hakenkreuzring eingefügt werden müsse. <sup>22</sup> Ein späterer Runderlass des Innenministeriums (vom 5.5.1938) fordert die Entfernung von Bildnissen der früheren Landesherren oder des Schriftzugs „Republik Baden“.	AS-1041
19.10.1933	Im Schiltacher Bürgermeisteramt muss folgende Erklärung, die am 13.10.1933 vom Bezirksamt abgesendet wurde, von allen Beschäftigten unterzeichnet werden: „Nach einer Mitteilung des Reichsministers des Inneren muss infolge des landesverräterischen Charakters der sozialdemokratischen Bestrebungen diese Partei als ebenso staatsfeindlich bewertet werden, wie die Kommunistische Partei. Für die Beamten, Angestellten und Arbeiter ist daher eine weitere Zugehörigkeit und jede auch nur lose Verbindung zu diesen Parteien unmöglich. (...) Von denjenigen Bediensteten, die diesen Parteien früher angehört haben, ist eine schriftliche Erklärung zu fordern, dass sie keinerlei Beziehung zu diesen Parteien, ihren Hilfs- und Ersatzorganisationen und ihren Vertretern im Ausland mehr unterhalten.“	AS-1087
20.10.1933	Über die Bezirksämter wird den Bürgermeisterämtern mitgeteilt: „Wer nicht arischer Abstammung ist oder mit einer Person nicht arischer Abstammung verheiratet ist, darf als Angestellter oder Arbeiter nicht eingestellt werden.“	AS-1087
31.10.1933	Der Gemeindegtag fordert die Kommunen auf, die Vorbereitung der „Wahl“ durch Beurlaubungen von Verwaltungsmitarbeitern zu unterstützen.	AS-1087
1.11.1933	Die NSDAP-Ortsgruppe veröffentlicht im Nachrichtenblatt einen Aufruf: „An alle Einwohner von Schiltach, Lehengericht, Kinzigtal und St. Roman. Am Donnerstag, den 9. November, abends	AS-2096

	8 Uhr findet in Schiltach auf dem Marktplatz bei jeder Witterung eine grosse öffentliche Kundgebung für die Wahl am 12.11. statt, bei der Gauinspekteur Schuppel sprechen wird über das Thema: Ehre, Freiheit, Gleichberechtigung.	
1.11.1933	Aufruf für das Nachrichtenblatt in Vorbereitung der „Reichstagswahl“: „Wir wollen auch in Schiltach in der Beachtung des Erlasses unseres verehrungswürdigen Herrn Reichspräsidenten, dem der Gedanke zu Grunde liegt, dass die beiden Flaggen die ruhmreiche Vergangenheit des deutschen Reiches und die kraftvolle Wiedergeburt der deutschen Nation verbinden, nicht zurückstehen. Ich fordere deshalb die Einwohnerschaft auf, künftig bei allen Beflaggungen bei denen man die Reichsfarben zu zeigen hat, die Häuser mit schwarz-weiss-rot und der Hakenkreuzflagge beflaggen zu wollen.“	AS-2096
4.11.1933	Bürgermeister Groß ruft noch einmal zur Beflaggung am „Wahntag“ 12. November auf: „Die Beflaggung unserer Stadt lässt besonders in der Richtung zu wünschen übrig, daß nicht, entsprechend dem Erlaß des Herr Reichspräsidenten über die Regelung der Flaggenhissung die schwarz-weiß-rote Fahne und die Hakenkreuzflagge als Reichsfarben gemeinsam gehisst werden. (...) Ich fordere deshalb die Einwohnerschaft auf, künftig bei allen Beflaggungen bei denen die Reichsfarben zu sehen sind, die Häuser mit schwarz-weiß-rot und der Hakenkreuzflagge beflaggen zu wollen.“ Für Wahl sind in Schiltach drei Parteigenossen als „Schlepper“ abgestellt.	ANB 4.11.1933
4.11.1933	Bürgermeister Bühler ruft zur Teilnahme an einer Wahlkundgebung am 9. November auf: „Unser genialer Führer und hoher Ehrenbürger Herr Reichskanzler Adolf Hitler hat das Deutsche Volk aufgerufen, nocheinmal durch den Stimmzettel am Sonntag, den 12. November 1933 zu antworten, ob es den von ihm beschrittenen Weg zu Freiheit, Gleichberechtigung im Rate der Völker, den Weg zur Wiederherstellung der Ehre des Deutschen Volkes für richtig findet und mitgehen will? Als Antwort kann es für uns nur ein einstimmiges ‚Ja‘ geben! (...) Wer jetzt nicht mitmarschiert, über Verrat am Vaterland!“	ANB 4.11.1933
5.11.1933	Der Männergesangverein „Eintracht“ nimmt an der Nationalen Kundgebung in Haslach „mit Treuebekenntnis an unseren Volkskanzler Adolf Hitler“ teil.	Fra-157
9.11.1933	Öffentliche Wahlkundgebung der NSDAP auf dem Schiltacher Marktplatz. Aufgefordert zur Teilnahme sind alle Bürger. <sup>23</sup>	ANB 1.11.1933, AS-2096
9.11.1933	Auf Vorlage des Bezirksamts verbreitet das Schiltacher Bürgermeisteramt den Anschlag: „Am Sonntag, 12.11. sind sämtliche Veranstaltungen, die nicht der Propaganda für die Wahl dienen, bis 18 Uhr verboten.“	AS-2096

12.11.1933	Auch in Schiltach und Lehengericht findet die „Reichstagswahl“ statt. <sup>24</sup>	AS-2096
18.11.1933	Ortsgruppenführer Vornfett hebt den großen NS-Wahlerfolg hervor: „Der Wahntag ist vorüber. Er brachte auch für Schiltach und Lehengericht einen vollen Erfolg. Ueber 99 Prozent aller Wahlberechtigten machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Selbst die Kranken u. Gebrechlichen ließen es sich nicht nehmen, ihrem Wahlrecht nachzukommen. (...) Auf allen Gesichtern lag Ernst, Freude und Stolz zugleich, für Deutschland und unseren Führer mitwirken zu können.“	ANB 18.11.1933
1.12.1933	Alle Schüler der Hinterlehengerichter Schule sind Mitglied der „Staatsjugend.“	AL-1417
9.12.1933	Der Gewerbeverein hat sich entsprechend einer amtlichen Vorgabe aufgelöst. Das Vermögen wird an die ältesten Mitglieder und die Invaliden als Weihnachtsgeschenk vergeben. Der Rest geht in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Eine Nachfrage der Badischen Handwerkskammer nach Überweisung des Vermögens wird abgelehnt. Der „Kinzigtälner“ schreibt hierzu: „Ein neuer Geist, eine neue Zeit ist heraufgestiegen. Auch der Gewerbe- und Handwerkerverein Schiltach hat sich dieser Erkenntnis nicht verschlossen. Er ordnet sich den Reformen des nationalsozialistischen Staates freudig unter und ist in seiner Gesamtheit bereit, an dieser Erneuerung tatkräftig mitzuwirken.“	AS 2010, AS-2011, AS-2012
18.12.1933, 16.1.1934	Ohne Angabe von Gründen erklärt der Frauenverein des Roten Kreuzes, Ortsgruppe Schiltach gegenüber dem Bürgermeister seine Selbstauflösung. Unterzeichnet ist das Schreiben von Pfarrer Schropp. Wenige Wochen später ordnet der badische Dachverband die Auflösung politisch-rassistischen Gründen zu. <sup>25</sup> Die geforderte Rücknahme der Auflösung hält Bürgermeister Groß aber für unmöglich.	AS-2438
1933	Der Lehengerichter KPD-Vorsitzende Gustav Dieterle musste am 7. September 1931 Armenfürsorge beantragen. Noch bis mindestens Juni 1934 wurde er unter erwerbslos geführt. Im Frühjahr 1933 wird Dieterle in „Schutzhaft“ genommen. Nach einer Mitteilung vom 14. August 1933 wurde er wieder entlassen, blieb aber unter strenger Beobachtung. <sup>26</sup> Erst am 22. Dezember 1933 wird er als endgültig entlassen bezeichnet. <sup>27</sup> 1938 lebte er als Sägearbeiter in der Hohensteinstraße. Im Krieg gerät Dieterle in sowjetische Gefangenschaft	AL-368, AL-536, AS-924, AS-3132, AL-118
13.1.1934	In der Neujahrsansprache des Männergesangsvereins „Eintracht“ stellt Vorstand Kramer die Vereinsarbeit in den Dienst des Dritten Reichs. <sup>28</sup>	Fra-157
17.2.1934	Die Eingliederung der Evangelischen Jugend in die Hitlerjugend wird von Pfarrer Schropp als abgeschlossen verkündet. Mit der nun verkündeten Doppelmitgliedschaft soll aber auch christlicher Glaube weiterverbreitet werden. <sup>29</sup>	ANB 17.2.1934
28.8.1934	Johannes Schmieder (geb. 18.6.1905) aus Lehengericht wird am 28.8.1934 von der Strafkammer	AL-579, AL-536

	Offenburg wegen „kommunistischer Umtriebe“ zu zehn Monaten Gefängnis abzüglich sechs Monaten U-Haft verurteilt. Das für diese Zeit ausgesprochen harte Urteil wird bis zum 1.12.1937 zur Bewährung ausgesetzt. Bereits bis Mai 1933 war Schmieder in „Schutzhaft“ gewesen.	
--	--	--

---

<sup>1</sup> Beschluss der Ortsgruppe Schiltach des Reichsbanners, 5.2.1933: „Die Generalversammlung gab deshalb [gemeint ist die ausgeschriebene Reichstagswahl vom 5.3.1933, A.M.] auch dem neuen Vorstand das Recht, in allen Fragen, in denen zur Einberufung der a.O. Generalversammlung nach Ansicht des Vorstandes nicht mehr die Zeit reichen würde, selbstständig vorzugehen, um so die Interessen der Ortsgruppe jederzeit wahren zu können.“ Es herrsche „echter kameradschaftlicher Geist, einer Kameradschaft, die geschmiedet im Felde, sich auch auf die Zeit des bürgerlichen Lebens stets bestens bei uns bewährt hat“. (AS-2055b)

<sup>2</sup> Gau Württemberg an Ortsgruppenvorsitzende Reichsbanner, 1.3.1933: „Falls grössere Unruhen eintreten, oder das Reichsbanner verboten wird, oder ein Verbot angekündigt wird: Der Vorsitzende muss sein Material schnellstens in Sicherheit bringen. Der Kassierer ist zu unterrichten, dass er sein Material, besonders Kassenbücher, Geld, Zahlungsbelege, Marken und Mitgliederlisten rechtzeitig in Sicherheit bringt. Es darf nichts, was irgendwie von Wert ist, in die Hände der Gegner oder Behörden fallen. Auskunft, wo das Material ist, muss verweigert werden. (...) Für die nächsten Tage gilt ganz besonders: Nur auf die Anweisungen der Führer hören! Nicht auf kommunistische Parolen und wilde Gerüchte achten.“ (AS-2055b)

<sup>3</sup> Bürgermeisteramt „An die Musik“, 20.3.1933: „Morgen, Dienstag, den 21. März 1933, abends ½ 8 Uhr findet aus Anlass des Zusammentritts des Reichstags in Potsdam ein Fackelzug statt. Aufstellung an der Kinzigbrücke bei der ev. Stadtkirche. Die Musik hat als Pflichtleistung mitzuwirken.“ Eingeladen werden auch weitere Vereine. (AS-1991)

<sup>4</sup> Erklärung der Bürger Reichenbächles für eine Eingemeindung nach Lehengericht, 26.3.1933: „Weil wir Nationalsozialisten sind, fühlen wir uns als ‚Deutsche‘ Staatsbürger in erster Linie! (...) Die Gemeindeverwaltung Lehengericht geht mit unserer Eingemeindung voll und ganz einig.“ (AL-71)

<sup>5</sup> Bürgermeister Bühler an Bezirksamt, 4.3.1933: „Dem Bürgerausschuss gehört der Säger Anton Harter hier an, welcher das Amt des Vorstandes der Naturfreundevereinigung, Ortsgruppe Lehengericht, inne hatte. Diese Vereinigung ist eine Nebenorganisation der kommunistischen Partei. Ferner stand er auch in der Gottlosenbewegung in leitender Stellung. Der kommunistischen Partei direkt soll er nicht angehört haben. Wir bitten um Mitteilung ob der genannte gemäss Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Staat u. Volk vom 28. Februar 1933 aus dem Bürgerausschuss auszuschließen ist.“ (AL-368)

<sup>6</sup> Badisches Innenministerium über Bezirksamt an Bürgermeisteramt, 1.4.1933: „Derzeit werden in zahlreichen Geschäften Uniformen, Uniformstücke und Abzeichen von Parteien und Verbänden, die hinter der Regierung der nationalen Erhebung stehen, an jedermann abgegeben. Hieraus ergeben sich für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gewisse Gefahren, da bisher keinerlei Kontrolle möglich war, ob es sich bei den Käufern wirklich um Mitglieder dieser Parteien oder Verbände oder etwa um Angehörige gegnerischer Gruppen (Provokateure) handelte. (...) Uniformen, Uniformstücke, Abzeichen usw. der Parteien oder Verbände, die hinter der Regierung der nationalen Erhebung stehen, (NSDAP., SA., SS., Deutschnationale Volkspartei, Stahlhelm u.ä.), dürfen künftig nur gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte oder eines die Mitgliedskarte ersetzenden Ausweises abgegeben werden. Den Geschäftsinhabern wird eine gewissenhafte Nachprüfung zur besonderen Pflicht gemacht.“ (AL-421)

---

<sup>7</sup> Bürgermeisteramt an Geschäftsinhaber, 11.4.1933: „Uniformen, Uniformstücke, Abzeichen usw. Parteien und Verbände, die hinter der Regierung der nationalen Erhebung stehen (NSDAP., SA., SS., Deutschnationale Volkspartei, Stahlhelm u.ä) dürfen künftig nur noch gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte oder eines die Mitgliedskarte ersetzenden Ausweises abgegeben werden. (...) Die Geschäftsinhaber haben sich unverzüglich von den zuständigen Kreisleitungen der NSDAP der Deutschnationalen Volkspartei und des Stahlhelms eine schriftliche Bestätigung zu beschaffen, dass gegen den Verkauf der obengenannten Abzeichen in ihren Geschäftsräumen keine Bedenken bestehen. Die Geschäfte sind in geeigneter Weise zu überwachen.“

Der letzte Satz ist in der Vorlage nicht unterstrichen. (AS-1963)

<sup>8</sup> Gottlieb Trautwein an Stahl (gemeint ist wahrscheinlich Willy Stahl, Geschäftsführer der Deutschen Staatspartei für Baden), 7.4.1933: „Grund zu dieser vollständigen Enthaltung in politischen Angelegenheiten ist das kampflose Abtreten der Demokratie vom politischen Geschehen. Ich habe mich innerhalb der Partei, dem Reichsbanner und der eisernen Front aktiv betätigt und musste zusehen, dass alle diese Organisationen sich mit den Verhältnissen abgefunden haben, die ich Fatalismus nennen muss. Für die Wiederherstellung solcher Zustände erneut zu kämpfen, kann ich nicht mit jenen Idealen, die ich früher für diese Sache aufbrachte. Dabei bitte ich aber nicht etwa anzunehmen, dass ich nun auch zu jenen defekten Charakteren gehöre, die ihre politische Einstellung in den letzten Wochen änderten, wie man schmutzige Wäsche auszieht. Ich denke nicht daran, meine Weltanschauung zu ändern, aber ich sehe, dass diejenigen, die diese Weltanschauung als Regierungspersonen etc. zu einem grossen Teil zu vertreten hatten, versagt haben, dass entweder bei den einen zu viel Demokratie, oder zu wenig Demokratie der Leitstern in ihren Handlungen war. (...) Da ich genügend bei der Polizei dafür bekannt bin, dass ich früher gegen die Nazis arbeitete und ich deswegen den Besuch von Gendarmerie und S.A. bekam, halte ich es für mich besser, wenn ich in dieser Zeit, in der auch wohl die sachlichste Kritik nicht mehr davor schützt auf den Heuberg zu kommen, mich vollständig zurückzuziehen. Denn der Neid muss es den Nazis lassen, dass sie sich nicht in der Presse und Versammlungen auf der Nase herum tanzen lassen, wie es die selige Demokratie getan hat, Göbbels hat solches gestern abend deutlich genug gesagt. (...) Ich bin und bleibe Demokrat, gebe Gott, dass einst das Deutsche Volk für eine Demokratie reifer ist, als es in den letzten 14 Jahren war und uns Führer gegeben werden, die uns das hehre Gut der Demokratie unverfälscht erhalten. Mit dem Wunsche, dass bald die Zeit der Diktatur auch für den verantwortungsbewussten Menschen und Staatsbürger vorüber sein möge, grüsse ich Sie, Ihnen nochmals dafür dankend, dass Sie mir in dem Kampfe für die Demokratische Partei und damit unser aller Sache stets ein lieber Mitkämpfer waren.“ (AS-2055b)

<sup>9</sup> Ankündigung des Bürgermeisteramts. 20.4.1933: „Die Stadtgemeinde veranstaltet anlässlich des Geburtstags des Herrn Reichskanzlers Hitler eine Haussammlung zugunsten Notleidender. Das Ergebnis der Sammlung wird örtlich durch die Gemeindeverwaltung verwendet. Wie bitten die Spender, sich unten namentlich unter Beisetzung des Betrages eintragen zu wollen.“ (AS-1936a)

<sup>10</sup> Gottlieb Trautwein an Gewerbeverein, 27.4.1933: „Ich lehne die beabsichtigte Gleichschaltung innerhalb des Gewerbe- und Handwerkervereins ab. Die Jahre vor und nach dem Kriege haben zur Genüge bewiesen, dass eine erspriessliche Arbeit im Interesse des Mittelstandes und der engeren Heimat jederzeit dadurch gewährleistet war, dass der Verein und seine Leitung politisch neutral sich verhielten. Als Demokrat lehne ich es ab, einem Verein anzugehören, der politisch einseitig aufgezogen nur den Zweck durch die Gleichschaltung verfolgt, jede berechnete Kritik Andersdenkender zu unterdrücken. Ich erwarte deshalb, dass Sie mich von Ihrer Mitgliederliste streichen.“ (Fra-179, AS-1988)

---

<sup>11</sup> Gewerbeverein an Badische Handelskammer, 4.5.1933: „Wir teilen Ihnen hierdurch höfl. mit, dass im Gewerbe- und Handwerkerverein Schiltach die Gleichschaltung vollzogen wurde.“ Danach erfolgt die Auflistung des neuen Vorstands, jeweils versehen mit dem Hinweis „einstimmig bestätigt“ und die Ergänzung „Von diesen acht Mitgliedern gehören fünf der N.S.D.A.P. an.“ (AS-1988)

<sup>12</sup> Ehemalige SPD-Ortsvereinsmitglieder an Bürgermeisteramt, 16.5.1933: „Nachdem sich der Ortsverein Schiltach der S.P.D. aufgelöst hat, legen sämtliche Gemeinderatsmitglieder und Gemeindeverordnete ihre Ämter nieder. Wir bitten hiervon Kenntnis nehmen zu wollen, und zeichnen hochachtungsvoll!

Für die Gemeinderäte: Christian Wolber, Abraham Aberle, Martin Fritz (jun.)

Für die Gemeindeverordneten: Martin Fritz (jun.), Oskar Müller, Fritz Hübner, Andreas Faißt, H. Schoch, Ernst Haas, Karl Hübner“ (Abs-1066)

<sup>13</sup> Bericht des Bürgermeisteramts, 23.5.1933: „Am Freitag, den 19. Mai 1933 fand die erste Sitzung nach der Gleichschaltung des Gemeinderates statt.“ Zuvor teilt der Bürgermeister das Ausscheiden der SPD-Mitglieder mit. (AS-1065)

<sup>14</sup> Bürgermeisteramt an Bezirksamt, 26.6.1933: „Die gesamte Gemeindeverwaltung mit Beamten und Bediensteten, der Gemeinderat und der Bürgerschaft in hiesiger Gemeinde gehören restlos der N.S.D.A.P. und deren Nebenorganisationen an. Es war nicht nötig, eine Zuruhesetzung bei einem Beamten, Angestellten, Bediensteten u.s.w. in hiesiger Gemeinde durchzuführen.“ (AL-368)

<sup>15</sup> Bürgermeisteramt an Bezirksamt, 26.6.1933: „Den hiesigen Vertretungsorganen gehören keine Mitglieder der KPD. oder SPD. an. Auch bei der hiesigen Verwaltung sind keine Beamte, Angestellte oder Arbeiter beschäftigt, die den genannten Parteien angehören.“ (AS-1963)

<sup>16</sup> Bezirksamt an Bürgermeisteramt, 5.7.1933: Bei Übertritten bzw. Austritten von Mitgliedern aufgelöster Parteien zur NSDAP „liegen die Voraussetzungen der genannten Bestimmungen regelmäßig nicht vor. Es ist vielmehr in diesen Fällen mit Sicherheit anzunehmen, dass es den Wünschen der Wähler entspricht, wenn die von ihnen Gewählten ihren Auftrag im Auftrag der Fraktion der NSDAP weiterführen. Soweit also solche Amtsinhaber in die Fraktionen der NSDAP aufgenommen werden, sind die Voraussetzungen des Amtsverlusts nicht gegeben.“ (AS-1066)

<sup>17</sup> Schreiben des Bürgermeisteramts, 14.7.1933: „Soweit in Schiltach die Inhaber von gemeindlichen Ehrenämtern der Fraktion der NSDAP noch nicht angehören, sind sie Parteimitglieder oder Mitglieder einer Nebenorganisation der NSDAP. Es werden deshalb diese Herren nach der Beschluss der Ortsgruppenleitung in die Fraktion der NSDAP aufgenommen. Falls Sie nichts gegenteiliges mitteilen, sind Sie in die Fraktion aufgenommen und führen ihr gemeindliches Ehrenamt weiter. [gez.] Bürgermeister [gez.] Ortsgruppe V.“ (AS-1066)

<sup>18</sup> Bürgermeisteramt an Bezirksamt, 14.7.1933: „Die Gleichschaltung der hiesigen freiwilligen Feuerwehr im Sinne der vom Bad. Landesfeuerwehrverband herausgegebenen Richtlinien ist nach Mitteilung des Kommandanten der Wehr ordnungsgemäß erfolgt. Anstände haben sich nicht ergeben.“ (AS-919)

<sup>19</sup> Verband der Blechner-, Spengler- und Installateurmeister Badens und der Pfalz an Bürgermeisteramt Lehengericht, zu Versammlung der Zwangsinnung in Haslach am 7.8.1933, 3.8.1933: „Sie werden gebeten, alle in Ihrem Ort ansässigen Handwerksmeister dieser Berufe zu dieser Tagung einzuladen mit dem Bemerkung, daß jeder derselben zur Beteiligung an dieser Versammlung verpflichtet ist. In dieser Versammlung ist der Innungsvorstand neu zu bilden. Die Mitgliedschaft zur NSDAP und zum Kampfbund ist, wenn bestehend, durch Mitgliedsbescheinigung nachzuweisen.“

---

Die Aufforderung ergeht vom Bürgermeisteramt Haslach als Aufsichtsbehörde im Benehmen mit unserer Verbandsleitung. Wir bitten Sie, und eine Aufstellung der entsprechenden Berufsangehörigen zuzusenden.

Heil Hitler!“ (AL-132)

<sup>20</sup> NS-Jugendführer des Landes Baden, Friedhelm Kemper, über Bezirksamt an Bürgermeisteramt, 2.8.1933: „Hiermit verbiete ich vorläufig die Neugründung von nichtnationalsozialistischen Jugendgruppen.“ (AL-421)

<sup>21</sup> Protokoll des Männergesangvereins „Eintracht“: „Am 14. September 1933 nach Beendigung der Singstunde fand noch eine kleine Versammlung statt, betr. Gleichschaltung unseres Vereins. Unser Herr Dirigent Schweizer, sowie unser II. Vorstand Herr Wolber, welche am Sonntag, den 10. September in Steinach bei der Versammlung der Vorstände des Gaues dabei waren, gaben einen kurzen Bericht über die ganze Lage. Nach Aussprache der beiden Herren hat der Vorstand die Sänger um Vorschläge für einen neuen Vorstand, die beide erfolglos ausgegangen sind und wir mussten die ganze Sache nochmals um 8 Tage rausschieben. (...) Am 21. September 1933 fand die 2te Generalversammlung nach Beendigung des Singstunde statt, wiederum mit dem Punkte Neuwahl eines Vorstandes welche aber kurz und schmerzlos vorüber ging. Nachdem die Vorbereitungen zwischen unserem Sangesbruder Kramer und unserem Vorstand bereits getroffen waren, war es eine leichte Sache für den Verein über diesen Punkt hinweg zu kommen und unser Sangesbruder [Ernst] Kramer wurde einstimmig als Vorstand gewählt. Zum Schlusse der Versammlung sprach unser 2ter Vorstand dem scheidenden I. ten Vorstand Wolber zum Bären den Dank aus für die 2 Jahrzehnte geleistete Arbeit für den Verein und ernannte ihn gleichzeitig als Ehrenvorstand unseres Verein.“ (Fra-157)

„Am 21. September 1933 fand die 2te Generalversammlung nach Beendigung des Singstunde statt, wiederum mit dem Punkte Neuwahl eines Vorstandes welche aber kurz und schmerzlos vorüber ging. Nachdem die Vorbereitungen zwischen unserem Sangesbruder Kramer und unserem Vorstand bereits getroffen waren, war es eine leichte Sache für den Verein über diesen Punkt hinweg zu kommen und unser Sangesbruder [Ernst] Kramer wurde einstimmig als Vorstand gewählt. Zum Schlusse der Versammlung sprach unser 2ter Vorstand dem scheidenden I. ten Vorstand Wolber zum Bären den Dank aus für die 2 Jahrzehnte geleistete Arbeit für den Verein und ernannte ihn gleichzeitig als Ehrenvorstand unseres Verein. [Wolber wollte schon 1932 aus gesundheitl. Gründen nicht mehr antreten, wurde aber überzeugt.] (Fra-157)

<sup>22</sup> Badisches Innenministerium an Bezirksamter, 28.9.1933: „Das Staatsministerium hat am 19. September 1933 beschlossen, in Ergänzung der landesherrlichen Entschliessung vom 10. November 1857 sämtliche Bürgermeister des Landes zu verpflichten, an der ihnen durch die vorgenannte Entschliessung verliehene Amtskette neben der vorgeschriebenen Medaille einen silbernen Ring mit dem Hakenkreuzanhänger als Zeichen des neuen Staates zu tragen.“ Die anfallenden Kosten, „höchstens 5 RM“, „sind von der Gemeinde zu tragen.“ (AS-1041)

<sup>23</sup> Veranstaltungsprogramm, ANB 11.11.1933: „Um 8 Uhr marschieren sämtliche Vereine mit Fahnen von ihrem Vereinslokal zum Marktplatz. Der 1. Vorsitzende meldet die Stärke seines Vereines nach Ankunft dem Propagandaleiter Moritz vor dem Rathaus.

Die Fahnen und Wimpel nehmen bei der Rednertribüne Aufstellung.

Den Ordnungsdienst und die Aufstellung der Vereine übernimmt die SA und die SS.

Die N.S.D.A.P. und ihre Nebenorganisationen marschieren nicht geschlossen, sondern gliedern sich ihren Vereinen an. Uniformen sind zu tragen.

Ab 8 Uhr konzertiert die Musikkapelle auf dem Marktplatz.

---

Vor Beginn der Rede singt der Gesangverein ‚Eintracht‘ ein Choral.

Die Kundgebung endet mit dem Absingen des Deutschlandliedes und des Horst Wessel Liedes. Gesungen wird jeweils nur der erste Vers.

Der Abmarsch erfolgt Vereinsweise nach Anordnung des Vereinsvorsitzenden.

Die Anwohner des Marktplatzes werden ersucht, die Schwarz-weiss-rote und die Hakenkreuzfahne zu setzen. Wer nicht im Besitze dieser Flaggen ist, wird die Gelegenheit haben, sich solche leihen zu können.

Alle übrigen Einwohner der oben genannten Ortschaften haben restlos an der Kundgebung teilzunehmen, um ein geschlossenes Bild der Einigkeit zu bekunden. Die Witterungsverhältnisse dürfen kein Grund zum Fernbleiben sein.

In Einigkeit wollen wir siegen, alles für Deutschland,

Ehre, Freiheit, Gleichberechtigung.

Heil Hitler!“

<sup>24</sup> Vorgesehenes Programm der NSDAP-Ortsgruppe für die Wahlvorbereitung, 1.11.1933: „Die Ortsgruppenleitung der N.S.D.A.P. , Ortsgruppe Schiltach hat, um auch den letzten Mann an die Wahlurne zu bringen, (...) folgende Wahlvorbereitungen getroffen:

Sämtliche Blockwarte sind zu Zellenwarte für die Wahlperiode bestimmt, und sämtliche Mitglieder der Partei zu Blockwarten ernannt.

Wahlarbeit (...) In Frage kommen: Persönliche Propaganda, Vertrieb von Aufklärungsschriften

Sämtliche Vereine halten Mitgliedsversammlungen ab, in denen die Vereinsvorsitzenden auf die Wichtigkeit der Wahl hinweisen werden (...).

Die HJ, der BdM und die Jugendbünde beider Konfessionen bilden Sprechchöre, die in den Vortagen der Wahl in Tätigkeit treten.

Der Aufbau und die Durchführung liegt in den Händen des Ortsgruppenleiters Moritz und den Vorständen oben genannter Jugendbünde.

Das JV marschiert in den Tagen vor der Wahl durch die Strassen der Stadt und trägt hierbei Plakate, die auf die Wahl hinweisen. Am Sonnabend vor dem Wahltag marschieren die gesamten Schulkinder in gleichem Sinne durch die Stadt. Die Durchführung liegt in den Händen des Jungvolkführers und der Lehrerschaft.

Lehengericht:

Die SA wird in Vorder-Lehengericht und die SS in Hinter-Lehengericht für Wahlpropaganda zugeteilt (...). Leiter der Propaganda für Vorder-Lehengericht ist Bürgermeister Bühler und für Hinter-Lehengericht Deissenbauer Bühler. Die NS-Bauernschaft ist restlos für die Wahlpropaganda einzusetzen (...).

Betriebe:

Die Inhaber der Betriebe von Schiltach und Lehengericht werden aufgefordert, von sich aus die Belegschaft durch eine Ansprache auf die Wichtigkeit und Bedeutung der Wahl aufmerksam zu machen.

Am Wahlsonntag sind sämtliche Häuser zu beflaggen.

---

Die Transparente werden von einer Sondergruppe aufgehängt.

Die gesamte Leitung des Schlepperdienstes liegt in den Händen einer Wahlkommission, bestehend aus Pg. Götz, Pg. Joos, Pg. [fehlt], die die Einteilung ihrer Mitarbeiter zur Kontrolle der Wähler selbständig vornehmen.

Um 2 Uhr stehen sämtliche verfügbare Autos zum Schlepperdienst zur Verfügung.

Im Lehengericht stellen sämtliche Bauern ihre Fuhrwerke den älteren Wählern zur Verfügung.

Bis 12 Uhr mittags müssen alle Angehörige der Bewegung gewählt haben.

Bis 3 Uhr sollen möglichst alle Wähler ihrer Wahlpflicht nachgekommen sein, um über die Wahlbeteiligung bis dahin ein klares Bild erhalten zu können“. (AS-2096)

<sup>25</sup> Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz an Bürgermeisteramt, 16.1.1934: „Der Beschluss über die Auflösung eines Zweigvereins des Bad. Frauenvereins vom Roten Kreuz bedarf der Genehmigung des Badischen Ministers des Inneren. (...) Unseres Erachtens lag kein Grund dafür vor, den Frauenverein Schiltach vom Roten Kreuz loszulösen. Wie uns mitgeteilt wurde, soll die Loslösung deshalb erfolgt sein, weil im Vorstand des Frauenvereins Schiltach Nichtarier sind, die nach den Grundsätzen des Roten Kreuzes nicht mehr als Vorstandsmitglieder tätig sein sollen. Diese Nichtarier wollte der Frauenverein nicht ausschließen.“ (AS-2438)

<sup>26</sup> Bezirksamt an Bürgermeisteramt, 14.8.1933: „Gustav Dieterle geb. 23.6.1905 in Kinzigtal wohnhaft in Lehengericht wurde aus der Schutzhaft beurlaubt. Es hat sich täglich ausser Sonntag bei der Gendarmerie zu melden. Es ist ihm jede politische Tätigkeit untersagt und darf nicht mit früheren Parteigenossen verkehren. Verwandtenverkehr ist gestattet. Dieterle ist geeignet zu überwachen, erforderlichenfalls ist Meldung zu erstatten.“ (AL-368)

<sup>27</sup> Bezirksamt an Bürgermeisteramt, 22.12.1933: „heute endgültig aus der Schutzhaft entlassen“ (AL-368)

<sup>28</sup> Protokollbuch des Männergesangsvereins „Eintracht“, 14.1.1934: „Bei unserem Volkskanzler Adolf Hitler liege auch für unsere Arbeit das grosse Vorbild. Des weiteren streifte der Vereinsleiter die Aufgaben des Sängers im 3. Reich; der Sänger im 3. Reich sei auch ein Soldat, der mit der edlen Waffe des Sanges kämpfe und mit dieser Waffe ausgezeichnet die Ideen des neuen Deutschland hinaustragen soll. Der Gedanke der Volksgemeinschaft soll in unserem deutschen Volkslied verkörpert werden.“ Gepflegt werden soll in Zukunft stärker das Marschlied. Auch der Kameradschaftsgeist soll gestärkt werden. Dabei gelte „die Zeichen der Zeit verstehend sich willig dem Führerprinzip unterordnen, dann wird es auch in Zukunft bei den Veranstaltungen der Sänger keine Unstimmigkeiten mehr geben“ (Fra-157)

<sup>29</sup> Pfarrer Schropp, ANB 17.2.1934: „Die Eingliederung kann im Bereich unseres Kirchspiels als abgeschlossen betrachtet werden. 79 Angehörige der Evangel. Jugendgruppen haben die *Doppelmitgliedschaft* übernommen. Es ist erfreulich, hoffen zu dürfen, daß durch diesen Vertragsabschluß der Segen biblischer Wortverkündigung und Schulung nun auch der Jugend zugute kommen kann, die nicht in den kirchlichen Jugendverbänden organisiert ist. Wir laden schon heute zu den betreffenden Abenden alle Jugendlichen herzlich ein.

Der Evang. Oberkirchenrat hat den Unterzeichneten für die Gebiete des Bannes 169 der HJ zum *kirchlichen Bevollmächtigten* ernannt.“

# Politik und Gesellschaft

DATUM	EREIGNIS	AKTENSTÜCK
5.3.1933	Am Hohenstein werden verschiedene Sowjetsterne aufgemalt. Die Farbe hierfür besorgt der Kriegsgeschädigte Johann Quillmann aus seiner Heimat Frankfurt. In Streit um eine Kürzung seiner Fürsorgeleistung wird Bürgermeister Bühler diese Geschichte 1935 dem Bezirksamt weiterleiten: Quillmann wolle nicht arbeiten. <sup>1</sup> Noch am 24.4.1933 sind die Symbole zu sehen. <sup>2</sup> Im Mai 1933 werden sie entfernt. <sup>3</sup>	AL-345, AS-1614, rs-592
1.4.1933	Nach einem Aufruf der NSDAP-Gauverwaltung Baden sollen „spontane Kundgebungen“ stattfinden. Unter der Parole: „Die Kriegshetzer und Deutschlands Lebenskampf“ werden Reichs-, Gau- und Kreisleiter über die wahren internationalen Kriegshetzerkreise Aufklärung geben. <sup>4</sup>	AS-1795
5.4.1933	Das Bürgermeisteramt erreicht die Aufforderung des Bezirksamts, ein Verzeichnis aller seit 1914 zugezogenen Ausländer inkl. deren „politischer Einstellung und Tätigkeit“ aufzustellen.	AL-373
11.4.1933	Beschluss des Schiltacher Gemeinderats: Wer jung und weder bei der Landhilfe oder im „Freiwilligen Arbeitsdienst“ arbeitet, darf auch nicht für die Gemeinde arbeiten.	AS-2471
19.4.1933	Der Lehengerichter Gemeinderat ernennt Reichspräsident Hindenburg, Reichskanzler Hitler und Reichsstatthalter Wagner zu Ehrenbürgern. → Kopien der Ernennungsurkunden sind in AL-129 erhalten.	ANB 22.4.1933
1.5.1933	Der erstmals veranstaltete „Feiertag der nationalen Arbeit“ wird nach einer kurzfristig angelaufenen Planung mit einem umfangreichen Programm begangen. <sup>5</sup>	AS-1991, Fra-157
5.5.1933	Die Gemeinde Lehengericht erhält die Eingangsbestätigung aus der NSDAP-Reichskanzlei, das das Angebot der Ehrenbürgerschaft an Hitler eingegangen sei. Eine offizielle Entscheidung müsse aber noch einige Zeit auf sich warten lassen. <sup>6</sup>	AL-129
24.5.1933	Ausschellung in Schiltach: „Am Freitag, den 26. ds. Mts. werden die Behörden aus dem Anlass des Todestages des Nationalhelden Albert Leo Schlageter mit der schwarz-weiss-roten Fahne und der Hakenkreuzfahne flaggen. Die Einwohnerschaft wird gebeten, sich dem Vorgehen der Behörden anzuschliessen. Die Beflaggung erfolgt auf Vollmast und ohne Trauerzeichen.“	AS-1991

30.5.1933	Der Gemeinderat beschließt, dass ab sofort Juden auf Märkten nicht mehr zugelassen sind. Zugleich werden die heimischen Gewerbetreibenden aufgerufen, sich stärker als bisher zu beteiligen. Für diesen Beschluss gibt es keine amtliche Vorlage. Am 16.8.1933 teilt das Innenministerium mit, solche Marktverbote widersprechen der Messe- und Marktfreiheit. Darüber hinaus drohen andernfalls außenpolitische Beziehungsstörungen. So nimmt Bürgermeister Groß am 30.8.1933 den Beschluss zurück, bevor am 1.12.1933 die Aufhebung des Beschlusses im Gemeinderat beschlossen wird. Zwischenzeitlich (November 1933) erreicht Schiltach auch die Mitteilung, dass es auch nicht erlaubt sei, fälschlich anzugeben, dass kein Platz vorhanden sei. → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 10.6.1933, 20.3.1936, 20.3.1938, 13.12.1938	AS-1414
31.5.1933	Die Stadt Schiltach kauft für die Volksschule ein Konvolut an NS-Propagandamaterial an. <sup>7</sup>	rs-592
10.6.1933	In einer Mitteilung im Nachrichtenblatt wird das Verbot der Zulassung von Juden bei Schiltacher Märkten mitgeteilt. Abgezeichnet ist diese Nachricht von Ortsgruppenleiter und nicht von Bürgermeister Groß: „Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 30. Mai ds. Js. beschlossen, daß an den Peter- und Paul Markt und an den künftigen Märkten Juden als Verkäufer nicht mehr zulassen werden. (Der Bürgermeister: i.V. Vornfett)“. → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 30.5.1933	ANB 10.6.1933
12.6.1933	Aus Mangel an finanziellen Mitteln muss die Notstandsmaßnahme der Verbesserung des Wegs Schiltach-Zollhaus zurückgestellt werden. Auch über den „Freiwilligen Arbeitsdienst“ sei die Maßnahme nicht abzudecken.	AS-2471
22.6.1933	Der Kampfbund des gewerblichen Mittelstands der NSDAP fordert, dass öffentliche Aufträge nur noch an Mitglieder vergeben werden dürfen. <sup>8</sup>	Al-132
24.6.1933	Der Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand erklärt den Kauf bei Ortsansässigen als Bekenntnis zum nationalen Staat.	ANB 24.6.1933
28.6.1933	Am Jahrestag des Versailler Vertrags sollen nach amtlicher Vorgabe die Flaggen auf Halbmast wehen, um die „schicksalhaft schwere Bedeutung des Versailler Vertrags für das Leben der deutschen Nation“ zu zeigen. Bürgermeister Groß schreibt in seinem Aufruf vom „harten Druck des Diktats“ und fordert Fahnen in Schwarz-weiß-rot und Hakenkreuz.	AS-1889
Juni 1933	Der Schiltacher Arbeiter Jakob Borho (mindestens 1930/31 arbeitslos) wird nach Aufforderung durch Stadtverwaltung und NSDAP-Ortsgruppe in „Schutzhaft“ (KZ Kislau) genommen. <sup>9</sup> Später wird er erneut inhaftiert. Zunächst war er im Polizeigefängnis Wolfach, bevor er am 6. Mai 1936 nach Kislau verlegt wurde. <sup>10</sup> Am 15. Februar 1937 wird er für zunächst drei Monate „beurlaubt“. Borho wird streng überwacht. Die Rückkehr zu seinem „asozialen Verhalten“ <sup>11</sup>	AS-1963, AS-857, AS-1994, AS-1996

	würde die Wiedereinweisung bedeuten. <sup>12</sup> In einem Polizeibereich vom 8. Mai 1937, die 3-Monats-Frist endet gerade, an das Bürgermeisteramt heißt es: „Ueber das Verhalten des Borho während seiner Beurlaubung ist nichts nachteiliges bekannt geworden.“ Auf Aufforderung durch das Bezirksamt gibt das Bürgermeisteramt diesen Bescheid weiter. Am 3. Juni 1937 wird seine „Beurlaubung“ in eine endgültige Entlassung aus dem KZ Kislau umgewandelt.	
1.7.1933	Die zunächst für den 24.6.1933 vorgesehene Sonnenwendfeier, angeordnet vom Reichsinnenministerium, findet statt. <sup>13</sup>	AS-1991
7.7.1933	Der Kirchturm soll zukünftig beflaggt werden können. <sup>14</sup> Im Herbst werden auch Fahnen angeschafft. <sup>15</sup>	AS-1405
8.7.1933	Im Nachrichtenblatt werden die Ergebnisse einer Volkszählung publiziert: Schiltach: 2113 Einw., 1733 ev., 371 kath., 104 Gewerbebetriebe, 60 Land- und Forstwirtschaftsbetriebe Lehengericht: 891 Einw., 458 männl., 12 Gewerbebetriebe, 92 landwirt. Betriebe → Vgl. Kap. Gleichschaltung, 3.6.1933	ANB 8.7.1933
22.7.33	Nach Mitteilung im Nachrichtenblatt werden die Wahlen zum evangelischen Kirchengemeinderat nach Einheitsliste durchgeführt: „Da bis zum Ablauf der vorgeschriebenen Frist eine andere Liste nicht eingekommen ist, so gelten die Vorgeschlagenen als gewählte Kirchengemeindevertreter. Ein eigentlicher Wahlakt findet also auch in Schiltach nicht statt.“	ANB 22.7.1933
6.8.1933	In Lehengericht finden turnusgemäß am 6.8.1933 Bürgermeisterwahlen statt. Amtsinhaber Wilhelm Bühler wird mit 235 von 243 Stimmen wiedergewählt (537 Wahlberechtigte). Mitteilung im Nachrichtenblatt: „Lehengerichts Bürgermeister Bühler wird ohne Gegenkandidaten für neun Jahre wiedergewählt.“ → In der Akte findet sich ein abgezeichneter Wahlzettel mit aufgemaltem Hakenkreuz. Dieser wurde für ungültig erklärt.	AL-75, ANB 12.8.1933
2.9.1933	Die SA beantragt, für zwei Abende pro Woche einen Schulungsraum in der Schule zu erhalten. Dem Antrag stimmt die Stadt zu. <sup>16</sup>	AS-1522
10.9.1933	In Schiltach spricht Pfarrer Engler (Kirnbach) zum Thema: „Was will die Glaubensbewegung Deutsche Christen?“	ANB 9.9.1933
13.9.1933	Bürgermeister Bühler bestätigt zur Amtsvereidigung seine „arische“ Abkunft. Er hat die NSDAP-Mitgliedsnummer 2834121. Ab dem 1.6.1937 wird er auch Kreishauptstellenleiter.	AL-75

15.9.1933	Nach Schiltacher Gemeinderatsbeschluss laufen folgende Arbeitsbeschaffungsprogramme: Reparatur Häberlesbrücke Verlegung/Neuerstellung des sog. Spitalstegs Instandsetzung Armenhaus/Lehrerwohngebäude/Feuerwehrgerätehaus Instandsetzung/Neubau am Rathaus Kleinkinderschule → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 16.4.1935	AS-2471
18.9.1933	Die Vorschrift trifft ein, dass Deutschlandlied und Horst-Wessel-Lied nur zu herausgehobenen Ereignissen gesungen werden dürfen.	AL-421
28.9.1933	Der stellv. Ortsgruppenführer Fritz Götz kann den Schiltacher Schulsaal für HJ-Treffen nutzen.	AS-1522
30.9.1933	Bürgermeister Bühler ruft zum Nationalen Ernte-Dankfest am 1.10.1933 auf: „Der Name ‚Bauer‘, bisher viel bewitzelt und bspöttelt und in Schmutz und Kot getreten, ist im neuen Reich wieder zum Ehrentitel geworden. In erster Linie soll nun dies Fest aber auch ein Dankfest sein! Ein Dankfest zur Ehre Gottes, der uns in unserem Reichskanzler Adolf Hitler ein Retter aus tiefster Erniedrigung, aus Not und Elend, gesandt hat und in diesem Jahre besondere reichliche Ernten beschert hat.“ Der Erntedanksonntag ist zugleich auch der erste Tag des Winterhilfswerks.	ANB 30.9.1933
1.10.1933	Nach einer Aufforderung des Deutschen Gemeindetags vom 24.9.1933 findet in Schiltach das Nationale Erntedankfest statt. Schiltach flaggt mindestens Rathaus und Schule. Über das Nachrichtenblatt wird die Bevölkerung ihrerseits zum Flaggen aufgerufen. Unterzeichnet ist dieser Aufruf „i. V. Trautwein“. <sup>17</sup>	AS-1991
1.10.1933	Bürgermeister Bühler sendet Reichspräsident Hindenburg die Ehrenbürgerurkunde Lehengerichts zu. Darin ruft er vor allem Hindenburgs vergangene Verdienste hervor. <sup>18</sup> Am 6.10.1933 kommt die Eingangsbestätigung an. <sup>19</sup>	AL-129
1.10.1933	Wilhelm Kumpf übernimmt die Tuchfabrik Korndörfer und bewirbt sich um die Herstellung von Uniformtuch.	AS-1315
7.10.1933	Das Nachrichtenblatt druckt ein Gedicht von Andreas Faißt ab. Es drückt Hitlerbegeisterung und Idealismus aus.	ANB 7.10.1933
15.10.1933, 26.10.1933	In Hornberg wird Reichsstatthalter Wagner die Ehrenbürgerurkunde Lehengerichts überreicht. Hierbei trägt Marie Bühler ein Gedicht, verfasst von Bürgermeister Bühler, vor. <sup>20</sup> Bürgermeister Bühler dankt am 26.10.1933 Reichsstatthalter Wagner für die Übernahme der Ehrenbürgerschaft. <sup>21</sup>	AL-129
Oktober 1933	Mit Worten tiefer Verehrung versendet Bürgermeister Bühler die Urkunde zur Ehrenbürgerschaft	AL-129

	Hitlers in Lehengericht. <sup>22</sup>	
4.11.1933	Das Dankschreiben Wagner erreicht das Bürgermeisteramt. <sup>23</sup> → <i>Fotos der drei Urkunden sind erhalten</i>	AL-129
16.11.1933	Erinnert wird an das Verbot von öffentlichen Aufmärschen in der entmilitarisierten Zone (bis 50 Kilometer östlich des Rheins).	AL-421
Ab November 1933	Zahl der in Schiltach verausgabten Bedarfsscheine für verbilligtes Speisefett: 11/1933: 359 1-2/1934: 406 10-12/1936: 325 4-6/1937: 332 1-3/1938: 310 10-12/1938: 282 Die Zahlen der Anträge und der tatsächlich verausgabten Scheine unterscheidet sich in geringem Maß.	AS-2468b
9.12.1933	Im Nachrichtenblatt erscheint eine Anzeige der NSDAP-Ortsgruppe für eine „Deutsche Weihnacht“ mit Weihnachtsspiel des Jungvolks und Weihnachtsmann.	ANB 9.12.1933
16.12.1933	Im Badhotel Wolfach spricht Studienrat Azone (Freiburg) über „Zivilen Luftschutz mit Lichtbildern“. Der Vortrag hatte schon November 1933 in Hausach stattgefunden.	AS-1895
19.12.1933	Das Bürgermeisteramt gibt bekannt: „Zur Anschaffung von Kleidung, Wäsche und Hausgerät werden aufgrund des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1.6.1933 Bedarfsdeckungsscheine ausgegeben. Geschäfte, die Bedarfsdeckungsscheine annehmen wollen, haben die Zulassung bei Bürgermeisteramt zu beantragen.“ Ergänzend dazu: „Schliesslich wird darauf aufmerksam gemacht, dass nur Verkaufsstellen zugelassen werden können, die deutsche Ware verkaufen. Die Verkaufsstellen haben sich zu verpflichten, nur deutsche Ware zu verkaufen. Im Antrag auf Zulassung ist dies zu erklären.“  <i>Zahlreiche Händler stellen Anträge, versehen mit dem Hinweis, nur deutsche Erzeugnisse zu führen. Bezugsscheine werden in Schiltach für insgesamt 82 Personen ausgestellt.</i>	AS-2468b
20.12.1933	Die Vorschrift zur „Aufnahme ehemaliger Marxisten in die Sportorganisationen“ wird vom Bürgermeister an die Vereine weitergeleitet. Gefordert werden darin bei Aufnahmen eine eidesstattliche Erklärung, ein polizeiliches Führungszeugnis sowie zwei Bürgen, die vor dem 1.1.1933 einem „nationalen Verbands (als solche gelten alle Organisationen der NSDAP. und des	AS-1999

	Stahlhelms)“ angehörten. Schon aufgenommene frühere „Marxisten“ müssen diese Bedingungen nachträglich erfüllen. Grundsätzlich ist die korporative Übernahme ehemals „marxistischer Organisationen“ nicht möglich.	
29.12.1933	Der Schiltacher Gemeinderat lehnt die Aufforderung des Innenministeriums nach Abonnie- rung des „Völkischen Beobachters“ mit Hinweis auf die bereits vorhandene Bestellung des „Der Führer“ ab. <sup>24</sup>	AS-1017
Dezember 1933	Der Kriegsinvalide Johannes Schillinger wird wegen „abfälliger Bemerkungen“ verwarnt. <sup>25</sup>	AS-1963
1933	Ferdinand Wöhrle kämpft stets mit finanziellen Sorgen. Schulden bei der Kommune muss er abtrottern, ist auf Hilfsleistungen angewiesen („Stadtpfarrer Schropp hat den [restlichen] Betrag von 10 RM persönlich bezahlt. Er möchte nicht genannt werden.“ Seit 1932 lebt er im Armenhaus („Wöhrle ist arbeitsscheu. (...) Eine Besserung ist aussichtslos.“ Im Februar 1933 spricht sich sogar die ihn bisher stützende evangelische Gemeinde für eine Verbringung in eine Arbeitskolonie aus. <sup>26</sup> Hierzu äußert sich das Bezirksamt aber noch skeptisch. <sup>27</sup> Später kommt Wöhrle in „Schutzhaft“, aus der er am 4. Oktober 1933 zur Arbeitssuche entlassen wird. Danach ist er bei der Stadt beschäftigt, verschwindet aber so spurlos, dass seine Frau eine erneute Verhaftung im November 1933 befürchtet. Über Wöhrle erscheint auch ein diffamierender Artikel in der lokalen Presse. Der Bürgermeister äußert sich scharf abwertend über Wöhrle. <sup>28</sup> Mai 1934 arbeitet er wieder für die Stadt, aber zunehmend wieder unregelmäßig. Da es angeblich keine grundsätzliche Änderung der Verhältnisse gibt, fordert das Bürgermeisteramt 1939 die Einweisung Wöhrles in ein Arbeitshaus. <sup>29</sup> Das Bezirksamt lehnt dies aber ab, da ihr seit Jahren keine Negativmeldungen über Wöhrle vorlägen. Harte Mittel seien jedoch grundsätzlich kein Problem. <sup>30</sup> Die Kriminalpolizei lehnt schließlich 1939 eine Verhaftung ab, doch wird Wöhrle verwarnt, ihm drohe die Überführung in das KZ Dachau. <sup>31</sup>	AS-859
6.1.1934	Amtliche Mitteilung von Ortsgruppenleiter Vornfett zum Missbrauch des „Hoheitszeichens“ der NSDAP: „Privatleute sind demgemäß nicht berechtigt, das Hoheitszeichen für Reklamezwecke oder zur Ausschmückung von Läden oder dergleichen zu verwenden. Nur bei besonderen Anlässen wird das Ehrenzeichen zur Schmückung jeweils freigegeben. Das trifft immer dann zu, wenn allgemein geflaggt wird.“	ANB 6.1.1934
6.1.1934	Das Winterhilfswerk erbrachte 6232,40 RM.	ANB 6.1.1934
13.1.1934	Aufruf zur Beflaggung am 18. Januar (Reichsgründungstag).	ANB 13.1.1934
14.1.1934	Der TV Schiltach führt im „Aberle“ den Film „Treu unserem Volke“ zum 15. Deutschen Turnfest 1933 in Stuttgart vor. <sup>32</sup>	ANB 6.1.1934, AS-2096

17.1.1934/ 13.2.1934	Das Bezirksamt fordert: „Es sind alsbald sämtliche in der Gemeinde vorhandenen Vereine mit folgenden Angaben mitzuteilen“. Gefordert werden „Bezeichnung, Verbandszugehörigkeit, Vorsitzender, Körperschaftsrechte“. Eine Liste des Bürgermeisteramts vom 13.2.1934 verzeichnet für Schiltach 33 Vereine. <sup>33</sup>	AS-1999
20.1.1934	Das Nachrichtenblatt druckt einen Artikel ab, in dem betont wird, dass nicht nur Menschen unter 40 geschätzt würden.	ANB 20.1.1934
26.1.1934	Lehengerichtet stellt auf Nachfrage an das Bezirksamt die Vereine der Gemeinde zusammen: Krieger- und Militärverein, Teil des Badischen Kriegerbunds, Teil des Kyffhäuserbunds, Vorsitzender Bürgermeister Bühler; „Wird für die Zukunft S.A. Reserve II.“ Musikverein, Mitglied im Verband Südwestdeutscher Musikvereine, Vorsitzender Ratschreiber Andreas Wolber	AL-380
27.1.1934	Aufruf im Nachrichtenblatt: „Entsprechend dem Aufruf des Herrn Reichspropagandaministers fordere ich die Einwohnerschaft auf, der Freude, Zuversicht und Dankbarkeit über den durch den Führer kraftvoll begonnenen Aufbau des neuen Reiches sichtbaren Ausdruck zu verleihen durch Beflagung der Häuser am 30. Januar 1934 von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr mit den Fahnen des Reiches.“	ANB 27.1.1934
3.2.1934	In einem Artikel („Welches ist die kriegerische Nation?“) wird bestritten, dass Deutschland ein besonders kriegerisches Land sei. In einem Rückgriff bis ins Jahr 1805 werden die verschiedenen Kriege pro Nation aufgerechnet.	ANB 3.2.1934
3.2.1934	Lehrer Ruckelshauer beklagt die Verunreinigung des Schiltacher Schulsaals nach HJ-Treffen. <sup>34</sup>	AS-1522
24.2.1934	Im Nachrichtenblatt wird die Vorrangstellung von SA-Mitgliedern bei Neueinstellungen vorgeschrieben. <sup>35</sup>	ANB 24.2.1934
24.2.1934	Das Nachrichtenblatt wendet sich in scharfen Worten gegen eine zu hohe Ausbildung der Jugend, die von wirklicher Arbeitsausbildung entfernt worden sei. <sup>36</sup>	ANB 24.2.1934
25.2.1934	Eine Totengedenkfeier findet am Heldenkreuz statt. <sup>37</sup>	AS-1889
Februar 1934	Zum WHW-Eintopfgericht wird auch Plauener Spitze verkauft, da diese aus einer besonders armen Gegend kommt.	ANB 3.2.1934
9.3.1934	Nach Mahnung durch das Kreisschulamt bestellt das Bürgermeisteramt fünf Hitler-Porträts von Eduard Trautwein für die Schiltacher Schulsäle. <sup>38</sup>	AS-1974
9.3.1934, 13.6.1934	Das Schiltacher Bürgermeisteramt kann der NSDAP-Kreispropagandaleitung melden, dass es vor Ort noch zwölf Arbeitslose gäbe. Vor einem Jahr habe die Zahl noch bei 76 gelegen.	AS-2471

	Am 13.6.1934 beträgt die Arbeitslosenzahl noch 7. <sup>39</sup>	
15.3.1934	Bürgermeister Groß mahnt im Vorfeld eines für den 23. März angekündigten Fackelumzugs die Einhaltung des korrekten Fahnengrußes an. <sup>40</sup>	ANB 17.3.1934
24.3.1934	In einer Ankündigung von Bürgermeister Bühler wird ein Osterfeuer zum Bestandteil des NS-Feierkalenders gemacht. <sup>41</sup>	ANB 24.3.1934
26.3.1934	Mahnung des Innenministeriums über die Bezirksämter an die Bürgermeisterämter, nur der „Führer“ und die Partei, nicht aber Rathäuser dürften Hoheitszeichen führen.	AS-1017
5.4.1934	In Schiltach werden geeignete Luftschutzkeller gesucht. <sup>42</sup> Am 11.6.1934 erkundigt sich das Bezirksamt: „Ich ersuche um Bericht über die Zahl, Lage und den Stand des Ausbaues der für Schiltach vorgesehenen Sammelschutzräume.“ Am 17.6.1934 ist schließlich eine Liste nutzbarer Keller erstellt. <sup>43</sup>	AS-1895
13.4.1934	Gründonnerstag ist kein gesetzlicher Feiertag mehr.	AS-1991
18.4.1934	Schiltachs und Lehengerichts Bürgermeister schreiben an die Firmen Karlin, Hans Grohe, Junghans, Wagner, Kupf, Heinzelmann: „Am 1. Mai ist ein geschlossener Aufmarsch der Betriebe/Betriebsführer und Gefolgschaft) vorgesehen. In dem zu veranstaltendem Zug sollen Brauchtums- und Trachtenwagen mitgeführt werden. (...) Heil Hitler!“	AS-1991
28.4.1934	Das Nachrichtenblatt schreibt die für den 1. Mai (Tag der nationalen Arbeit) einzuhaltenden Ordnung fest. Nur noch die schwarz-weiß-rote Fahne und die Hakenkreuzfahne dürfen gezeigt werden. <sup>44</sup> Trachten dürfen nur in „beschränktem Umfang“ getragen werden. <sup>45</sup> → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 26.4.1936	ANB 28.4.1934, AL-382
1.5.1934	Die bereits seit 1931 angestrebte Umgemeindung der nördlich der Kinzig liegenden Gemeindeteile Kinzigtals wird umgesetzt. → Vgl. Kap. „Vorgeschichte“, 14.11.1931	AS-1006
1.5.1934	Zum zweiten Mal wird der „Feiertag der nationalen Arbeit“ begangen. <sup>46</sup> Am nächsten Tag heißt es in einem Zeitungsbericht: „Mit Genugtuung darf Schiltach von sich sagen, dass alle mit Kräften dazu beigetragen haben, den Ehrentag des deutschen Volkes nach örtlichen Möglichkeiten so ausgestaltet und gefeiert zu haben, wie er seinem Sinne nach gefeiert werden sollte. (...) Eine aufgebaute Seilschwebbahn wurde zu einem vielbenutzten Verkehrsmittel, für derbe Bubenköpfe war zu wetteifendem Durchschlupf eine sog. Mausefalle konstruiert. Ein Kletterbaum, Seilhochlaufen, Wurfschnappen usw. brachte der Jugend spielvergnügte Stunden. (...) Aus dem Reich des ‚Spinnens und Webens‘ griff die Firma Karlin & Co. einen groß angefertigten Schützen heraus, auf dem ein Webstuhl in Funktion gesetzt war. Der Sprecher [Ortsgruppenleiter Vornfett,	AS-1991

	A.M.] bezeichnete die Arbeit als Lebensaufgabe und würdigte den endlich gelungenen Gleichschritt von Betriebsführer und Gefolgschaft. Das soziale Wohl der Volksgenossen müsse immer bedacht werden. Im Zusammenarbeiten werden wir durch eigene Kraft immer den Sieg erringen (...). Mit einem dreifachen Sieg Heil auf den Führer und mit dem gemeinsamen Singen des Horst Wesselliedes fand der offizielle Festakt seinen Abschluss.“	
5./6.5.1934	In Schiltach findet der Dank- und Opfertag der SA statt. Hierzu ruft das Bürgermeisteramt auf: „Es erübrigt sich wohl, die Verdienste der SA für unser heutiges Deutschland eingehend zu schildern. (...) Es soll hiermit die Einwohnerschaft noch einmal aufgerufen werden, zu dieser Sammlung nach Kräften beizusteuern.“ Der Gemeinderat beteiligt sich mit einer Spende an die SA von 20 RM.	AS-1184
22.5.1934	In einer Erklärung des Volkspropagandaministeriums wird die Förderung altdeutscher Bausubstanz im Unterschied zu modernen Baustilen gefordert. In Schiltach setzt sich die bereits früher eingesetzte Herrichtung alter Fachwerkhäuser an Markt und Schlossbergstraße fort. <sup>47</sup>	AS-1422b
26.5.1934	Im Nachrichtenblatt wird mitgeteilt, dass zukünftig Veranstaltungstermine durch die NDSAP-Ortsgruppe koordiniert würden. <sup>48</sup> Am 1. September druckt das Nachrichtenblatt eine Mitteilung ab, dass derlei Vorgaben nicht statthaft seien. Der Artikel vom 26. Mai wird aber nicht explizit erwähnt. <sup>49</sup> Schließlich teilt das Nachrichtenblatt am 3. November mit, dass Veranstaltungen doch bei der NSDAP-Ortsgruppe gemeldet werden müssten. Die vorhergehende Falschinformation habe man einer Fachzeitschrift entnommen.	ANB 26.5.1934, 1.9.1934, 3.11.1934
Mai 1934	Die Gemeinde Lehengericht beteiligt sich an der Finanzierung eines SA-Schiesstands in Vorderlehengericht.	AL-421
2.6.1934	Im Nachrichtenblatt wird eine Kriegserinnerungsausstellung angekündigt: „Als Glanzstück der Ausstellung wird ein Erinnerungsstück seltener Art einen würdigen Platz finden. Wenige Menschen können sich die gewaltigen Formen einer 42er Granate vorstellen, wie sie als Wunderwerk deutscher Munitionsfabriken gefertigt wurde.“	ANB 2.6.1934
2.6.1934	Das Bürgermeisteramt erreicht die Mitteilung, dass am nächsten Tag ein erster Zug mit KdF-Urlaubern aus Wesermünde Schiltach erreichen soll. Dennoch fällt wegen mangelnder Teilnehmerzahl die Fahrt aus, da einige Werke wegen dringender Aufträge keine Beurlaubung ermöglichen. Kurz darauf bekommt man doch noch KdF-Urlauber (74 aus Gau Merseburg-Halle). Diese bleiben eine Woche und werden in den ortsüblichen Gasthöfen untergebracht. Empfangen werden sie am Bahnhof durch die Stadtkapelle. Pro Person stehen als Verpflegungskosten zur Verfügung	AS-3912

	lediglich 17,50 RM. Bürgermeister Groß lobt hinterher: „Der finanzielle Erfolg war ebenfalls ein guter.“ Gern möchte Schiltach weitere Gäste empfangen.	
3.6.1934, 10.6.1934	Im „Gasthaus zum Pflug“ findet eine öffentliche Versammlung statt. Thema: „Kampf den Miesmachern, Nörglern und Kritikastern“. Redner Pg. Stock-Wolfach“. Am 10. Juni wird die Veranstaltung wiederholt im „Löwen“. Hierzu wird erklärt: „Wir erwarten, daß die gesamte Einwohnerschaft von Hinter-Lehengericht zu dieser Versammlung erscheint“.	ANB 2.6.1934
10.6.1934	Im „Aberle“-Saal und Garten spricht „Pg. Baumann-Karlsruhe über Kampf den Miesmachern, Nörglern und Besserwissern! (...)“ Das Nachrichtenblatt teilt dazu mit: „Es wird erwartet, daß die gesamte Bevölkerung an dieser Kundgebung teilnimmt.“	ANB 9.6.1934
27.6.1934	Bürgermeister Bühler droht Christian Frick in einem Fürsorgestreit mit der Macht des neuen Staats. <sup>50</sup>	AL-4
10.7.1934	Per Umlauf unter den Beamten wird die Erklärung zum „Röhm-Putsch“ von Reichsinnenminister Frick verbreitet. <sup>51</sup>	AS-1087
14.7.1934	Pfarrer Schropp wendet sich an die Bürgermeister von Schiltach und Lehengericht mit der Forderung, an die Tanzverbote für Christenlehrepflichtige zu erinnern. <sup>52</sup>	AS-1990
18.7.1934	Als neue Vorgabe gilt, dass für Personalfragen verantwortliche Verwaltungsmitarbeiter Mitglieder der NSDAP sein müssen oder zumindest als politisch zuverlässig gelten müssen.	AS-1087
20.7.1934	Im Schiltacher Bürgermeisteramt trifft die Vorgabe ein, dass ein Beförderungsstopp für politisch Unzuverlässige, „falsch“ Verheiratete usw. gelte.	AS-1087
21.7.1934	Das Radrennen „2000 km-Fahrt durch Deutschland“ führt durch Schiltach und Lehengericht. Veranstaltet wird das Rennen von der „Motor-SA“ und NS-Kraftfahrerkorps (NSKK).	AS-1976
29.7.1934	Der 1928 von der Stadt Schiltach gestiftete Wanderpreis, der seit 1929 nicht mehr vergeben wurde, soll erstmals wieder zur Austragung kommen. <sup>53</sup> Bei dem Lauf treten SA „Adler“, SS, die SpVgg. Schiltach, der Kraftsportverein und TV Schiltach an. <i>Letztmalig wurde der Lauf wohl 1939 ausgetragen.</i>	AS-2051
15.8.1934	Das Nachrichtenblatt erscheint mit einer Doppelseite zum Programm der „Wahlaktion am 19. August 1934“.	ANB 15.8.1934
18.8.1934	Die NSDAP-Ortsgruppe möchte ihre Fahnen statt in Privathäusern im Rathaus unterbringen, „und zwar im Bürgersaal, wo dieselben dann würdig untergebracht“ wären. Angeschafft wird schließlich ein Fahnenkasten.	AS-1184
19.8.1934	Die Volksabstimmung zur Vereinigung des Amts von Reichskanzler und Reichspräsident unter Adolf Hitler ergibt in Schiltach folgendes Ergebnis:	AS-2095

	1451 Ja 63 Nein 19 Ungültig	
27.8.1934	Den neuen Amtseid vom 20.8.1934 („Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehrosam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“) sprechen vor Bürgermeister Groß Adolf Fieser (Beamtenanwärter und Ratschreiberstellvertreter), Wilhelm Kimmich (Gemeindeförster), Erwin Rosenfelder (Stadtrechner) und Hermann Wild (Polizeiwachmeister).	AS-1087
August 1934	Der Bann 169 der HJ veranstaltet ein Zeltlager auf den Moosenmättle. In der Spendenanfrage an die Stadt Schiltach vom 23.5.1934 heißt es: „Die Gemeinden, die uns unterstützen, werden beim Einkauf der nötigen Verpflegung berücksichtigt.“ Schiltach stellt 20 RM zur Verfügung.	AS-1184
13.9.1934	Lehengericht meldet sich zum 2. Südwestdeutschen Heimattag in Karlsruhe an. Alle Teilnehmer sollen in Lehengerichter Tracht kommen. Die Fahrtkosten sind sehr günstig. Angemeldet werden: 28 Personen Trachtenmusikzug 10 Schäppelmädchen 10 Trachtenmädchen ohne Schäppel 5 Ehepaare 24 ledige/verheiratete Männer 3 Frauen	AL-384
22.9.1934	Im Nachrichtenblatt drücken Urlaubsgäste der KdF aus Weißenfels ihre Begeisterung über Organisation und Aufenthalt in Schiltach aus. <sup>54</sup>	ANB 22.9.1934
29.9.1934	Im Nachrichtenblatt wird eine „Quenglerliste“ zu „notorisch Unzufriedenen“ abgelehnt. <sup>55</sup>	ANB 29.9.1934
30.9.1934	Zum Erntedankfest fallen Kindergottesdienst und Christenlehre zugunsten der parallel stattfindenden „Volkserntetag“-Veranstaltungen aus. <sup>56</sup>	ANB 29.9.1934
13.10.1934	In Schiltach findet ein Aufklärungsabend über den Luftschutz statt: „Der Luftschutz ist zu einer Lebensfrage für unser Volk geworden, denn das abgerüstete Deutschland ist ringsum von hochgerüsteten Staaten umgeben.“	ANB 13.10.1934
27.10.1934	Öffentlich wird ein Hitlerjunge an den Pranger gestellt, dass er aus der HJ wegen „Gehorsamsverweigerung“ beurlaubt sei. <sup>57</sup>	ANB 27.10.1934
28.10.1934	Zum „Tag des deutschen Handwerks“ wird geflaggt, um so die Verbundenheit zu zeigen.	AS-1315
6.11.1934	Der Kreisgeschäftsführer der SA schreibt an das Bürgermeisteramt: „Die SA der NSDAP-Motorsturm 12/M 154, Schramberg hat auf Ende November einen Gepäckmarsch nach	AS-1418

	Schenkenzell festgesetzt.“ Danach soll ein Kameradschaftsabend bei SA-Kamerad Rieger in dessen Cafe folgen. Dort dürften aber nur nichtalkoholische Getränke ausgegeben werden, mit folgender Ausnahme: „SA-Leute sind aber keine Freunde von Kaffee und Süßigkeiten, der SA-Mann trinkt Bier.“	
8.11.1934	Der Deutsche Gemeindetag weist Schiltach an, die Zeitschrift „Der Gemeindetag“ müsse auf Anordnung des Reichsinnenministers bestellt werden.	AS-1017
10.11.1934	Jakob Eingartner erstellt auf Nachfrage ein Angebot für eine „Führer“-Büste zum Preis von 65 RM. In Bronzeguss mit Marmorsockel soll die Büste 400 RM kosten. Bürgermeister Groß will da zunächst von einer Bestellung absehen.	AS-1017
11.11.1934	Die Mitarbeiter der Stadtverwaltung werden zum Beitritt zum Reichsluftschutzbund aufgefordert. <sup>58</sup>	AS-1087
14.11.1934	Ab sofort muss das Bezirksamt alle technischen Filmgeräte und vorhandenen Filme melden. In Schiltach verfügen nach einer entsprechenden Meldung die Volksschule (Oberlehrer Ruckelshausen) und die evangelische Kirchengemeinde über die Technik und Filme.	AS-1992
16.11.1934	Lehengericht erreicht die Warnung vor möglichen ungerechtfertigten Forderungen von SS-Mitgliedern. Die Warnung soll nicht veröffentlicht werden. <sup>59</sup>	AL-421
23.11.1934	Öffentlich wird eine Entrümpelungsaktion des Reichsluftschutzbundes angekündigt. <sup>60</sup> Im Februar 1935 bringt der Verkauf des Gesammelten (154 kg Lumpen, 2080 kg Alteisen, Altpapier) an die Fa. Anton Amend (Offenburg) abzüglich der Bahntransportkosten eine Einnahme von 62,42 RM.	AS-1895
November/ Dezember 1934	Am 28.11.1934 beschwert sich die DAF-Ortsgruppe beim Bürgermeisteramt über die Entlassung des städtischen Bademeisters Rochus Loutre: „Der Fall hat in den Kreisen unserer Mitarbeiter Missfallen erregt (...) man hätte Mittel und Wege suchen müssen, ihn irgendwie unterzubringen“. Scharf wird in einem Schreiben des Bürgermeisteramts vom 7.12.1934 geantwortet: „Der Gemeinderat hat beschlossen, die Ortsgruppe darauf aufmerksam zu machen, dass gegenüber dem Gemeinderat als Behörde ein anderer Ton anzuschlagen ist.“ Am 21.12.1934 rudert die DAF daraufhin zurück.	AS-1131
1.12.1934	Schiltachs Schulen haben die folgenden Schülerzahlen: 308 Volksschule 45 Mädchenfortbildungsschule 22 Knabenfortbildungsschule 39 Gewerbeschule 17 „Privatschule Beeh“	AS-1974

8.12.1934	In scharfen Worten fordert Bürgermeister Bühler die Teilnahme an einer Veranstaltung des Reichsnährstands am 8. Dezember: „Wer nicht kommt, bekundet dadurch, daß er sich im deutschen Freiheitskampf nicht einsetzen will, denn nur der kann an seinem Platz mitkämpfen, der sich aufklären lässt über das Gebot der Stunde.“	ANB 8.12.1934
8.12.1934	Im Winterhilfswerk wird gefordert: „Jeder soll eingedenk der Bedeutung des Tages nicht nur spenden, sondern opfern“.	ANB 8.12.1934
15.12.1934	Aufgrund der politischen Situation wird das Weihnachtsprogramm der katholischen Gemeinde eingeschränkt: „Die Weihnachtsfeier 1934 halten wir nur im Gotteshaus in kirchlicher Weise am Weihnachtsmorgen in der Mette. Von allem Anderen sehen wir dieses Jahr ab, da Sammlungen außerhalb der Kirche mit Rücksicht auf das Winterhilfswerk verboten sind.“	ANB 15.12.1934
23.12.1934	Das Programm zur öffentlichen Weihnachtsfeier sieht Flaggenhissung, christliche Lieder, Wintersonnenwendfeier, Kampflied, WHW-Bescherungsaktion und Horst-Wessel-Lied vor. Zeitgleich zu dieser Veranstaltung finden in den Kirchengemeinden der Evangelische Mädchenkreis, und ein katholisches Beichtangebot statt. Der Erlös des Konzerts des Kirchenchors am 25. Dezember soll dem Winterhilfswerk zukommen.	ANB 22.12.1934
27.12.1934	Das Bürgermeisteramt Schiltach muss „Fehlanzeige“ geben für die Nachfrage nach städtischen Mitarbeitern in den Kategorien Träger von „Koburger Abzeichen“, von Ehrenzeichen von 1923, Ehrenzeichen für NSDAP-Mitgliedsnummer unter 100.000.	AS-1087
29.12.1934	Änderungen beim Silvesterzug werden mitgeteilt: „Lt. Beschluß des Kirchengemeinderats wird künftighin das ‚Hoch‘ auf die Pfarrfamilie unterbleiben.“	ANB 29.12.1934
1934	Die Stadt Schiltach beantragt im Rahmen von Notstandsarbeiten 1934 die Burg freizulegen und eine Weganlage herzustellen. Der Förderantrag wird aber vom Arbeitsamt Offenburg abgelehnt.	AS-1424
1934	Das Bürgermeisteramt Schiltach wird zur Mitgliedschaft in der KdF angefragt. Verbunden ist dies mit dem Hinweis auf den Schwarzwald als Urlauberregion. Da die Kosten aber monatlich 50 RM betragen sollen, lehnt Groß ab. Bei einer Herabsetzung auf noch 5 RM erklärt sich Groß dann zwar zum Beitritt bereit, doch spricht sich schließlich ein Erlass des Reichsfinanzministeriums gegen solche Mitgliedschaften aus. Die Bestätigung für die ursprüngliche Aufnahme findet sich aber noch in den Akten.	AS-3912
1934	Eine Jubiläumsschrift des Kriegervereins betont die Widerstandskraft der immer wieder von außen angegriffenen Heimat. <sup>61</sup>	Bü-336
1934	Im „Rössle“ werden die Filme „Wo warst Du?“ und der Zeichentrickfilm „Schnick und Schnorke“ aufgeführt.	AS-1991

15.1.1935	In Schiltach findet ein Fackelzug mit „Denkfeier“ „zu Ehren unserer Volksgenossen an der Saar“ nach der Abstimmung im Saargebiet statt. <sup>62</sup>	Fra-157
16.1.1935	Die DAF- Gauverwaltung Baden fordert gegenüber dem Bürgermeisteramt mit drastischen Worten den Beitritt von Gewerbetreibenden zur Organisation: „Wenn nun ein Handwerksmeister oder Gewerbetreibender trotz Aufforderung, dieser Organisation aller Schaffenden beizutreten, nicht nachkommt, so muss man notwendigerweise annehmen, dass er sich nicht aktiv am Wiederaufbau von Volk und Staat beteiligen will; er ist dementsprechend auch zu behandeln.“	AS-1315
30.1.1935	Anstelle einer Kundgebung zum Jahrestag der „Machtergreifung“ wird ein Festgottesdienst geplant. Danach sollen Ehrenkreuze an die Weltkriegsveteranen, Kriegerwitwen und Kriegereltern überreicht werden. Schließlich soll der Militärverein geschlossen von der Kirche zum „Aberle“ mit Fackeln marschieren.	AS-1889
Januar 1935, 18.3.1935	Die Milcherzeuger sollen zu Genossenschaften zusammengeschlossen werden. <sup>63</sup> Als sich dagegen Widerstand äußert, wird dieser Schritt am 23.1.1935 als freiwillig deklariert. <sup>64</sup> Als am 18.3.1935 die Deutsche milchwirtschaftliche Vereinigung an Bürgermeisteramt und alle Kuhhalter zur Eingabe der Kuhhalter Schiltachs festlegt, dass die Mitgliedschaft in der Genossenschaft freiwillig, im Milchversorgungsverband aber verpflichtend sei, verweigern die Kuhhalter Adolf Wolber („Rössle“), Christian Wolber („Sonne“) und Georg Bühler („Lamm“) die Annahme des Schreibens. 1936 steht schließlich die Monopolisierung des Milchhandels durch Bezirksmilchverwertungs- und Warengenossenschaften an. Bürgermeister Groß spricht sich aber gegenüber dem Bezirksamt dagegen aus. Noch am 13.5.1937 beliefern sechs Schiltacher Milcherzeuger „trotz bestehender Ablieferungspflicht für Milch an die örtliche Sammelstelle“ selbst die Verbraucher. Abgeschlossen ist die Zentralisierung erst am 19.4.1938. → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 1.1.1936	AS-1732b
7.2.1935	Das Bezirksamt meldet sich mit einer Anfrage zur Situation von Gustav Zuber (geb. 1916), der seit 1934 aus dem Erziehungsheim Stutensee entlassen und in Stellung bei Landwirt J.G. Schwenk lebt. Handschriftlich vermerkt hierzu Bürgermeister Bühler: „Zuber ist ein minderwertiger Mensch...“	AL-539
7.2.1935	Bisher sind zwei Personen aus der SA ausgeschlossen worden. <sup>65</sup>	AS-1946
23.2.1935	Das Nachrichtenblatt beantwortet praktische Fragen zur neuen amtlichen Grußform: „Schreibt man richtig ‚mit deutschem Gruß‘ oder ‚mit Deutschem Gruß‘? Oder heißt es in beiden Fällen richtiger ‚Gruße‘?“	ANB 23.2.1935

	Nach dem neuen Duden heißt es richtig: ‚Mit Deutschem Gruß!‘. Also mit großem D und einfachem ‚Gruß‘, nicht ‚Gruße‘.“	
Februar 1935	Hochwasser in Schiltach. Am 9. Februar wird im Nachrichtenblatt für die Beteiligung beim Kampf gegen das Hochwasser gedankt.	ANB 9.2.1935
Februar 1935	Nach einem Beschluss des Gemeinderats vom 1.2.1935 dürfen Arbeiten und Sachlieferungen nur noch an DAF-Mitglieder vergeben werden. Am 6.2.1935 fordert Bürgermeister Groß daher von der Ortsamtsleitung eine Liste aller Mitglieder der DAF an. Diese ist dann für den Stand 13.2.1935 erhalten. Am 27.2.1935 fordert das Bürgermeisteramt alle Nichtmitglieder auf, der DAF beizutreten. Im Anschluss werden einige Nachmeldungen vorgenommen. → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 11.10.1935	AS-1315
1.3.1935	In Schiltach findet ein Fackelzug zur „Heimkehr der Saar“ statt.	Fra-157
12.3.1935	Gemeinsam mahnen die Pfarrer Bihler und Schropp, es habe Fälle der ungenehmigten Verbreitung von Flugblättern religiösen Inhalts gegeben. Hierzu waren sie durch das Bezirksamt aufgefordert worden.	AS-1963, AL-172
21.3.1935	Schiltach fordert die Umgemeindung von Kuhbacherhof. <sup>66</sup> Ein Landeskommissär spricht sich schließlich für die Umgemeindung aus, doch bleibt eine Einigung über die Entschädigungssumme aus. Festgelegt wird diese schließlich auf 4700 RM.	AS-1008
21.3.1935	Die NSDAP-Gauverwaltung fordert einen „Opferring der Gemeinden des Kreises Wolfach“ zur Errichtung einer Geschäftsstelle. <sup>67</sup> Am 3.5.1935 lehnt Bürgermeister Groß mit Verweis auf formale Gründe eine Unterstützung ab.	AS-1184
23.3.1935	Im Nachrichtenblatt wird die eingeführte allgemeine Wehrpflicht begründet. <sup>68</sup>	ANB 23.3.1935
3.4.1935, 16.9.1936	Das Bürgermeisteramt berichtet an die IHK Freiburg über die ansässige Fa. Kumpf: „Die Zahl der Arbeiter ist mir nicht genau bekannt; es dürften jedoch zwischen 80 bis 90 Arbeiter und Angestellte sein (...) So viel mir bekannt ist, werden in der Hauptsache Uniformtuche hergestellt“. Weiterhin heißt es auf Nachfrage am 16.9.1936 zur politischen Zuverlässigkeit von Wilhelm Kumpf: „Es können mit ihm unbedenklich Fragen, die der Geheimhaltung bedürfen, besprochen werden.“	AS-1304
16.4.1935	Das Schiltacher Bürgermeisteramt beklagt das Fehlen einer ausreichenden Zahl Arbeitsloser für Notstandsarbeiten. Nachdem man im Kinzigtal bis nach Haslach geworben hat, sind inzwischen 17 Personen im Einsatz, gebraucht würden aber weitere Kräfte.	AS-2471
16.4.1935	Per Umlauf müssen die städtischen Mitarbeiter Schiltachs unterzeichnen: „Nach einem ausdrücklichen Wunsche des Führers sollen Erörterungen jeder Art über die Reichsreform nach	AS-1087

	wie vor unterbleiben.“	
20.4.1935	Bürgermeister Groß „bittet“ um Beflaggung „in den Farben des Reichs“ zum Geburtstag des „Führers“.	ANB 20.4.1935
27.4.1935	Das Nachrichtenblatt schreibt im Vorfeld des 1. Mai eine neue Beflaggungsrichtlinie vor, die der Hakenkreuzfahne die wichtigste Stelle einräumt. <sup>69</sup> Bürgermeister Bühler fordert außerdem: „Sache eines jeden Volksgenossen, eines jeden Einwohners ist es, von den Verarbeiten an zum guten Gelingen unseres Nationalfeiertages mit freudigem Herzen mitzuwirken.“	ANB 27.4.1935
1.5.1935	Zum dritten Mal wird in Schiltach der „Feiertag der nationalen Arbeit“ begangen. <sup>70</sup> Im Anschluss kommt es zum Streit zwischen Schiltach und Lehengericht über die Kostenübernahme für genutzte Fackeln. Lehengericht will nur 50 Stück bezahlen (20 RM), während Schiltach 30 RM für 75 Stück verlangt. Bürgermeister Bühler ergänzt: „Zu bemerken wäre noch, dass auch aus hiesiger Gemeinde lediglich die Musikkapelle und der Kriegerverein mit einigen N.S. Bauernschaftsmitgliedern am Fackelzug teilgenommen haben.“ Bürgermeister Groß antwortet: „Ich bemerke, dass bei der Grosslautsprecherübertragung auf dem Marktplatz hier eine größere Anzahl Einwohner dortiger Gemeinde anwesend waren. Die Kosten für die Aufstellung des Grosssprechers waren hoch.“	AS-1991, AL-382
18.5.1935	Der Schulsaal wird derart von der HJ verschmutzt hinterlassen, dass die Schule die Weiternutzung durch HJ ablehnt. Bürgermeister Groß äußert an die HJ eine „letzte Mahnung“.	AS-1522
1.-3.6.1935	Der Trachtenaufmarsch der Westmark findet in Ludwigshafen statt. In der Einleitung des Bezirksamts heißt es: „Die Arbeiterstadt Ludwigshafen/Rh. wurde deshalb als Tagungsort gewählt, weil gerade dem Industriearbeiter vor Augen geführt werden soll, dass es heute in Deutschland wieder Menschen gibt, die ihre Verbundenheit mit der Scholle auch äusserlich durch Tragen der altüberlieferten Trachten dokumentieren.“	AS-1428
8.6.1935	In scharfen Worten verteidigt Bürgermeister Bühler das Tragen der Tracht: „Wer sich seiner Tracht schämt, ist nicht wert, daß ihn deutsche Heimaterde trägt.“	ANB 8.6.1935
9.6.1935	Auf die Einladung zum Heimattag und Trachtenfest nach Schramberg ergänzt (wohl) Bürgermeister Bühler: „Der tiefere Sinn dieses Heimattages ist keineswegs Maskerade, sondern Weckung und Vertiefung der Ehrfurcht vor den von unsern Vorfahren uns überlieferten schlichten, einzigartig schönen Volkstrachten und der Freude und Liebe, dieselben mit Stolz und Recht zu tragen. Wer sich seiner Tracht schämt, ist nicht wert, dass ihn deutsche Heimaterde trägt.“ Der Text ist nur unvollständig erhalten.	AL-164

16.6.1935	Im „Röble“ spricht Propagandistin Maria de Smeth <sup>71</sup> über ihre Erlebnisse und Flucht aus Russland. Laut Ortsgruppenleiter Vornfett sei so Gelegenheit gegeben: „Wahrheiten über die Zustände in dem Kommunisten-Paradies Sowjetrußland zu hören, und zwar aus dem Munde einer Frau (...) Eine Gelegenheit, über die wahren Zustände in Sowjetrußland aus berufenem Munde näheres zu hören, bietet sich nur selten, weil bekanntlich die Kontrolle seitens russischer Agenten sehr scharf ist.“	ANB 15.6.1935
22.6.1935	Das Nachrichtenblatt teilt ein Urteil des Arbeitsgerichts Marienwerder mit: „Wer russische Sender hört, kann fristlos entlassen werden“.	ANB 22.6.1935
26.6.1935	Auf dem Schlossberg findet ein „Dorf-Abend“ zu Ehren der KdF-Urlauber aus Ostpreußen statt. Dabei singt auch der Gesangverein „Eintracht“. Das Protokollbuch zeigt aber auf, dass der Verein trotz wiederholter Auftritte bei politisch-offiziellen Anlässen mehrheitlich zu privaten Anlässen (u.a. Familienfeiern) auftrat.	Fra-157
10.7.1935	Der neuen Lehengerichter Hauptsatzung stimmt neben dem Bezirksamt auch die NSDAP-Kreisverwaltung zu.	AL-75
11.7.1935	Bürgermeister Groß sucht Unterstützung beim badischen Gebietsführer der HJ zugunsten der Errichtung eines HJ-Heims auf dem Häberlesberg.	AS-2466b
17.7.1935, 11.8.1935	Für Hinterlehengericht kann die Fertigstellung eines Schiessstands auf dem Deisenbauernhof zum Bezirksamt gemeldet werden. Schießleiter sei Christian Wolber (Eichberghof), Schießleiter in Vorderlehengericht ist Andreas Bühler. Am 11.8.1935 werden die beiden Stände in Vorderlehengericht eröffnet. Es findet dabei eine Flaggenparade beim Schützenhaus, Schießbetrieb mit Preisschießen mit SA, Kyffhäuserbund, Parteigenossen, HJ, Bauernschaft, DAF sowie um 17 Uhr „Flaggeneinholung, Abmarsch zum Pflug vor Eulersbach, wo bei froher Gesellschaft die Preisverleihung stattfindet“ statt. Die amtliche Genehmigung der Schießstände durch das Bezirksamt erfolgt aber erst am 16.9.1935.	AL-385
24.7.1935	Für Schiltach und Lehengericht findet die erste Musterung statt (Jahrgänge 1914 und 1915).	ANB 29.6.1935
9.8.1935	Bürgermeister Bühler lädt Gottlieb Wöhrle vor Gemeinderat vor. Dieser habe geäußert: „der Gemeinderat habe eine Kuh vermuckelt“. Bühler mahnt: „Als Pg. sollte es Ihnen bekannt sein, welchen Weg man in solchen Fällen zu gehen hat.“ Gefallen sein sollen die Äußerungen am 5. August 1935 im „Grünen Baum“. Zeugen zitieren auch „Eure Spitzbuberei“ (das sagte er angeblich in Halbmeil im „Engel“). Dabei ging es um die Veräußerung des Inventars des „Löwen“. <sup>72</sup> Zur Sühne soll Wöhrle Abbitte leisten und an die Jungvolkkasse 50 M zahlen. Wöhrle lehnt dies ab. Um nun klagen zu können benötigt Bühler aber	AL-547, AL-549

	die Zustimmung des NSDAP-Kreisleiters, der diese verweigert: „Es ist der Wunsch des Führers, dass Parteigenossen nicht vor den öffentlichen Gerichten herumstreiten und hoffe ich, dass der Fall nicht Gegenstand vor dem öffentlichen Gericht wird.“ Schließlich nimmt Wöhrle am 20. April 1936 gegenüber Ortsgruppenführer Vornfett die Äußerungen zurück.	
3.9.1935, 5.9.1935	Für die Besetzung einer Verwaltungsstelle im Schiltacher Bürgermeisteramt erklärt sich das Personalamt der NSDAP-Baden zugunsten des Pg. W. Armbruster aus Schiltach: „Er ist von Beruf Kaufmann und gehört der Sonderaktion zur bevorzugten Unterbringung alter Kämpfer an.“ Zwei Tage später antwortet der Bürgermeister: „Pg. Armbruster kann die Stelle nicht ausfüllen.“	AS-1086
28.9.1935	Ortsgruppenführer Vornfett und Bürgermeister Bühler rufen zum Erntedankfest auf: „Wir rechnen, daß das Erntedankfest, wie im letzten Jahre, ein Tag echter deutscher Volksgemeinschaft wird, und bitten um tatkräftige Unterstützung.“	ANB 28.9.1935
30.9.1935	Eine Statistik über von den 542 Schiltacher Haushalten abgeschlossene Zeitungsabonnements zeigt, dass die meisten Leser das NSDAP-Parteiblatt „Der Führer“ hat, gefolgt von „Kinzigtäler“ und „Schwarzwälder Bote“. <sup>73</sup>	AS-2210
1.10.1935	Es entsteht nach gesetzlicher Vorgabe eine „Beratungsstelle für Erb- und Rassenpflege“.	ANB 21.9.1935
11.10.1935	Die Ortsgruppe Schiltach der DAF teilt dem Bürgermeisteramt jene Händler mit, die der DAF bisher noch immer nicht beigetreten sind. <sup>74</sup> → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, Februar 1935	AS-3912
13.10.1935	Für ein Preisschießen der SA-Standarte 169 in Offenburg stellt die Stadt Schiltach 10 RM für Preise zur Verfügung.	AS-1184
19.10.1935	Das Nachrichtenblatt wendet sich erneut gegen eine zu umfassende Bildung der Jugend. <sup>75</sup>	ANB 19.10.1935
19.10.1935	Der neue Spielmannszug der HJ in Hinterlehengericht erhält von der Gemeinde drei Trommeln. → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft Mai 1937	AL-421
28.10.1935	Der Reichsluftschutzbund fragt nach, „ob sich in ihrer Gemeinde unersetzliche Kulturgüter, wie Gemälde alter Meister, Skulpturen usw. in Museen, Kirchen, Rathäusern befinden, die im Falle eines Luftangriffes geschützt werden müssen“ befinden.	AS-1895
9.11.1935	Bürgermeister Groß ruft auf: „begeht das deutsche Volk den Totengedenktag für die Gefallenen der Nationalsozialistischen Bewegung und für die im Weltkrieg gefallenen Krieger.“ Das dabei abgedruckte Veranstaltungsprogramm, unterzeichnet von Ortsgruppenführer Vornfett, kündigt die Verlesung der Namen „der in München am 9. November 1923 gefallenen Kameraden, sowie die Namen der Gefallenen des Gaus Baden“ an. Zeitgleich zu dieser Veranstaltung setzt die evangelische Kirche eine Seelsorgestunde an.	ANB 9.11.1935

29.11.1935, 6.12.1935	Das Thema des Jungmänner-Abends der evangelischen Gemeinde lautet: „Der Fluch über Israel (Talmud)“. Eine Woche später folgt die Veranstaltung: „Frühchristliche germanische Kunst“.	ANB 23.11.1935, 30.11.1935
29.11.1935	Das Nachrichtenblatt verbreitet die Tourismusbilanz des Jahres: 2922 Personen besuchten Schiltach (11577 Übernachtungen).	ANB 29.11.1935
Ende 1935	Das „Arbeitslosenbarometer“ auf dem Marktplatz zeigt noch die Zahl „7“ an.	AS-1065
1935	KdF-Urlauber kommen in diesem Jahr aus Sachsen und Düsseldorf nach Schiltach.	AS-3912
1935	In Schiltach existieren folgende Sportvereine: TV Schiltach, Führer Karl Steffan Kraftsportverein, Führer Chr. Müller SpVgg. Schiltach, Führer Erwin Rosenfelder Schützenverein, Führer Gottfried Harter Schwarzwaldverein, Führer Paul Neugart Kegel-Klub, Führer Kimmich Ski-Klub, Führer F. Fautz	AS-2051
1.1.1936	Es besteht hier eine Bezirksmilchverwertungs- und Warengenossenschaft, die die Gemeinden Lehengericht, Schiltach, Schenkzell, Bergzell und Kaltbrunn umfasst. <sup>76</sup> → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, Januar 1935	AL-323
15.1.1936, 23.1.1936	In der Schule Hinterlehengericht werden Luftschutzvorträge und –übungen durchgeführt.	AL-1417
25.1.1936, 31.1.1936	Das Bürgermeisteramt Schiltach erreicht eine vertrauliche Anfrage der IHK Freiburg: „Die Firma Hans Grohe, Schiltach, bewirbt sich um die Vergebung von Behördenaufträgen und zwar von Packkästen für T-Minen, Handgranatenkästen.“ Hierauf schreibt das Bürgermeisteramt am 31.1.1936 der Fa. Hans Grohe einen „guten Leumund“ zu. Außerdem: „Das Hauptabsatzgebiet der Firma liegt ausserhalb Deutschlands und teilweise in aussereuropäischen Ländern. Die Firma ist mit eine Stütze für den europäischen Devisenmarkt.“	AS-1304
26.1.1936	Auf dem Marktplatz findet eine Luftschutzübung statt. <sup>77</sup> Bei den Häusern rund um den Marktplatz wird die Verdunkelung geprüft.	ANB 26.1.1936
27.1.1936	Bürgermeisteramt an Wasser- und Straßenbauamt Offenburg: „Nach Mitteilung des Bezirksamtes Wolfach sollte im Falle der Anordnung der Verdunkelung wegen Fliegergefahr die Strassenkreuzung bei der Stadtbrücke hier, Abgang der Strasse I. Ordnung Nr. 175 von der Reichsstrasse Nr. 369 durch Leuchtfarben oder blaue Richtungslaternen gekennzeichnet werden.“	AS-1895b
29.1.1936	Das Krankenhaus darf nicht mehr bei Händlern einkaufen, die nicht Mitglied der DAF sind. <sup>78</sup>	AS-3912

30.1.1936	Zum 3. Jahrestag der Machtübertragung feiert die evangelische Gemeinde den „Gedenktag der nationalen Erhebung“ mit einer Feierstunde in der Kirche. Im Anschluss folgt ein lebenskundlicher Abend.	ANB 26.1.1936
20.2.1936	Bürgermeister Bühler verbietet die weitere Ausleihe von Trachten zur Fasnacht: „Unsere schöne Volkstracht ist keine Narrenkleidung!“	AL-164
21.2.1936	Der Umbau des Kirchturms wird ca. 5700 RM kosten.	Abs-178
29.2.1936	Das Nachrichtenblatt ruft zum Beitritt in einen Schießverein auf: „Es ist eine vornehme Aufgabe, alle heranzuziehen, die mithelfen wollen, daß Deutschland Herr seiner Geschicke bleibt und Friedensstörer zum Frieden zwingen kann.“	ANB 29.2.1936
19.3.1936, 27.3.1936	Vor der Volksabstimmung fordert das Schiltacher Bürgermeisteramt „die Stimmabgabe aller möglichst in den Vormittag“. Am 27.3.1936 erreicht Schiltach vom Innenministerium die Erklärung, die Wahlzettel müssten ohne Kreuz bleiben und seien auch mit Unterstreichungen u.ä. „nicht ungültig“. → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 28.3.1936	AS-2097
20.3.1936, 28.4.1936	Der Händler Paul Grewe (Mannheim) beschwert sich über einen zu schlechten Platz beim Markt. Insbesondere stört ihn, dass ein „Ostjude“ besser behandelt worden sei. <sup>79</sup> Nachdem Marktmeister Wild in einer Stellungnahme Grewe als Ausschreier, der für zentralere Plätze nicht infrage kommt und sich nur beschwert, aber kaum gearbeitet habe, erklärt Bürgermeister Groß am 28.4.1936, die Platzvergabe sei in Ordnung gewesen. Hinzu fügt er, dass er jüdische Händler zwar nicht auf dem Markt verhindern könne, deren Bevorzugung verhindert werden müsse. <sup>80</sup> An Marktmeister Wild geht die anschließende Anweisung: „Eine Bevorzugung der Juden gegenüber den anderen Marktbesuchern soll in Zukunft vermieden werden.“ [gestrichener Entwurf: darf in Zukunft nicht mehr erfolgen]. → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 30.5.1933	AS-1416
26.3.1936	Das Ehrenbuch der gefallenen Krieger als Entwurf von Eduard Trautwein wird im Gemeinderat vorgestellt. Seine Aufstellung soll im Bürgersaal des Rathauses ca. 350 RM kosten. Am 22.8.1938 stimmt der Gemeinderat seinem Entwurf zu.	Abs-178
28.3.1936	Im Vorfeld der Reichstagswahlen 1936 erklärt Ortsgruppenführer Vornfett: „Bei den früheren Wahlen ist es vorgekommen, daß Wähler lediglich den leeren Stimmschein in den Umschlag steckten, ohne das Kreuz in den Kreis zu zeichnen. Diese Wähler glaubten, damit dem Führer die Stimme gegeben zu haben. Diese Auffassung ist falsch.“ Ein Wahlaufuf im Nachrichtenblatt beschimpft alle potentiellen Gegner des Regimes. <sup>81</sup> Im	ANB 28.3.1936

	<p>Wahlaufruf wird auch gefordert, dass bereits bis 11 Uhr alle Stimmen abgegeben sein sollen. 1933 hatte die „Frist“ noch bei 15 Uhr gelegen. Auch die Flaggennutzung wird erneut reformiert. Zukünftig soll allein die Hakenkreuzfahne aufgehängt werden.  → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 19.3.1936</p>	
29.3.1936	<p>Auch in Schiltach findet neben den „Reichstagswahlen“ die „Rheinlandabstimmung“ statt. 1470 Personen stimmen „Ja“, sieben „Nein“. Bei der Durchführung der Wahl wurde neben den beiden üblichen Wahlbezirken noch ein dritter im Krankenhaus eingeführt (mit dem Ergebnis alle zwölf Stimmen „Ja“). Von den 1468 Berechtigten nehmen insgesamt drei an der „Wahl“ nicht teil.</p>	AS-2097
1.4.1936	<p>Kuhbacherhof wird von Bergzell nach Schiltach umgemeindet. Schiltach wächst um 16 Einwohner (acht männliche und acht weibliche). Schiltachs Gesamtbevölkerung beträgt jetzt 2196.  → Vgl. Kapitel Vorgeschichte, 11.3.1932</p>	AS-1005a, AS-1008
4.4.1936	<p>Das Nachrichtenblatt berichtet über die Rückkehr von Schiltacher KdF-Reisenden von Madeira. In einem Bericht über die Fahrt ist über Lissabon zu lesen: „Zerlumpte Zigeunergestalten, meist barfuß, empfangen uns mit lautem Geschrei. Auch der marokkanische Neger war vertreten.“</p>	ANB 4.4.1936, 9.5.1936
15.4.1936, 30.9.1936	<p>Der geforderte Ausbau der Luftschutzkeller geht nicht zügig voran.<sup>82</sup> Am 30.9.1936 muss gegenüber dem Bezirksamt ergänzt werden: „In Ermangelung einer Sirene erfolgt die Alarmierung der Bevölkerung durch Läuten der grössten Glocke der Ev. Kirche.“</p>	AS-1895
24.4.1936, 26.4.1936	<p>Aufruf des Bürgermeisteramts Lehengericht zum 1. Mai: „die gesamte bäuerliche Bevölkerung möglichst in Tracht hinter ihrem Festwagen ‚Pflug und Sämann‘ (...) Sache eines jeden Volksgenossen, eines jeden Einwohners ist es, von den Vorarbeiten an zum guten Gelingen unseres Nationalfeiertags mit freudigem Herzen mitzuwirken.“  Bereits am 24.4.1936 hatte Bühler gefordert: „Es darf und muss erwartet werden, dass jedes Haus seine Hakenkreuzflagge hisst. Es gibt heute nach einer nunmehr dreijährigen gewaltigen Aufbautätigkeit unseres Führers tatsächlich keine Entschuldigung mehr für die Nichtanschaffung einer Hakenkreuzflagge.“  → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 24.4.1934</p>	AL-382
6.5.1936	<p>Die DAF-Gruppe Schiltach wiederholt die Liste noch nicht beigetretener Hände, diesmal mit ausdrücklicher Hinzufügung des Malermeisters Karl Sautter.</p>	AS-3912
9.5.1936	<p>Im „Röble“ findet ein Vortrag zu Freimaurertum von Pg. Failenschmidt statt.</p>	ANB 9.5.1936
Juni 1936	<p>Das Ansinnen des Hornberger Bürgermeisters Müller, der wegen 1000 RM Unterstützung von Schiltach für die Errichtung eine Gauschule anfragt, wird mit Hinweis auf die hohen Kosten durch Schneefall im Gemeindewald abgelehnt.</p>	AS-1184

11.7.1936	Eine Stellenausschreibung einer Amtsgehilfenstelle fordert den Nachweis der „arischen Abstammung und der nationalen Zuverlässigkeit“.	ANB 11.7.1936
18.7.1936	In Lehengericht finden „Rassebiologische Untersuchungen“ statt, durchgeführt von Dr. Wolfgang Abel vom Kaiser Wilhelm-Institut für menschliche Erblehre in Berlin-Dahlem. <sup>83</sup> Nach seinem Eintritt in die SS im Jahre 1935 arbeitete Abel als Experte für das Rasse- und Siedlungshauptamt (RuSHA) der SS und als Obergutachter für das Reichssippenamt.	ANB 18.7.1936, AL-364
Mitte Juli 1936	Erstmals findet ein Betriebsausflug des Junghans-Werks statt. Ziel ist Freiburg.	ANB 25.7.1936
27.7.1936	Bürgermeister Bühler beklagt die Industrierverschmutzung der Schiltach in Hinterlehengericht. <sup>84</sup>	AL-315
1.8.1936	Anlässlich der Olympischen Spiele soll geflaggt werden. Hierfür wird zeitlich begrenzt die Flaggenregel verändert: „Es können auch die olympische Flagge und Flaggen der an den Olympischen Spielen teilnehmenden ausländischen Nationen gezeigt werden.“	ANB 1.8.1936
5.8.1936	Der Gemeinderat beschließt die Umbenennung der verlängerten Bachstraße in „Auf der Schwaigwiese“. Außerdem wird die Anschaffung einer Salutkanone für 260 RM beschlossen.	Abs-178
8.8.1936	Das Nachrichtenblatt widmet sich dem wiederholt beklagten Buttermangel. <sup>85</sup>	ANB 8.8.1936
26.8.1936	Bürgermeister Bühler fordert gegenüber Bürgermeister Groß, Schiltach brauche einen eigenen Ortsbauernführer. <sup>86</sup> Groß schlägt daher für Schiltach Konrad Bühler, Hauptstr. vor. Ortsbauernführer für Hinterlehengericht soll A. Kirgus, neu ins Amt für Vorderlehengericht soll Johann Georg Zanger eingesetzt werden.	
5.9.1936	NSDAP-Mitglieder müssen künftig an ihren Autos einen Hakenkreuzwimpel anbringen. <sup>87</sup>	ANB 5.9.1936
5.9.1936	Der Gemeinderat beschließt dass die Pachtung einer Fläche für den Sportplatz auf der Kuhbacherwiese von Eugen Trautwein angestrebt werden soll.	Abs-178
18.9.1936	Die Internationale Sechstagesfahrt (Radrennfahrt) führt durch Schiltach und Lehengericht.	AS-1976
26.9.1936	Kreisleiter Baumann fordert monatliche Berichte aus den Gemeinden. <sup>88</sup> Es gehen danach monatliche Berichte raus, wobei ab 1939 vielfach lediglich „Fehlanzeige“ erstattet wird. Ende 1941 enden die Berichte, ohne dass ein konkreter Anlass hierfür belegbar wäre.	AS-1035
26.9.1936	Für die Häuser wird ein Hauswart für Luftschutz angekündigt. Außerdem soll jeder Haushalt ein Merkblatt mit „10 Gebote der Verdunkelung“ erhalten.	ANB 26.9.1936
3.10.1936	Das Programm zum Erntedankfest am 4.10.1936 erwähnt nicht mehr die Beteiligung von Kirchen. Dennoch finden in der nicht eingeteilten freien Zeit am Vormittag Gottesdienste statt. In der Bekanntmachung vom 2.10.1936 zum Erntedankfest von Bürgermeister Bühler heißt es: „Der Festzug nach Halbmeil geht von Schiltach, Bahnhofstraße, aus und soll auch hierbei schon die	ANB 3.10.1936, AL-382

	Volksgemeinschaft, die Verbundenheit der einzelnen Berufsstände miteinander durch geschlossenes Marschieren zum Ausdruck kommen.“	
5.10.1936	<p>Monatsbericht des Bürgermeisteramts Lehengericht:</p> <p>„Förderung des Wohnungsbaues. Es werden private Bauvorhaben gefördert für 4 Neubauwohnungen mit Baudarlehen aus dem Abraham Fichter`schen Lehrgeldfond der Gemeinde von insgesamt 5600,- RM.“</p> <p>„Förderung des Schießsports. In der Gemeinde befinden sich zwei Schießstände, welche durch die Gemeinde im Vorjahre erbaut wurden.“</p> <p>„Beigeordnete und Gemeinderäte werden erneut als Propagandisten des Luftschutzgedankens, zur Werbung von Mitgliedern für die NS-Volkswohlfahrt und anderen aktuellen Tagesfragen eingesetzt.“</p> <p>„Luftschutz-Hauswarte wurden ernannt (...) Insbesondere wurde auf die kommende Verdunkelungsübung vorgearbeitet.“</p> <p>„Die Gemeinde hat in diesem Jahr eine trag und fahrbare Motorspritze angeschafft.“</p> <p>„Zur Ernteeinbringung (Getreide- und Öhmderte) habe ich Reichsarbeitsdienst angefordert und erhalten.“</p>	AL-421
10.10.1936	<p>228 Schiltacher arbeiten in Lehengericht:</p> <p>171 bei Karlin</p> <p>55 bei Junghans</p> <p>2 bei Gebr. Heinzelmann</p> <p>Aus Schenkenzell pendeln täglich 29 Arbeitnehmer nach Lehengericht.</p>	AL-118
10.10.1936	Da Lehengericht für Sirenenwarnungen bei Luftalarm zu groß ist, soll die Alarmierung im Notfall „durch Fernsprecher und Melder“ erfolgen. Diese Melder sollen einen Anruf bekommen, anschließend die Meldung, unterstützt durch BdM, HJ und größere Volksschüler in ihrem jeweiligen Alarmbezirk weitergeben. Insgesamt bestehen in Lehengericht zehn Alarmbezirke.	ANB 10.10.1936
13.10.1936	Der Gemeinderat Schiltach beschließt den Ankauf einer Alarmsirene für 1000 RM.	AS-1065, Abs-178
22.10.1936, 21.7.1937, 1.12.1937	<p>In Schiltach findet eine Verdunkelungsübung statt. Am nächsten Tag kann dem Bezirksamt berichtet werden: „7 Minuten nach Eintreffen des Befehls, also um 18 Uhr 25 Minuten, war Schiltach völlig dunkel. Während der Übung haben sich keinerlei Schwierigkeiten, sowohl bezüglich des Sicherheits- wie auch des Kontrolldienstes ergeben.“</p> <p>Am 21.7.1937 hat sich Schiltach verbessert: „In der hiesigen Gemeinde war grösstenteils</p>	AS-1895

	innerhalb 3 Minuten der Befehl durchgeführt.“ Zum 1.12.1937 hieß es: „Innerhalb weniger Minuten nach Durchgabe des Alarmzeichens waren die Häuser restlos verdunkelt.“ Eine weitere Übungen fand statt am 25.5.1938, während die Übung im September 1938 ausfiel. Für den 18.11.1938 konnte vermeldet werden: „Sofort war die hiesige Gemeinde völlig verdunkelt.“. Allerdings erhielt das Gasthaus „Sonne“ eine Verwarnung, da dort das Abendessen nicht unterbrochen wurde.	
23.10.1936	Das Bürgermeisteramt Lehengericht schreibt an die NSDAP-Kreisleitung zur Entwicklung der Preise: „Kartoffeln sind billiger wie 1933, Obst ist bis zum Vorjahre im Preise nicht gestiegen. In diesem Jahr ist so gut wie keine Obsternte hier zu verzeichnen. Milch ist im Preis gleich geblieben, der Milchpreis ist gebunden und darf nicht erhöht werden. Dasselbe gilt für Butter und Eier. Brennholz ist gegenüber 1933 billiger geworden, wogegen andererseits die Waldarbeiterlöhne wesentlich gestiegen sind.“ Einkaufen würden die Lehengerichter zumeist in Schiltach und Schramberg.	AL-421
24.10.1936	Bürgermeister Bühler beschreibt die gute Raumsituation der Lehengerichter HJ (Räume bei Fa. Junghans und im Eulersbacher Hof). <sup>89</sup>	AL-421
31.10.1936	Der Film „Im weißen Rössl“ wird zwei Mal in Schiltach aufgeführt. Bei den zahlreichen präsentierten Propagandafilmen der Zeit ist hingegen nicht von einer wiederholten Aufführung zu lesen.	ANB 24.10.1936
9.11.1936	Am „Heldenkreuz“ findet der „Gedenktag für die Toten unserer Bewegung“ statt.	ANB 7.11.1936
16.11.1936	Im Gemeinderat wird mit Kosten von 20000 RM für die Turnhalle kalkuliert. Tragen sollen die Kosten der Turnverein und die Stadt. Dafür soll die Halle für Kommune, Verkehrsverein und NSDAP kostenfrei, für Vereine gegen Saalmiete nutzbar sein. <sup>90</sup>	Abs-178
16.11.1936	Der Schiltacher Gemeinderat stimmt der geforderten Erhöhung des wöchentlichen Zuschusses für die „Schiltacher Nachrichten“ von 2,50 RM auf 4 RM zu. Dafür sollen weiterhin die Veröffentlichungen der NSDAP kostenlos verbreitet werden. <sup>91</sup> → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 13.12.1938	AS-1020
25.11.1936	Bericht des Bürgermeisteramts Schiltach: „Obwohl in diesem Jahre über 40 Wohnungen neu geschaffen wurden, ist der Wohnungsmangel immer noch nicht behoben. Der Bürgermeister hat mit den Gemeinderäten über den einzuschlagenden Weg über die Förderung des Wohnungsbaus beraten. Er wird demnächst noch einmal mit der Industrie verhandeln, damit diese die Zusage, die sie 1936 schon gegeben hat – billige Darlehen an Werksangehörige zu geben –, 1937 einlöst. (...) Für den Luftschutz soll eine	AS-1035

	Sirene angeschafft werden. Die Sirene soll auch gleichzeitig als Feueralarmzeichen Verwendung finden.“	
28.11.1936	Zeitgleich zur Rede des Kreisleiters Rombach im „Aberle“-Saal („Gegen den Weltfeind Nr. 1“, Bolschewismus) setzt die katholische Kirche einen Beichttermin an.	ANB 21.11.1936
16.12.1936	Eine städtische Bilanz zieht ein positives Fazit „reger Bautätigkeit“. <sup>92</sup>	AS-1065
20.12.1936	Bericht des Bürgermeisteramts: „Im Laufe des Monats sind ca. 25 Wohnungen in Neubauten fertig gestellt und bezogen worden.“	AS-1035
Dezember 1936	Schiltach spendet 30-40 Tannenbäume „für bedürftige Familien“. Brennholzspenden, wozu das Winterhilfswerk, Kreisführung Wolfach aufgerufen hatte, können nach dem Wintereinbruch nicht ermöglicht werden.	AS-1184
1936	In diesem Jahr kommen insgesamt 6 Züge mit 650 KdF-Urlaubern nach Schiltach (je 100 aus Ostpreußen und Düsseldorf, je 120 aus Westfalen-Süd, Thüringen, Sachsen, Bayerische Ostmark). Statt der angekündigten 120 Thüringer kommen aber nur 88. Die Urlauber sind zwischen 8 und 14 Tage lang da. Das für den Besuch der Thüringer erhalten gebliebene Aufenthaltsprogramm beinhaltet Wanderungen, eine Busfahrt zur Hornisgrinde und Mummelsee, ein Sommernachtsfest am Strandbad, den Besuch eines Bauernhofs im Eulersbach und eine Bodenseefahrt. Die Gäste kamen in der Zeit vom 16.6.1936 bis 29.8.1936 nach Schiltach. Teilweise muss die Gemeinde noch kleinere Geldbeträge für die Betreuung zuschießen, da die Kreisdienststelle der KdF zu schlecht ausgestattet wird.	AS-3912
1936	Der Landwirte Johann Georg Haberer soll 1936 zu Fabrikarbeiter Karl Stoll gesagt haben: „Wenn der Hitler etwas wäre, dann wäre das Doppeljoch nicht verboten worden.“ Der mit Haberer im Streit liegende Landwirt Jakob Wolber erzählt das 1937 dem Hauptwachtmeister Schmitt. Als dieser bei Stoll nach dem Ereignis nachfragt, äußert sich dieser: „kann mich nicht mehr entsinnen“. Den Streit soll schließlich der Kreisbauernführer schlichten. In einem Bericht des Bürgermeisters Bühler heißt es dazu: „Der Ortsteil Rohrbach ist seit langem ein Zanknest. Zeitweise herrscht dort das Faustrecht. Man verprügelt sich gegenseitig und der Stärkere ist im Vorteil, weil er weniger Prügel bekommt. (...) Hat man sich verprügelt, so ist meist der Zorn wieder verflogen und man spricht wieder miteinander, was lobend anerkannt werden muss.“	AL-549
1936	Lehengericht beteiligt sich an einer Trachtenpuppenausstellung in Karlsruhe, die auch während der Olympiade in Berlin gezeigt wird.	AL-164

1936	Die KdF-Urlaube sind nicht völlig problemlos. So gibt es 1936 im Kreis Wolfach teilweise eine Ungleichbehandlung zwischen KdF- und Kurgästen. Diese wird als Widerspruch zum Geist der Volksgemeinschaft verurteilt.	AS-3912
1936	Schiltach gibt in diesem Jahr für HJ, BDM und Jungvolk 450 RM aus.	AS-1184
1936/37	<p>Das Ergebnis des von Lehengericht ausgefüllten Fragebogens für die Leistungsschau der badischen Gemeinden an den Gauamtsleiter für Kommunalpolitik:</p> <p>an Schulgebäuden jährliche Instandsetzungen keine Bücherei/Heimatspiele/Theaterförderung/Denkmal/Museum vorhanden Dorfchronik wurde begonnen eine Lautsprecheranlage angeschafft Errichtung von 20 Wohnungen (17 Neu-, 3 durch Umbau) 6 Arbeiterwohnstätten errichtet erfolgte Erschließung eines Baugeländes für 24 Bauplätze 2 Trinkwasserversorgungsanlagen (für 18194 RM) 2 Schulsportplätze 2 Schießstände Vorhanden sind trag- und fahrbare Kleinmotorspritze und Schlauch „Die Hitlerjugend hat in beiden Ortsteilen Vorder- und Hinterlehengericht je ein Heim. Daneben stehen die Schulsäle zur Benützung frei.“ Beschäftigtenverhältnis: 3 Beamte, 4 Angestellte, 0 ständige Arbeiter</p> <p>Im folgenden Fragebogen für Leistungsschau der badischen Gemeinden an den Gauamtsleiter für Kommunalpolitik für 1937 wird ergänzt:</p> <p>„eine Heimatchronik wird in Kürze vorgelegt“ „Zum Bau eines Luftschutzraumes wurde Gelände und ein Steinbruchstollen bereitgestellt.“</p>	AL-74
9.1.1937	Die Bilanz der aktuellen Winterhilfswerk-Einnahmen sieht bei den Eintopfspenden, Reichsgeldsammlungen und Lohn/Gehalt-Spenden jeweils ein leichtes Minus. Gestiegen sind die Barspenden, die allerdings fast allein von den Firmen Hans Grohe und vor allem Karlin getragen werden.	ANB 9.1.1937

20.1.1937	Bericht des Bürgermeisteramts: „In dem nun ablaufenden Jahre sind 43 Wohnungen bezugsfertig worden. (...) Entschließung getroffen, dass der Bürgermeister hauptamtlich angestellt werden soll (...) soll der Antrag gestellt werden, dass der Gemeinde Stadtrecht aufgrund des §9 der DGO. verliehen wird.“ Als Gründe für die Verleihung des Stadtrechts seien der Status als „wirtschaftlicher Mittelpunkt im oberen Kinzigtal“, auch habe man „seit 1378 Stadtrecht besessen“.	AS-1035
23.1.1937	Lehengericht kann melden, dass in beiden Ortsteilen Möglichkeiten zum gemeinschaftlichen Rundfunkempfang gegeben sind. <sup>93</sup>	AL-387
24.1.1937	Der „Schützenverein Hinter-Lehengericht“ wird gegründet. <sup>94</sup>	AL-385
30.1.1937	Das Nachrichtenblatt muss das Verbot des Tragens von Parteiuniformen bei Fasnachtsveranstaltungen mitteilen. <sup>95</sup>	ANB 30.1.1937
30.1.1937	„Die Einwohnerschaft von Lehengericht wird gebeten, morgen Samstag den 30. Januar von morgens 8 Uhr ab zu flaggen.“ Dazu soll gemeinschaftlich die Rede des „Führers“ und die Reichstagssitzung gehört werden.	AL-421
17.2.1937	In einer Gemeindeversammlung kann verkündet werden: „Gegen 175 Arbeitslosen im Jahr 1933 ist die Gemeinde seit 2 Jahren frei von diesen. (...) Der Turm der evang. Kirche samt Glocken und Uhr, welcher bisher Eigentum der politischen Gemeinde war, geht mit dem 1.4.1937 in den Besitz der evangel. Kirchengemeinde über. Dagegen wird künftighin der Friedhof Eigentum der politischen Gemeinde Schiltach und Lehengericht. (...) Die Einwohnerzahl hat bereits 2400 überschritten. Die Zahlen beweisen das schnelle Wachstum der Gemeinde. (...) Es ist bedauerlich, dass der Versammlungsbesuch nicht besser war, doch ist anzunehmen, dass der Grund hierfür nicht in Interesselosigkeit zu suchen ist, sondern in sonstigen Umständen (weitere Versammlungen).“	AS-1037
20.2.1937	Nach vier Jahren Nationalsozialismus gibt die Stadtverwaltung über die Zeit seit 1933 einen Rechenschaftsbericht: - Arbeitslosenzahl: von 175 auf 0 (bis 1935) - zahlreiche Notstandsarbeiten ausgeführt - Minderung des Wohnungsmangels - deutlich wachsende Bevölkerungszahl (2123 – 2400) - neuer Sportplatz ist in Arbeit - weiterer Wohnraum bleibt wichtig - die Steuerbelastung befindet sich im Rahmen	ANB 20.2.1937

	Kritisch bemerkt wird der nicht so gute Besuch der Veranstaltungen.	
28.2.1937	Im „Aberle“-Saal spricht „Reichsredner“ Kapitänleutnant a.D. Graf Kurt von Schwerin über „Der Kampf um Freiheit uns Brot“. Die gleiche Rede wird eine Woche später unter dem Titel „Wir arbeiten und bauen“ bzw. „Wir kämpfen und bauen!“ angekündigt. Schwerin dient als Stoßtruppredner der Reichspropagandaleitung.	ANB 20.2.1937, 27.2.1937
Februar 1937	Kinderlos verheiratete Beamte werden vor Beförderungen o.ä. befragt: „Ein seit mindestens zwei Jahren kinderlos verheirateter Beamter ist vor seiner Anstellung auf Lebenszeit oder vor der Beförderung zu einer schriftlichen Äußerung darüber zu veranlassen, warum seine Ehe kinderlos ist. Die Äusserungen sind zu den Personalakten zu nehmen. (...) Von einer Veröffentlichung dieses Runderlasses in den Amtsblättern und in der Tagespresse ist abzusehen.“	AS-1087
13.3.1937	Erneut wird der Schießsport gelobt als „wohl der edelste und wichtigste Nationalsport“.	ANB 13.3.1937
6.4.1937, 17.1.1942, 7.4.1942, 8.4.1942	Das Bürgermeisteramt meldet an das Bezirksbauamt Offenburg Pläne zur Neugestaltung der Rathausfassade. Grundlage der Gestalt soll das Aussehen des Rathauses vor 1907 sein, als Schmuck wird das Stadtwappen angedacht. <sup>96</sup> 1938 wird im Gemeinderat eine umfassendere Fassadenmalerei vorgeschlagen. Aufgrund der hohen Kosten können bis 1939 aber nur eingeschränkt Renovierungskosten durchgeführt werden. <sup>97</sup> An einzelnen Stellen wird Putz abgeschlagen, die Fassade neu gestrichen und der Treppengiebel nicht entfernt. 1939 stellt Bürgermeister Groß an den Künstler Eduard die Anfrage zur Gestaltung einer Rathausfassade. Am 7.4.1942 stellt Trautwein seinen Entwurf für eine Rathausfassade vor. <sup>98</sup> In einem Schreiben vom 8.4.1942 wird Groß gegenüber Trautwein die „eventuelle Anbringung der Freskenmalerei“ und „Tafeln für die Gefallenen“ erwähnen, wobei für diese kein Standort genannt wird. <sup>99</sup> Bis zum 29.5.1942 gingen für die Neugestaltung der Rathausfassade schon 1350 RM Spenden ein. → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 27.11.1937, 5.6.1942 → Vgl. Kap. Nachkriegsgeschichte, 30.7.1948	AS-1422b, Abs-178
24.4.1937	Bericht des Bürgermeisteramts Schiltach: Für eine neue Siedlung ist kaum weiterer Landerwerb möglich.	AS-1035
27.4.1937	Das Bürgermeisteramt erreicht die Aufforderung der DAF, auf größte Sparsamkeit bei Beerdigungen zu achten. <sup>100</sup> → Vgl. Kap. Krieg, 2.12.1941	AL-333
April 1937	Aufruf zum 1. Mai von Lehengerichts Bürgermeister Bühler: „alle erwachsenen männl. gefähigen Einwohner [haben] sich am Aufmarsch [zu] beteiligen. Die Frauen bilden Spalier.“	AL-382

Mai 1937	Das Bürgermeisteramt stellt kein Geld für den Erwerb von Signalhörnern für den HJ-Spielmanszug Hinterlehengericht zur Verfügung. Der Kameradschaftsführer hatte schon im Vorfeld auf eine teurere Ausführung verzichtet. → <i>Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 18.10.1935</i>	AL-421
4.6.1937	Antwortend auf ein „streng vertrauliches“ Schreiben teilt das Bürgermeisteramt zur „Belegungsfähigkeit“ Lehengerichts für die Wehrmacht mit: Aufnahmefähigkeit der 882 Einwohner: 15 Offiziere 100 Unteroffiziere und Mannschaftssoldaten 40 Pferde 20 bespannte Fahrzeuge 10 Kraftfahrzeuge 2 Krankenstuben kein Arrestlokal	AL-342
5.6.1937	Antwortend auf ein „streng vertrauliches“ Schreiben teilt das Bürgermeisteramt zur „Belegungsfähigkeit“ Schiltachs für die Wehrmacht mit: Vorhanden seien: 100 bespannte Fahrzeuge 60-80 Kfz ca. 10 nicht eingerichtete Keller für den Luftschutz 28 Betten im Krankenhaus 1 Arrestlokal → <i>Kap. Politik und Gesellschaft 30.12.1938</i>	AS-1901a, AL-342
8.6.1937	Die Gemeindeverwaltung Lehengericht nimmt in ihrem neuen Rathaus „über der Bäckerei Fenzl“ die Arbeit auf. <sup>101</sup> Für den Kauf wird bei der Vereinsbank Schiltach ein Darlehen über 15000 RM aufgenommen. Außerdem wird für den Verkauf des alten Rathauses eine Einnahme von 7000 RM geplant. Für das neue Rathausgebäude folgt ein längerer Rechtsstreit mit dem Mieter Albert Reinbold, der nicht ausziehen wollte, während der Raum für eine Gemeindemitarbeiterin gebraucht wurde.	AL-74, ANB 12.6.1937, AL-123, AL-124
12.6.1937	Im Nachrichtenblatt wird wiederholt zu Sparsamkeit aufgerufen. In der aktuellen Ausgabe heißt es: „jetzt kommts auf die richtige Vorratshaltung an“.	ANB 12.6.1937
19.6.1937	Im Nachrichtenblatt wird u.a. zu Altpapiersammlung und Alteisensammlung aufgerufen.	ANB 19.6.1937
22.6.1937	Die Fa. Hans Grohe äußert sich zu einem geforderten Bunkerbau. Geplant war der Bau im	AS-1256

	Allmend-Garten (neben Strandbad), doch stellt die Stadt Schiltach die Fläche nicht zur Verfügung. Ein Luftschutzraum kommt schließlich in die 1938 erworbene Kinderschule. Dabei wird der Allmend-Garten aber auch noch mitgekauft.	
29.6.1937, 1.7.1937	Die Schiltacher NSDAP-Ortsgruppe mit Unterschrift des Ortsgruppenleiters Vornfett wendet sich an das Bürgermeisteramt: „Ich bitte die Frau Salomon Dieterle weiterhin nicht mehr das Reinigen des Rathauses vornehmen zu lassen, da von mir ein Verfahren über sie bei der Geheimen Staatspolizei eingeleitet werden musste. Im übrigen nehme ich Bezug auf meine Rücksprache mit dem stellv. Bürgermeister Herrn Adolf Trautwein.“ Bürgermeisterstellvertreter Trautwein schreibt daraufhin an Anna Maria Dieterle: „Ich kündige hiermit das Dienstverhältnis zur Stadt Schiltach über die Reinigung des Rathauses und die Bedienung der Strassenbeleuchtung auf 15. Juli ds. Js. Die Kündigungsfrist wird abgekürzt, weil hierfür ein wichtiger Grund (§626 BGB.) vorliegt.“ Parallel in Nachrichtenblatt und Anschlagtafel erfolgt eine Neuausschreibung der Stelle zum 15.7.1937.	AS-1147
Juni 1937	In einer ausführlichen Vereinsübersichtsliste als 1934 werden in 5-facher Ausfertigung Name, Gründungsjahr, Verbandszugehörigkeit, Mitgliederzahl, Name und Beruf der Vorstände, herausgegebene bzw. abonnierte Zeitschriften abgefragt. Die ausgefertigte Liste gibt auch den ev. Mädchenkreis und den ev. Jungmännerbund ab, obwohl dessen Vorstand Pfarrer Schropp erklärte hatte, es handele sich nicht um einen Verein. Aufgeführt wird u.a. auch die „Jatz-Kapelle Schiltach“. Ihr Vorstand ist Wilhelm Wolber.	AS-1999
2.7.1937	In einer Besprechung erklärt Schrambergs Bürgermeister Dr. Fritz Arnold, dass Reichenbächle entweder an Schiltach oder an Lehengericht falle, da Lauterbachs Eingemeindung nach Schramberg direkt bevorstehe. Da Lehengericht den früheren Antrag gestellt habe, gehe die Präferenz dahin: „Für diesen Ortsteil müssten die Höfe auf dem Ramsel, Kienbronn und Hinterlehen an Lauterbach abgetreten werden.“ Am 25. Januar 1938 bremst aber Württembergs Innenminister deutlich, die Berichtigung des Landesgrenzen würden nicht auf der Ebene örtlicher Stellen entschieden.	AS-1010
7.7.1937	Ein Konzert für die KdF-Urlauber aus Hamburg findet statt.	Fra-157
25.7.1937	Bericht des Bürgermeisteramts Schiltach: „Der Hauhaltsplan ist ausgeglichen“. „Es soll die Fassade des Rathauses erneuert werden.“	AS-1035
26.7.1937, 30.7.1937	Lehengerichts Bürgermeister Bühler muss harsch die Einhaltung sittlichen Verhaltens zwischen HJ- und BDM-Mitgliedern einfordern. <sup>102</sup>	AL-421, AS-1184

	Auch Bürgermeister Groß muss die Einhaltung der Ordnung in HJ und BDM anmahnen. <sup>103</sup>	
Juli 1937	Zwischen HJ und Schiltach besteht Uneinigkeit über die Förderung eines Zeltlagers. Nachdem das Bürgermeisteramt unter Hinweis auf eine Vorgabe des Innenministeriums ablehnte antwortet am 10.7.1937 Jungbannerführer Pletscher: „Hierzu möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Hitlerjugend wohl Parteigliederung ist, dass sie aber gleichzeitig Betreuerin der Staatsjugend ist. Unsere Zeltlager haben nicht nur parteipolitischen Charakter, sondern sind allgemeine soziale und erzieherische Einrichtungen.“ Daraufhin lenkt das Bürgermeisteramt ein: „Ich werde die an mich herantretenden Wünsche auf Bewilligung eines Lagerbeitrages für bedürftige Jungens und Mädchen soweit als möglich berücksichtigen.“ Der Gemeinderat beschließt am 22.7.1937 für fünf Mädchen 20 RM zur Verfügung zu stellen.	AS-1184
4.8.1937	Schiltach lehnt die Kostenübernahme für Haustafeln der HJ ab.	AS-1184
10.8.1937	Nachdem sich der Schiltacher Hans Bühler unsittlich Urlauberinnen genähert haben soll, äußern sich mehrere Schiltacher sehr rapiat. <sup>104</sup> Nach einer Aussprache zwischen Ortsgruppenführer Vornfett und Bürgermeisterstellvertreter Trautwein soll Bühler im Wiederholungsfall aber nur über Nacht eingesperrt werden. Weitere Vorfälle sind aber nicht verzeichnet.	AS-3912
25.8.1937	Bericht des Bürgermeisteramts: „Die Wohnungsnot hat sich durch die hier und in Schramberg gutgehende Industrie wieder stark bemerkbar gemacht“.	AS-1035
11.9.1937	KdF-Urlauber beschreiben ihren schönen Aufenthalt in Schiltach. Angebliche Versorgungsschwierigkeiten seien kein Thema Auch wird erwähnt, dass bereits 1923 eine NSDAP-Ortsgruppe in Schiltach bestanden hätte. <sup>105</sup> → Vgl. Kap. Vorgeschichte, 1928	ANB 11.9.1937
11./12.9.1937	Die neue Turnhalle wird eingeweiht. Die Eröffnungsrede hält der Turner Fautz zu Friedrich Ludwig Jahn als Volkserzieher und zur Geschichte des Vereins. Die Rede endet mit „Sieg Heil“-Rufen auf die deutsche Turnerschaft, den Reichsbund für Leibesübungen, Volk und Vaterland und Adolf Hitler. Anschließend findet Vorführ- und Wettturnen statt.	ANB 11.9.1937, 18.9.1937, AS-2052
25.9.1937	Bericht des Bürgermeisteramts: „Ortsbauplan für das Baugebiet auf dem Baumgarten ist fertiggestellt. (...) Der Ortsbauplan für das Baugebiet gegen Schenkenzell wird mit einigen Änderungen zur endgültigen Fertigstellung dem Fertiger zurückgegeben.“	AS-1035
25.9.1937	Das Nachrichtenblatt ruft zu einer Entrümpelungsaktion wegen Luftangriffsfahr und Rohstoffgewinnung auf. <sup>106</sup>	ANB 25.9.1937
29.9.1937	Das Amt für Volkswohlfahrt, Wolfach fordert vom Schiltacher Bürgermeisteramt, dass Aufträge zuerst an NSV-Mitglieder vergeben werden müssen. Hierauf fragt das Bürgermeisteramt zurück,	AS-1178

	ob es denn eine Liste der NSV-Mitglieder haben könne. <sup>107</sup> Die NSV-Ortsgruppe Schiltach stellt dafür eine Liste der Nichtmitglieder zusammen. Das Bürgermeisteramt will daraufhin die Vergabefälle einzeln prüfen. → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 9.2.1939	
1.10.1937	Auf den Höfenbauer Andreas Kirgis folgt Zanger als neuer Ortsbauernführer.	ANB 9.10.1937
22.10.1937	Eine Großkundgebung mit dem Vortrag „Ein Volk hilft sich selbst“ von Pg. Julius Züricher aus Müllheim findet im „Aberle“-Saal statt. Unter dem gleichen Titel spricht am 7. November im „Pflug“ Pg. Rösch aus Hornberg.	ANB 16.10.1937, 6.11.1937
6.11.1937	Im Nachrichtenblatt wird vor einer Nichtbeteiligung am Winterhilfswerk gewarnt. Sogar Entlassung drohe. <sup>108</sup>	ANB 6.11.1937
7.11.1937	Mit einem Spiel gegen Tennenbronn wird der Sportplatz neu eingeweiht, zunächst als Notplatz. Zuvor hatte der Fußballverein auf einer gepachteten Wiese vor Kuhbach gespielt. Arbeiten werden von den Vereinen mitgeleistet. Für 1939 sind Sitzbänke geplant.	ANB 6.11.1937, AS-2054
9.11.1937	Zum „Tag der Blutzugegen der Bewegung“ gilt: „Es wird auf Vollmast, nicht auf Halbmast geflaggt.“ Bestellt werden 80 Fackeln. Versehen mit drei Ehrenschnüssen soll das „Lied vom guten Kameraden“ gespielt werden.	AS-1889
10.11.1937	Bürgermeisterstellvertreter Trautwein erlaubt die „Säuberung“ der Krankenhausbibliothek. Zuvor hatte es Mahnungen gegeben, dass viele Krankenhausbüchereien noch „einseitig-konfessionelles Schrifttum“ hätten, das „im heutigen Staat nicht mehr vertretbar erscheint“. <sup>109</sup>	AS-1425
20.11.1937	Die Feuerwehr klagt über Mitgliederschwund.	ANB 20.11.1937
27.11.1937	Bericht des Bürgermeisteramts: „Mit Rücksicht auf die starke Beschäftigung im Baugewerbe wird die im Haushaltsplan vorgesehene Arbeit ‚Erstellung einer Ufermauer an der Bachstrasse‘ bis zum Frühjahr 1938 zurückgestellt.“ „Zur Zeit werden Verhandlungen wegen der Instandsetzung der Fassade des Rathauses am Marktplatz geführt. Das Bezirksamt in Offenburg und das Bad. Landesamt für Denkmalspflege verlangen, dass das Rathaus wieder in den Zustand versetzt wird, in dem es sich vor dem Jahre 1907 befand, dass also alle Zutaten der späteren Zeit entfernt werden. Das Rathaus müsste darnach wieder einen glatten Giebel erhalten.“ → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 6.4.1937	AS-1035
27.11.1937	Zum Reichsunfallverhütungstag in der Landwirtschaft wird im Nachrichtenblatt der Aufruf abgedruckt: „Jede Hand, die durch Unfall verloren geht, erschwert den Kampf um die von dem Führer gestellten Aufgaben.“	ANB 27.11.1937
7.12.1937	Bürgermeister Bühler beschreibt gegenüber Firma Karlin die Perspektiven der Gemeinde: „auch in	AL-71

	Lehengericht wird ein elektr. Ortsnetz kommen. Ebenso wird das Wegenetz ausgebaut werden müssen (...) Ich wende mich gegen jede Verstärkung unserer Bauern, die ihn unzufrieden & anspruchsvoll macht. (...) Die derzeitigen Stadtväter von Schiltach sind ihrer Sache schon sehr sicher, dass Lehengericht ganz sicher eingemeindet wird.“	
8.12.1937	Für den Reichskolonialbund hält Prof. Dr. Zimmermann, Karlsruhe den Vortrag „Deutschlands koloniale Forderungen“ im „Rößle“.	ANB 4.12.1937
11.12.1937	Eine bessere Kontrolle der Buttererzeuger gegen den Schleichhandel wird angekündigt.	ANB 11.12.1937
13.12.1937	Zu einer Großveranstaltung in der Turnhalle spricht Pg. Karl Ziegler, Reichsstellenleiter in München, tätig im Hauptamt für Handel und Gewerbe. Das Nachrichtenblatt teilt mit: „Alle übrigen Veranstaltungen an jenem Abend sind gesperrt.“	ANB 27.11.1937, 11.12.1937
18.12.1937	Der Ortsjugendhelfer Aberle legt sein Amt nieder.	Abs-178
27.12.1937	Bericht des Bürgermeisteramts: „Den Gemeinderäten wurde bekanntgegeben, dass das Kreisschulamt verlangt, dass die Gemeinde nunmehr ernstlich den Bau eines Schulhauses oder Erstellung eines Anbaus an das Vorhandene ins Auge fasst.“ „Zur ordnungsgemäßen Durchgabe des Signals bei Fliegeralarm usw. beabsichtige ich eine Sirene anzuschaffen.“	AS-1035
1937	Schiltach muss einen Fragebogen zu Leistungen seit 1933 ausfüllen. <sup>110</sup> Darin: <i>Bereich Kultur:</i> Ein Künstler arbeitet an einem Kriegerehrenbuch, eine Lautsprecheranlage wurde 1933 angeschafft  <i>Bereich Bau:</i> Erstellung von 77 Neubauwohnungen, 4 neu durch Umbau, neue Gebäude: 7 Eigenheime, 1 Volkswohnung, 30 Arbeiterwohnstättensiedlungen; 1936 Erwerb eines Baugeländes an Schiltach Mauer kostete 7054 RM Straße mit Wasserleitung, Kanalisation, Lichtleitung, dort seit 1936 acht neue Häuser Weitere Arbeiterwohnstätten an früheren Straßen Eigenheime ab Hängen in Waldnähe Baugelände wurde verbilligt angeboten (bis zu 50%) Instandsetzung Waldweg und Verlegung (Frühjahr/Sommer 1935) Tiefenbach 7965 M  <i>Bereich Bekämpfung Arbeitslosigkeit:</i> Neuer Feldweg „im Höfle“ für 2946 RM Neuer Feldweg und Verlegung Ebersbächle 12000 RM	AS-1038

	<p>Wasserleitung auf Forstwiese 7559 RM  1933/34 Errichtung Strandbad 33000 RM („Das Bad ist in seiner gesamten Anlage interessant (...) Gegenüber dem gewöhnlichen Staubecken hat dieses Staubecken den Vorteil, dass das Wasser so oft als nötig durch Umlegen der Stauklappe des Wehrs abgelassen werden kann.“) 1936 kam noch Spielwiese dazu.</p> <p><i>Bereich Allgemeine Fürsorge:</i>  Keine besonderen Maßnahmen getroffen.<sup>111</sup></p> <p><i>Bereich Soziale Einrichtungen:</i>  Als vorhanden werden gemeldet: Krankenhaus, Kinderbewahranstalt, Schwesternstation usw. Sie bestünden in der Gemeinde schon länger.</p> <p><i>Bereich Sportanlagen:</i>  „Ein neuer Sportplatz wird zur Zeit angelegt. Die Kosten belaufen sich auf 7-8000 Mk. Durch freiwillige Arbeitsleistung der Sportvereinsmitglieder sollen die Kosten (Kostenaufwand) herabgedrückt werden.“</p> <p><i>Bereich Feuer/Luftschutz:</i>  „Die Einrichtung der Feuerwehr wurde verbessert, hauptsächlich durch Anschaffung einer neuen mechanischen Leiter und einer neuen Motorspritze. Für die letztere hat die Nachbargemeinde Lehengericht die Anschaffungskosten getragen. Für Unterbringung und Betrieb trägt die hiesige Gemeinde die Kosten.“ Zum Luftschutz erfolgt keine gesonderte Mitteilung.</p> <p><i>Bereich HJ usw.:</i>  Es wurden Heime geschaffen, vorhanden ist ein Werkstattraum für Jungflieger.</p> <p><i>Bereich Landwirtschaft:</i>  Kaum vorhanden.</p> <p><i>Bereich städtische Angestellte:</i>  5 Beamte</p>	
--	--	--

	11 Angestellte 13 Arbeiter in dauerndem Arbeitsverhältnis	
1937	In diesem Jahr kommen insgesamt 900 KdF-Urlauber zwischen Mai und September aus Dresden, Münster, Hamburg, Düsseldorf, Augsburg, Halle/Merseburg, Bayerischer Ostmark und Düsseldorf nach Schiltach. Erneut gibt es unterschiedliche Urlaubslängen. Als festen Zuschuss zahlt die Stadt für die Betreuung der Gäste pro Zug 20 RM (Protokoll Gemeinderat, 3.7.1937). Dieser Betrag wird 1938 auf 25 RM erhöht. Eine weitere Erhöhung wird 1939 abgelehnt.	AS-3912, Abs-178
1937	Schiltach hat eine umfassende Aufstellung aller existierenden Vereine zu erstellen. Sie umfasst Angaben zu Name, Sitz, Gründung, Verbandsmitgliedschaft, Mitgliederzahl, Vorstand, herausgegebene bzw. abonnierte Zeitschriften.	AS-1999
1937	Gewerbeschulvorstand Fautz wird mit der Erstellung einer Lehengerichter Chronik beauftragt: „Die Hausbesitzer werden hierzu gruppenweise jeweils Sonntags nach dem Hauptgottesdienst auf das Rathaus vorgeladen, wo Herr Fautz jeweils anwesend sein wird.“ → Vgl. <i>Art. Politik und Gesellschaft 1936/37</i>	AL-70
26.1.1938	Bürgermeister Bühler beschreibt die herrschende Landflucht. <sup>112</sup>	AL-421
28.1.1938	Bericht des Bürgermeisteramts: „Da es der Gemeinde aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, einen Schulhausneubau, den das Kreisschulamt verlangt, zu erstellen, wird die Fertigstellung eines Anbaues an das Schulhaus vorgesehen.“	AS-1035
3.2.1938	Ergebnis der aktuellen Bevölkerungsstatistik für Lehengericht: 914 Einwohner (766 kath., 144 evang. [wohl ein Zahlendreher], 2 apostolisch, 2 gottgläubig, keine Juden) 28 Bauern Erbhöfe 36 Landwirte 209 Industriearbeiter 12 Waldarbeiter 57 Landarbeiter 16 Angestellte 8 Dienstmädchen	AL-427
7.2.1938	Die NSV bekommt ein Zimmer in der Schlossbergstraße 2. <sup>113</sup>	AS-1263
1.3.1938	Eine Angestelltenstelle in der Schiltacher Verwaltung wird in Absprache mit der NSDAP-Kreisleitung besetzt.	AS-1086

11.3.1938, 22.3.1938	Nach einem Vorschlag des Badischen Landesmuseums soll das Schiltacher Heimatmuseum, bisher im Rathaus untergebracht, in das Armenhaus verlagert werden. Mit Hinweis auf die Bewohner lehnt dies Bürgermeister Groß ab. <sup>114</sup>	AS-1429
20.3.1938	Eine Markthändlerin wird denunziert, Jüdin zu sein. Das Bürgermeisteramt holt entsprechend eine Auskunft der Herkunftsgemeinde ein. Obwohl sich der gesamte Vorgang als „Scherz“ herausstellt, wird weiter nach der Herkunft der Frau geforscht. <sup>115</sup> → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 30.5.1933	AS-1416
21.3.1938	Die NSDAP Gau-Zeitung „Der Führer“ beschäftigt ab sofort den Polizei-Hauptwachtmeister Pg. Hermann Wild als neuen Berichterstatte für Schiltach. <sup>116</sup>	AS-1967
25.3.1938	Zur Vorbereitung der „Volksabstimmung“ am 10.4.1938 werden alle Bürgermeister zur NSDAP-Kreisleitung nach Wolfach einbestellt. Kurz darauf beginnt auch in Schiltach die propagandistische Vorbereitung der „Wahl“: „Am 27. März 1938 Propagandamarsch in Schiltach und anderen Orten. Am 3. April grosser Propagandamarsch, an welchem die gesamte Schuljugend usw. teilzunehmen hat. An den Wahlkosten zahlt Schiltach 100.- RM“. Geplant werden für die Abstimmungstag Dekoration, Wecken, Musik. Das Bürgermeisteramt erhält auch Propagandamaterial zur Dekoration der Ladenfenster. Reisig zum Schmücken der Häuser steht ab dem 7.4.1938 am Ebersbachweg, oberhalb Pflanzengarten des Gärtnermeisters Götz bereit. Nach der „Wahl“ müssen die Wahlscheine am 11.4.1938 im Bezirksamt abgegeben werden. Am 10.4.1938 stimmen schließlich 1584 Schiltacher mit „Ja“, 19 mit „Nein“. Die Wahlbeteiligung liegt bei 100 Prozent.	AS-2097
24.4.1938, 11.7.1938, 13.7.1938	Die HJ-Schiltach erhält von der Gemeinde 30 RM für eine Feierstunde. Am 11.7.1938 erhält der Bann 407 der HJ Villingen für das Jahr 1938 120 RM. Am 13.7.1938 erhält die Schiltacher HJ für ihre Teilnahme am Sportfest in Villingen 30 RM.	AS-1184
26.4.1938	Eduard Trauwein wird vom Gemeinderat beauftragt, ein Hoheitszeichen (200cm Spannweite, wetterfest) zu erstellen.	Abs-178
8.5.1938	Die Jubiläumsschrift des DRK „1898-1938“ erklärt das Rote Kreuz zum „Teil des Sanitätswesens der Wehrmacht“. (S. 3). Dennoch bleibt eine finanzielle Unterstützung aus. Als am 8.5.1938 der Ortsmännerverein des DRK (das sind die passiven Mitglieder) an das Lehengerichter Bürgermeisteramt wegen des Verbots eigener Spendensammlungen nach Unterstützung anfragt, <sup>117</sup> erfahren sie keine Unterstützung.	AL-341
13.5.1938	Bürgermeister Bühler lehnt mit Hinweis auf die verschlechterte finanzielle Ausstattung	AL-421

	Lehengerichts ein finanzielles Engagement für ein Heim der HJ ab. <sup>118</sup>	
11./12.6.1938	Für den Kreistag in Hausach hat Lehengericht eines der vier Tore zu errichten. Es finden wehrsportliche Wettkämpfe statt. Der Gewinner erhält Hitlers „Mein Kampf“ (es gewinnt SA-Sturmbann III/169 aus Haslach). Für diese Zeit sind andere Veranstaltungen als „Spaltpilz“ verboten.	AS-2059
17.6.1938	Die Internationale Deutschlandfahrt (Radrennfahrt) führt durch Schiltach und Lehengericht.	AS-1976
17.6.1938	Das Lehengerichter Bürgermeisteramt hängt aus: „Wer in Zukunft Bauholz sammeln will, muß den Nachweis erbringen, daß er in dieser Zeit größten Arbeitskräftemangels in der Land- und Forstwirtschaft sich die Nächstenliebe bei einem Bauer oder Landwirt verdient hat.“	AL-52
24.6.1938	In der Turnhalle findet die Vereidigung aller Parteianwärter aus Schiltach und Lehengericht begleitet u.a. von der Stadtkapelle statt.	AS-2059
16.7.1938	Im neuen Monatsbericht des Bürgermeisteramts Lehengericht heißt es: „Die Gemeinde hat ein gemeindeeigenes Bau- und Siedlungsgelände erschlossen mit 24 Bauplätzen von je 5 bis 600qm, die zum Preis von durchschnittlich 0,80 M baufertiges Gelände abgegeben werden. (...) Im letzten Monat wurden wieder 3 Siedlungsgebäude im Rohbau fertig.“ Zugleich gelte aber: „Der Zug zur Industrie ist so gewaltig, dass niemand mehr im Entferntesten daran denkt, an der Volksernährung oder im Walde sein Lebenswerk zu vollbringen, oder auch nur kurze Zeit sich darin zu bestätigen.“ Die Steigerung der Gemeindeumlage von 1935 bis 1938 sei „unsinnig hoch“, jetzt gebe es aber Verbesserungen	AL-421
26.7.1938	Nach längerer Krankheit kann Bürgermeister Groß erstmals wieder an einer Sitzung teilnehmen.	Abs-178
14.8.1938	Der Große Industriepreis von Schramberg (Radrennfahrt) führt durch Schiltach und Lehengericht.	AS-1976
23.8.1938	Der als geistig krank geltende Werner Zimmermann wird nach einem amtsärztlichen Gutachten in die Pflegeheilanstalt Illenau verbracht. Zimmermann war aus dem brandenburgischen Drebkau zu seinem Vater nach Schiltach gebracht worden. Als dieser nicht angetroffen worden war, kam er ins Krankenhaus. Dagegen und die geplante, den Vater überfordernde Ablieferung legt Bürgermeister Groß Protest ein. <sup>119</sup> Vom Kreiswohlfahrtsamt Calau erhält er die Antwort, das die Verbringung in Familien zur Schonung von staatlichen Ressourcen gegeben sei. <sup>120</sup> Dem gegenüber erklärt der Direktor der Illenau die Behandlungsbedürftigkeit Zimmermanns, nicht ohne aber auf eine mögliche Sterilisation hinzuweisen, <sup>121</sup> die aber wohl bereits vorgenommen worden war. <sup>122</sup> Das Kreiswohlfahrtsamt Calau möchte den Vater in Schiltach in die (finanzielle) Verantwortung	AS-869

	nehmen, der als „pflichtvergessener Volksgenosse“ seinen Aufgaben nicht nachkomme. <sup>123</sup> Werner Zimmermann bleibt bis zum 19.12.1938 in der Illenau und wird dann in die Kreispflegeanstalt Fussbach verlegt. Dort wird er nach Forderungen des Amtes in Calau am 7.6.1939 entlassen, <sup>124</sup> doch nimmt sein Vater Paul Zimmermann ihn nicht auf. <sup>125</sup> Daraufhin kommt er wieder in die Illenau. Im Februar 1940 kommt Zimmermann in die brandenburgische Landesanstalt Sorau. <sup>126</sup> <i>Über sein weiteres Schicksal schweigen die Unterlagen.</i>	
Sommer 1938	Der Zirkus Geschwister Holzmüller tritt in Schiltach auf dem Sportplatz auf.	AS-1992
5.9.1938	Das Schulamt Schiltach teilt die Verhaltensregeln für Schüler im Fall eines Luftalarms mit. <sup>127</sup>	AS-1895b
26.9.1938	Bericht des Bürgermeisteramts: „Es wurde eine Sirene für Feueralarm und Luftschutzzwecke beschafft.“	AS-1035
3.12.1938/ 4.4.1939	Das Schiltacher Nachrichtenblatt muss seine Einstellung ankündigen. Begründet wird dies mit dem Verbot von Wirtschaftswerbung, das dem Blatt die finanzielle Grundlage raube. <sup>128</sup> Am 4.4.1939 schlägt die Buchdruckerei Homberg den Gemeinden Schiltach, Lehengericht und die Ortsgruppenleitung der NSDAP eine „ersatzweise Schaffung eines gemeindeamtlichen Verkündigungsblattes“ vor. Umfassen soll es nur eine Vorder- und Rückseite. Als Vorbild dienen soll wohl das Nachrichtenblatt aus Alpirsbach. Die Stückkosten sollen 10 Pfennig betragen. <sup>129</sup> → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 16.11.1936	AS-1020
13.12.1938	Erneut ist ein Markthändler als Jude denunziert worden. Der Betroffene weist 1939 seine Herkunft nach. <sup>130</sup> → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 10.6.1933	AS-1416
26.12.1938	Bericht des Bürgermeisteramts Schiltach: „Ich habe die Einrichtung einer Volksbücherei mit 200 Büchern Grundbestand erwogen.“	AS-1035
26.12.1938	Das Theaterstück „Rosa von Tannenburg“ (Christoph von Schmid, 1823) wird durch den Kraftsportverein „Deutsche Eiche“ aufgeführt. Weiterhin finden regelmäßige Aufführungen der NSG „Kraft durch Freude“ statt.	AS-1423
30.12.1938	Zur „Belegungsfähigkeit“ Schiltachs für die Wehrmacht teilt das Bürgermeisteramt mit: 40 Offiziere 250 Unteroffiziere (im Winter 300) und Mannschaften (max. 500, im Winter 800) 25 Pferde (max. 50) Die Liste entspricht weitgehend einer früheren Liste vom 12.5.1936	AS-1901a, AS-1901b
1938	In Schiltach wird eine Feuerwehrrabgabe eingeführt. Befreit sind von ihr zunächst: Mitglieder der	AS-924, Abs-178

	<p>Feuerwehr, des DRK, der Stadtmusik. Bei der Reichsbahn ist die Klärung der Abgabepflicht umstritten. Nach weiteren Diskussionen schlägt der Landrat nach Hornberger Beispiel vor, der Gemeinderat solle die Befreiung aller Amtsträger des Reichsluftschutzbundes (RLB) vom Blockwart an und aller Politischen Leiter nach mindestens zwei Jahren im Amt beschließen (siehe auch Gemeinderatsbeschluss 4.3.1939). Frühere Feuerwehrleute über 45 Jahre werden nach 25 Jahren Dienst befreit. Ab 1940 kann auch Tätigkeit in NSDAP, HJ, SS von Abgabe befreien. Am 24. September 1940 beschließt schließlich der Gemeinderat: „Die politischen Leiter sowie Angehörige der Formationen und Gliederungen der Partei werden von der Feuerschutzabgabe befreit sowie sie aktiv tätig sind und am Stichtage 3 Jahre Dienst tun.“</p> <p><i>Entsprechend beinhaltet die Akte eine Liste aller Politischen Leiter am 1. Januar 1940.</i></p>	
1938	In diesem Jahr kommen ca. 1000 KdF-Gäste aus Baden, der Bayerischen Ostmark, Württemberg, Thüringen, Mainfranken, Sachsen, Südhannover-Braunschweig, dem Schwarzwald und Düsseldorf zwischen Juni und September nach Schiltach.	AS-3912
1938	Die Fa. Kumpf tätigt massive Investitionen in die Erneuerung ihres Maschinenparks, da die von der Fa. Korndörfer gepachteten Maschinen veraltet sind.	AS-1197b
1938	<p>Ein Geheimerlass zur „Volksgasmaske“ wird an ausgewählte Personen verbreitet: „Durch Erlass vom 29.4.1938 ist die Volksgasmaske als das Gasschutzgerät für die Betriebe des erweiterten Selbstschutzes mit Ausnahme der Betriebsfeuerwehren, eingeführt worden. Betriebe des erweiterten Selbstschutzes haben bis auf weiteres ihren Bedarf an Volksgasmasken bei den zuständigen Stellen der NS-Volkswohlfahrt zu bestellen. Der Verkaufspreis für die Volksgasmaske beträgt 5 RM.“</p> <p>Nach einer geheim gehaltenen Auskunft des Bürgermeisteramts vom 17.9.1938 fallen „in der Gemeinde Schiltach unterstehende folgende Betriebe [unter] den erweiterten Selbstschutz:</p> <p>Heinzelmann Gebr., Sägewerk  Stadtgemeinde  Schulen  Städt. Krankenhaus  Ev. Kirche, Martin-Luther-Haus  Kath. Kirche  Kinderheim Mosetter  Bahnhofhotel“</p>	AS-1895b
1938/39	Der Gemeinderat genehmigt verschiedene Luftschutzbauten.	Abs-178

18.1.1939	Bei der Mitgliederversammlung der DC-Ortsgemeinde in der Sonne spricht Lehrer Dittmann vor geladenen Gästen. Für die Veranstaltung wurde eine Genehmigung der Gestapo eingeholt und das Bezirksamt informiert.	AS-1414
18.1.1939	Mehrere Mitarbeiter Schiltachs haben inzwischen ihren „Ariernachweis“ vorgelegt. Die noch fehlenden Nachweise werden angemahnt (Ergebnis nicht in den Akten ersichtlich).	AS-1087
9.2.1939	Zukünftig gehen Aufträge der Stadt Schiltach nur noch an Mitglieder der NSV. <sup>131</sup> Bis zum 30.3.1939 sind elf weitere Gewerbetreibende (von 19 Angeschriebenen) der NSV beigetreten. Bis zum 14.4.1939 treten weitere Gewerbetreibende der NSV bei. → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 29.9.1937	AS-1178
27.2.1939	Bericht des Bürgermeisteramts: „Die Fa. Hans Grohe, Metallwerke hat ihr Angebot auf Erwerb der Kleinkinderschule zurückgezogen.“	AS-1035
28.2.1939	In der Turnhalle spricht Reichsredner Pg. Ludwig Münchmeyer, MdR.	As-2059
Februar-Mai 1939	Der Fleischbeschauer Mathias Kirgus wird von Tierarzt Wilhelm Becker beschuldigt, Kirgus würde während seiner Arbeit für seine Wirtschaft „zum Aberle“ bei den schlachtenden Bauern Schweinefleisch für seine Wirtschaft erwerben. Daraufhin entsteht ein Rechtsstreit zwischen Becker und Bürgermeister Bühler. Am 17.2.1939 fordert Bühler gegen Becker vorzugehen, auch da dieser nicht als NS-Anhänger auftrete. <sup>132</sup> Zeitgleich beantragt er auch die Amtsenthebung Beckers. <sup>133</sup> Mangels Beweisen lehnt das Landratsamt entsprechende Maßnahmen aber am 11.5. 1939 ab. Aber auch zwischen Bürgermeister Groß und Becker scheint es regelmäßig Konflikte gegeben haben. Bereits die Berufung des Tierarztes Becker als Fleischbeschauer blieb nicht unwidersprochen. Bühler sah den Schenkzeller als zu abseitig lebend an und auch Becker wollte die Aufgabe ursprünglich nicht übernehmen.	AL-320, AS-1727a
28.3.1939	Bericht des Bürgermeisteramts: „Für das HJ-Heim werden 80 Stühle und für die Turnhalle 100 Stühle auf Kosten der Gemeinde beschafft.“	AS-1035
14.4.1939	Schiltachs Bürgermeisteramt streitet sich mit dem Kino Schramberg über nichtgenehmigte und nichtbezahlte Aushänge. Am 14.4.1939 geht im Rathaus folgendes Schreiben ein: „Lichtspielhäuser sind heute in erster Linie Propagandastellen für das Propaganda-Ministerium Dr. Göbbels und sind in hervorragender Weise zur Verbreitung des nationalsozialistischen Gedankens tätig. Lichtspieltheater sind Gemeingut des Volkes und werden die Einnahmen bzw. die Verdienste fast in der Hauptsache für das Gemeinwohl jedes Deutschen verwendet.“	AS-2271

20.4.1939	Es findet eine Veranstaltung zum „Führergeburtstag“ statt. Der Programmflyer befindet sich in der Akte.	AS-2059
1.5.1939, 24.1.1940	Das „Schwarzwälder Tagblatt“ ersetzt den „Führer“ als Amtsverkünder mit parteiamtlichem Charakter in Schiltach. Nach weiteren Diskussionen bis Jahresende 1939 wird das „Schwarzwälder Tagblatt“ am 24.1.1940 rückwirkend zum 1.5.1939 als offizielles Veröffentlichungsorgan erklärt.	AS-1020
15.5.1939	Mittels eines ärztlichen Attests will Bürgermeister Bühler wegen Darmleidens mehrere seiner Ämter abgeben.	AL-75
10./11.6.1939	Für den Kreistag hat Schiltach die Girlanden zu liefern.	AS-2059
15.6.1939	Während der 13. Etappe der Großdeutschlandfahrt Singen-Stuttgart (Radrennfahrt) werden Schiltach und Lehengericht durchfahren.	AS-1976
18.6.1939	Ein Militärkonzert der Heeresnachrichtenschule findet auf dem Marktplatz statt.	AS-1901b
28.6.1939	Bericht des Bürgermeisteramts: „Der Luftschutzraum im Krankenhaus ist fertiggestellt.“	AS-1035
5.7.1939	Nach einer Mahnung investiert die Stadt Schiltach in eine neue Volksbücherei. Bereits mit Schreiben vom 22.6.1939 (Eingang 3.7.39) hatte die Gauleitung dringend gemahnt: „Ich werde dem Gauleiter bis zum 8. Juli d. Js. diejenigen Bürgermeister nennen, die sich bisher noch nicht entschliessen konnten, eine Volksbücherei einzurichten.“ Für eine Volksbücherei war 1938 noch kein Geld eingestellt worden. Geplant werden dafür 2120 Mark (davon 820 Mark Förderung durch das Land). Buchspenden kommen u.a. von der NSDAP-Ortsgruppe. Verzeichnete Titel sind u.a.: Die Zionistischen Protokolle und Handbuch der Judenfrage (Theodor Fritsch), Michael und das Buch Isodor (Joseph Goebbels), Der unbekannte SA-Mann, Mein Kampf, Der Mythos des 20. Jahrhunderts (Alfred Rosenberg) und Volk ohne Raum (Hans Grimm). Eröffnet wird die Volksbücherei schließlich am 8. Juni 1940 in der Schule. Buchausgabe ist Freitags 20 Uhr (später auf Dienstag verschoben) im Lehrerzimmer.	AS-1425
19.8./20.8.1939	Lehrer Hermann Fautz verfasst im „Das Tagblatt am Wochenende Nr. 33, Villingen den 19./20.08.1939“ zu Bildern aus dem 30jährigen Krieg. In dem Ausschnitt „Der Opfergang des Schiltacher Bürgermeisters Johannes Arnold“, darin schildert er die Situation, als 1634 kaiserliche Truppen auf Schiltach marschierten, hebt er zum Abschluss hervor: „Es ist das Heldentum der Väter: Sie starben, damit wir leben können. Sie waren Vorbild. Das uns später	AS-3928

	die Kindeskinden auch so nennen, sei unser Wunsch und unser Ziel.“	
18.11.1939	Nachdem bereits zahlreiche Mutterkreuz-Ehrungen vorgenommen wurden, stellt das Landratsamt in zwei Fällen die Eignung der Mütter in Frage. <sup>134</sup> In einer Antwort vom 30.11.1939 befürwortet der Bürgermeister in einem Fall die Ehrung, während er in dem anderen Fall aus medizinischen Gründen ablehnt. <sup>135</sup> Auch bei einem weiteren Fall 1940 stellt der Bürgermeister die Eignung zur Ehrung in Frage: „Auf keinen Fall kann von einer wertvollen Familie die Rede sein.“ <sup>136</sup>	AS-2480
21.11.1939	Schiltach erreicht die Forderung der Gauleitung, in den Krankenhauszimmern Führerbilder anzubringen.	AS-1425
21.11.1939	Die NSDAP-Ortsgruppe fordert vom Schiltacher Bürgermeisteramt zur Vorbeugung von Unzufriedenheit in der Bevölkerung: „Durch den neuerlichen Erlass des Generalfeldmarschalls Göring ist klar zum Ausdruck gebracht, dass Staats- und Gemeindebeamte der Bevölkerung gegenüber bei Behandlung deren Wünsche grösstes Entgegenkommen zu zeigen haben. Bei erforderlichen Ablehnungen der Anträge der Einwohnerschaft, zufolge der gesetzlichen Bestimmungen, ist die Bevölkerung in geeigneter Form höflich zu behandeln. Da auch in Schiltach schon Klagen dieserhalb laut wurden, bitte ich, Ihre Beamten und Angestellten nochmals darauf hinzuweisen.“ Die Forderung wird per Unterschriftenumlauf bei Beamten und Angestellten bekannt gemacht.	AS-1019
26.11.1939	Die HJ veranstaltet eine Morgenfeier. Das Programm ist in der Akte enthalten.	AS-2059
1939	In diesem Jahr kamen KdF-Gäste u.a. aus den Gauen Köln-Aachen und Baden.	AS-3912
1939	In einer öffentlichen Aufforderung werden alle noch nicht der DAF zugehörigen Arbeitnehmer der Stadtverwaltung Schiltach zum Beitritt aufgefordert. Im gleichen Jahr sind dann alle in der DAF Mitglied.	AS-3912
1939/40	Bereits 1939/1940 laufen Planungen für Wohnungsbauten nach Kriegsende. Insbesondere die Schenkzeller Straße ist dafür vorgesehen. An einer Baugenossenschaft sollen sich auch die örtlichen Unternehmen beteiligen. Zunächst erklären diese sich mit Ausnahme der Fa. Kumpf im November 1940 aber zurückhaltend. Später ziehen aber die Firmen Wagner und Hans Grohe nach.	AS-1053
19.2.1940	Großer Eisgang auf der Schiltach führt zu Überschwemmungen. Bei der nötigen Sprengung gehen Gläser und Dichtungen kaputt.	AS-1182
17.4.1940	In der Fa. Karlin gründet sich eine Werkschar mit 34 Arbeitskameraden und 12 –kameradinnen.	AS-1386

	Sie ist zuständig für die Ausgestaltung der Betriebsappelle und –feiern und die Propaganda.	
18.7.1940	Bei der Erfassung des Lehengerichter Jahrgangs 1923 für die Hitler-Jugend (sechs Jungs in dem Jahr geboren) sind fünf in der HJ, während Johann Georg Bühler (geb. 1.6.1923), Jungbauer in Weidenhof, nicht in der HJ Mitglied ist.	AL-422
10.8.1940	Anna Eggert wird das Mutterkreuz wieder entzogen.	AS-2481
13.9.1940	Das Landratsamt teilt dem Bürgermeisteramt mit: „Jede An- und Abmeldung eines Geistlichen, Religionslehrers oder Predigers ist der Geheimen Staatspolizei in Offenburg anzuzeigen.“	AS-1947
14.9.1940 / 29.10.1941	Der Gemeinderat trifft 1940 keine Entscheidung über die angebotene Übernahme des Kindergartens durch die NSV. <sup>137</sup> 1941 wird die Übernahme im Folgejahr dem Gemeinderat lediglich noch mitgeteilt. <sup>138</sup>	Abs-178
20.9.1940	Das Bürgermeisteramt meldet der Gestapo den Fortzug eines Vikars. <sup>139</sup>	AS-1947
28.9.1940	Bericht des Bürgermeisteramts: Die Volksbücherei in der Volksschule ist geöffnet freitags 20-22 Uhr.	AS-1035
28.12.1940	Bericht des Bürgermeisteramts: Fünf der geplanten elf Häuser von badischen Heimstätten konnten geplant bezogen werden. Für den Rest fehlt es an Arbeitern und zusätzlich behinderte die schlechte Witterung.	AS-1035
1940	Paul Neugart rückt in den Gemeinderat nach.	Abs-178
3.1.1941	Die Ortsgruppe der NSDAP fordert das Bürgermeisteramt auf, in Zukunft bei viertem, sechstem und achtem Kind direkt einen Antrag zur Verleihung des Mutterkreuzes zu stellen, „um Mißstimmungen zu vermeiden“.	AS-2480
Anfang Februar 1941	Bürgermeister Bühler und Ortsgruppenführer Vornfett („Betriebsführer, Schiltach“) werden von Kreisleiter Baumann in den Kreisrat berufen.	AL-588
Februar 1941	Im Gasthaus „Zur Linde“ äußert sich Gipsermeister Wilhelm Wolber zu Bürgermeister Groß und Gemeinderäten kritisch wegen der „Straßensammlung am Tage der Polizei“. Nachdem Wolber seine Äußerung zurücknahm, beschließt der Gemeinderat am 13. März 1941: „Die Angelegenheit soll damit ihr Bewenden haben. Ich mache Sie jedoch darauf aufmerksam, dass im Wiederholungsfalle Strafanzeige erstattet werden müsste.“	AS-1048
April 1941	Ab diesem Jahr werden bei gemeinsamen Veranstaltungen Schiltachs und Lehengerichts die Kosten im Verhältnis 3:1 aufgeteilt. Als Hintergrund wird angegeben, dass es eine gemeinsame NSDAP-Ortsgruppe gäbe.	AS-2059
April 1941	Nach dem firmeneigenem „Mitteilungsblatt April 1941“ haben mehrere Karlin-Mitarbeiter politische Funktionenn (u.a.):	AS-1386

	<p>8 Polit. Leiter der NSDAP  6 Personen im Kreis- bzw. Ortsstab der DAF  3 Personen NSV-Walter  24 Personen DAF-Walter</p> <p>Auch propagandistisch vermag das Blatt Erfolge beschreiben: „Es ist uns auch zum größten Teil gelungen, Verständnis und freudiges Mitgehen bei der Gefolgschaft zu erreichen. Gewohnheitsmäßige Meckerer und D.U. (dauernd Unzufriedene) zählen wir nicht zu den Unsrigen“.</p>	
15.6.1941	Bericht des Bürgermeisteramts: „Zur Vorbereitung des Wohnungsbaues nach dem Kriege soll ein Flächennutzungsplan (Wirtschaftsplan) aufgestellt werden.“	AS-1035
29.9.1941	Die NSDAP veranstaltet eine Morgenfeier mit Antritt auf dem Marktplatz und Veranstaltung in der Turnhalle.	AS-2059
20.10.1941	Marie Bühler wird das Mutterkreuz entzogen. <sup>140</sup>	AS-2480
29.10.1941	Der Gemeinderat beschließt zugunsten der „Alttertumssammlung“ die Anschaffung von Kunstwerken Eyths [kein Vorname genannt] für 925 RM.	Abs-178
29.11.1941	Das Bürgermeisteramt meldet der Gestapo den Zuzug eines Vikars. <sup>141</sup>	AS-1955a
13.12.1941/ 17.1.1942	Durch die Übernahme des Kindergartens durch die NSV verliert eine Kindergärtnerin ihre Anstellung. Im Gemeinderat ist ihr Widerspruch Thema. <sup>142</sup> Schließlich wird am 17.1.1942 geklärt, dass die Kindergärtnerin noch bis zum 30.6.1942 bezahlt werden müsse.	Abs-178
1941-1943	Einwohnerzahlen Schiltachs (nach Angaben von 1946): 1941: 2210 1942: 2280 1943: 2335	AS-3132
7.4.1942	Der Gemeinderat genehmigt der NSV einen jährlichen Zuschuss zur Erneuerung des Gebäudes. <sup>143</sup>	Abs-178
1.6.1942	In einer Meldung des Einwohnermeldeamts an Landrat und Gestapo Offenburg wird der Fortzug von drei Italienern nach Hausach mitgeteilt.	AS-1956
5.6.1942	In einem Schreiben an den Bürgermeister wendet sich Dr. Jockers für eine Veränderung der geplanten Bemalung der Rathausfassade. <sup>144</sup> Für die Neugestaltung gehen zahlreiche Spenden ein. <sup>145</sup> → Vgl. <i>Kap. Politik und Gesellschaft, 6.4.1937</i>	AS-566
24.2.1942	Brand im Lehengerichter Rathaus. Laut Polizeibericht brach der Brand gegen Mittag aus. Gelöscht wurde er durch die FW Schiltach, die Karlin-Betriebsfeuerwehr, die FW Schramberg. Die	AS-120

	Motorspritze aus Wolfach musste nicht mehr eingreifen: „Der entstandene Schaden ist beträchtlich. Der Dachstuhl und die oberen Räume sind vollkommen ausgebrannt, während die unteren und die etwas abseits vom Brandherd gelegenen Räume mehr oder weniger durch Wasserschaden in Mitleidenschaft gezogen wurden (...). Die eigentliche Brandursache ist ungeklärt.“ Die Versicherung zahlt 11630 RM.	
24.9.1942	In einem Schreiben des Landrats an den Bürgermeister wird Eugen Trautwein im Tanzsaalgebäude des „Engel“ der Einbau einer Notwohnung gestattet. Dabei wird eingeschränkt: „Alle nicht absolut erforderlichen Arbeiten sind bis nach Kriegsende zurückzustellen.“ Alle weiteren Baumaßnahmen werden immer gleich begründet: „Wohnungseinbau zur Behebung der Wohnungsnot während des Krieges.“	AS-901
26.11.1942	Nach einer Verurteilung wegen „kriegsschädlichen Verhaltens“ des Metzgers Karl Christian Wolber wird dieser wieder einberufen. Der Betrieb soll aber aufgrund der Verwerflichkeit der Tat auch von seiner Familie nicht fortgeführt werden dürfen. <sup>146</sup> Bürgermeister Groß widerspricht der Entscheidung, da die Metzgerei nicht in Besetz des Karl Christian Wolber gewesen sei. <sup>147</sup> In einem Schreiben des Landratsamts an den Anwalt der Metzgerei wird dieser Tatbestand bestätigt. <sup>148</sup>	AS-1371
8.12.1942	Der Kleintierzüchterverein fragt im Bürgermeisteramt mit Blick auf seine Jahresausstellung (16./17.1.1943) an: „Auch betr. dem grossen Führerbild welches im Rathausgang hängt möchte ich gleichzeitig anfragen.“	AS-562
23.12.1942	In KZ Mauthausen stirbt der Häftling Wilhelm Faißt. <sup>149</sup> Die Urne wurde nicht nach Schiltach an seine Familie gesendet. <sup>150</sup> Die Gründe für die Inhaftierung Faißt's werden nicht genannt, doch teilte am 4. November 1938 die Kriminalbiologische Untersuchungsstelle an der Vollzugsanstalt im Gefängnis Lehrter Straße Berlin vertraulich der Polizeiverwaltung Schiltach mit, Faißt werde „kriminalbiologisch untersucht“. Eine Woche später antwortete das Bürgermeisteramt: „Nach gemachten Erhebungen hier und bei der Gemeinde Lehengericht konnte gegen Angehörige des Wilhelm Faisst nichts nachteiliges in Erfahrung gebracht werden.“ <sup>151</sup> Über den Tod von Wilhelm Faißt erhält die Stadt Schiltach am 16.1.1950 eine Sterbeurkunde vom Landratsamt zugeschickt. <sup>152</sup>	AS-291, AS-3371, AS-1414
23.11.1943	Das Schiltacher Bürgermeisteramt veröffentlicht einen Anschlag zum Behelfswohnungsbau. Es folgt damit einem Aufruf Hitlers von Anfang November 1943. Allein die Firma Agethen plant fünf Notwohnungen.	AS-2450
26.11.1943	Das Bürgermeisteramt schreibt an den Landrat, es seien insgesamt 21 Behelfsheime beantragt	AS-2450

	worden. Davon zwölf durch Privatpersonen, sechs durch Unternehmen, drei durch die Gemeinde. Bis Mai 1944 werden insgesamt 27 Baukarten beantragt.	
29.11.1943	Das Landratsamt lehnt die Genehmigung eines Schutzraums der Vereinsbank für wichtige Akten ab. Es herrsche keine unbedingt kriegswirtschaftliche Notwendigkeit.	AS-901
1943	In der Turnhalle wird eine feste Vorführkabine geplant. Die Bespielung ist durch die Gaufilmstelle vorgesehen. Zur Debatte stand auch ein „Ausweich-Kino“ für das ausgebombte Theater Schultheiss in Wuppertal. Bürgermeister Gross betont zugunsten einer Ansiedlung die Zahl der Industriearbeiter am Rüstungsstandort. Handschriftlich wird eingefügt: „Schiltach hat bedeutende Rüstungsindustrien.“ Der Bau verzögert sich aber. Noch im März 1944 zeigt sich ein erhöhter Baubedarf. <sup>153</sup> Ende August 1944 war die Frage der Stromzuführung noch nicht gelöst.	AS-1426
15.6.1944	Bei einer Sitzung erfährt Bürgermeister Gross, dass die Behelfsbauten kaum als Grundlage späterer Hausbauten dienen könnten. <sup>154</sup>	AS-2450
31.8.1944	Es ist zu konstatieren, dass die nötigen Verhandlungen über einen Grundstückserwerb für Behelfsheime nur begrenzten Erfolg bringen. Teilweise sind die Eigentümer nicht bereit zur Abgabe.	AS-2450
21.11.1944	Teilweise scheitern Pläne zum Bau von Behelfsheimen. So hatte am 26. Mai 1944 die nach Schiltach verlagerte Familie des Dortmunder Kaufmanns und derzeitigen Wachtmeisters Erich Kalisch einen Antrag gestellt. Nun schreibt der Bürgermeister: „Die Gesuchstellerin verzichtet auf den Bau eines Behelfsheimes da sie zum Bau desselben keine Arbeitskräfte bekommen kann.“	AS-2450
23.3.1945	Das Bürgermeisteramt schreibt an den Innenminister, der in Pforzheim auch als Gauwohnungskommissar fungiert, für 14 Behelfsheime seien Bezugsmarken nötig. Die Bauten seien teilweise bereits in Bau.	AS-2450

---

<sup>1</sup> Bürgermeister Bühler an August Vornfett, Kreisamtsleiter für Kommunalpolitik, 5.4.1935: Quillmann sei seit zehn Jahren selbstverschuldet arbeitslos. Geflogen sei er aus der Fa. Heinzlmann wegen Betrug. „Qu. bezog dann Erwerbslosenunterstützung und als er ausgesteuert war, setzte er seine Anerkennung als Kriegsbeschädigter durch, indem er sich an einem Fuß eine Zehe entfernen ließ, an der er im Krieg durch einen Granatsplitter verletzt wurde. Seither bezieht er Kriegsbeschädigten-Rente. (...)“

Qu. hat als Kommunist allerhand geleistet. Mehr als einmal hat er damals erklärt, ihn bringe niemand mehr zum Arbeiten. Für den Sowjetstern am Hohenstein und auf den Landstraßen u.s.w. am 5. März 1933 lieferte er die weiße Ölfarbe, die er aus Frankfurt bezog. Er war dann derjenige, der sich feige aus der Schlinge zu ziehen wusste, die anderen wanderten ins Gefängnis, in Schutzhaft. Hätte Moskau den Sieg über Deutschland errungen, wäre Qu. der Schlimmste gewesen! – Die anderen waren Idealisten, Qu. nicht!

In der Folgezeit versuchte er krampfhaft, seine Stellung zu halten durch ‚Heil Hitler‘ rufen. Er war sehr bald gleichgeschaltet und bemühte sich um führende Ämter, bezw. Beibehaltung derselben, was ihm auch gelang. Er schrieb zur Erlangung zusätzlicher Unterstützung an den Herrn Reichsstatthalter, an den Herrn Innenminister u.s.f., immer darauf bedacht, die Behörden in seinem Falle als unsozial, unmenschlich und egoistisch hinzustellen (...). Es kann mir und anderen Amtsträgern für die Dauer nicht zugemutet werden, sich im Nationalsozialistischen Staat eine solche Verächtlichmachung und Verleumdung und Herabsetzung von so einem marxistisch durch und durch verseuchten Menschen gefallen lassen zu müssen, dessen einzige Tätigkeit nach wie vor in der Verhetzung und Aufwiegelung von Volksgenossen besteht, wenn auch heute nur hintenherum durch Lügen. Die härteste Strafe ist und bleibt für Qu. die Zuweisung von Arbeit“. Inzwischen sei Quillmann der einzige Arbeitslose der Gemeinde Lehengericht. (AL-345)

<sup>2</sup> Naturschutzstelle Wolfach an Gemeinderat Lehengericht, 24.4.1933: „Am Hohenstein ist hoch oben das Sternzeichen der kommunistischen Partei gemalt. Die Verschandelung dieses einzigartigen Naturdenkmals muss allen Fremden auffallen; auch die große Mehrheit der Einheimischen wird die Beseitigung des Zeichens wünschen.“ Daraufhin merkt der Gemeinderat an, dass der Hohenstein auf Schiltacher Boden liege. Am 31.5.1933 ist vermerkt: „Der Sowjetstern ist entfernt.“ (AS-1614)

<sup>3</sup> Rechnung von Zimmermann Fritz Bühler, 19.5.1933: „Für Hilfeleistung bei Entfernung des Sowjetsternes über 3 Stunden werden 3 RM berechnet.“ (rs-592)

<sup>4</sup> NSDAP, Gau Baden an Bürgermeisterämter, o.D., das Dokument befindet sich auf der Rückseite eines benutzten Schriftguts: „Am Samstag, den 1. April 1933 finden in allen Ortsgruppen spontane Kundgebungen statt. Unter der Parole: ‚Die Kriegshetzer und Deutschlands Lebenskampf‘ werden Reichs-, Gau- und Kreisleiter über die wahren internationalen Kriegshetzerkreise Aufklärung geben. Kein Volksgenosse versäume diese Gelegenheit sich zu orientieren. Partei, Gliederungen und angeschlossene Verbände treten geschlossen an. (...) Die Kundgebung in Schiltach findet am kommenden Samstag um 20 Uhr in der Turnhalle statt. Es spricht Pg. Dr. H. Rheinheimer, Heidelberg.“ (AS-1795)

<sup>5</sup> Geplanter Programmablauf:  
„6 Uhr morgens, 6 Bollerschüsse und Wecken durch die Stadtmusik  
Kirchgang  
Radioübertragung (Kaufmann Kirgus soll auf Stadtkosten Lautsprecher aufstellen)  
Musik auf Markt (wenn schönes Wetter)“

---

Kinderumzug  
Auf dem Fußballplatz  
Musik  
Ansprache  
Singen des Deutschlandlieds  
Reigen der Mädchen  
Spiele, Sacklaufen, Eierlaufen, Hahnenkampf, Rutschbahnfahrt, Klettern usw.  
[Hier handschriftliche Einfügung des Bürgermeisters: Horst Wessel-Lied]  
Spiel ‚Der blinde König‘  
4.-8. Klasse singt Lied ‚Der Gott, der Eisen wachsen liess‘  
Abmarsch  
Fackelumzug mit Musikvereinen Schiltach und Lehengericht  
Beisammensein und Unterhaltungseinlagen in ‚Aberle‘ und ‚Rössle‘“

Im Nachrichtenblatt wird bekannt gemacht: „Die Einwohnerschaft wird gebeten, am 1. Mai d.Js., dem Feiertag der nationalen Arbeit die Häuser zu beflaggen und mit frischem Grün zu schmücken.“

Bürgermeisteramt an Firmen Karlin, Hans Grohe, Korndörfer, 26.4.1933: „In den von der Reichsregierung herausgegebenen Richtlinien für die Begehung des Festtages ist unter anderem auch vorgesehen, auf den Fabriktürmen und Bürohäusern feierlichst die Fahnen des Reiches zu hissen. Ich ersuche Sie höflichst an dem obengenannten Feiertag an Ihren Fabrikräumen die Fahnen des Reiches hissen zu wollen.“

Bürgermeisteramt an Firmen Karlin, Hans Grohe, Korndörfer, 27.4.1933: „Im Nachgang zu meinem Schreiben vom 26. ds.Mts. bitte ich Sie, wie dies im ganzen Reiche geschehen wird, bei der Hissung der Flaggen an Ihren Fabrik- und Büroräumen die gesamte Belegschaft, soweit dieselbe hier wohnhaft ist, antreten lassen zu wollen, wobei ein Arbeitnehmer und ein Arbeitgeber eine kurze Ansprache halten soll. Im Hinblick auf die Veranstaltungen an dem Festtag, die fast ununterbrochen aufeinander folgen, bitten wir die Betriebsleitungen das Hiszen der Flaggen vor den Beginn der Gottesdienste zu legen.“

Gestrichen wurde dabei aus dem Entwurf: An dem obengenannten Feiertag ist den Arbeitnehmern der Lohn für einen Tag mit normaler Arbeitszeit und üblichem Stundenlohn zu zahlen.

Mitteilung des Bürgermeisteramt, per Ausschellung, o.D.: „Die Einwohnerschaft wird ersucht, am 1. Mai, dem Feiertag der nationalen Arbeit die Häuser zu beflaggen und mit Tannenreis schmücken zu wollen. Am Freitag nachmittags von 4 bis 6 Uhr und am Samstag, nachmittags 1 bis 3 Uhr wird im Schulhof Tannenreis zur Schmückung der Häuser angegeben.“

Bürgermeisteramt an Feuerwehr, Sanitätskolonne, Turnverein, Kraftsportverein, Schützenverein, SpVgg, Gesangverein, Krieger- und Militärverein, Kath. Gesellenverein, Gesellenverein Ev. Jugendbünde, Pfadfinder [handschriftlich eingefügt: Jungfrauenkongregation], o.D.: „bitte ich Sie,

---

pünktlich um ¾ 8 bei der Evang. Kirche (Kinzigbrücke) mit den Fahnen antreten zu wollen. Die Fackeln werden bei der Zugaufstellung ausgegeben.“

Vorgesehene Aufstellung: „Stadtmusik Schiltach  
SA  
HJ  
Jungvolk  
NSDAP mit sämtlichen Nebenorganisationen  
Kinder  
Ev. Jugendbünde  
Pfadfinderbund  
Kath. Gesellenverein  
Jungfrauenkongregation [handschriftlich eingefügt]  
Feuerwehr  
Sanitätskolonne  
Militärvereine Schiltach und Lehengericht  
Turnverein  
Kraftsportverein  
Arbeiterunterstützungsverein [handschriftlich eingefügt]  
Gesangverein  
Spielvereinigung  
Schützenverein“

Handschriftlich wird noch der Deutsche Handelsgehilfen-Verband (DHV) angehängt. In die Mitte des Zugs soll noch der Musikverein Lehengericht kommen. Vor der Veröffentlichung wird die Reihenfolge noch einmal geändert: der Arbeiterunterstützungsverein rückt an Position 7, der DHV an Position 5.

Der DHV Schiltach hatte gegenüber dem Bürgermeisteramt am 28.4.1933 protestiert, dass „wir als Berufsgruppe an letzter Stelle stehen. Der Gesamtvorstand unserer Ortsgruppe (...) erklärt sich damit nicht einverstanden. Wir sind der Ansicht, dass man uns als antimarxistische Berufsgruppe (der DHV war es seit seiner Gründung 1893 ununterbrochen!) nicht erst als Anhängsel an die üblichen Vereine stellen kann. Wir führen diese Eingliederung auf den Umstand zurück, dass wir von der Leitung der NSDAP wohl versehentlich nicht als Teilnehmer vorgemerkt wurden. (...) Deutscher Gruss!“

Die Gemeinde Lehengericht liefert Birken, Schiltach sorgt für die „Bestellung von Brezeln, Würsten, Eier, Osterhasen.

---

Öffentlich wird angeschlagen: „Um Zweifel auszuschließen, wird bekanntgegeben, dass sämtliche Geschäfte am 1. Mai geschlossen bleiben. Den Arbeitnehmern ist der Lohn an diesem Tag zu zahlen.“

Per Ausschaltung wird am 29.4.1933 eine Programmänderung verbreitet: „Infolge Änderung des Rundfunkprogramms wird der Gottesdienst in der Evang. Kirche auf 8 Uhr vorverlegt.“ Der katholische Gottesdienst war schon zuvor auf 8 Uhr gelegt worden. (AS-1991)

Protokollband Gesangverein „Eintracht“, o.D.: „Anlässlich des Feiertages der nationalen Arbeit welcher am 1. Mai 1933 stattfand, musste unser Verein bei der Feier der Gemeinde Lehengericht, welche abends 6 Uhr im Aberle stattfand mitwirken.

Lieder: Gebet fürs Vaterland

Deutschland dir mein Vaterland

Der Spielmann

Kapitän & Leutnant

(...)

Abends 8 Uhr fand ein großer Fackelzug mit anschließender Kundgebung auf dem Marktplatz statt. Nach Beendigung dieses brachten wir bei dem geselligen Beisammensein im Gasthaus zum ‚Rössle‘ folgende Lieder zum Vortrag:

Freiheit die ich meine

Flamme empor

Mahnung

Kapitän & Leutnant

Ach du klar blauer Himmel

Muss i denn zum Städtele hinaus“ (Fra-157)

<sup>6</sup> Kanzlei Hitler an Bürgermeisteramt, 5.5.1933: „Die augenblicklich starke Überlastung der Kanzlei macht zur Zeit eine sofortige Bestätigung der täglich für den Führer in grosser Zahl eingehenden Anträge und Annahme der Ehrenbürgerschaft, Ehrenbürger-Urkunden usw. unmöglich. Da auch der Führer aufs äußerste in Anspruch genommen ist, werden die antragstellenden Körperschaften gebeten, sich noch kurze Zeit zu gedulden.

Ein persönliches Dankschreiben des Reichskanzlers geht Ihnen sobald als möglich zu.“ (AL-129)

<sup>7</sup> Ankauf der Stadt Schiltach für die Volksschule, 31.5.1933: Hans Heinz Evers: Horst Wessel; Adolf Hitler: Mein Kampf; 50 Stück „Adolf Hitler. Ein Lesebogen für die deutsche Jugend“. Die Kosten betragen insgesamt 17,59 RM. Weitere NS-Literatur folgt. 1934 liegt der Ankaufschwerpunkt auf Rassenkunde. (rs-592)

<sup>8</sup> Kampfbund des gewerblichen Mittelstands der NSDAP, Kreisleitung Wolfach an Gemeinderat Lehengericht, 22.6.1933: „In dem der Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes alle Gewerbebranchen erfasst, fordern wir die Förderung des nationalsozialistischen Gedankens und richten an den verehrten Gemeinderat das Ersuchen einen Beschluss zu fassen, dass Arbeitsvergebungen, sowie Lieferung ins Krankenhaus nur noch durch Kampfbundmitglieder zu geschehen hat.

---

Der Kampfbund als NS.Wirtschaftsbund hat den vollen Anspruch auf solchen Gemeinderatsbeschluss, schon deshalb, weil die Gemeinde das Ziel unseres Volkskanzlers Adolf Hitler zu unterstützen hat.

Wir bemerken, dass ein solcher Beschluss bei der Stadtgemeinde Wolfach schon besteht.

Der Gemeinderat möge hierüber entschliessen und uns Nachricht zukommen lassen.“ (AL-132)

<sup>9</sup> Bürgermeisteramt Schiltach an Bezirksamt, 16.6.1933: „Der im Betreff genannte Arbeiter legt ein Verhalten an den Tag, das als staatsfeindlich bezeichnet werden muss.

Borho arbeitete vorübergehend bei der Stadtgemeinde bei Strassenunterhaltungsarbeiten. Am 6. Juni 1933 verliess er ohne Grund die Arbeitsstelle und sagte zu dem Vorarbeiter, das sei Sklavenarbeit, er schaffe so nicht mehr, lieber ginge er auf den Heuberg.

Am nächsten Tage ging er in die Nähe der Arbeitsstelle der städt. Arbeiter und rief ‚Rotfront‘.

Der Ehefrau des Kriegsbeschädigten Merkle gegenüber äusserte sich Borho: ‚Wenn der Hitler keine andere Arbeit weiss, als mit Pickel und Schaufel, dann gehört er verschossen‘.- Borho soll in letzter Zeit auch in anderer Weise gegen die Reichsregierung geschimpft haben.

Es ist uns bekannt geworden, dass Borho versucht hat, seine Arbeitskollegen aufzuhetzen und es ist wahrscheinlich, dass er auf die Arbeiterschaft weiter in kommunistischem Sinne Einfluss auszuüben sucht.

Vor etwa 1 Jahr äusserte Borho er ginge nach Russland. Er ging dann auf die Wanderschaft; nach Russland ging er nicht, doch sein Verhalten bewies klar seine kommunistische Einstellung.

Wir halten die Verhängung der Schutzhaft für erforderlich. Der gleichen Auffassung ist auch die Ortsgruppe der NSDAP. Wir bitten das Weitere zu veranlassen.“

[Handschriftlich ergänzt]: „Borho wurde in Schutzhaft genommen.“ (AS-1963)

<sup>10</sup> Bezirksamt an Bürgermeisteramt Schiltach, 4.5.1936: „Jakob Borho, der sich z.Zt. im Bezirksgefängnis in Wolfach in Schutzhaft befindet, ist auf Anordnung des Geh. Staatspolizeiamts am Mittwoch, den 6. Mai 1936 mit dem Gefangenenwagen in das Konzentrationslager Kislau Bahnstation Mingolsheim-Kronau zu verbringen. (...) Die Angehörigen des Borho sind hiervon entsprechend zu verständigen.“ (AS-1996)

<sup>11</sup> Hierzu auch: Johann Georg Hildbrand an das Bürgermeisteramt, 6.4.1936: „Mein Schwiegervater, der Schreiner Jakob Borho betrinkt sich in letzter Zeit täglich derartig, dass es nicht mehr möglich ist, mit ihm zusammenzuwohnen (...). Wenn er dann betrunken nach Hause geht, sucht er Streit und geht auf alles los, was ihm im Wege steht. (...) Durch seine Trinkerei hält er es bei keinem Arbeitgeber aus. (...) Ich beantrage Wirtshausverbot zu erteilen.“ (AS-1994)

<sup>12</sup> Bezirksamt Wolfach an Bürgermeisteramt Schiltach betr. „Polizeiliche Einweisung des Jakob Borho in das Bewahrungslager Kislau“, 22.1.1937: „Der am 27.2.1880 in Schiltach geborene Jakob Borho wurde von der Kriminalpolizeistelle Karlsruhe mit Wirkung vom 15.2.1937 für die Dauer von 3 Monaten aus dem Bewahrungslager Kislau beurlaubt. Borho hat sich ernstlich um Arbeit zu bemühen und einer einwandfreien Führung zu befeißigen. (...) Die Nichterfüllung obiger Auflagen sowie die Rückkehr zu seinem asozialen Verhalten haben zur Folge, dass der Urlaub widerrufen und seine Rückverbringung in das Bewahrungslager Kislau angeordnet wird. Borho ist auf Erfüllung der ihm von der Kriminalpolizeistelle Karlsruhe gemachten Auflagen genau zu überwachen.“ (AS-1963)

---

<sup>13</sup> Vorgesehenes Programm: „Die Feier auf dem Schlossberg wird wiederum mit einer Ansprache eröffnet (...) Abschluss der Feier mit dem Horst Wessel-Lied“

Dazwischen ist vorgesehen: „Jugendwettkämpfe Sportplatz an Strasse nach Schenkzelle  
Freiübungen, Reigen, Keulenübungen und von Ev. Mädchenkreis Volksreigen  
Sportliche Jugendwettkämpfe  
Geräteturnen, Ringen (Turnverein, Kraftsportverein)  
absingen des Deutschlandlied“

Für die Teilnehmer gibt es 100 Brezeln und 30 Knackwürste von lokalen Lieferanten. (AS-1991)

<sup>14</sup> Bürgermeister an Stadtbaumeister Maurer, 7.7.1933: „Auf dem Kirchturm ist eine Vorrichtung anzubringen, um bei bestimmten Anlässen 3 Fahnen hissen zu können.“ (AS-1405)

<sup>15</sup> Bürgermeisteramt, Notiz vom 19.9.1933: „Die Anschaffung von Fahnen für den Kirchturm ist nach Rücksprache (...) Es ist selbstverständlich, daß die Fahnen die Gemeinde stellen muß. Es handelt sich ja um politische Fahnen. Die Kirchenfahnen stellt selbstverständlich die Kirchengemeinde.

1. Auftrag an die N.S. Frauenschaft entsprechend lange Fahne anzufertigen. Die Fahne solle mögl. schon am Sonntag 1.10. (Erntetag) gehisst werden.
2. Die Frage der Kostenbeteiligung von Lehengericht ist noch zu prüfen.
3. Wv. am 15.10. (nach dem Urlaub)“ (AS-1405)

<sup>16</sup> SA-Sturmbann II/170 an Bürgermeisteramt, 2.9.1933: „Die SA benötigt zu Unterrichtszwecken einen Raum mit Beleuchtung und grosser Schultafel. Der Sturmbann bittet hiermit um Überlassung eines geeigneten Raumes für etwa zwei Abende pro Woche in der Zeit zwischen 8-10 Uhr.“ (AS-1974)

<sup>17</sup> Deutscher Gemeindetag an Bürgermeisteramt, o.D., Eingang 24.9.1933: „Auf Anordnung der Reichsregierung soll am 1. Oktober ein Nationales Erntedankfest in ähnlich grosszügiger Form im ganzen Reich organisiert und durchgeführt werden, wie es am Tag der nationalen Arbeit, am 1. Mai, geschah. (...) Wenn bei sonstigen Festen der Bauer in die Stadt zieht, muss umgekehrt an diesem Tage der Städter auf das Land gehen. (...) Als Festorte dürfen nur solche gewählt werden, die sich besondere Verdienste um die Bewegung erworben haben. (...) Kernpunkt jeden Festes muss die Übertragung des grossen Reichserntedankfestes aus Hoya bei Hameln sein, an der 500000 Bauern teilnehmen. (...) Festabzeichen werden für das ganze Reich einheitlich geliefert. Niemand darf eigene Abzeichen vertreiben.“ (AS-1991)

<sup>18</sup> Bürgermeister Bühler an Reichspräsident Hindenburg, 1.10.1933: „Hochverehrter Herr Reichspräsident! Mit gnädigem Schreiben haben Eure Excelenz das unterm 19. April d. Js. von meiner Schwarzwaldgemeinde angebotene Ehrenbürgerschaftsrecht angenommen. Die gesamte Einwohnerschaft, in einsamen Tälern und auf einsamen Bergeshöhen weit zerstreut wohnend, dankt Eurer Excelenz hierfür ehrerbietigst und ist hochofrennt und beglückt, Eure Exc. fortan Ehrenbürger nennen zu dürfen.

---

In treuer Anhänglichkeit und Dankbarkeit jubeln auch wieder heute und morgen mit dem ganzen Deutschen Volke am Geburtstage Eurer Exzellenz aus übervollem Herzen zu und hoffen und flehen zu Gott dem Allmächtigen. Er möge E. Exc. noch den völligen Wiederaufstieg des Deutschen Volkes in bester Gesundheit und bestem Wohlergehen erleben lassen!

Ich habe die große Ehre, Ihnen sehr verehrter Herr Reichspräsident und Ehrenbürger meiner Gemeinde beifolgend die Urkunde über das Ehrenbürgerrecht mit den herzlichen Segenswünschen überreichen zu dürfen.

In aller Hochachtung und Ehrfurcht!“ (AL-129)

<sup>19</sup> Ministerialdirigent Dr. Doehle an Bürgermeister Bühler, 6.10.1933: „Der Herr Reichspräsident hat mich beauftragt, Ihnen und dem Gemeinderat der Gemeinde Lehengericht für die Übersendung der kunstvollen Ehrenurkunde über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts seinen herzlichen Dank zu übermitteln.“ (AL-129)

<sup>20</sup> „Herr Reichsstatthalter! Große Freude / erfüllt die Herzen von ganz Lehengericht / und inniger Dank vermischt sich mit der Freude: / unser Ehrenbürger nun Herr Robert Wagner ist!

Sie haben uns erkämpft die freie Scholle / und unser schönes liebes Badnerland! / Nicht scheuend Haß, Verfolgung und sogar die Rolle, / zu büßen in Haft für's neue Deutsche Vaterland!

Der Führer ging voran, Sie treu an seiner Seite! / Der Weg so dornenvoll, der Lügen ach so viel! / Durch Not, Entbehrung, Kampf mit der kommunist'schen Meute; / Nie rastend mit der N.S.D.A.P. zum Ziel!

Frei ist die Schwarzwaldheimat und wir Lehengerichter, / voll Dankbarkeit schauen wir zu Ihnen auf! / Und mutig in die Zukunft, die nun lichter. / Gott segne Sie im hohen Amt nun auch!

Nie gibt es einen Dank, für das zu danken, / was Sie für uns entbehrt, geopfert und getan! / Wir wollen treu zu Ihnen stehen ohne Wanken, / Sieg heil! Zur Freiheit! Es geht nun bergan!

Als kleines Dankeszeichen hier die Gaben, / gesammelt in der Bergesheimat, weit zerstreut! / Unser hoher Ehrenbürger mög' sich dran erlaben / nach schwerem Kampf! S' sind Dinge, die das Herz erfreun!“ (AL-129)

<sup>21</sup> Bürgermeister Bühler an Reichsstatthalter Wagner, 26.10.1933: „Hochverehrter Herr Reichsstatthalter! Der Gemeinderat Lehengericht hat als Abschluß seiner alten Wahlperiode am 19. April ds. Js., am Vorabend des 1. Geburtstages unseres Führers als Kanzler des Deutschen Volkes, einstimmig beschlossen, Ihnen hochverehrter Herr Reichsstatthalter als dem Befreier des Badischen Volkes aus den Klauen der Marxistischen und kommunistischen Horden und des mit diesem verbrüdeten Zentrums, das Ehrenbürgerrecht der Gemeinde Lehengericht zu verleihen! Nicht Geltungstrieb bewog den Gemeinderat zu dieser Ehrung, sondern das Bewusstsein, Ihnen Hochverehrter Herr Reichsstatthalter zu unauslöschlichem, heißem Dank verpflichtet zu sein! Schwer drückend lag die Not auf unserer weitzerstreuten Schwarzwaldheimat und mit heißer Sehnsucht erwarteten wir den Sieg unseres hohen Führers und seiner Bewegung. Die Erlösungstunde kam. Damit auch die Befreiungstunde für uns Schwarzwaldbauern von der drückenden Sorge um Familie, Haus und Hof, denn die Kommune hatte manchem der Unsrigen blutige Rache geschworen. – Frei ist nun der Bauer auf seiner Scholle! Frei die Heimat, die Sie uns erkämpften! Es gereicht mir zu hoher Ehre, Ihnen hochverehrter Herr Reichsstatthalter beifolgend die Ehrenbürger-Urkunde der Waldgemeinde Lehengericht überreichen zu dürfen! Wir geloben

---

Ihnen unwandelbare, treue Gefolgschaft und flehen zu Gott, ER möge unsern hohen Ehrenbürger in Seinen besonderen Schutz nehmen und sein Werk in reichem Maße segnen! Sieg Heil!“ (AL-129)

<sup>22</sup> Bürgermeister Bühler an Reichskanzler Hitler, o.D. (10/1933): „Hochverehrter Herr Reichskanzler! Der N.S.-Gemeinderat Lehengericht hat als Abschluß seiner alten Wahlperiode in seiner Sitzung am 19. April, am Vorabend Ihres ersten Geburtstags als Kanzler des Deutschen Volkes, einstimmig freudigen und dankbaren Herzens beschlossen, Ihnen hochverehrter Herr Reichskanzler als unserm Führer aus Not und Verzweiflung das Ehrenbürgerrecht der Gemeinde anzubieten. Drückend lag die Not auf unserer Bergesheimat. Mit heißer Sehnsucht erwarteten wir die Machtergreifung durch unsern Führer! Die Erlösung kam! Im letzten Moment! Sonst wäre manchem der Unsrigen der rote Hahn auf's Dach gestiegen. Mancher der Unsrigen wäre der Mörderhand der Kommune zum Opfer gefallen! Unser Leben bekam wieder Inhalt, Wert! – Hell loderten die Höhenfeuer zum nächtlichen Himmel, höher schlugen die Herzen!

*Die Heimat ist frei! Ist frei durch unsern Führer!*

Gebete steigen zum Himmel: *Herr Gott erhalte uns unsern Führer! Erhalte ihn uns und führe durch ihn das Deutsche Volk zur Erneuerung, zur völligen Freiheit! Herr Gott, steh' ihm bei!*

Hochverehrter Herr Reichskanzler! Groß war der Jubel und die Freude, als die Kunde dann noch in unsere weitzerstreuete Bergesheimat drang, daß der Führer das angebotene Ehrenbürgerrecht angenommen habe!

Mit dem Gelöbniß unverbrüchlicher Treue, habe ich die hohe Ehre, Ihnen hochverehrter Herr Reichskanzler als unserm Führer und hohen Ehrenbürger die Ehrenbürger-Urkunde von Lehengericht ganz ergebenst überreichen zu dürfen mit einem dreifachen Sieg Heil!“ (AL-129)

<sup>23</sup> Reichsstatthalter Wagner an Bürgermeister Bühler, 4.11.1933: „Aus Ihren Worten spricht das Bekenntnis der Gemeinde zu den hohen Zielen, die unser Führer und Reichskanzler Adolf Hitler uns gestellt hat und an deren Erreichung wir alle mit unseren besten Kräften mitarbeiten wollen zum Segen unserer geliebten Heimat!“ (AL-129)

<sup>24</sup> Badisches Innenministerium über Bezirksämter an Bürgermeisteramt, 1.12.1933, Eingang Schiltach 22.12.1933: „Mit Rücksicht darauf, dass in Deutschland als einzige politische Partei nur die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei besteht, erscheint es selbstverständlich, dass von allen Behörden, die im dienstlichen Interesse Zeitungen halten, der ‚Völkische Beobachter‘ als Zentralorgan der NSDAP. bezogen wird. Ich ersuche daher, den ‚Völkischen Beobachter‘, soweit dies noch nicht geschehen ist, umgehend zu bestellen. Vom Bezug des ‚Völkischen Beobachters‘ ist nur in solchen Fällen abzusehen, wo die Bestellung des ‚Völkischen Beobachters‘ die Abbestellung einer Zeitung von örtlicher Bedeutung, auf deren Bezug aus dienstlichen Gründen nicht verzichtet werden kann, mit Rücksicht auf die hierfür zur Verfügung stehenden Mittel zur Folge haben müsste.“

Gemeinderatsbeschluss, 29.12.1933: „Ein Bedürfnis für den Bezug des ‚Völkischen Beobachters‘ für das Rathaus neben dem ‚Führer‘ kann nicht für vorliegend erachtet werden. Der ‚Führer‘ ist nicht entbehrlich.“ (AS-1017)

<sup>25</sup> Bezirksamt an Bürgermeisteramt Lehengericht, 27.12.1933: „Der Kriegsinvalide Johannes Schillinger von Schiltach wurde heute wegen abfälliger Bemerkungen eindringlichst verwarnet. Schillinger ist entsprechend zu überwachen. Dieser letzter Satz wurde unterstrichen. (AS-1963)

---

<sup>26</sup> Evang. Stadtpfarramt an Bezirksamt, 7.2.1933: „Ferdinand Wöhrle (...) stark vorbestraft wegen Betrug, Diebstahl, Urkundenfälschung, Fahnenflucht (Degr. in II. Soldatenstand) u.ä. Seine Frau ist eine Person mit an sich nicht schlechtem, aber schwachen und in allem nachgiebigen Charakter, die der schwankenden Natur des Mannes keinerlei Moralischen Halt zu bieten vermag. Obwohl er oft sehr unflätig und handgreiflich gegen sie vorgeht (auch in Gegenwart der Kinder!), versucht sie ihn nicht nur allenthalben zu rechtfertigen, sondern gibt ihm jederzeit ihr sauer verdientes Geld. Obwohl ihm vom Pfarramt aus schon in weitgehendstem Masse Wege gezeigt und eröffnet wurden, aus der wirtschaftlich misslichen Lage, die ihm aus seiner Arbeitsscheu, seiner Trunksucht und seinem unsteten Vagabundenleben erwuchs, herauszukommen, gleitet er trotz aller schönen Versprechen immer wieder in seine Laster zurück.

Nach langem Zögern hat seine Frau vor wenigen Wochen einen Antrag auf Ehescheidung eingereicht. (...) Das jüngste Kind (etwa 7j. Mädchen) befindet sich z.Zt. in Pflege der alten kranken Mutter der Frau, der Sohn Karl wird vom Vater häufig auf seinen Vagabundenfahrten mitgenommen, so dass dieser unentschuldig von der Schule wegbleibt; dessen Leistungen und Betragen in der Schule sind daher sehr minderwertig (...). Auf seinen häufigen Vagabundenreisen beschwindelt Ferd. Wöhrle auswärtige Pfarrämter und Privatpersonen mit unheimlichster Raffiniertheit (...). Da wir unter den obwaltenden Umständen ausser Stande sind, seine Angehörigen vor seinen Gewalttätigkeiten zu schützen, und Ursache haben, bei seiner gegenwärtigen Entwicklung noch schlimmeres zu befürchten, stellen wir den Antrag auf Verbringung des besagten Schlossers Ferd. Wöhrle nach einer Arbeiterkolonie. Wir ersuchen um beschleunigte Erledigung der Angelegenheit. Evang. Kirchengemeinderat“ (AS-859)

<sup>27</sup> Bezirksamt an Bürgermeisteramt Schiltach, 13.2.1933: „Eine Unterbringung in der Arbeitskolonie Ankenbuk wäre nur zulässig, wenn Wöhrle einwilligte.“ (AS-859)

<sup>28</sup> Bürgermeisteramt Schiltach an Bezirksamt, Entwurf mit handschriftlichen Anmerkungen, 14.12.1933: „Die Ehefrau gibt an, dass ihr Ehemann mit einer Heimarbeit nach dem Konzentrationslager [vorher stand da ‚Arbeiterkolonie‘, A.M.] Ankenbuk sich begeben habe. Diesen Angaben sind kein Glaube zu schenken. (...) In der Schiltacher Zeitung erschien am 29.11.1933 unter der Ueberschrift ‚Ein Unverbesserlicher‘ die Nachricht, dass der bekannte KPD.-Funktionär Ferdinand Wöhrle, der bereits einige Zeit wegen verbotener Arbeit für die KPD. im Konzentrationslager Ankenbuk verbrachte, am 28.11.33 wegen erneuter politischer Betätigung für die KPD. Wieder festgenommen worden sei. (...) Er ist ein verkommener Mensch [vorher stand da: ‚ganz miserabler Vagabund, A.M.]. (AS-859)

<sup>29</sup> Bürgermeisteramt an Landrat, 12.1.1939: „Wöhrle ist wegen seiner Betrügereien erblich vorbestraft. (...) Ich stehe auf dem Standpunkt, dass man sich in dem vorliegenden Falle nicht an die Buchstaben des Gesetzes klammern sollte und befürworte und beantrage wiederholt die Einweisung des Genannten in ein Arbeitshaus. Wenn die Familie Wöhrle auch nicht ständig öffentlich unterstützt werden muss [Frau arbeitet für Familienunterhalt in Fabrik, A.M.], so entstehen immer wieder Mietzinsrückstände bei der Gemeinde, die einer öffentlichen Unterstützung gleichzustellen sind.“ (AS-859)

<sup>30</sup> Bezirksamt an Bürgermeisteramt, 25.1.1939: „Von einem ‚an den Buchstaben des Gesetzes klammern‘ kann keine Rede sein, wenn Anträge, die jeder gesetzlichen Grundlage entbehren, keine Folge gegeben wird. (...) Inzwischen wurden erfreulicherweise den Polizeibehörden Machtmittel in die Hand gegeben, asoziale Elemente in polizeiliche Vorbeugungshaft (Im Prinzip dasselbe wie Arbeitshaus) zu nehmen. (...) Wenn trotz dieser Möglichkeit neuerdings von mir nichts gegen Wöhrle unternommen wurde, so liegt dies daran, dass mir seit mehr als fünf Jahren über Wöhrle keine

---

Meldung mehr vorliegt. (...) Erst durch den Schriftwechsel des SD, Außenstelle Hornberg, der am 3.1.1939 bei mir einging, wurde ich erneut auf Wöhrle aufmerksam gemacht.“ (AS-859)

<sup>31</sup> Bezirksamt an Bürgermeisteramt, 22.1.1939: „Die Kriminalpolizeistelle Karlsruhe hat meinem Antrag auf Verhängung der polizeilichen Vorbeugungshaft gegen Ferdinand Wöhrle nicht entsprochen. (...) Ich habe Wöhrle darauf hingewiesen, dass er die Unterbringung im Konzentrationslager Dachau zu gewärtigen habe, wenn er sich abermals strafrechtliche Verfehlungen oder Verstöße gegen die obige Anordnung zu schulden kommen lasse.“ (AS-859)

<sup>32</sup> „Kinzigtäler“, 16.1.1934: „Die anwesenden Teilnehmer an diesem gewaltigsten deutschen Turnfest erlebten noch einmal die erhebenden und beglückenden Stunden, wurden erneut gepackt von der Urkraft besten deutschen Blutes, dessen Träger in jenen Tagen aus allen Gauen unseres großen Vaterlandes zusammengeströmt waren, um nach schwerster Arbeit dem Retter und Erneuerer Deutschlands, unserem Führer zuzujubeln (...) Die beiden Veranstaltungen waren gut besucht.“ Abschließend fordert die Zeitung für Schiltach einen Kinosaal. Das Bürgermeisteramt findet aber unter den Gastwirten keinen Interessenten für eine entsprechende Saalvergrößerung. (AS-2096)

<sup>33</sup> Liste der Schiltacher Vereine mit Vorsitzenden, 13.2.1934:

„Turnverein, Adolf Trautwein

Kraftsportverein, Nik. Probst

Spvgg, August Vornfett

Gesangverein, E. Kramer

Schützenverein, G. Harter

Verkehrsverein, Eugen Gross

Musikverein, E. Nagel

Militärverein, Ph. Koch

Arbeiterunterstützungsverein, Abraham Aberle

Kegelklub, W. Kimmich

Kaninchen- und Geflügelzüchterverein, A. Storz

Stenografenverein, Fr. Schillinger

DHV, A. Schlick

Deutscher Werkmeisterverein, K. Kuchenbuch

Verband der Hausbesitzer, L. Esslinger Jr.

FFW, Jak. Maurer

Sanitätskolonne, Dr. Jockers

Schwarzwaldverein, P. Neugart

Leseverein, Fr. Grohe

---

Bad. Jugendherbergsverband, G. Ruckelshausen  
Ev. Kirchenchor, Fr. Bühler  
Kath. Gesellenverein, J. Bächle  
Kath. Kirchenchor, Lehrer Zimmermann  
Christl. Gemeinschaft, Andreas Wagner  
Ev. Jungmännerbund, Pfarrer Schropp  
Ev. Mädchenkreis, Frau Pfarrer Schropp  
Jungfrauenkongregation, Gebele  
Ev. Frauenhilfe, Pfarrer Schropp  
Gartenbauverein, Gg. Götz  
Bienenzuchtverein, Zwick  
Skiclub, H. Fautz  
Orchestervereinigung, K. Möhrle  
Ziehharmonikaclub, E. Springer“ (AS-1999)

<sup>34</sup> Ruckelshausen an Bürgermeisteramt, 3.2.1934: „Die Schulleitung stellte stets gerne der Organisation der NSDAP Schulsäle zur Verfügung unter der Voraussetzung, dass dieselben im gleichen Zustand verlassen würden, in dem sie angetreten wurden. Es mehren sich in letzter Zeit die Fälle, dass Tinte verschüttet, der Pult mit Kreide verschmiert, oder die Bänke vom Aufstellen der Füße beschmutzt wurden. Ich bitte dahin zu wirken, dass künftig kein Anlass mehr zur Klage über die Hitlerjugend gegeben wird.“ (AS-1522)

<sup>35</sup> Rümele, NS-Hago Ortsleitung, ANB 24.2.1934: „An alle Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibende von Schiltach und Lehengericht! Gemäß einer Anordnung unseres Führers Adolf Hitler, sind bei Neueinstellungen von Gesellen, Gehilfen, kaufm. Angestellten usw. in erster Linie Angehörige der S.A. zu berücksichtigen.“ (AL-129)

<sup>36</sup> Abdruck eines Artikels von Ministerialrat Dipl.-Ing. Federle, ANB 24.2.1934: „Das Akademikerproletariat, das infolge seiner Ausbildung meist für andere Berufe verdorben ist, verflucht die Verantwortlichen der vergangenen Regierungen, die untätig dieser Entwicklung zusahen, und ist eine furchtbare Mahnung für ehrgeizige Eltern. Unseres Volks Führer aber hat allen den Weg zum werkenden Menschen wieder geöffnet. Er hat den werkenden Mann als seinen liebsten Sohn herein in die Nation, in den Staat genommen. (...) Sein Verdienst ist es, daß unser werkendes Volk wieder stolz auf seine Arbeit sein Haupt erheben darf und daß jeder junge Mensch auch aus den sogenannten gebildeten Schichten endlich den dünkelfhaften Bildungswahn beiseite schieben kann (...).“

<sup>37</sup> Programm der Veranstaltung:     „Choral (Stadtmusik)  
  Gebet für das Vaterland (Männergesangverein Eintracht)  
  Ansprache  
  Der gute Kamerad (Stadtmusik)

---

Kranzniederlegung  
Nun danket alle Gott“ (AS-1889)

<sup>38</sup> Bürgermeisteramt an Eduard Trautwein, 9.3.1934: „Ich bitte um Zusendung von 5 Bildern Ihrer 2. Auflage von Reichskanzler Adolf Hitler.“ Als Kosten werden 12,50 RM angeben. Zuvor hatte Schiltach ein Rundschreiben des Kreisschulamt vom 9.2.1934 erreicht: „Bei unseren Schulbesuchen konnten wir manchen Orts die Wahrnehmung machen, daß das Bild unseres Volkskanzlers Adolf Hitler nicht in allen Klassenzimmern angebracht ist. Es ist eine Dankespflicht gegenüber dem Führer Deutschlands und seinem Werke, daß wir sein Bild in den Schulsälen zum Aushang bringen. Auf eine geschmackvolle Ausführung ist bei der Anschaffung zu achten. Auf Schluß des Schuljahres ist im Jahresbericht unter ‚Ausstattung der Unterrichtsräume‘ anzugeben, daß das Bild Adolf Hitlers in allen Klassenzimmern als Wandschmuck vorhanden ist.“ (AS-1974)

<sup>39</sup> Bürgermeisteramt an Kreispropagandaleitung, 13.6.1934: Als Grund für die Minderung der Arbeitslosenzahl werden die (erfolgreichen) Verhandlungen über Einstellungen bei den Firmen Karlin, Hans Grohe, Gebr. Heintelmann und Sägewerk Gottlieb Wagner, sowie die Ansiedlung der Fa. Kumpf (brachte allein 70 neue Arbeitsplätze) genannt. (AS-2471)

<sup>40</sup> Bürgermeister Groß, ANB 17.3.34: „Es wird in Erinnerung gebracht, daß die Fahnen des Reichs durch Erheben der rechten Hand zu grüßen sind. Schiltach, den 15. März 1934. Der Bürgermeister: Groß“.

<sup>41</sup> Bürgermeister Bühler, ANB 24.3.1934: „Es ist angeordnet worden, daß in diesem Jahr ein alter schöner Brauch, das Abbrennen eines Osterfeuers, allgemein in ganz Deutschland in allen Landgemeinden durchgeführt werden soll.“ In Vorderlehengericht soll die Veranstaltung auf dem Bühlecke bei den Bühlhöfen u.a. Marsch, Feuerspruch und Schlusswort mit Horst-Wessel-Lied umfassen.

<sup>42</sup> Bürgermeister an Stadtbaumeister (nach Gemeinderatsbeschluss), 5.4.1934: „Ich ersuche, die nachgenannten Keller besichtigen und schriftlich mitteilen zu wollen, inwieweit dieselben sich für den Ausbau als Luftschuttkeller eignen.

Keller an der Blattenhäuserwiese (bei Kaffee Rieger)

Keller an der Kesslerhalle

Keller an der Hohensteinstrasse (im Tiefenbach)

Keller an der Hohensteinstrasse (bei Mosetter)

Keller von Phillip Koch

Keller in der Spitalstrasse im Hause des Bäckermeisters Fr. Wolber

Keller in der Spitalstrasse im Hause der Kinder der Frau Trautwein in Karlsruhe

Keller im Hause Johann Georg Hauer, Schrambergerstrasse

Keller im Hause des Kaufmanns Kühn in der Spitalstrasse

Keller hinter dem Hause des Schuhmacher Ph. Summ, Schrambergerstrasse

Keller bei Sattlermeister Wöhrle in der Schenkzellerstrasse“ (AS-1895)

<sup>43</sup> Stadtbaumeister an Bürgermeister, 17.6.1934: Geeignete Keller sind:

---

„Felsenkeller an der Blattenhäuserwiese  
an der Kesslerhalde  
an der Hohensteinstrasse (Tiefenbächle)  
an der Hohensteinstrasse (Bierfritz)  
hinter Schuhmachermeister Summ  
hinter dem Haus von J.G. Hauer

Keller von Ph. Koch mit dem umschließenden Tunnel

Keller im Gemeindehaus (Bachstrasse), schon mit Rücksicht auf die Krankenhausinsassen

Keller von Kaufmann Kühn (Spitalstrasse)

Keller von Fr. Wolber Bäckermeister

Keller von Frau Trautwein Karlsruhe

Eiskeller von Bierfritz

Keller von Ph. Wolber Bäckermeister und Genossen (Mühlgasse)“ (AS-1895)

<sup>44</sup> Ordnung zum 1. Mai 1934, ANB 28.4.1934: „Die Gebäude sind mit der Flagge schwarz-weiß-rot und mit der Hakenkreuzflagge zu beflaggen. Andere Fahnen sind nicht zugelassen. Wo irgend möglich, sind an den Fensterreihen Fähnchen oder Wimpel in den Reichsfahnen anzubringen in Verbindung mit frischem Grün. (...) Über den Vollzug werden Kontrollen vorgenommen. (...) Die gesamte hiesige Schuljugend, die von den Schulen morgens geschlossen zum Festgottesdienst marschiert, wird einschließlich der Schuljugend vom Reichenbächle im Aberlesaal mittags kostenlos gespeist. (...) Für den Festzug bitte ich um zahlreiche Beteiligung der Schäppelmädchen ganz besonders. (...) Während der Rundfunkübertragung auf dem Marktplatz ist jede Störung untersagt.“

<sup>45</sup> Verkehrsdirektor der NSDAP-Kreisleitung Karlsruhe an Bürgermeisteramt, 24.4.1934: „zufolge neuerer Dispositionen die Verwendung von Landestrachten im dem Festzug am Feiertage der nationalen Arbeit, Dienstag, den 1. Mai ds. Js., nur in ganz beschränktem Umfange stattfinden soll, um das Gepräge des Zuges nicht zu verwischen.“ (AL-382)

<sup>46</sup> Vorgesehenes Programm:

„30.4. Einholen Maibau durch HJ, BDM, JV  
24 Uhr Rundfunkrede Baldur von Schirach vom Brocken  
[1.5.] 6 Uhr Einleuten, Böller, Weckruf durch Stadtmusik  
7.30 Gottesdienste (die Schuljugend marschiert geschlossen zur Kirche)  
9 Uhr Aufmarsch Schuljugend und Rundfunkübertragung  
Fest der Schuljugend  
Auswärtige Kinder werden im ‚Aberle‘ kostenlos beköstigt  
15 Uhr Festumzug (Teilnahme nur Männer)

- 
1. Herolde (SA, SS, HJ)
  2. Standortfahnen (SS, SA, PO, HJ)
  3. Abordnungen der Berufsstände
  4. Pflug- und Sämann und auch der (letzte Flößer) Sebastian Armbruster
  5. Maikönigin mit Gefolge, Lehengerichter Musik
  6. Wagen der Berufsstände
  7. Betrieb

16 Uhr Rundfunkübertragung (90 Minuten) vom Tempelhofer Feld, davor Ehrung Arbeiterveteranen

19.30 Kameradschaftsabende [1933 bildete ‚gemütliches Beisammensein‘ den Schlusspunkt, A.M.]“

Für den Absperrdienst zuständig sind SS und Polizei. Geflaggt werden sollte: Hakenkreuz und Schwarz-Weiß-Rot-Fahne, aber keine badische Fahne. Der Bevölkerung wurde hinzugefügt: „Selbstverständlich werden an diesem Tage auch unsere Stadtfarben nicht gezeigt.“ (AS-1991)

<sup>47</sup> Erklärung des Volkspropagandaministeriums an Bürgermeisteramt, 22.5.1934: „Baukunst ist Sinnbild des Staatslebens. Die Richtigkeit dieses Satzes beweist in bedauerlichem Maße die Baukunst der Nachkriegszeit, deren materialistische Einstellung nur zu häufig zu jener überspitzten, öden, sogenannten ‚neuen Sachlichkeit‘ führte.“ (AS-1422b)

<sup>48</sup> Mitteilung, ANB 26.5.1934: „Um künftighin zu vermeiden, daß öffentliche Veranstaltungen der Vereine usw. mit solchen der NSDAP zusammenfallen, bitten wir hiermit, sämtliche geplanten Veranstaltungen bis jeweils spätestens den 20. des vorhergehenden Monats bei Ortsgruppenleiter A. Vornfett oder Schriftführer Steinle anzumelden.“

<sup>49</sup> Mitteilung, ANB 1.9.1934: „Eine Ortsgruppe der NSDAP. hatte angeordnet, daß alle Verbände, Vereine usw. mit sofortiger Wirkung sämtliche Veranstaltungen, Sitzungen, Versammlungen und Festlichkeiten der Ortsgruppenleitung der NSDAP zu melden hätten. Es wurden Termine für diese Anmeldung festgelegt und außerdem besondere Punkte aufgestellt, die bei der Anmeldung zu beantworten waren. Zur Klärung dieser Frage hat sich der Reichsführer des Handels an den Wirtschaftsberater des Stellvertreters des Führers gewandt und von diesem die Antwort erhalten, daß er die betreffende Ortsgruppe angewiesen habe, sich jeglicher Einwirkung auf die Abhaltung von Vereinsveranstaltungen usw. zu enthalten.“

<sup>50</sup> Bürgermeister Bühler an Christian Frick, 27.6.1934: „Daß man für solche Familienväter im dritten Reich andere Erziehungsmaßnahmen wie früher zur Verfügung hat, werden Sie sehr bald begreifen lernen, seien Sie wo Sie wollen, man wird Sie zu finden wissen.“ (AL-4)

<sup>51</sup> Ausschnitt aus der Erklärung. o.D.: „Wenn mir auch irgend ein Sabotageakt aus den Reihen der an der Pflichterfüllung und Gehorsam sowie an die Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen gewöhnten Beamten nicht bekannt geworden ist, will ich doch keinen Zweifel darüber lassen, dass ich jeden Versuch von Ungehorsam und Sabotage am grossen Werk unseres Führers entsprechend ahnden werde. Jeder Vorgesetzte hat darauf zu achten, dass die ihm unterstellten Beamten auch weiterhin ihre Pflichten voll und ganz erfüllen. Gegebenenfalls ist an mich auf dem Dienstwege zu berichten.“ (AS-1087)

<sup>52</sup> Pfarrer Schropp an Bürgermeisterämter Schiltach und Lehengericht, 14.7.1934: „Nachdem wiederholt von Christenlehrpflichtigen Wirtshäuser besucht und sogar an öffentlichen Tanzveranstaltungen teilgenommen worden ist, ersuchen wir die Bürgermeisterämter durch Bekanntmachung im

---

Nachrichtenblatt das Wirtshaus u. Tanzverbot für Christenlehrpflichtige in Erinnerung zu bringen und bedacht zu sein sämtliche Gaststätten eine Liste der Christenlehrpflichtigen, deren Aushang früher geboten war, zuzustellen. (AS-1990)

<sup>53</sup> TV Schiltach an Bürgermeisteramt, 28.6.1934: „Mit Schreiben vom 18. Juli 1929 gaben wir der Stadtverwaltung den im Jahre 1928 gestifteten Wanderpreis wieder zurück, weil die damalige allgemeine Volkszerissenheit auch eine gemeinsame Arbeit unter den Sportvereinen nicht zuließ. Eine gemeinsame Sitzung mit der S.A., H.J. und den anderen Sportvereinen zeitigte das Ergebnis, dass anlässlich unseres Schauturniers am 29. Juli d.J. ein gemeinsamer Waldlauf stattfinden soll, bei der Ihnen s.Z. zurückgegebene Wanderpreis zur Austragung kommen soll.“ (AS-2051)

<sup>54</sup> Bericht von KdF-Reisenden aus Weißenfels, ANB 22.9.1934: „Uns lachte das Herz, als wir von schneidiger Militärmusik empfangen wurden. Vor dem Bahnhof empfing uns die SA., NSBO., und HJ., an der Spitze der Ortsgruppenleiter der NSDAP., Pg Vornfett, der uns in Vertretung des Bürgermeisters herzlich willkommen hieß. Nachdem unsere Koffer auf dem von der HJ. mitgebrachten Wagen aufgeladen waren, ging es unter Musikklangen und Böllerschüssen der festlich geschmückten Stadt zu. Auf dem wunderschönen Marktplatz kurzes Wegtreten und nun ging es in die Quartiere. (...) Und wenn dann die Schwarzwälder ihr Schiltachsches Platt schwätzten und wir Mitteldeutschen mit unserem ‚melodischen‘ Sächsisch anfangen, dann dröhnte der Saal vor Lachen.“

<sup>55</sup> Mitteilung, ANB 29.9.1934: „Es erscheint daher richtiger, keine besonderen Quenglerlisten einzurichten. Die wirklichen, aber wenigen notorischen Quengler wird man heute auch anders zur Ruhe bekommen.“

<sup>56</sup> Mitteilung, ANB 29.9.1934: „Kindergottesdienst und Christenlehre fallen mit Rücksicht auf den Volkserntetag aus“

<sup>57</sup> Mitteilung, ANB 27.10.1934: „Wegen Gehorsamsverweigerung wurde der H.J. Hans Fieser beurlaubt.“

<sup>58</sup> Aufruf des Badischen Wirtschafts- und Finanzministers, 11.11.1934: „Wenn schon alle Länder der Welt neben ihrer stark aufgerüsteten Militärmacht zu Wasser, zu Lande und in der Luft auch einen passiven Schutz der Zivilbevölkerung gegen fremde Luftangriffe vorbereiten und durchführen, so muss das Deutsche Reich angesichts dieser Sachlage, unbeschadet seines wiederholt durch den Mund des Führers zum Ausdruck gebrachten Friedenswillens, im besonderen seine Aufmerksamkeit der Möglichkeit des passiven Luftschutzes widmen. (...) In Übereinstimmung mit dem Herrn Reichsminister der Luftfahrt halte ich es im vaterländischen Interesse für erwünscht, dass die Beamten- und Angestelltenschaft des Staates, der Gemeinden und der sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts möglichst geschlossen dem Reichsluftbund beitriff.“ (AS-1087)

<sup>59</sup> Badisches Innenministerium an Bürgermeisteramt, Eingang am 16.11.1934: „Wie die Reichsführung der Schutzstaffeln der NSDAP. mitgeteilt hat, ist es in letzter Zeit verschiedentlich vorgekommen, dass SS-Männer zu ihrem Vergnügen im Lande herumreisen, Herbergen und Gemeinden aufsuchen und sich von diesen unterbringen und verpflegen lassen. Auf Wunsch des Reichsführers SS., der dies aufs strengste verboten hat, ersuche ich, die Gemeindebehörden anzuweisen, jeden SS-Mann, der eine Herberge in Anspruch nimmt, sofort der zuständigen SS-Dienststelle zu melden. Von einer Veröffentlichung dieses Erlasses ist abzusehen.“ (AL-421)

<sup>60</sup> Öffentliche Verlautbarung, 23.11.1934: „Entrümpelung. In den nächsten Tagen werden Beauftragte der Stadtgemeinde bzw. des Reichsluftschutzbundes die Speicherräume nachsehen. Es wird dann auch mit der Abholung von Gerümpel und von verwertbarem Altmaterial begonnen.“ (AS-1895)

---

<sup>61</sup> Erinnerungsblätter des Kriegervereins, 1934: Hermann Fautz: „Die Würdigung der militärischen und kriegerischen Ereignisse in einer Landschaft, ist uns Deutschen eine blutbedingte Pflicht. Sie gibt uns die Erkenntnis, wie heißumstritten jeder Meter deutschen Bodens war, lehrt uns aber auch, dass zu allen Zeiten die gläubige Opferbereitschaft unseres Volkes im Kampf um die Heimatscholle stärker war, als die von außen hereinreichende störende Kraft und dass immer die Besten in diesem ewigen Freiheitskampf um Deutschlands Größe und Ehre freudigen Herzens sich dem Vaterlande opferten.

Wohl hat unsere engere Heimat nie entscheidend in militärischen oder kriegerischen Handlungen eine Rolle gespielt, hat nie in das gewaltige Räderwerk der deutschen Geschichte mit besonderem Einfluss eingegriffen, und doch ist der Heimat Schicksal auch ein Stück von jenem Ganzen, das unser aller Lebensinhalt ist und bleiben wird, ein Stück von unserem lieben deutschen Vaterland, dem wir alle in seinem Wohl und Weg voll und ganz angehören.“ (bü-336)

<sup>62</sup> Protokollbuch, Gesangverein „Eintracht“: „Am 15.1.35 abends 8 Uhr bewegte sich ein Fackelzug von der Stadtkirche zum Marktplatz, wo sich anschließend eine schlichte Denkfeier zu Ehren unserer Volksgenossen an der Saar abwickelte. Nach Beendigung der Feier formierten sich die Formationen zu einem Zuge, um im Scheine der Fackeln einen Rundmarsch durch die Straßen der Stadt zu begehen.“ (Fra-157)

<sup>63</sup> Milchwirtschaftsverband Württemberg an Bürgermeisteramt, 18.1.1935: „Es ist unbedingt notwendig, dass die nationalsozialistische Marktordnung auf dem Gebiete der Milchwirtschaft auch in Schiltach durchgeführt wird und diese Marktordnung sieht den Zusammenschluss der Milcherzeuger zu Genossenschaften vor und ebenso die Ablieferungspflicht für Milch.“ (AS-1732b)

<sup>64</sup> Milchversorgungsverband Zollern-Schwarzwald an Bürgermeisteramt, 23.1.1935: „Uns ging unter dem 3. ds. Mts. ein Schreiben von einer grösseren Anzahl Schiltacher Bürger unterzeichnet zu, welches sich gegen die Einführung der Milchverwertung- und Warengenossenschaft Schiltach wendet. (...) Wir werden keinen der dortigen Milcherzeuger zwingen, Mitglied in einer Genossenschaft zu werden. Wir stellen dies nur jedem Einzelnen anheim, da das Mitglied gegenüber dem Nichtmitglied wirtschaftlich besser gestellt sein wird.“ (AS-901)

<sup>65</sup> Bürgermeisteramt an Bezirksamt, auf Nachfrage, 7.2.1935: „Die S.A. hat schon in zwei Fällen den Ausschluss aus der S.A. anher mitgeteilt mit dem Bemerkung, dass gemäss einem Erlass des Herrn Minister des Inneren der Ausschluss aus der S.A. in das Leumundszeugnis aufzunehmen sei.“ Darauf antwortet das Bezirksamt am 26.2.1935: „Von einer Bestimmung, dass der Ausschluss aus der SA in das Leumundszeugnis aufzunehmen ist, ist hier nichts bekannt. Allerdings lässt ein derartiger Ausschluss evtl. auf den Leumund schliessen, so dass je nach Lage des Falles die Aufnahme erfolgen muss.“ (AS-1946)

<sup>66</sup> Bürgermeisteramt Schiltach an Bezirksamt, 21.3.1935: „Die Verlegung der Gemarkungsgrenze zwischen Bergzell und Schiltach stellt sich immer mehr als eine unabweisbare Notwendigkeit heraus.“ (AS-1008)

<sup>67</sup> NSDAP-Gau Baden an Bürgermeisteramt, 21.3.1935: „Da der Kreis die Mittel zur nötigen Errichtung der Geschäftsstellen dringend benötigt, wäre ich Ihnen für eine umgehende Überweisung sehr dankbar. (...) Da ja unsere Bewegung das Verdienst für Deutschlands Wiederaufstieg für sich in Anspruch nehmen kann und fernerhin hierfür verantwortlich ist, so haben sowohl die Gemeinden wie Ihre Steuerzahler ihren Nutzen, als Gegenleistung dieser Opferring dienen soll. Ich erwarte daher umgehende Überweisung“. (AS-1184)

---

<sup>68</sup> Amtliche Proklamation zur allgemeinen Wehrpflicht, ANB 23.3.1935: „Die hohen Vertragsschließenden der ehemaligen Siegerstaaten haben sich einseitig von den Verpflichtungen des Versailler Vertrages gelöst!“

<sup>69</sup> Mitteilung, ANB 27.4.1935: „Der Hakenkreuzflagge gebührt die erste Stelle. Bei Vorhandensein nur eines Flaggenmastes ist an ihm die Hakenkreuzflagge zu setzen, während die schwarz-weiß-rote Flagge an der Hauptfront des Gebäudes anzuhängen ist. Sind zwei Masten vorhanden, so wird die Hakenkreuzflagge rechts, die schwarz-weiß-rote Flagge links gesetzt (...) Bei Vorhandensein von drei Masten ist rechts und links die Hakenkreuzflagge, in der Mitte die schwarz-weiß-rote Flagge zu setzen.“

<sup>70</sup> Zeitungsbericht zum 1. Mai 1935: Es fand statt ein Umzug der HJ, BDM, JV, JM. Anschließend hörte man eine Rede von Joseph Goebbels. „Das Band der Einigkeit wird immer enger geknüpft und nur zu schnell ziehen die schönen Stunden vorüber. Es ist ganz besonders zu schätzen, dass einige Betriebsführer zum Zeichen der Verbundenheit mit ihrer Gefolgschaft derselben Sonderzugeständnisse gemacht haben. So werden die Firmen Karlin & Co. und F. u. W. Kumpf ihre gesamten Belegschaften im Laufe des Sommers an den Bodensee führen. Die Firma Gebrüder Junghans AG., Werk Lehengericht stellt die Mittel für eine Anzahl KdF-Reisen zur Verfügung, welche auf dem Wege der Verlosung den einzelnen Arbeitskameraden zugeteilt werden.“ Gottesdienste und Glockenschläge zum Wecken werden nicht mehr erwähnt. (AS-1991)

<sup>71</sup> Nach Sybille Steinbacher machte de Smeth die Juden für die Situation in der Sowjetunion verantwortlich; vgl. Sybille Steinbacher: Volksgenossinnen. Frauen in der NS-Volksgemeinschaft, Göttingen 2012, S. 175.

<sup>72</sup> 1935 mussten Anna Elisabeth und Wilhelm Bühler den „Löwen“ aufgeben. Meistbietend ist am 24.5.1935 Gottlieb Wöhrle für 20600 RM. Der übergibt Rechte aus seinem Höchstgebot an den Hunselbauer Philipp Schwenk und dessen Ehefrau (die Eltern von Anna Elisabeth Bühler) weiter. Im Umfeld dieses Vorgangs spricht Wöhrle vom „Vermuckeln“. Es sei angeblich Geld für die eine Kuh des Hofes an die Gemeindekasse zur Verrechnung gegangen. (AL-547)

<sup>73</sup> Statistik zu Zeitungsabonnements in Schiltach, 30.9.35: Der Führer: 160, Der Kinzigtäler: 75, Karlsruher Tagblatt: 22, Schwarzwälder Bote: 73, Badische Presse: 14, Schwarzwald-Zeitung: 36. (AS-2210)

<sup>74</sup> DAF, Ortsgruppe Schiltach an Bürgermeisteramt, 11.10.1935: „Der DAF sind bis heute folgende Geschäftsleute noch nicht beigetreten:

Heinzelmann, zum Hirsch

Armbruster zur Kreuzstraße

Bäckerei Lehmann

Schuhmacher Josef Bächle

Friseurgeschäft Kanz

Fridolin Benz, Kolonialwaren

Karl Günter, Spediteur“ (AS-3912)

<sup>75</sup> Abdruck aus DAF-Informationsdienst, ANB 18.10.1935: „Uebersteigertes Bildungswesen eine volksbiologische Gefahr! Aber warum vergrößern wir sie, statt ihr zu begegnen?“

---

Es ist statistisch festgestellt worden, daß es gerade die weniger wertvollen Erbstämme sind, die die Tendenz zu einer verstärkten Vermehrung aufweisen. Demgegenüber besteht leider die Tatsache, daß es bei den Trägern des wertvollen Erbgutes durchweg an ausreichendem Nachwuchs mangelt. (...) Ein großes Hemmnis in der Erhaltung des geistigen Erbgutes ist das übersteigerte Bildungswesen, das in der Tat soweit getrieben wurde, daß die zeitweilig gebrauchte Redensart, daß nächstens jeder Müllkutscher das Abitur haben müsse, nicht ganz unberechtigt war.“

<sup>76</sup> Bürgermeisteramt an Bezirksamt, 1936: „Seit 1. Januar ds. Js. besteht hier eine Bezirksmilchverwertungs- und Warengenossenschaft, die die Gemeinden Lehengericht, Schiltach, Schenkenzell, Bergzell und Kaltbrunn umfasst, auch der obere Teil der Gemeinde Kinzigtal. (...) Diese Genossenschaft unterhält in Schiltach eine Milchsammelstelle, in welcher die Milch gesammelt, kontrolliert, filtriert und gekühlt wird. Die Ausgabe geschieht an den Handel. Eine Erhitzung (Pasteurisierung) erfolgt nicht, wir haben Rohmilchversorgung.“ Laut Mietvertrag vom 3.5.1938 betrieb die Genossenschaft im Lehengerichter Rathaus Verkaufsraum, Büroraum, Betriebsraum, Heizraum, Lagerraum neben dem Betriebsraum, daran anschließenden Lagerraum in Rampenhöhe, darunter liegendem Lagerraum, Kohlenraum, Kraftwagenhalle. Die Miete betrug 80 RM. Für einen Umbau gab es einen Reichszuschuss von 2500 RM. (AL-323)

<sup>77</sup> Mitteilung, ANB 26.1.1936: „Heute Samstag, den 26.1.36, findet abends auf dem Marktplatz eine Luftschutzübung statt, an der sich die Feuerwehr, der Sanitätszug und die Selbstschutzkräfte des Luftschutzes beteiligen.“

<sup>78</sup> Bürgermeisteramt an Krankenhausverwaltung, 29.1.1936: „Bei den obengenannten Geschäften darf nicht eingekauft werden. Nach Kenntnisnahme bitte ich dieses Schreiben wieder hierher zurückgeben zu wollen.“ (AS-3912)

<sup>79</sup> Paul Grewe an Bürgermeisteramt, 20.3.1936: „Morgens am Markttag musste ich nun die Mitteilung machen, dass nicht nur mein Eckplatz, sondern die ersten 5 Plätze von der Ecke an, sämtlich an Ostjuden vergeben waren! Auf meine sofortige Frage, warum ich mich den die ganze Zeit um den Platz beworben er nun denselben die Ostjuden Lachs gab, meinte Herr Marktmeister Wild, ich solle mich auf meinen angewiesenen Platz stellen u. falls ich eine Beschwerde habe, solle ich zum Bürgermeister gehen. Herr Bürgermeister! Auf vielen bad. Plätzen werden gottseidank seit einigen Jahren keine Juden mehr zugelassen; und wenn sie dennoch zugelassen werden, so darf man ihnen doch nicht noch einen Vorzug gegenüber deutschen Volksgenossen gewähren“. (AS-1416)

<sup>80</sup> Bürgermeister Groß an Paul Grewe, 28.4.1936: „Nun soll der Marktmeister, wie sie angeben, die guten Stände Juden zugewiesen haben, weil diese jene Stände schon größtenteils von jeher gehabt haben. [aus Entwurf gestrichen: Dies hätte jedoch nicht vorkommen dürfen.] Ich habe den Marktmeister belehrt, daß eine Bevorzugung von Juden, wenn auch wie im letzten Fall ungewollt, unterbleiben muss. Der Gemeinderat hatte schon früher beschlossen, Juden bei den Märkten überhaupt nicht mehr zuzulassen. Diese Anordnung musste gemäß einem Erlass des Herrn Ministers des Inneren wieder aufgehoben werden. Es ist deshalb nicht möglich, den Juden den Besuch des Marktes zu verbieten.“ (AS-1416)

<sup>81</sup> Wahlaufruf, ANB 28.3.1936: „Wer aber noch nicht weiß, was er am Sonntag mit freudigem Herzen zu tun hat, für den wäre es wahrlich besser, man würde ihm einen Mühlstein um den Hals hängen oder ihn am besten aus dem deutschen Lande jagen, in dem er nichts mehr zu suchen hat. Denn jede verlorene Stimme ist nichts anderes als ein Dolchstoß in den Rücken unseres Volkes. Wir wollen aber nie vergessen, was wir unseren

---

gefallenen Helden, unserem Führer und schließlich uns selbst schuldig sind. Wir Schiltach-Lehengerichter werden morgen einstimmig beweisen, daß es unter uns keinen Verräter mehr gibt.“

<sup>82</sup> Bürgermeisteramt an Bezirksamt, 15.4.1936: „Der Ausbau von Luftschutzräumen ist in Aussicht genommen (...) Ausbaueingriffe konnten mangels Mittel noch nicht vorgenommen werden.“ (AS-1895)

<sup>83</sup> Mitteilung, ANB 18.7.1936: „Rassebiologische Untersuchungen in Lehengericht. Herr Dozent Dr. Wolfgang Abel vom Kaiser Wilhelm-Institut für menschliche Erblehre in Berlin-Dahlem führt zur Zeit im Auftrag dieses Instituts in hiesiger Gemeinde Studien durch über die Vererbung der Gesichtszüge und der Handformen der ortsansässigen Bevölkerung. Herr Dr. Abel hat bereits mit seiner Tätigkeit begonnen und sucht jede Familie in ihrer Wohnung auf zwecks Kopf- und Handvermessungen und Fertigung der Lichtbilder“ auf.

<sup>84</sup> Bürgermeisteramt an Kreisschulamt Offenburg, 27.7.1936: Die Schiltach ist „mit Industrieabwässern wie starken Säuren u.s.w. durchsetzt (...) Im Schiltachfluß kann sich kein Fisch oder ein sonstiges Wassertier aufhalten, er ist ein absolut toter Fluß geworden. Es vermag hier aus gesundheitlichen Gründen niemand die Verantwortung zu übernehmen, die Jugend in einem solchen Gewässer baden zu lassen.“ (AL-315)

<sup>85</sup> Mitteilung, ANB 8.8.1936: „Persönliche Vorteile gehen immer auf Kosten anderer! Solche für sich zu beanspruchen, beweist, daß man mit der Nationalsozialistischen Agrargesetzgebung und Marktordnung und damit auch zu dem Programm unseres Führers auf dem Kriegsfuß steht.“

<sup>86</sup> Bürgermeister Bühler an Bürgermeister Groß, 26.8.1936: „Der Ortsbauernführer lehnt es ab, in Hinkunft auch Schiltach mitzubetreuen, da demselben die Gesamtgemeinde Lehengericht schon zuviel ist und für Vorderlehengericht ein zweiter Ortsbauernführer aus diesem Grunde eingesetzt werden musste“. (AS-1628)

<sup>87</sup> Mitteilung, ANB 5.9.36: „Die Kreisleitung macht es sämtlichen Parteigenossen, die ein Kraftfahrzeug besitzen, zur Pflicht, daß sie an ihrem Fahrzeug einen Hakenkreuzwimpel anbringen.“

<sup>88</sup> Kreisleiter Baumann an Bürgermeisteramt, 26.9.1936: „Künftighin ist mir allmonatlich ein umfassender Tätigkeitsbericht der Bürgermeister vorzulegen.“ „Jeder Bürgermeister und Hoheitsträger muss es als seine vordringliche Aufgabe betrachten und in seinem Orte alles verfügbare mobilisieren und dadurch das Bauen vorwärts treiben. (...) Wer Nationalsozialist der Tat sein will, fördert mit ganzer Kraft diesen Gedanken.“ (AS-1035)

<sup>89</sup> Bürgermeisteramt an HJ-Bann 169 Hornberg, 24.10.1936: „Zufriedenheit der HJ (...) dass in Hinterlehengericht von dem Werk Lehengericht der Firma Gebr. Junghans A.-G. ein Raum und in Vorderlehengericht von dem unterzeichneten Bürgermeister in dessen Leibgedinghaus ein Zimmer, in beiden Fällen heizbar, zur Verfügung gestellt wurde. Das Jungvolk benützt die Schulsäle.“ (AL-421)

<sup>90</sup> Protokoll Gemeinderatssitzung, 16.11.1936: Kostenaufstellung: Turnverein hat 9000 RM, Stadt hat Rücklagen für Festhalle von 2000 RM, Voranschlag für 1937 weitere 1000 RM, Jährlicher Zinszuschuss max. 400 RM. Darüber hinaus: „Mit dem Turnverein wird eine Vereinbarung abgeschlossen, dass die Halle unentgeltlich der Gemeinde, dem Verkehrsverein und der NSDAP zur Verfügung steht, ferner muss die Halle sämtlichen Vereinen gegen Zahlung einer Saalmiete zur Verfügung stehen.“ (Abs-178)

<sup>91</sup> Druckerei an Gemeinderat Schiltach, 2.11.1936: „Unsere neuerliche Berechnung hat ergeben, dass eine ausreichende Rentabilität des Nachrichtenblattes für uns nicht mehr gegeben ist. Wir werden daher zu unserem lebhaften Bedauern genötigt sein, das Nachrichtenblatt zum 31.

---

Dezember eingehen zu lassen, falls sich nicht durch vorherige Vereinbarungen Barzuschüsse ergeben, welche die weitere Existenz des Nachrichtenblattes ergeben. (...) Bei der Gründung waren unserer Rentabilitätsberechnung *nur vier* N.B. Seiten zugrunde gelegt. Durch die zeitweise Anhäufung des Materials der Gemeinden Schiltach und Lehengericht, sowie der *nicht honorierten* Bekanntmachungen der in der Zwischenzeit gewachsenen Organisationen der NSDAP, KdF, WHW, NSV usw. müssen oft statt vier sechs Seiten gesetzt und gedruckt werden.“ (AS-1020; Hervorhebungen im Original)

<sup>92</sup> Bilanz des Bürgermeisteramts, 16.12.1936: „Die Bautätigkeit war in diesem Jahr eine besonders rege (...). Bezugsfertig sind geworden: in Häusern die 1935 begonnen und in diesem Jahr fertiggestellt wurden 7 Wohnungen in 4 Neubauten, in Häusern die 1936 begonnen und fertiggestellt wurden 34 Wohnungen in 15 Neubauten und 2 Wohnungen die durch Um- bzw. Einbauten gewonnen wurden. (...) Das nächst beste Baujahr 1930 mit 10 Wohnungsneubauten ist um 100% übertroffen worden.“ (AS-1065)

<sup>93</sup> Bürgermeisteramt an Gaufunkstelle, 23.1.1937: Vorhanden sind Rundfunkempfänger in „Pflug“ und „Grüner Baum“. „Die vorhandenen 450 Einwohner können zum Gemeinschaftsempfang in diesen beiden Gaststätten zum Gemeinschaftsempfang gut untergebracht werden. Dies gilt auch für den Ortsteil Hinterlehengericht“. Dort gibt es in den Gasthäusern „Löwe“ und „Welschdorf“ Empfänger. (AL-387)

<sup>94</sup> Schützenverein Hinterlehengericht an Bürgermeisteramt, 14.4.1937: „Der Aufruf des Reichssportführers, möglichst sämtliche jungen Leute zum Schiessport heranzuziehen und auszubilden, hat eine Anzahl Bürger von Hinter-Lehengericht veranlasst, am 24. Januar 1937 einen Schützenverein ‚Hinter-Lehengericht‘ ins Leben zu rufen.“ (AL-385)

Weitergehende Unterstützung als den bereits erfolgten Bau eines Schießstands genehmigt das Bürgermeisteramt aber nicht. (AL-385)

<sup>95</sup> Mitteilung von Ortsgruppenführer Vornfett, ANB 30.1.1937: „Für die Pol. Leiter sowie Uniformierte aller Formationen ist es grundsätzlich verboten, an irgendwelchen Faschingsveranstaltungen in Uniform teilzunehmen. Auch ist das teilweise Tragen von Uniformstücken zu solchen Veranstaltungen nicht statthaft.“

<sup>96</sup> Bürgermeisteramt an Bezirksbauamt Offenburg, 6.4.1937: „Die Fassade des Rathauses soll einen neuen Verputz erhalten. Gleichzeitig damit soll natürlich auch eine andere Beschriftung usw. am Rathausgiebel in Erwägung gezogen werden.“ (AS-1422b)

<sup>97</sup> Protokoll der Sitzung des Gemeinderats, 26.7.1938: „Der Treppengiebel dessen Entfernung vom Landesamt für Denkmalpflege vorgeschlagen worden war, wird vorerst belassen.“ (Abs-178)

Bericht des Bürgermeisteramts, 10.3.1939: „In der Beratung des Bürgermeisters mit den Gemeinderäten wurde vom Bürgermeister vorgeschlagen, bei der Instandsetzung des Rathauses von einer Entfernung des Treppengiebels Abstand zu nehmen und lediglich die Fassade zu verputzen und die Innenräume instandzusetzen. Die Gemeinderäte haben diesem Vorschlag zugestimmt.“ (AS-1065)

<sup>98</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 7.2.1942: „Die Kosten für die Malerei werden auf 3.000.- RM veranschlagt.“ (Abs-178)

<sup>99</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 17.1.1942: „Der Bürgermeister schlägt vor, noch möglichst während des Krieges die Rathausfassade instandzusetzen. Nach dem Entwurf des Kunstmalers Trautwein soll der Sandstein nach Möglichkeit freigelegt oder in Sandsteinfarbe behandelt werden.“ (Abs-178)

---

<sup>100</sup> Ortsverwaltung der DAF an Bürgermeisteramt, 27.4.1937: „Die Gaufachgruppenwalter werden daher aufgefordert, unverzüglich darauf hinzuwirken, daß die Heimbürgerinnen (Totenfrauen, Leichenwäscherinnen) schon von sich aus die Angehörigen so beeinflussten (...) den Verstorbenen nur mit leicht ersetzbaren Kleidungsstücken, vielleicht aus Papier oder Zellstogg bekleiden. Auch ist unter allen Umständen zu vermeiden, daß bei Bestattungen sogar Schmuckstücke mit ins Grab gelegt werden“. (AL-333)

<sup>101</sup> Bericht des Bürgermeisteramts zum Rathauskauf usw., 1937: „Es war in letzter Zeit dort oft zum Verzweifeln. Die Arbeit ging nicht mehr vorwärts. Einer störte den andern. (...) Diesem unhaltbaren Zustand wurde nun dadurch ein Ende bereitet, dass das Richard Kayser`sche Haus gegenüber der evang. Kirche käuflich erworben wurde. (...) Der Ankaufpreis betrug 25000,- M. Der Erlös aus dem verkauften bisherigen Rathaus [Hauptstr. 11] betrug 7250,- M.“ Untergebracht wurden in dem Gebäude u.a. Betriebsräume der Bezirksmilchverwertungs- und Wahrengenossenschaft Schiltach und Umgebung: „Vor 1933 erfolgte die Frischmilchversorgung in Schiltach fast ausschließlich von Württemberg, von Villingen und früher sogar aus der Schweiz. Heute kommt keine Milch mehr von außen herein, ja es ist noch ein Überschuss vorhanden.“ Gefördert wird aber auch der Wohnungsbau: „Die Gemeinde Lehengericht hat ein etwa 2,5 ha großes Bau- und Siedlungsgelände durch den Bau einer Straße und einer Quellwasserversorgungsanlage erschlossen.“ Trotz günstiger Preise gelte aber: „Mit der Kleinsiedlung will sich bis heute niemand befreunden. Man hält diese Bauweise als für zu leicht für den oft strengen Schwarzwaldwinter. Der Bau von Heuerlingswohnungen und landw. Werkwohnungen wurde hinreichend propagiert. Bis heute beschränkt sich der Erfolg auf zwei Fälle, in denen bereits die Vorarbeiten im Gange sind.“ (AL-74)

<sup>102</sup> Bürgermeisteramt an HJ und BDM, Lehengericht, 26.7.1937: „Als Pol. Leiter, wie auch als Bürgermeister verbiete ich hiermit ein für allemal, dass HJ. und BDM den Dienst gemeinsam an einem Abend abhalten, wie dies am letzten Freitag der Fall war. Verschiedene Eltern haben mit der Zurückziehung ihrer Kinder gedroht, wenn dies noch mal vorkommen sollte, wie gemeinsame Schnitzeljagd bei Nacht, wo HJ. den BDM sucht, Nachtschwärmen nach dem Dienst in Uniform, Dinge, die Anzeichen der Zuchtlosigkeit, der Auflösung der Dienstordnung und vor allem eine sehr starke Schädigung des Ansehens der Jugend unseres Führers darstellen. Ich muß erwarten, dass in Zukunft der Dienst selbst, wie auch der Weg zum Dienst und wieder zurück zum Elternhaus so begangen wird, dass das Ansehen und die Ehre der Hitlerjugend nicht geschädigt wird. Dies war in letzter Zeit nicht mehr der Fall. Ich bitte, dies Schreiben beim nächsten Dienst bekannt zu geben bzw. vorzulesen!“ (AL-421)

<sup>103</sup> Bürgermeisteramt an HJ-Führer Mutschler und BDM-Führerin, 30.7.1937: Bei einem Blick in das Heim „musste ich die Feststellung machen, dass der Raum sich in einem furchtbar unordentlichen Zustande befunden hat. Die Stühle sind zerbrochen, an den Bänken und Tischen fehlen Füße, Fensterscheiben sind eingeschlagen und auf dem Boden lag ein Haufen Dreck.“ (AS-1184)

<sup>104</sup> Notiz von Wachtmeister Wild, 10.8.1937: „Da sein aufdringliches Verhalten Fremden gegenüber für Schiltach gewiss keine gute Reklame sind, wäre es nach Ansicht mehreren Einwohner das beste wenn B. entmannt würde bevor er weiteres Unheil anrichtet.“ (AS-3912)

<sup>105</sup> Bericht von KdF-Reisenden aus Querfurt, ANB 11.9.1937: „In froher Gemeinschaft erlebten wir Urlauber so mit den Schiltachern, die uns bald liebe Freunde geworden waren, unsere Ferienzeit (...)

---

Die politische Stimmung dort unten? Das ist eine Frage, die uns nach unserer Rückkehr aus dem Schwarzwald immer wieder entgegen tritt; wir können nur antworten, daß wir von einer politischen Stimmung nichts bemerkt haben. Schiltach z.B. besitzt eine alte Ortsgruppe der NSDAP., die schon 1923 einmal bestanden hat und nach dem Verbot der Partei 1928 wieder aufgemacht wurde.

Ausländer sind oft und gern hier zu Besuch. (...) Mit Vorliebe bestellten sie Butter und Eier, in den Kaffees auch Schlagsahne und waren dann baß erstaunt, daß ihnen prompt das Gewünschte vorgesetzt wird. Nichts nahmen sie wahr von der angeblichen Hungersnot in Deutschland, von dem Schlangestehen vor den Kaufläden und von der Unzufriedenheit der Bevölkerung, wie es ihnen ihre Zeitungen vorgeschwindelt hatten. Sie sahen nur fröhliche und zufriedene Gesichter und kamen aus dem Staunen nicht heraus, wenn ihnen einer von uns etwas von ‚Kraft durch Freude‘ erzählte; an solche Einrichtungen in Deutschland würden sie nie und nimmer geglaubt haben, wenn sie jetzt nicht alles hier leibhaftig selbst erleben würden.

Nur wenige Kilometer in der Luftlinie sind es bis zur Grenze. (...) Grenzland ist es, wo wir unseren Urlaub verbrachten, Grenzland – hart umkämpft, ständig bedroht und uns, die wir seine Schönheit ganz in uns aufnahmen, nun doppelt lieb und teuer.“

<sup>106</sup> Aufruf, ANB 25.9.1937: „Denke immer daran, lieber Volksgenosse, daß auch diese Maßnahme der Regierung nichts anderes bezweckt als Dein Schutz und Dein Wohl und damit auch das unseres geliebten Landes und Volkes.“

<sup>107</sup> Bürgermeisteramt an NSV, Ortsgruppe Schiltach, 2.10.1937: „Die NSDAP. Kreisleitung Wolfach, Amt für Volkswohlfahrt regt an, bei der Vergabung von Aufträgen durch die Gemeinden zunächst diejenigen Handwerker zu berücksichtigen, die Mitglieder der NSV. sind. Zu diesem Zweck bitte ich um Mitteilung, welcher Handwerksmeister und Gewerbetreibende hier, für die die Vergabung von Aufträgen seitens der Gemeinde in Frage kommt nicht Mitglied der NSV. sind.“ (AS-1178)

<sup>108</sup> Mitteilung, ANB 6.11.1937: „Es besteht zwar keine ‚Rechtspflicht‘, dem Winterhilfswerk des deutschen Volkes Spenden zu geben. Andererseits stellt jedoch die eindeutige Weigerung eines Gefolgschaftsmitgliedes, an sammelnde NSV-Mitglieder am Eintopfsonntag die übliche Spende zu geben, ein höchst mißbilligenswertes, volksgemeinschaftsfeindliches Verhalten dar. Führt dies Verhalten dazu, daß dadurch auch das Ansehen des Unternehmers innerhalb des Kundenkreises gefährdet ist, so ist der Betriebsführer zur fristlosen Entlassung des Gefolgschaftsmitgliedes berechtigt. Dies gilt auch für solche Gefolgschaftsmitglieder, die etwa schon sehr lange den betreffenden Betriebe angehören.“

<sup>109</sup> Bürgermeisterstellvertreter Trautwein an den Beauftragten der staatl. Stelle für das Volksbüchereiwesen, Herr Harden-Rauch, in Freiburg, 10.11.1937: „Auf Veranlassung des Deutschen Gemeindetags erteile ich die Ermächtigung, die Bestände der hiesigen Krankenhausbücherei nach Inhalt und Erhaltungszustand zu säubern.“ (AS-1425)

<sup>110</sup> Schreiben der NSDAP-Kreisverwaltung an Bürgermeisteramt, o.D.: „Seine Beantwortung stellt nicht nur ein Zeugnis dar für den Beitrag, den die einzelne Gemeinde dem nationalsozialistischen Aufbauwerk des neuen Deutschland und der gemeindepolitischen Aufwärtsentwicklung in unserem Gau beigesteuert hat, sondern sie bedeutet auch ein Leistungszeugnis für den *Gemeindeleiter*, unter dessen ausschließlicher Verantwortung seit dem Jahr 1933 gearbeitet worden ist.“ (AS-1038; Hervorhebung im Original)

<sup>111</sup> „Besondere Massnahmen auf dem Gebiet der allgemeinen Fürsorge mussten nicht getroffen werden, da die allgemeine Fürsorge im Verhältnis zu der Grösse der Gemeinde nicht sehr viel einzugreifen hatte. Als vorläufig verpflichteter Fürsorgeverband musste die Gemeinde häufiger auf dem

---

Gebiet der allgemeinen Fürsorge tätig werden. Es kann aber gesagt werden, dass das Eingreifen der NSV. und des WHW eine fühlbare Entlastung der Gemeinde in finanzieller Hinsicht gebracht hat.“

<sup>112</sup> Bürgermeisteramt an Amt für Kommunalpolitik, Kreisamtsleiter Armbruster (Bürgermeister Schenkenzell), 26.1.1938: „Die Landflucht hat noch nie solche Formen angenommen wie jetzt und alle Maßnahmen zu deren Bekämpfung schlugen bisher fehl. (...) Häufig hört man von Bäuerinnen die Äußerung, dass ihre Töchter auf keinen Bauernhof heiraten dürfen, beim einfachsten Arbeiter hätten sie es besser!“ (AL-421)

<sup>113</sup> Notiz Bürgermeisteramt, 7.2.1938: „Der Ortsamtsleitung des N.S.V. wurde für die Zwecke der N.S.V. und des W.H.W. im gemeindeeigenen Wohnhaus Schlossbergstrasse Nr. 2 ein Zimmer zur Verfügung gestellt.“ Die Monatsmiete beträgt 10 RM. Am 28.9.1938 stellt das NSV-Kreisamt einen Antrag auf Mieterlass, da „die NSV die Gemeinden auf allen Gebieten der Wohlfahrtspflege ganz wesentlich entlasten“. Das Bürgermeisteramt akzeptiert das unter der Bedingung, dass Lehengericht einen Teil der Kosten übernimmt. Als am 8.12.1938 dies Bürgermeister Bühler ablehnt, muss Bürgermeister Groß sein Angebot zurückziehen. Auf Nachhaken der NSV übernimmt am 18.1.1939 Lehengericht doch 2/5 der Kosten. Doch schon am 26.1.1939 soll das Haus geräumt werden von Wohnungen. Der Vertrag mit der NSV wird gekündigt, allerdings ohne feste Frist. (AS-1263)

<sup>114</sup> Badisches Landesmuseum, Prof. Roth an Bürgermeisteramt, 11.3.1938: Forderung einer Verlagerung des Schiltacher Heimatmuseum in das Armenhaus: „Denn bei Schaffung dieses notwendigen Ortsmuseums gilt in erster Linie der heutige Grundsatz: Gemeinnutz geht vor Eigennutz.“ Die Einrichtung soll durch das Landesmuseum unterstützt werden. Am 22.3.1938 antwortet Bürgermeister Groß: „Es ist aber jetzt beim besten Willen nicht möglich den Familien zu kündigen.“ Zum Umzug kommt es nicht. (AS-1429)

<sup>115</sup> Marktmeister Wild an Bürgermeisteramt, 20.3.1938: „Die Händlerin Amalia Dilli, Wtw. wohnhaft in Bühl-Dorf kommt schon jahrelang auf hiesige Jahrmärkte, beansprucht einen der besten Stände der ihr immer zu teuer ist. Fritz Götz, Gemeinderat, sagte mir, Dilli sei eine geborene Rotschild und jüdischer Abstammung. Da die Juden ihre Stände am Ausgang des Marktplatzes erhalten müssen, möchte ich bitten, dass betr. der Abstammung der Dilli bei Bürgermeisteramt Bühl angefragt wird.“

Bürgermeisteramt Bühl an Bürgermeisteramt Schiltach, 26.3.1938: „Eine Amalie Dilli Wwe. ist hier völlig unbekannt.“

Amalie Dörr (Schwiegertochter) an Bürgermeisteramt, 17.4.1938: „Die Frau Dilli, die von nichts ahnte, erfuhr nun in ihrem Alter von nahezu 76 Jahren eine kaum wiedergutzumachende Kränkung. Im Übrigen wollten Sie um ganz im Klaren zu sein, Ihre Nachforschung fortsetzen.“

Notiz Marktmeister Wild, 4.5.1938: „Die arische Abstammung der Dilli müsste sich doch in dem Geburtsort derselben feststellen lassen.“

Bürgermeisterstellvertreter Trautwein an Bürgermeisteramt Bühl, 7.5.1938: „Ich bitte um vertrauliche Mitteilung des Geburtstages und Ortes der dort wohnhaften Händlerin Amalie Dilli, Witwe.“

Bürgermeisteramt Bühl an Bürgermeisteramt: Wohnort „Hecklingen, Amt Emmendingen“.

Bürgermeisterstellvertreter Trautwein an katholisches Pfarramt Hecklingen, 11.5.1938: „Für amtliche Zwecke benötige ich eine Geburtsurkunde von der Händlerin Amalia Dilli geborenen Simon, geboren am 15.6.1864 in Hecklingen.“

Abstammungsnachweis der Amalia Dilli, 13.5.1938: „beide Eltern römisch-katholisch“. (AS-1416)

---

<sup>116</sup> Zeitung „Der Führer“ an Bürgermeisteramt, 21.3.1938: „In letzter Zeit liess die Berichterstattung über Schiltach im ‚Der Führer‘ ausserordentlich zu wünschen übrig. Da aber eine wirklich einwandfreie Berichterstattung sowohl im Interesse des Gauorgans der NSDAP, seiner Schiltacher Leser nicht zuletzt auch der Gemeindeverwaltung gelegen ist, entschlossen wir uns, den Berichtersteller durch eine neue, wirklich geeignete Kraft zu ersetzen. Wir entschieden uns dabei für den Polizei-Hauptwachtmeister Pg. Hermann Wild, von dem wir überzeugt sind, dass er die Voraussetzungen für einen guten Berichtersteller erfüllt.“ (AS-1967)

<sup>117</sup> Ortsmännerverein des DRK an Bürgermeisteramt, 8.5.1938: „Der Ortsmännerverein hat vor zwei Jahren für Ausrüstungen ein grösseres Darlehen aufnehmen müssen. Gleich darauf wurden von der Reichsregierung sämtliche Sammlungen, darunter auch diese vom Roten Kreuz gefallen sind, verboten, damit war unsere Haupteinnahmequelle unterbunden, dieses Verbot besteht heute noch fort und wir sind nicht in der Lage unser Darlehen zurückzuzahlen.“ (AL-341)

<sup>118</sup> Bürgermeisteramt an Landrat, 13.5.1938: „Lehengericht ist im Rahmen des allg. Lastenausgleichs aus der Reihe der gutsituierten Gemeinden ausgeschieden worden. Beispielsweise ist die Umlage hiesiger Gemeinde von einem langjährigen Durchschnitt von etwa 4000,- M noch bis zum Jahre 1935 auf über 20000,- M in diesem Rechnungsjahr gestiegen, also eine Verfünffachung. Auch beim übrigen Lastenausgleich wird hiesige Gemeinde sehr stark belastet. Unangenehme Überraschungen folgen am laufenden Band.“ (AL-421)

<sup>119</sup> Bürgermeisteramt an Bürgermeisteramt Drebkau, 23.8.1938: „Ich behalte mir vor, bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen Aussetzung einer schwachsinnigen und hilfsbedürftigen Person zu stellen.“ (AS-869)

<sup>120</sup> Kreiswohlfahrtsamt Calau an Bürgermeisteramt, 1.9.1938: „Der von Ihnen selbst vertretene, in Ihrem Schreiben vom 23.8.1938 zum Ausdruck gekommene Standpunkt ist mir ebenfalls unverständlich.“ Mit Hinweis auf die geltende Rechtsprechung wird weiter ausgeführt: „Danach muss in Hilfsbedürftigkeitsfällen stets geprüft werden, welchen Wert der einzelne Hilfsbedürftige für die Volksgemeinschaft hat. Es muss insbesondere bei Geisteskranken, Krüppeln, Idioten usw. stets eingehend untersucht werden, ob Anstaltspflege überhaupt notwendig ist, ob nicht, wie es in dem angeführten Rundschreiben vom 15.1.34 heißt, ‚eine Belassung in der eigenen Familie möglich ist‘.“ (AS-869)

<sup>121</sup> Direktion Pflegeheilanstalt Illenau an Bürgermeisteramt, 6.9.1938: „Patient bedarf nicht unbedingt der psychiatrischen Behandlung in einer geschlossenen Anstalt. Es käme für ihn also die Unterbringung in einer Kreispflegeanstalt in Frage. Da der angeborene Schwachsinn eine Erbkrankheit im Sinne des Gesetzes ist, müsste allerdings vorher ein Antrag auf U.M. gestellt werden und gegebenenfalls die Sterilisation vor seiner Überführung in eine Kreispflegeanstalt durchgeführt werden.“ (AS-869)

<sup>122</sup> Bürgermeisteramt an Direktion Heilpflegeanstalt Illenau, 10.9.1938: „Nach den Angaben des Vaters des Kranken soll die Sterilisation bereits in Drebkau, Kreis Calau durchgeführt worden sein. Der Kostenersparnishalber wäre es erwünscht, wenn der Kranke in die Kreispflegeanstalt Fussbach aufgenommen werden könnte.“ (AS-869)

<sup>123</sup> Kreiswohlfahrtsamt Calau an Bürgermeisteramt, 26.9.1938: Äußerung zum Vater: „Ein solcher, pflichtvergessener Volksgenosse verdient bei den gegen ihn durchzuführenden Massnahmen keine Schonung. (...) Ausserdem habe ich Unterbringung in Arbeitshaus (§ 20 RFV) in Erwägung gezogen.“ Angefügt werden die Grundlagen der öffentlichen Fürsorge vom 15.1.1934. Darin heißt es u.a.: „Die öffentliche Fürsorge hat in den Nachkriegsjahren sehr grosse Aufwendungen für unheilbare, minderwertige und asoziale Personen gemacht. Das frühere System war von dem

---

Gedanken der Kollektivverantwortung beherrscht, von der Vorstellung, dass die Gesamtheit im Falle der Hilfsbedürftigkeit ohne weiteres einzutreten hat, ohne dass geprüft wurde, welchen Wert überhaupt der einzelne Hilfsbedürftige für die Volksgemeinschaft hat. Der Nationalsozialismus steht demgegenüber auf dem Standpunkt, dass die öffentlichen Mittel für die Erhaltung der wertvollen Volksgenossen eingesetzt werden müssen, dass im übrigen die öffentliche Fürsorge auf das allernotdürftigste zu beschränkt ist.“ (AS-869)

<sup>124</sup> Bürgermeisteramt an Kreiswohlfahrtsausschuss Calau, 20.6.1939: „Auf Ihr Ersuchen vom 30.5.39 habe ich den Werner Zimmermann am 7.6.39 durch einen Beauftragten in der Anstalt Fussbach abholen und ihn seinem Vater überbringen lassen. (...) Da Zimmermann die Aufnahme seines Sohnes ablehnte, blieb mir zunächst nichts anderes übrig, als ihn im städt. Krankenhaus in einem Isolierzimmer für eine Nacht unterzubringen. (...) Werner Zimmermann wurde am 8.6.39 mittels eines Autos in die Heil- und Pflegeanstalt Illenau verbracht und am gleichen Tag dort aufgenommen.“ (AS-869)

<sup>125</sup> Erklärung von Paul Zimmermann gegenüber dem Bürgermeisteramt, o.D.: „Ich habe die Aufnahme meines Sohnes abgelehnt, weil er krank und Anstaltspflege bedürftig ist. Ich lehne die Aufnahme in meine Familie unter allen Umständen ab.“ (AS-869)

<sup>126</sup> Kreiswohlfahrtsamt an Bürgermeisteramt, 26.2.1940: „Der Geisteskranke Werner Zimmermann hat am 1.2.40 Aufnahme in die Landesanstalt Sorau gefunden.“ (AS-869)

<sup>127</sup> Schulamt Schiltach an Bürgermeisteramt, 5.9.1938: „Durch zeitweiligen Probealarm wird unsere Schuljugend im Verhalten bei Fliegeralarm geübt. (...) Da die Schule keinen Keller besitzt, auch kein größerer Keller sich in der Nähe befindet, müssen die Kinder bei Vorwarnung sich schnellstens heim begeben; kommt das Alarmsignal noch auf dem Heimweg, so suchen die Kinder den nächsten Luftschutzraum auf. Ist gerade keiner in der Nähe, so legen sich die Kinder auf den Boden. Das rasche Räumen des Schulhauses wird besonders geübt.“ (AS-1895b)

<sup>128</sup> Schiltacher Nachrichtenblatt an Präsident des Werberates der Deutschen Wissenschaft (Kopie an Gemeinde Schiltach), 3.12.1938: „Wir nahmen Kenntnis vom Inhalt Ihres Schreibens und müssen zu unserem Bedauern feststellen, dass ihre Anordnung die Schließung unseres ‚Nachrichtenblattes‘ bedeutet, denn wenn keine der Wirtschaftswerbung dienenden Anzeigen mehr veröffentlicht werden dürfen, ist die finanzielle Grundlage des Unternehmens genommen und die weitere Existenz unmöglich.

Bei der Bedeutung des Nachrichtenblattes für die Gemeinden Schiltach und Lehengericht sowie auch für die Wahrnehmung der Interessen der hiesigen Ortsgruppe der NSDAP samt Nebengliederungen wäre die Schließung ein ungeheurer Schlag (...). Auch die Schiltacher und Lehengerichter Geschäftswelt samt Einwohnerschaft hätte keinerlei Möglichkeit mehr, Waren zum Kauf oder Verkauf anzubieten, da wie bereits erwähnt, keine Zeitung besteht, die auch nur annähernd eine genügende Auflage hätte zur lohnenden Werbung in Schiltach und Lehengericht.“ (AS-1020)

Bürgermeisteramt an Präsident des Werberates der Deutschen Wirtschaft, 7.12.1938: „Das Blatt hat sich in seinem 6jährigen Erscheinen sehr gut bewährt.“ (AS-1020)

<sup>129</sup> Buchdruckerei Homberg an Gemeinden Schiltach, Lehengericht und NSDAP-Ortsgruppenleitung, 4.4.1939: „Wir schlagen vor, dass das Blatt grundsätzlich von vornherein auf sämtliche Familien beider Gemeinden zur Ausgabe gelangt. Die baldige Herausgabe dieses Nachrichtenblatt-Ersatzes ist so dringlich und wird in allen Kreisen so sehnsüchtig erwartet, dass in der zweiten oder dritten Nummer bedenkenlos der Bezugspreis und

---

die Art des Einzugs veröffentlicht werden kann, ohne auch nur bei einer einzigen Person die Zurückweisung des Blattes befürchten zu müssen.“  
(AS-1020)

<sup>130</sup> Notiz Marktmeister Wild, 13.12.1938: „Nach Aussagen anderer Markthändler soll Bontenackels Jude sein und wurde daher schon mehrere Jahre in der Marktliste als solcher geführt“. Dazu handschriftliche Ergänzung von Bürgermeister Groß: „Selbstverständliche Zulassung, wenn Nachweis“. Peter Bontenackels an Bürgermeisteramt, 8.12.1938: „Unter Bezugnahme auf Ihre Karte vom 1.12.38 muss ich Ihnen ordnungshalber mitteilen, dass ich Deutscher bin, rein arisch, Mitglied der Deutschen Arbeitsfront und in der Wirtschaftsgruppe des Ambulanten Gewerbes. Ferner habe ich im Weltkriege als Deutscher Soldat jahrelang in den vordersten Reihen mein Vaterland verteidigt. Auch habe ich vor ca. zwei Jahren als Landwehrmann in der Deutschen Wehrmacht eine Uebung von 3 Wochen absolviert.“

13.2.1939 sendet Bontenackels „Ariernachweis“ zu. (AS-1416)

<sup>131</sup> Bürgermeisteramt an Gewerbetreibende, die nicht der NSV angehören, 9.2.1939: „In der letzten Beratung mit den Herren Gemeinderäten wurde beschlossen, dass diejenigen Handels- und Gewerbetreibenden, die noch nicht Mitglied der NSV. sind, zukünftig durch die Gemeinde keinerlei Aufträge mehr überschrieben werden können.“ (AS-1178)

<sup>132</sup> Bürgermeister Bühler an Rechtsanwalt Dr. Lenz (Wolfach), 17.2.1939: Becker ist ein „Verleumder und Unruhestifter“. „Immer mehr gewinne ich von ihm den Eindruck, als daß es ihm in allem darauf ankomme, den Zeitgenossen den Nationalsozialismus unseres Führers und das dritte Reich zu verleiden. Die kann ich auf die Dauer nicht dulden. Die politischen Auswirkungen sind untragbar.“ (AL-320)

<sup>133</sup> Antrag von Bürgermeister Bühler zur Amtsenthebung, 17.2.1939: Becker habe mit seinen Worten nicht nur Kirgus, sondern alle Bauern des Lehengerichts verleumdet. „Das Landvolk hier im Schwarzwald ist sehr geduldig und zurückhaltend und war immer staatsreu. Seine Treue zum dritten Reich steht außer jedem Zweifel. So wir sich aber Tierarzt Becker bislang gezeigt hat, ist er unmöglich im dritten Reich! Ein Fremdkörper, der weithin als lästig und störend für Volksgemeinschaft empfunden wird.“ (AL-320)

Bürgermeister Bühler an Gau-Personalleiter Schuppel, 17.2.1939: „Das Verhalten des Tierarzt Becker in Schenkenzell hat hier weit hin eine Verärgerung gezeitigt, daß hier schnellstens Abhilfe geschaffen werden muß. Auch die Akten beim Bezirksamt Wolfach geben ein naturgetreues Spiegelbild über die Einstellung dieses Zeitgenossen, der wohl in die Systemzeit hineingepasst hat, heute aber bei zunehmender Scheidung der Geister sein inneres Spiegelbild immer deutlicher zur Schau trägt. (...) Wie ich in Erfahrung brachte, hat sich Becker noch kürzlich geweigert, als Pg. in die Partei einzutreten und hat seinem zuständigen Ortsgruppenleiter mit allerlei Ausflüchten geantwortet. – Dr. Herrel in Wolfach ist Pg.“ (AL-320)

<sup>134</sup> Landratsamt an Bürgermeisteramt, 18.11.1939: „Es wolle festgestellt und berichtet werden, ob der Nachwuchs der zu ehrenden Mutter den Anforderungen entspricht, wie sie an zur Mitarbeit im Rahmen der Volksgemeinschaft fähigen Volksgenossen zu stellen sind. Sind die Kinder gut erzogen und führen dieselben einen guten Lebenswandel? Arbeitet die Familie? Sind die Kinder brauchbare Volksgenossen?“ (AS-2480)

<sup>135</sup> Bürgermeisteramt an Landratsamt, 30.11.1939: „Die zur Verleihung vorgeschlagene Marie Bühler (...) ist eine arbeitsame Fabrikarbeiterin und unbestraft. Ausser der Tatsache, dass sie 4 uneheliche Kinder hat. Was wohl kaum auf einen sittlichen Lebenswandel schliessen lässt, sind keine Tatsachen bekannt geworden, die den festgelegten Voraussetzungen für die Verleihung des Ehrenkreuzes der Deutschen Mutter widersprechen. (...)

---

Ob der Nachwuchs der zu ehrenden Mutter den Anforderungen entspricht, wie sie an die Mitarbeit im Rahmen der Volksgemeinschaft fähigen Volksgenossen zu stellen sind, kann ich heute noch nicht feststellen, da die Kinder erst 1, 3 und 6 Jahre als sind. (...)

Der Nachwuchs der zur Ehrung vorgeschlagenen Mutter Christine Bühler (...) dürfte nicht den Anforderungen entsprechen, wie sie an zur Mitarbeit im Rahmend der Volksgemeinschaft fähigen Volksgenossen zu stellen sind, da ein Sohn geisteskrank ist und sich in der Heilanstalt Illenau befindet.“ (AS-2480)

<sup>136</sup> Bürgermeisteramt an Landratsamt, 1.6.1940: „Ob der Nachwuchs der zu ehrenden Mutter [Anna Eggert, geb. Dieterle] den Anforderungen enrtspricht wie sie an zur Mitarbeit im Rahmen der Volksgemeinschaft fähigen Volksgenossen zu stellen sind, kann wohl mit Sicherheit jetzt noch nicht gesagt werden, da die Kinder mit einer Ausnahme noch unter 14 Jahren alt sind. Zweifel müssen bestehen.

Der Mann sowohl wie auch die Mutter gehen augenblicklich einer Beschäftigung nach. Jedoch ist der Ehemann nicht sehr arbeitswillig und Trinker. Wirtschaftsverbot ist ihm angedroht. Ob Eggert früher (vor seinem Zuzug) bestraft wurde, kann ich nicht feststellen. Die Ehefrau Eggert wurde im Jahre 1916 wegen unerlaubten Verkehrs mit Kriegsgefangenen zu 3 Wochen Gefängnis, 1918 zu einer Woche Gefängnis wegen Diebstahl und 1930 wegen Unterschlagung zu 20 RM. Geldstrafe verurteilt. Die Strafen unterliegen zwar der beschränkten Auskunftsspflicht, doch hat die Bestrafung von 1916 das Ansehen der Frau Eggert als Mutter schwer geschädigt. Auf keinen Fall kann von einer wertvollen Familie die Rede sein.“ (AS-2480)

<sup>137</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 14.9.1940: Die NSV „sind grundsätzlich mit der Übernahme unter den vorgetragenen Bedingungen einverstanden“. (Abs-178)

<sup>138</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 29.10.1941: „Es wird den Gemeinderäten bekannt gegeben, dass die NSV. mitgeteilt hat, dass der Kindergarten auf 15. November 1941 als NSV-Kindergarten übernommen werden soll.“ (Abs-178)

<sup>139</sup> Bürgermeisteramt an Gestapo Offenburg, 20.9.1940: „Der Vikar Gotthold Weiß, geb. am 29.3.1911 hat sich am 20.9.1940 polizeilich von hier nach Villingen abgemeldet. Weiss ist dort als Vikar eingesetzt und hat den hiesigen Pfarrer während dessen Urlaub vom 21.8. bis 20.9.1940 vertreten.“ (AS-1947)

<sup>140</sup> Landratsamt an Bürgermeisteramt, 6.10.1941: „Der Führer hat der Marie Bühler ledig in Schiltach das Ehrenkreuz der Deutschen Mutter entzogen. Das Ehrenkreuz möge eingezogen und hierher übersandt werden.“ Darauf folgt der Vermerk des Hauptwachtmeisters Wild, 20.10.1941: „Das Ehrenkreuz und die Verleihungsurkunde wurde eingezogen.“

<sup>141</sup> Bürgermeisteramt an Gestapo Offenburg, 29.1.1941: „Der Vikar Wilhelm Kost, geb. am 12.5.1914 hat sich am 27. Januar polizeilich hier angemeldet. Sein letzter Wohnort war Lahr. Kost ist hier als Vikar eingesetzt, und muß den hiesigen Dekan während seiner Krankheit vertreten.“ (AS-1955a)

<sup>142</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 13.12.1941: „Der Bürgermeister trägt weiter vor, dass die Kindergärtnerin Elise Molline die Kündigung des Dienstverhältnisses nicht annimmt. Sie beruft sich darauf, dass ihr nur aus einem wichtigen Grund gekündigt werden kann. Sie verlangt von der Gemeinde ein Ruhegehalt. Nach den tariflichen Bestimmungen könnte ihr vor 30.6.42 nicht gekündigt werden. Der Bürgermeister schlägt vor, den Kindergarten erst auf 1. Juli 1942 der NSV zu übergeben damit in der Zwischenzeit die Anstellungsverhältnisse der Kindergärtnerin Molline geklärt werden können.“ (Abs-178)

---

<sup>143</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 7.2.1942: Die NSV bekommt einen Zuschuss von 1800 RM jährlich für die Infrastruktur des Gebäudes. Die genaue Klärung soll nach der Übergabe an die NSV erfolgen. (Abs-178)

<sup>144</sup> Dr. Jockers an das Bürgermeisteramt, 5.6.1942: „Einer Aufforderung des Herrn Philipp Koch folgend, habe ich heute den Entwurf für die Bemalung des Rathauses angesehen. Ich bitte um Ihre nachträgliche Genehmigung.

Die untere Reihe der Bilder gefällt mir gut. In der oberen Reihe dagegen fällt mir auf dass links ein Arbeiter mit dem Zahnrad, in der Mitte zwei Arbeiter, einer mit der Fahne, rechts eine Arbeiterin dargestellt sind. Ich vermisse den Mann, den man den Arbeiter mit der Stirn nennt. In der mittleren Gruppe könnte sehr wohl als Vertreter der Beamtschaft, der Betriebsführer, der geistig Schaffenden der eine Mann, der die Stufe hinaufsteigt, etwa mit einer Papierrolle in der Hand und mit entsprechender Kleidung dargestellt werden. Den linken Arbeiter sähe auch gern als Gerber in Erscheinung treten. Man huldigte dadurch den Handwerker im allgemeinen und betonte das Gewerbe, das für Schiltach charakteristisch ist; das Metallgewerbe ist fast zu jung und hat in Schiltach noch keine Geschichte, kein Brauchtum. Dem Künstler sind solche Hinweise sicherlich willkommen.“ (AS-566)

<sup>145</sup> Spenden für Bemalung:

Fa. Gebr. Heinzelmann 200 RM

Vereinsbank Schiltach 200 RM

Fa. Karlin 500 RM

Fa. Hans Grohe 400 RM

Fa. Kumpf 250 RM

Ernst Wolber 250 RM

Eugen Trautwein 50 RM

Gottlieb Wagner 200 RM

Fa. Gebr. Junghans 250 RM

Oscar Fröhlich 50 RM

Johannes Trautwein 50 RM

<sup>146</sup> Landrat Wagner an Bürgermeisteramt Schiltach, 26.11.1942: „Auf Grund der Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 26.9.1939 und des Runderlasses des Herrn Ministers des Inneren vom 9.10.1939 Nr. 89594 wird der Metzgereibetrieb und die Geschäftsräume der Jakob Wolber Ww. Eva Barbara geb. Wolber in Schiltach gemäß § 20 und 22 der Verordnung über Handelsbeschränkungen vom 13.7.1923 (RgBl. I S. 706 folgend) mit sofortiger Wirkung geschlossen.

Der am 5.9.1908 in Schiltach geborene und daselbst wohnhafte Karl Christian Wolber, Sohn des verstorbenen Metzgers und Wirts Karl Wolber, wurde durch Urteil des Sondergerichts beim Landgericht in Freiburg i.Br. am 27. März 1942 wegen kriegsschädlichen Verhaltens im Sinne des § 1 Abs. 1 der Kriegswirtschaftsordnung vom 4.9.1939 zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten verurteilt. (...) K. Wolber war in dem elterlichen Betrieb als Metzger tätig und nachdem sein Vater gestorben war, versah er den Metzgereibetrieb selbständig [als unrichtig angestrichen,

---

A.M.J. Nach dem Urteil des Sondergerichts hat er seine Stellung als wirtschaftlicher Treuhänder des deutschen Volkes in eigennütziger Weise mißbraucht. Er hat sich zur Führung eines Metzgereibetriebes als durchaus unzuverlässig erwiesen. Wenn Wolber infolge der Abstellung zur kämpfenden Truppe den Metzgereibetrieb nicht mehr weiterführen kann, so erschien es doch im Hinblick auf die Verwerflichkeit der Tat angebracht, den Metzgereibetrieb und die Geschäftsräume mit sofortiger Wirkung zu schließen, um zu verhüten, dass in diesem Betrieb derartige raffinierte Täuschungshandlungen sich nicht wiederholen.“

„Einer etwaigen Beschwerde wird die aufschiebende Wirkung versagt. (...) An der Ladentür ist ein Schild anzubringen: „Auf behördliche Anordnung geschlossen.“

Am 3.12.1942 fordert das Reichsernährungsamt die Sicherstellung aller noch gelagerten Bestände. Die zeitliche Verzögerung für diese Forderung wird mit der verzögerten Weitergabe der Information zur Schließung der Metzgerei begründet. (AS-1371)

<sup>147</sup> Bürgermeisteramt an Landratsamt und Ernährungsamt, 4.12.1942: „Die Inhaberin des Geschäfts ist nicht der Metzger Karl Wolber, sondern seine Mutter Ww. Jakob Wolber zum Bären (...). Es ist dieser durch Ausnahmegewilligung zugestanden, den Betrieb bis 1 Jahr nach Kriegsende weiterzuführen. (...) Nach persönlicher Rücksprache mit dem Herrn Landrat habe ich von der Durchführung des Auftrages, den Betrieb sofort zu schliessen, Abstand genommen.“ (AS-1371)

<sup>148</sup> Landratsamt Wolfach an Rechtsanwalt Eichin, Offenburg, 3.12.1942: „Seit der bei Kriegsausbruch erfolgten Einberufung des Sohnes Karl Wolber zum Heeresdienst wird der Metzgereibetrieb durch den Bruder seines verstorbenen Vaters, den Metzger & Fleischbeschauer Adolf Wolber, Gastwirt zum Rössle in Schiltach, besorgt (...). Frau Wolber hat mit der Sache des bei ihr beschäftigt gewesenen Sohnes, der seine Verfehlungen mit Scharpfenecker während seiner kurzen Beurlaubung vom Heeresdienst anlässlich des Ablebens seines Vaters ohne ihr Wissen begangen hat, nichts zu tun und wehrt sich entschieden dagegen, dass ihr hierfür eine unverdiente Strafe aufgebürdet wird.“ (AS-1371)

<sup>149</sup> Kriminalpolizeileitstelle Berlin an Bürgermeisteramt, 9.2.1943: „Betr: Ableben des Vorbeugungshäftlings Wilhelm Faisst, am 2.2.04 in Lehengericht geboren“, „Faisst ist am 23.12.1942, um 14.35 Uhr, im Konz.-Lager Mauthausen an eitrigem Darmkatarrh verstorben. Ich bitte den dort Schlossbergstr. 13 wohnhaften Vater Jacob Faist, vom Ableben seines Sohnes zu verständigen. Die Leiche ist bereits eingäschert. Die Urne kann auf schriftlichen Antrag bei dem Krematorium des KZ.-Lagers Mauthausen nach dem von den Angehörigen zu bestimmenden Friedhof überführt werden. Geht der Antrag innerhalb 4 Wochen nicht ein, so erfolgt Beisetzung von Amtswegen.“ (AS-291)

<sup>150</sup> Bürgermeisteramt an Kriminalpolizeileitstelle Berlin, 11.2.1943: „Dem Fabrikarbeiter Christian Faisst, wohnhaft in Schiltach, Schloßbergstraße 13, wurde von dem Ableben seines Bruders Wilhelm Kenntnis gegeben. Er verzichtet auf die Überführung der Urne.“ (AS-291)

<sup>151</sup> Schriftverkehr Justizvollzugsanstalt Berlin Lehrter Straße-Bürgermeisteramt, 4.11./11.11.1938. (AS-1414)

<sup>152</sup> Abschrift der Todesurkunde, aus Sonderstandesamt Arolsen 1949/Abt. I, Nr. 224, 6.12.1949. (AS-3371)

<sup>153</sup> Hauptstelle Film an Baubevollmächtigten des Ministeriums Speer, Strassburg, 23.3.1944: „In Anbetracht der unbedingt notwendigen Betreuung der dortigen Bevölkerung und unter Berücksichtigung der Ortsverhältnisse in Schiltach, bitte ich dem Antrag statt zu geben und die Erteilung eines Bezugscheines für 1000 Backsteine umgehend zu veranlassen.“ (AS-1426)

---

<sup>154</sup> Notiz von Bürgermeister Groß von einer Besprechung in Hornberg, 15.6.1944: „In Mannheim stehen bis jetzt 50 Behelfsheime, 3000 sind vorgesehen. Er macht darauf aufmerksam, dass diese Behelfsheime kaum ein richtiger Grundstock für ein späteres Einfamilienhaus darstellen könnten, weil angesichts der leichten Bauweise hierzu die richtigen Voraussetzungen fehlen (...) Der Kreisleiter erklärt, dass die Bürgermeister die Bauherren seien und dementsprechend alles daran setzen müssten, das Vorhaben so zu fördern, dass in kürzester Zeit der Erfolg zu sehen ist.“ (AS-2450)

# Krieg

<b>DATUM</b>	<b>EREIGNIS</b>	<b>AKTENSTÜCK</b>
25./26.8.1939	Zahlreichen Schiltachern werden in der Nacht vom 25. zum 26.8.1939 Einberufungsbescheide zugestellt. <sup>1</sup> Verreisten Einberufenen wird ein Telegramm nachgeschickt. Am 27., 28., 29. und 30.8. erfolgen weitere Einberufungen.	AS-1903
26.8.1939	Auf dem Bürgermeisteramt gilt ständige Präsenzpflcht, um „Briefe oder Sendungen des Herrn Landrats entgegennehmen“ zu können. Auch sollen von Schiltach aus Verfügung an die Bürgermeisterämter von Lehengericht, Kaltbrunn und Schenkzell weitergeleitet werden.	AS-1903
26.8.1939	Der frühere Automobilbesitzer Karl Müller teilt mit, nachdem er sein Auto abliefern soll, er habe sein Auto verkauft „und den Verkauf dem Wehrmeldeamt Lahr seinerzeit mitgeteilt“.	AS-1903
26./27.8.1939	Erstellt wird eine Liste von DRK-Helfern und –Helferinnen aus Schiltach und Lehengericht.	AS-1903
28./29.8.1939	Das Bürgermeisteramt stellt aus ökonomischen Gründen Rückstellungsanträge. Die Diskussion zieht sich teilweise über Wochen. <sup>2</sup>	AS-1903
Kriegsbeginn 1939	Zumindest bis 1942 veranstaltet der Verkehrsverein keine Musikveranstaltungen mehr. Auch sonst finden kaum noch entsprechende Veranstaltungen statt.	AS-2002
2.9.1939	Das Feldlazarett 552 zieht in Schiltach ein. Im Oktober 1939 folgen weitere Einquartierungen. Letztlich erfolglos wehrt sich Pg Welle gegen die Aufnahme von zwei Soldaten.	AS-1901b
8.9.1939	Bürgermeister Groß schildert die Situation der Einquartierungen in Schiltach. Diese bleiben nicht frei von Konflikten. <sup>3</sup>	AS-1903
14.9.1939	Auf Anfrage bietet Schiltach der Wehrwirtschaftsstelle Villingen Raum für Industrieverlagerungen an. Der angebotene „Kronen“-Saal gilt aber als nicht geeignet.	AS-1904
30.9.1939	NSDAP-Kreisleiter Baumann fordert die Vorbereitung der Siegesfeiern für den Feldzug gegen Polen. <sup>4</sup>	AL-421
September 1939	Aufruf für Neumitglieder und Wiedereintritt älterer Mitglieder in die Freiwillige Feuerwehr. Die HJ wird hinzugezogen zur Dienstleistung. Für Eingezogene kommen 12 Ersatzleute hinzu.	AS-928

5.10.1939	Der Gemeinderat kann nur noch dezimiert tagen. Seine Mitglieder Vornfett, Götz, Bühler und Joos sind eingezogen. Götz ist im November 1939 wieder in Schiltach. Im Januar 1940 ist auch Bühler wieder da. September 1940 ist allein noch Vornfett eingezogen.	Abs-178
2.11.1939	Das Bürgermeisteramt muss sich Brennstoff neu besorgen, da die eigenen Bestände zugunsten des Feldpostamts minimiert wurden. <sup>5</sup>	AS-1177
13.11.1939, 21.11.1939	Der Antrag, für die Weihnachtsfeier in Schiltach stationierter Soldaten eine finanzielle Unterstützung der Stadt zu erhalten, wird abgelehnt. <sup>6</sup> Nach einer Wiederholung mit gleichem Schreiben vom Landratsamt mit der Bitte um Absprache, verspricht das Bürgermeisteramt doch Unterstützung. <sup>7</sup> Die Verteilung der Päckchen erfolgt über die örtliche NS-Frauenschaft.	AS-1903
21.11.1939	Der Gemeinderat lehnt die Forderung der Firma Karlin ab, die auch für die Verdunkelungszeit die volle Strompauschale zur Straßenbeleuchtung verlangt. Angeboten wird lediglich eine Pauschale zur Instandhaltung. Die Verhandlungen laufen 1940 noch.	Abs-178
24.11.1939, 5.12.1939, 28.6.1940	Die Stadtverwaltung des besetzten Posen setzt sich für die Übernahme eines Schiltacher Verwaltungsangestellten ein, da man bisher noch mit vielen polnischen Beschäftigten arbeiten müsse. <sup>8</sup> Schiltach gerät nun selbst in Personalnot, da weitere Angestellte im Militärdienst sind. Vom Arbeitsamt erhält man aber am 5.12.1939 die Absage: „teile ich Ihnen mit, dass es wohl kaum möglich sein wird, einen in der Gemeindeverwaltung eingearbeiteten Angestellten zu vermitteln“. Schiltach gibt daher keine Freigabe nach Posen. <sup>9</sup> Als der Angestellte im Juni 1940 nach Kalisch in Polen geht, erhält Schiltach keinen Ersatz. → Kap. Krieg 1.3.1940, 18.6.1941	AS-1086
25.11.1939	In der Turnhalle spricht Professor Speer (?) zur „Britischen Weltpolitik“.	AS-2059
28.11.1939	Bericht des Bürgermeisteramts: „Im vergangenen Monat hat die Gemeinde 11 größere Keller als öffentliche Luftschutzräume in den verschiedenen Stadtgebieten ausbauen lassen (...) Auch die Einwohnerschaft hat im letzten Monat dem Aufruf zum Ausbau von Luftschutzkellern in verstärktem Masse Folge geleistet.“	AS-1035
1.12.1939	Die Läuteordnung wird geändert. Zukünftig sollen die Glocken bei Fliegeralarm, zwischen 18 und 8 Uhr, bei Taufen und bei Trauungen schweigen. Das Geläut soll maximal 3 Minuten dauern und am Sonntagmorgen nur direkt vor Gottesdienstanfang stattfinden. Nachdem es zu Protesten kommt, wird die Regelung am 12.3.1940 gelockert.	AL-166
Dezember 1939	Die Quartiergeber für die Wehrmacht erhalten eine Vergütung. So bekommt der Wirt des „Löwen“ für die Unterbringung von vier Mannschaftssoldaten in diesem Monat insgesamt 48 RM.	AL-342

1939/40	Emil Schütterle aus Kehl ist in die Verwaltung nach Schiltach „ausgeliehen“. Kehl ist zu dieser Zeit „geräumt“.	AS-1113
16.1.1940	Der Gemeinderat beschließt ein besonderes Gräberfeld für Kriegsoffer („gefallene und gestorbene Krieger“). <sup>10</sup>	Abs-178, AS-1795
25.1.1940	Die Volksschule Schiltach ist wegen Brennstoffmangels geschlossen. <sup>11</sup>	AS-1177
25.1.1940	Die Fa. Kumpf ist wegen Brennstoffmangel geschlossen, die Fa. Hans Grohe hat nur noch geringe Bestände. <sup>12</sup>	AS-1177
29.1.1940	Aus Brennstoffmangel sind beide Lehengerichter Schulen geschlossen. <sup>13</sup> Die Bitte um Kohlen bleibt erfolglos. <sup>14</sup>	AL-793
27.2.1940	Unter Zustimmung der NSDAP fordert Bürgermeister Groß die Berufung eines dritten Beigeordneten, da Vornfett im Militär dient. <sup>15</sup>	Abs-178
Ende Februar 1940	Die Lehengerichter Schulen können wieder eröffnet werden.	AL-793
1.3.1940	Wilhelm Meyer ersetzt den nach Kalisch ausgeschiedenen Schiltacher Verwaltungsangestellten Schmidt. Doch schon zum 1.10.1940 verlässt er Schiltach wieder nach Osternienburg. Daraufhin wird Erwin Rupp als Verwaltungsangestellter eingestellt. Doch schon zum 1.10.1940 wird er zum RAD eingezogen. → Vgl. Kap. Krieg 24.11.1939	AS-1113, AS-1112
10.3.1940	Das in Schiltach stationierte Bataillon führt eine militärische Gedenkfeier am Heldenkreuz durch.	AS-1889
14.3.1940	Lehengerichts Bürgermeister wird über das Ankommen von Polen als „freiwillige Arbeiter“ informiert. Es gelte „dass, bis eine zentrale Regelung erfolgt, Polen nicht in die Wirtslokale aufgenommen werden dürfen, auch nicht in Begleitung von Deutschen“. Die Anordnung gibt der Bürgermeister am gleichen Tag an alle Wirte weiter.	AL-373
16.3.1940	Die Beteiligung an der vormilitärischen Ausbildung in Lehengericht ist nicht sehr gut. <sup>16</sup>	AL-422
18.3.1940	Ein als „geheim“ versehenes Schreiben des Landratsamts an das Bürgermeisteramt beschreibt die westliche Grenze für den Raum von Kinderverschickungen. Schiltach befindet sich westlich dieser Grenze. <sup>17</sup> → Vgl. Kap. Krieg, Januar 1941	AS-2455
19.3.1940	Der Keller des Gasthauses „Krone“ ist geräumt worden für Luftschutzzwecke. Genutzt wird er wohl auch „für die provisorischen Schulräume“.	AS-1263
24.3.1940	Der Schiltacher Herbert Loutre soll sich laut Mitteilung der Geheimen Feldpolizei von der Truppe entfernt habe. <sup>18</sup> Am 2.4.1940 wird er aufgegriffen. <sup>19</sup>	AS-1903, AS-926
März 1940	Das Straßenbauamt Offenburg plant seine Verlegung in das Schulgebäude in Vorderlehengericht.	AL-669

	Für die Unterbringung sind das Gasthaus „Pflug“ und Privatunterkünfte (insg. elf Betten) vorgesehen.	
22.5.1940	Laut einer Liste befinden sich 15 Polen (nur Männer) in Lehengericht. Untergebracht sind sie sämtlich in der Landwirtschaft und bei Gasthöfen.	AL-373
28.5.1940	Polizei-Hauptwachtmeister Posedowski teilt mit: „Die Kennzeichen der polnischen Zivilarbeiter sind nunmehr verausgabt worden. Das Kennzeichen wird ordnungsgemäß getragen.“	AS-1631
Mai 1940	Die Bronzeglocken der Kirche werden erfasst.	AL-166
21.6.1940	<p>Das Lehengerichter Bürgermeisteramt ruft das katholische Pfarramt zur Veranstaltung von Gottesdiensten für die polnischen Zwangsarbeiter unter Auflagen auf. Sie sollen nicht mit den Einheimischen gemeinsam gehen können.<sup>20</sup> Aber erst am 26.6.1940 geht ein Rundschreiben aus Wolfach raus, dass gemeinsame Gottesdienste verboten seien (Anordnung des Reichsführers SS Heinrich Himmler vom 8.3.1940). Die Übermittlung dieser Nachricht erfolgte wohl durch Polizeiwachtmeister Posedowski an die evangelischen und katholischen Pfarrer.</p> <p>Am 17.7.1940 schreibt der katholische Pfarrer daraufhin an den Bürgermeister: „Der nächste Gottesdienst für polnische Arbeiter ist am Sonntag, den 28. Juli, 10 Uhr in Schiltach. Ich suchte das den Polen klar zu machen. Sollten Sie jedoch Gelegenheit haben, auch die Arbeitgeber darauf hinzuweisen, so bin ich Ihnen dafür dankbar. – Es wird von der Beteiligung abhängen, ob diese Sondergottesdienste regelmäßig gehalten werden können. Im andern Fall würden wir auch in Schiltach von der Möglichkeit Gebrauch machen, die im Erlaß des Reichsministers für kirchl. Angelegenheiten vom 13. Juli 1940 vorgesehen ist, und den Polen in den allgemeinen Gottesdiensten besondere Plätze zuzuweisen. Sinngemäß dürfte das wohl jetzt schon gestattet sein an den Sonn- und Feiertagen, wo wir keine besonderen Gottesdienste halten können.“ Bei einer geringen Zahl an ausländischen Arbeitern ist diese Regelung wohl seit Juni 1940 möglich.</p> <p>Am 14. November 1940 erreichen neue Richtlinien für polnische Zivilarbeiter das Bürgermeisteramt. Darin ist die Rücknahme der Genehmigung von Kirchenbesuch gemeinsam mit der deutschen Bevölkerung festgeschrieben.</p> <p>In einem Bericht vom 11. März 1941 heißt es: „An jedem Sonntagvormittag wird für die in Schiltach und deren Umgebung wohnhaften polnischen Zivilarbeiter ein katholischer Gottesdienst in der hiesigen Kirche abgehalten, an dem ca. 40-50 Polen teilnehmen.“</p>	AL-168, AS-1631
25.6.1940	<p>Kriegsstatistik für Schiltach:</p> <p>185 Einberufene</p> <p>1 Gefallen</p>	AS-1902

	2 Vermisst	
20.7.1940	Das Schiltacher Bürgermeisteramt lässt verbreiten: „Im Interesse der Brennstoffversorgung der Bevölkerung werden die Privatwaldbesitzer gebeten, das Sammeln von Leseholz in ihren Waldungen auf Antrag zu gestatten.“ Die Vorlage für dieses Schreiben kam von Wirtschaftsamt des Landkreises.	AS-966
26.10.1940	Der Reichsnährstand, Forstamt Wolfach teilt dem Lehengerichter Bürgermeisteramt mit: „Zwecks Versorgung der Großstädte und waldarmen Gemeinden wurde in diesem Jahr erstmals ein Brennholzsondereinschlag für die Privatwaldbetriebe mit über 50 ha Größe angeordnet.“	AL-58
14.11.1940	Das Schiltacher Bürgermeisteramt erreicht ein Richtlinienkatalog für polnische Zivilarbeiter: 1. Aufenthaltszwang 2. Fahrräder „unter keinen Umständen“ 3. Kennzeichen „auf allen Kleidungsstücken (...) deutlich sichtbar“ 4. Quartier nur wo mind. ein deutscher Mann 5. Rücknahme der Genehmigung von Kirchenbesuch mit deutscher Bevölkerung 6. Urlaubsfrage wird noch geprüft	AS-1631
November 1940	In seinem Rundschreiben 11/1940 teilt Kreisleiter Baumann mit: „Wie ich weiter feststellen konnte, werden die Polen gerecht behandelt. Wir wollen keineswegs vergessen, dass 58000 deutsche Brüder und Schwestern von der polnischen Soldateska und von polnischen Zivilisten bestialisch abgeschlachtet wurden. (...) Es hat den Anschein, als ob gewisse Leute den Polen gegenüber in eine Art Rührseligkeit und Gefühlsduselei verfallen.“ Gefordert wird die als wichtig betonte Kontrollaufgabe der jeweiligen Ortsbauernführer.	AS-1631
16.12.1940	Lieferungen niederländischer Junghennen verbessern die Ernährungslage. <sup>21</sup>	AL_1185
30.12.1940, 20.1.1941, 22.5.1942	Nach der Einziehung von Ratsdiener Rauber verliert er nach einiger Karenzzeit seinen Gehaltsanspruch und seine Frau keine freiwillige Unterstützung, da sie selbst arbeiten geht und Kinder nicht vorhanden sind. <sup>22</sup> In einer Entschließung des Lehengerichter Rats vom 20.1.1941 werden Frau Rauber dann doch monatlich 20 RM „freiwillige Zuwendung“ zugeschrieben. 1942 wird die Unterstützung auf 50 RM erhöht.	abl-51
1940	Der Fuhrpark der Feuerwehr umfasst einen PKW Horch und zwei Kleinmotorspritzen mit Anhänger	AS-928
1940	Ab 1940 zahlreiche Einträge zu Übertretung Luftschutzgesetz, Politische Verordnung zum Schutze der Jugend. Ab Anfang 1944 gibt es bis 1946 gar keine Einträge mehr.	Abs-256

1940	Die beiden Schiltacher Zahnärzte Rödel und Fritz sind beide zur Wehrmacht eingezogen.	AS-1902
1940	Für das Feldlazarett finden ein Barackenauf und -abbau im Schulhof und auf dem Gelände der Kirchengemeinde statt. In der Baracke auf Kirchengemeindegelände befinden sich zwischen 26.7.1940 und 26.10.1940 Kriegsgefangene.	AS-1901b
20.1.1941	Bürgermeister Groß macht die amtliche Bekanntmachung, „dass polnische Zivilarbeiter nur die ihnen zugewiesenen Gasthäuser besuchen dürfen, und dass eine Bewirtung derselben nur getrennt von den deutschen Volksgenossen erfolgen darf. Der Aufenthalt in der allgemeinen Gaststube ist den polnischen Zivilarbeitern verboten.“	AS-1631
30.1.1941	Die Gemeindeverwaltung Schiltachs erreicht über den Landrat ein Schreiben des Innenministeriums: „Zur Abwendung gesundheitlicher Gefahren von der Zivilbevölkerung ist es notwendig, dass die Unterbringungsräume für die Arbeitskommandos der Kriegsgefangenen hygienisch einwandfrei sind. Dazu gehört auch, dass in den Unterkunftsräumen Bade- und Duscheinrichtungen, wenn auch in einwandfreier Ausführung geschaffen werden.“	AS-1102
30.1.1941	Aufgrund des herrschenden Arbeitskräftemangels sollen Frauen verstärkt eingesetzt werden. <sup>23</sup> Daraufhin meldet das Bürgermeisteramt noch nicht im Einsatz befindliche Frauen. <sup>24</sup>	AS-1904
Januar 1941	Zur beginnenden Kinderlandverschickung ruft die NSV-Kreisleitung nachdrücklich auf. <sup>25</sup> → Kap. Krieg. 18.3.1940	AS-2455
1.2.1941	Es kommen weitere polnische Zwangsarbeiter nach Schiltach. Für 10 Polen werden neue „P“-Zeichen beantragt.	AS-1631
28.2.1941	Der Gemeinderat beschließt, sich an Kosten für die Beerdigung von Kriegsteilnehmern mit je 30 RM zu beteiligen.	Abl-51
11.3.1941	Namensliste der derzeit in Schiltach arbeitenden polnische Zivilarbeiter: 3 bei Kumpf & Co. 2 bei Karlin 2 bei „Bierfritz“ 1 bei Friedrich Sautter (Bernhard Perzinski, ein früherer Kriegsgefangener) 1 bei Georg Götz 1 beim „Adler“	AS-1631
23.4.1941	In einer Anfrage wendet sich Dr. Jockers an Schiltachs Bürgermeisteramt, ob eine Deutsche mit einem „freigelassenem Polen“ heiraten dürfe. Ein Name wird im Anschreiben nicht genannt. Bürgermeister Groß antwortet laut Aktenvermerk „telefonisch“. <sup>26</sup>	AS-3370
18.6.1941	Das Landratsamt fordert eilig auf, dass demnächst weitere Verwaltungskräfte benötigt würden	AS-1086

	und die Bürgermeisterämter ihre Angestelltengruppen auf mögliche Verzichtbarkeit prüfen sollen. <sup>27</sup> Bürgermeister Groß erstattet „Fehlanzeige“. → Vgl. Kap. Krieg 24.11.1939	
14.7.1941	Das Bürgermeisteramt erreicht ein vertraulich gezeichnetes Schreiben vom Landesleiter der Reichskammer der bildenden Künste: „Durch Verfügung der Reichskammer der bildenden Künste sollen Ehrenfelder für Kriegsgefallene auf den Friedhöfen der Städte und Gemeinden, in denen eine solche notwendig ist [erfolgen]“ (...) „Zu diesem Zweck wird die Landesleitung eine Arbeitsgemeinschaft bilden, bestehend aus einem Bildhauer, Grafiker, Architekt und Gartengestalter.“	AL-946
1.8.1941	Ablieferung von Werkzeugen zugunsten der Front. Der Kaufmann Ernst Kramer muss alle seine Auto-Werkzeuge bis zum 8. August 1941 an das Rathaus abliefern.	AS-1904
11.8./13.8.1941	Um die Anforderung des städtischen Mitarbeiters Wilhelm Walz durch das Arbeitsamt Offenburg/Hausach für „staatspolitisch vordringliche Aufgaben“ (für Reichsbahn) entsteht ein Konflikt. <sup>28</sup>	AS-1132.
28.9.1941	Am Heldenkreuz findet eine „Gefallenen-Ehrung für Unteroffizier der Waffen-SS Kurt Wöhrle“ statt.	AS-2059
7.11.1941	Berta Schill schildert in einem Freistellungsantrag zugunsten ihres Mannes die schleichenden wirtschaftlichen Schäden seines Kriegseinsatzes für das eigene Unternehmen. <sup>29</sup>	AS-1902
9.11.1941	Bei der Feierstunde für die „Blutzeugen der Bewegung“ tritt u.a. der Gesangverein „Eintracht“ auf. Besonders gedacht wird der gefallenen Soldaten: Soldat Karl Fleckenstein SS-Unterscharführer Fritz Mast Obergefreiter Heinz Mielke Soldat Alfons Schillinger Soldat Wilhelm Wöhrle	AS-2059
2.12.1941	In einem Schreiben des Reichsinnenministeriums an das Bürgermeisteramt wird mitgeteilt: „Im Interesse des Arbeitseinsatzes während des Krieges ist es erwünscht, dass Bestattungen, und zwar Erd- und Feuerbestattungen unbeschadet der Vorschriften über die Bestattungsfristen nach Möglichkeit am Sonntag stattfinden.“ → Kap. Politik und Gesellschaft, 27.4.1937	AL-946
1941	Schiltach bestellt Hakenkreuzteppiche, Fensterteppiche und Luftschriften („Wir danken unserem Führer“, „Sieg Heil unserer ruhmvollen Wehrmacht“). Geachtet wird auf günstige Angebote.	AS-2059

	Dafür muss wegen der verspäteten Lieferung mehrfach gemahnt werden.	
1941	Die in die Feuerwehr als Ersatz nachgezogenen HJ-Jungen sind schon selbst inzwischen eingezogen worden. Über die NSDAP-Ortsgruppenleitung sucht die Feuerwehr neue HJ-Mitglieder zu gewinnen.	AS-928
1941	Foto des Grabs von Wilhelm Wöhrle, geb. 6.8.1913. Er fiel 1941 östlich von Smolensk. Ebenso Foto des Grabs von Paul Wolber, geb. 3.1.1924.	AS-3833
1941	Es wird noch einmal das Verbot des Branntweinausschanks an Polen betont.	AS-1631
14.1.1942	Das Landratsamt ruft zum Einsatz von Ruheständlern und Kaufleuten mit weniger Umsatz in Kriegszeit als Ersatz für eingezogene städtische Mitarbeiter in der Verwaltung auf.	AS-41
17.1.1942	Kriegsgefallene sollen Ehrentafeln am Ehrenkreuz bekommen. <sup>30</sup>	Abs-178
29.1.1942	Ein „Großes Wehrmachtskonzert“ mit 30 Musikern einer Flak-Einheit findet in der Turnhalle statt.	AS-3912
6.2.1942	Bürgermeister Groß teilt dem Turnverein die Nutzung der Halle für die Unterbringung der Zwangsarbeiter mit. <sup>31</sup>	AS-432
14.2.1942	Der polnische Zwangsarbeiter Bernhard Perzinski wird aufgrund einer verbotenen Liebesbeziehung zu einer deutschstämmigen Frau hingerichtet. Sein Leichnam wird abtransportiert und nicht in Schiltach bestattet. <sup>32</sup> → Vgl. Kap. Nachkriegsgeschichte, 16.12.1945	AS-127
20.2.1942	Angaben des Forstamt Wolfach: „Dem Landratsamt Wolfach habe ich mitgeteilt, dass im Forstwirtschaftsjahr 1941 in Ihren Waldungen 593 fm ausserordentliche Nutzung gehauen wurde. Für die ausserordentliche Nutzung ist Antrag auf die erforderliche Staatsgenehmigung unter gleichzeitiger Vorlage der Reinwertberechnung zu stellen.“ Der Reinerlös geht an das Sonderkonto „Waldrücklage“.	AS-960
24.2.1942	In Schiltach sollen Luftschutzkeller verstärkt werden. <sup>33</sup>	AS-3130
15.3.1942, 14.3.1943, 7.11.1943, 12.3.1944, 12.11.1944	In der Turnhalle finden Heldengedenktage statt. Die Liste der zu ehrenden Gefallenen wird immer länger. Die jeweiligen Programme beinhalten handschriftliche Ergänzungen über weitere Todesmeldungen.	AS-2059
15.4.1942	Das Schiltacher Bürgermeisteramt teilt dem Bezirksamt mit, es befänden sich kein Arbeitslager oder Baracken in der Nähe von rüstungswichtigen Unternehmen.	AS-3130
18.4.1942	Schiltach erreicht ein Schreiben des Reichsinnenministeriums an die Reichsstatthalter vom	AS-35

	7.3.1942: „Nach einer Anordnung des Präsidenten der Reichspressekammer vom 17. Juli 1941 dürfen Anzeigen für Gefallene oder an den Folgen einer Verwundung Gestorbene nur einmal in den Zeitungen erscheinen. (...) Es wird daher angeordnet, dass bis auf weiteres Nachrufe in den Tageszeitungen nicht veröffentlicht werden, und zwar weder für gefallene, noch sonst als Soldaten oder in der Heimat verstorbene Behördenangehörige.“ Diese Nachricht wird versehen mit dem Hinweis: „Zur Veröffentlichung nicht geeignet.“	
1.5.1942	Die Fa. Junghans, Betriebsteil Lehengericht teilt dem Bürgermeisteramt mit, „daß wir im Gasthaus zur ‚Sonne‘ in Schiltach einen Saal gemietet haben, in welchem wir ca. 10-20 Personen zu beschäftigten [!] beabsichtigen.“	AS-1371
27.5.1942	Ortsgruppenführer Neugart wendet sich an Bürgermeister Gross zur Unterbringung der Zwangsarbeiter: „Bezüglich der Unterbringung der sowjetruss. Zivilarbeiter habe ich mich bei der Kreisleitung erkundigt. Ich erhielt nun die Mitteilung, dass die evtl. beabsichtigte Unterbringung im Uebungslokal des Kraftsportvereins wegen der Angrenzung an den Schulhof weg gesprochen wird, falls eine höhere Behörde in Karlsruhe von dieser Unterbringung Kenntnis erhalten würde. Es wird sich daher empfehlen baldmöglichst die Räume im Engel, oder den Schuppen vor Kuhbach hierfür durch das Landratsamt beschlagnahmen zu lassen.“	AS-1956
23.6.1942	Die Firma Hans Grohe wendet sich an die NSDAP-Kreisleitung betreffs der Unterbringung russischer Zwangsarbeiter: „Vom Bürgermeisteramt Schiltach wurde uns aufgegeben, für das provisorische Lager der Ostarbeiterinnen einen andern Zugangsweg zu schaffen. Hierzu möchten wir zunächst bemerken, dass die Mädchen voraussichtlich nur vorübergehend in diesem Lager untergebracht sind, weil uns eine Baracke in Aussicht gestellt ist. Diese Arbeitskräfte werden morgens ½ 6 Uhr im Lager abgeholt und kommen abends zwischen 18 und 19 Uhr wieder ins Lager zurück. Für die Herstellung eines besonderen Zugangswegs haben wir zur Zeit keine Leute verfügbar. Wir sind zu 100 % mit der Fertigung von Heeresgerät der Sonderstufe SS beschäftigt.“	AS-1956
26.6.1942	Bürgermeister Groß wendet sich an das Landratsamt zugunsten neuer Kennzeichen, da Hans Grohe neue Ostarbeiter zugeteilt wurden. <sup>34</sup>	AS-1956
11.7.1942	In Schiltach befinden sich 83 Ausländer. Untergebracht sind sie größtenteils in Wirtschaften. Es handelt sich vor allem um „Vertragsarbeiter“ bei Fa. Hans Grohe oder Fa. Junghans. <sup>35</sup>	AS-1913
14.7.1942	Derzeit befinden sich nach Angaben des Bürgermeisteramts 13 Ostarbeiter aus Russland bei Hans Grohe.	AS-1956
17.8.1942	Die kreisweit besten Ergebnisse bei der Altmaterial-Sammlung erreichen Kurt Heinzelmann und	AL-916

	Fritz Wagner (beide aus Schiltach).	
24.8.1942	Ein Gutachten des Ortsbauausschusses äußert sich zu Barackenbau bei Hans Grohe: „Die Baracke soll im besten Wohngebiet erstellt werden. In normalen Zeiten kann eine Baracke in dieser Stelle niemals zugelassen werden. Da die Baracke von der Auestrasse aus eingesehen werden kann, schlägt der Ortsbauausschuss vor, die Bedingung zu stellen, die Baracke gegen Auestrasse durch Sträucher oder Bäume zu verdecken“. Ein Lageplan ist in den Akten enthalten.	AS-901
4.9.1942	Bürgermeister Bühler mahnt Anna Wöhrle vom Schöngrund: „Sie werden darauf aufmerksam gemacht, daß Sie in Verdacht stehen, die in Ihrem Betrieb erzeugte Landbutter an Hamsterer abzugeben. Dies wird nach den derzeitigen Kriegsgesetzen streng bestraft.“ Hingewiesen wird auf die „restlose Ablieferungspflicht“.	AL-943
15.9.1942	Das Bürgermeisteramt erbittet die Freistellung von Dr. Jockers von seiner Einberufung für den Dienst in Schiltach. <sup>36</sup> Kurz darauf wird Dr. Jockers tatsächlich entlassen. Doch bereits am 7.5.1943 muss das Bürgermeisteramt erneut beklagen, dass Dr. Jockers für Musterungen einberufen wurde. <sup>37</sup> Der erneute Ausfall von Dr. Jockers zwischen dem 4.10.1943 und dem 14.1.1944 führt praktisch zu einer ärztlichen Nichtversorgung Schiltachs, da diesmal Dr. Brand als Ersatz absagt.	AS-401
3.10.1942	In Schiltach findet eine Luftschutzübung statt. Verschiedene Notfalltrupps werden gebildet. Als Unterkunftsräume benannt werden: Martin-Luther-Haus, Bahnhofhotel, HJ-Heim, Schulhaus, Turnhalle, Gasthaus „Rössle“, Kindergarten. <sup>38</sup>	AS-3130
1942	Zahlreiche Belege über die Eisenbewirtschaftung dokumentieren die zunehmende Rohstoffknappheit.	AS-1905
1942/43	Gerda Schlick erreicht eine Weihnachtskarte ihres Mannes Ernst Schlick, der bis 1937 als Spinner bei Karlin gearbeitet hatte und seit 1942 als in Stalingrad vermisst gilt: „Heute am heilig Abend um unseren schlichten Weihnachtsbaum versammelt und Deiner gedenkend grüßt Dich herzlich Dein lieber Männe und Kameraden“.	AS-3833
28.1.1943	Die Fa. Hans Grohe will für französische Facharbeiter Zimmer des „Adler“ mieten. Hierfür betont das Unternehmen seine „kriegswichtigen Fertigungen.“ <sup>39</sup>	AS-1913
7.2.1943, 18.3.1943	Abschrift einer Todesmitteilung an Ehefrau des Gefallenen Ludwig Gottfried Maria Schönewald. <sup>40</sup> Er lebte nicht in Schiltach, sondern wohl in Rheine/Westf. Schönewald hatte am 22.9.1942 in einer Kriegstrauung in Schiltach Maria Gaisser geheiratet. 1938 lebte Schönewald in der Schenkzeller Straße.	AS-3371, AS-924, AS-3833

8.2.1943	Nach einer allgemeinen Mitteilung des Bezirksamts informiert Hauptwachtmeister Posedowski die Betriebsführer: „Nach Mitteilung der Gendarmerie kommt es allzuhäufig vor, dass Polen und Ostarbeiter Sonntag mit Erlaubnis ihrer Betriebsführer die Züge benützen.“ → Vgl. Kap. Krieg 30.11.1943, 29.2.1944, 14.9.1944	AS-1956
9.2.1943, 18.8.1943, 8.2.1944	Der Gemeinderat stimmt der Ansiedlung der kriegsgeschädigten Kölner Fa. Franz Agethen zu. Sie möchte eine kleine Fertigungshalle (16x12 m) errichten und später am Reinhardsbächle bauen. Für ihre Wichtigkeit legt sie eine Bescheinigung vor und beschleunigt die Verlegung, da sie 1943 weitere schwere Schäden hinnehmen musste. <sup>41</sup> Am 8.2.1944 öffnet die Fa. Agethen aus Köln in Schiltach, Marktplatz 2 eine Fabrik für Präzisionsdrehteile mit „vorläufig 5 Arbeitern“. Zuvor hatte der Gärtner Andreas Wolber gegen die nahe Ansiedlung der Fa. Agethen aus Gründen des Luftschutzes protestiert. <sup>42</sup>	Abs-178, AS-1371, AS-901
22.3.1943	Bilanz des Holzjahres 1942 durch das Bürgermeisteramt: Ordentliche Nutzung: 1820 fm Außerordentliche Nutzung: 1215 fm Nach einem in den Akten befindlichen Schreiben von 1945 blieben Berechnungen für 1943 und 1944 aus.	AS-960
14.4.1943	Zur Luftraumbeobachtung befindet sich eine ständige Wache von sechs Mann am Hohenstein. Dazu vertraut Schiltach auf die Beobachtungen im Lehengerichter Junghans-Werk, im Werk Kautzmann in Schenkzell, bei Fa. Hans Grohe und Fa. Karlin.	AS-3130
17.4.1943	Papiergutsammlungen für die Kriegswirtschaft erreichen die kommunalen Verwaltungen. <sup>43</sup>	AL-916
1.5.1943	Nach einer Notiz im Badischen Ministerial Blatt 1943, S. 356 gilt: „Die am Nationalen Feiertag des Deutschen Volkes übliche Beflaggung und Ausschmückung der Dienstgebäude unterbleiben in diesem Jahre (...) weil keine besonderen Feiern stattfinden.“ Diese Regelung hatte schon in früheren Kriegsjahren so gegolten.	AL-581
26.5.1943	Aufstellung aller in Schiltach befindlichen Ausländer. Im Gemeinschaftslager seien 24 Personen, alle aus UdSSR und bei Hans Grohe tätig (nicht polizeilich gemeldet). 49 Personen befänden sich in Privatquartieren. Diese seien sämtlich nicht aus der UdSSR und polizeilich gemeldet.	AS-1956
7.6.1943	Die Bilanz des Bürgermeisters für mögliche Einquartierungen, gesendet an das Landratsamt: Platz für 35 Erwachsene (3 mit, 32 ohne Verpflegung) Platz für 14 Kinder (10 mit, 4 ohne Verpflegung) die Unterbringungsmöglichkeiten sind schon weitgehend an Arbeitskräfte	AS-1918

	(auch aus dem Ausland) vergeben „Es müsste also sofort eine Gemeinschaftsverpflegung organisiert werden.“	
15.6.1943	Für die geplante Kinderlandverschickung ist Raum für 40 Mädchen und einen Lehrer. Mindestens 15 Kinder davon sollen in Lehengericht untergebracht werden.	AS-1918
16.6.1943	Bombengeschädigte aus dem Gau Westfalen-Süd sollen in den Gasthäusern aufgenommen werden. <sup>44</sup> Im Juli 1943 befinden sich 34 Personen aus Dortmund in Schiltach (Mütter und Kinder, ein älteres Paar).	AS-1918
23.6.1943	Walter Zeumer aus Hattingen ersucht Schiltach um eine Unterkunft während des Bombenkriegs. Die vielfache Ablehnung habe ihn an der „Volksgemeinschaft“ zweifeln lassen. Bürgermeister Groß verspricht ihm Wohlwollen, muss aber auf fehlende Ressourcen verweisen. <sup>45</sup>	AS-1913
29.6.1943	Die Fa. Junghans kündigt gegenüber dem Landratsamt mit, dass als Ersatz für demnächst eingezogene Arbeiter weitere neue Arbeiter beschäftigt werden müssten. Für diese seien alle reservierten Quartiere nötig. <sup>46</sup>	AS-1913
Juli 1943	Bürgermeister Bühler setzte sich für zahlreiche UK-Stellungen, selbst bei Pferden, ein. Gerade Holzarbeit sei „kriegsentscheidend“.	AL-669
6.8.1943	Die NS-Kreisleitung teilt mit, dass die Nutzung von Zimmern, die für Rüstungsarbeiter reserviert wurden, nicht für Bombengeschädigte in Frage kämen. Die Fa. Junghans hatte schon zuvor darauf verwiesen, dass ihre angemieteten Zimmer frei bleiben müssen.	AS-1913
27.9.1943	Der ständige Lehrerwechsel in Hinterlehengericht wirkt sich auf die Qualität der Ausbildung aus: „Im Ortsteil Hinterlehengericht besteht seit Kriegsbeginn ein fast dauernder Lehrerwechsel, der sich auf den Kenntnisstand der Schuljugend sehr ungünstig auswirkt.“	AL-793
19.11.1943	Mit harten Worten mahnt das Bürgermeisteramt die Einhaltung der Luftschutzmaßnahmen an. <sup>47</sup> → Vgl. Kap. Krieg, 2.3.1944, 28.12.1944	AS-3130
30.11.1943	Bürgermeister Groß wird von der Hukla-Metallwarenfabrik, Haslach über die Strafversetzung von zwei Russinnen zu Hans Grohe informiert: „Die Ostarbeiterinnen Antonia Babrowa und Olga Zugurowa wurden infolge Diebstahl nach Schiltach zu der Metallwarenfabrik Hans Grohe strafversetzt. Die Strafe sollte darin liegen, dass diese beiden Ostarbeiterinnen nicht mehr mit den anderen Ostarbeitern aus meinem Betrieb zusammenkommen. Nun sind diese beiden Ostarbeiterinnen schon wiederholt in Haslach gewesen, was nach einer Weisung der Geheimen Staatspolizei Offenburg, nicht angängig gewesen wäre. Da die Ostarbeiterinnen nach der Verordnung vom 29.6.1932 des Ministers des Inneren ohne	AS-1956

	Genehmigung der Ortspolizeibehörde ihren Einsatzort nicht verlassen dürfen, bitte ich Sie, diesen beiden Ostarbeiterinnen ihren Urlaub nach Haslach bzw. einen um Haslach gelegenen Ort künftig zu verweigern. Ich habe im gleichen Sinne heute an die Firma Grohe geschrieben.“ → Vgl. Kap. Krieg 8.2.1943, 29.2.1944, 14.9.1944	
24.12.1943	Der Gemeinderat Schiltach beschließt, dass zehn angekündigte Ausländer übergangsweise Unterkunft in einer Baracke erhalten sollen.	Abs-178
1943	Wichtige Personenunterlagen müssen täglich zur Sicherung in den Keller gebracht werden. Der Schreiner Fichter aus Schiltach-Grumbächle erstellt dafür Kisten.	AL-669
2.1.1944	Der Lehengerichter Johann Esslinger, geb. 30.8.1909 in Kinzigtal stirbt im Lazarett H.V.Pl. Lowscha (40 km westl. Witebsk). Esslinger war mit Berta Trautwein verheiratet. An der Front trug er stets ein Gedicht bei sich: „Du wirst es erst hernach erfahren, was ich dir habe jetzt getan. Ich kann dir’s jetzt nicht offenbaren, weil’s der Verstand nicht fassen kann; doch bleibe ruhig, werde stille und denke: Es war Gottes Wille. / Du wirst es erst hernach erfahren und kannst es noch nicht denken aus, warum ich dir nicht konnt ersparen dies bittre Leid für Herz und Haus; Doch bleibe ruhig, werde stille und denke: Es war Gottes Wille. / Du wirst es erst hernach erfahren, warum ich dir zerbrach dein Glück. Ich wollt es dir für drüben sparen und geb es dir dort ganz zurück; dann sagst auch du verklärt und stille: Wie gut, wie gut war Gottes Wille!“	AS-3831
3.1.1944	Bei der Todesmitteilung von Gottlieb Frick wird mitgeteilt, dass er noch nicht geborgen werden konnte. <sup>48</sup>	AS-1148
21.2.1944	Das Gesuch von Christine Wolber zur Rückversetzung ihres letzten Sohns drückt das Elend der Zeit aus. <sup>49</sup>	AL-669
29.2.1944	In einem Schreiben an den Landrat zeigt Bürgermeister Groß seine Unsicherheit über die Reisemöglichkeiten der Zwangsarbeiter. Bisher habe er dies restriktiv gehandhabt, doch dränge die Firma Hans Grohe auf eine Ausweitung der Reisemöglichkeiten: „Der Lagerführer der Firma Hans Grohe, Met.warenfabrikation beschwert sich darüber, dass die Ausländer die in dem Lager untergebracht sind, von mir nur in seltenen Fällen die Erlaubnis erhalten die deutsche Reichsbahn zum Besuch von andern ausländischen Arbeitern zu benützen. Obwohl der Lagerführer meinen Standpunkt, dass nicht ständig die Ausländer die Reichsbahn benützen können, während die deutschen Volksgenossen zu Hause bleiben, versteht, bringt dieser doch die Beschwerde vor, weil, nach seiner Angabe die Arbeitsfreudigkeit der Leute darunter leidet. Die Ukrainer die in	AS-1956

	<p>andern Orten im Kreis wie Hausach, Haslach, Hornberg usw. untergebracht sind, können ständig nach Schiltach um hier die Ukrainer zu besuchen. Diesen würden anstandslos die Erlaubnis der Ortspolizeibehörde bekommen.</p> <p>Ich habe mich an die bestehenden Anordnungen gehalten und die Wünsche der Ausländer unbefriedigt gelassen, abgesehen von ganz begründeten Ausnahmefällen.</p> <p>Ich bitte um Weisung zu geben, ob ich künftig anders verfahren soll.“</p> <p>Darauf antwortet der Landrat am 12. Mai 1944 mit einem allgemeinem Rundschreiben, in dem die Reisemöglichkeit beschränkt werden: „Zunächst ist festzustellen, dass die ausländischen Arbeiter viel zu häufig Genehmigungen zum Verlassen des Ortspolizeibezirkes erhalten und die Eisenbahn in einem Ausmass bevölkern, dass dies weiterhin nicht tragbar ist.“ Stattdessen solle gegen „Herumlungen“ verstärkt kontrolliert werden.</p> <p>→ Vgl. Kap. Krieg 8.2.1943, 30.11.1943, 14.9.1944</p>	
1.3.1944	<p>Statistik zum Umquartierungen:</p> <p>177 „gelenkte Umquartierungen“ 82 aus Gau Westfalen-Süd 26 aus Gau Rheinland 31 aus Gau Baden 38 aus anderen Gauen</p> <p>68 Umquartierungen als Hilfe für Verwandte und Bekannte 8 Betriebsverlagerungen</p> <p>Insgesamt 253 Umquartierungen</p> <p>Dazu kommen in Schiltach gemeldete Ausländer:</p> <p>14 Polen (davon 13 männlich) 11 Ukrainer (davon 3 männlich) 33 Franzosen (davon 28 männlich) 11 Niederländer (alle männlich) 27 „Ostarbeiter“ (davon 14 männlich) 6 Italiener (alle männlich) 8 Belgier (davon 1 männlich) 14 „Protektorsangehörige“ (alle männlich) 3 sonstige Ausländer (alle männlich)</p>	AS-1913
2.3.1944	Im Bürgermeisteramt Schiltach geht eine anonyme Denunziation zur Missachtung der	AS-3130

	Verdunkelungsregelung ein. <sup>50</sup> → Vgl. Kap. Krieg 19.11.1943, 28.12.1944	
3.3.1944	Das Bürgermeisteramt teilt mit, dass sämtliche Säle, Garagen usw. belegt seien.	AS-1913
8.3.1944	Bericht des Bürgermeisteramts an den Landrat zum „Totaler Arbeitseinsatz, Einsatz von Frauen bei den Behörden“. Darin Beschreibung der Personalsituation in der städtischen Verwaltung: „Zahl der noch verbliebenen gelernten und ungelernten weiblichen Arbeitskräfte: 3 (Jahrgang 1923, 1925 und 1927) „Von den 3 jüngeren Arbeitskräften kann 1 Arbeitskraft überhaupt nur hierher gezählt werden, weil die Einberufung der Arbeitskraft 1925 als Luftnachrichtenhelferin unmittelbar bevorsteht und weil die Arbeitskraft Jahrgang 1927 in nächster Zeit zum Reichsarbeitsdienst einberufen wird. Die Arbeitskraft Jahrgang 1923 ist die mir noch einzig verbleibende gelernte Arbeitskraft, auf die ich unmöglich verzichten kann, da sie vor allem in die wichtigen Arbeiten des Standesamts sehr gut eingearbeitet ist und auch in der Verwaltung wichtige Arbeiten auszuführen hat. Sie ist überhaupt noch einzige mir verbleibende Stenotypistin. (...) Ich müsste jede Verantwortung ablehnen, da ein geordneter Fortgang der Verwaltungsgeschäfte nicht mehr gewährleistet wäre. Für die 3 Kräfte, die mir zum Reichsarbeitsdienst einberufen wurden und noch werden, konnte mir das Arbeitsamt überhaupt keine Arbeitskräfte, auch keine ungelernten, zur Verfügung stellen.“	AS-39
9.3.1944	Die Fa. Junghans erklärt sich zur Umverteilung ihrer „ausländischen Arbeitskräfte“ zugunsten von Ausgebombten bereit. Hierfür käme auch eine Barackenlösung in Frage. <sup>51</sup>	AS-1913
17.5.1944	Das Bürgermeisteramt übermittelt an das Landratsamt eine Liste der Zuzüge aus luftgefährdeten Gauen in den Monaten März/April 1944: 11 aus Württemberg 14 aus Baden 15 aus Westfalen-Süd 5 aus Hessen-Nassau/Kurhessen 2 aus Bayern 7 aus Köln-Aachen 2 aus Berlin	AS-1918
26.5.1944	Das Bürgermeisteramt kündigt den Bau kleinerer Luftschuttsicherungen an. <sup>52</sup> → Vgl. Kap. Krieg Januar 1945	Abs-178

7.6.1944	Bürgermeister Groß beschreibt die Anstrengungen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung. <sup>53</sup>	AS-138
24.6.1944	Beim Tod von Johann Georg Haberer war der Empfänger der Todesmitteilung nicht endgültig zu ermitteln (Brief vom 25.7.1944). <sup>54</sup>	AS-1148
30.6.1944	Bürgermeister Groß ersucht um die Genehmigung, einen Kriegsversehrten als Bäcker nach Schiltach zu bekommen, da es derzeit nur noch eine Bäckerei vor Ort gebe. Zunächst wird der Antrag abgelehnt, doch erhält Schiltach am 14.9.1944 doch einen neuen Bäcker. <sup>55</sup>	AS-1917
Juni 1944	Im „Gefangenenlager“ der Fa. Junghans befinden sich für acht Tage zwölf Serben. Zwischen September und Dezember 1944 werden für 2½ Monate 17 Italiener im Lager sein.	AL-671
12.7.1944	Der Gemeinderat stimmt der Errichtung von kriegsbedingten Behelfsheimen zu. Diese dürfen aber nur an unauffälligen Stellen entstehen.	Abl-51
16.7.1944	Ein US-Flugzeug (USAF-B-17G) stürzt im Blauloch (Hinterer Heubach) ab. <sup>56</sup>	AS-1922
8.9.1944	In der Schiltacher Stadtverwaltung gilt eine wöchentliche Arbeitszeit von 60 Stunden: Mo-Do 7-12/13.30-19.30 Uhr Fr 7-12/13.30-18.30 Uhr Sa 7-13 Uhr	AS-10
12.9.1944	Eugen Mossmann will die aus Köln einquartierte Familie Kuhl rauswerfen. Der hohe Arbeitseinsatz fordere Ruhe, aber trotz des langen Arbeitstags müssten die Eltern mit ihrem 6-jährigen Kind zusammen in zwei Betten schlafen: „Sollte bis zum 15.9.44 die Familie nicht ausgezogen sein, so werde ich zur Selbsthilfe schreiten und das Zimmer gewaltsam leer machen.“ Eine Reaktion ist nicht übermittelt.	AS-1918
14.9.1944	In einem Rundschreiben fordert der Landrat nach einem öffentlichen Aufruf US-General Eisenhowers an die Zwangsarbeiter eine härtere Gangart. Gefordert werden von ihm „unvermutete Kontrollen der Lager oder auch der Einzelquartiere besonders verdächtiger Ausländer“ und „unauffällig die ausländischen Arbeiter zu beobachten“. Schließlich dürfe es „keinerlei Fahrtgenehmigungen mehr“ geben. → Vgl. Kap. Krieg 8.2.1943, 30.11.1943, 29.2.1944	AS-1956
20.9.1944	Fünf polizeilich gemeldete „ausländische Arbeiter“ (alle aus Polen) sind bei der Fa. Kumpf beschäftigt. Untergebracht sind sie in Privatquartieren.	AS-1956
22.9.1944	Eine Liste der im Lager von Hans Grohe untergebrachten Ausländer umfasst 44 Personen. Die jüngste verzeichnete Arbeiterin ist Oleja Skorik, geb. am 3. Juli 1927.	AS-1956
1.10.1944	Aktueller Stand der Umquartierungen:	AS-1918

	<p>Gelenkte Umquartierungen nach Gauen:  55 aus Westfalen-Süd  44 aus Baden  36 aus Köln-Aachen  40 aus Württemberg  5 aus Berlin  3 aus Hamburg  7 aus Kurhessen  2 aus Augsburg  27 sonstige  Insgesamt: 219</p> <p>über Verwandte/Bekannte: 39  Gefolgschaft verlagertes Betriebe: 5</p> <p>Gesamtzahl: 263  Handschriftliche Ergänzung: 40 Rüstungsarbeiter  134 Franzosen  53 ausländische Arbeiter</p>	
10.10.1944	Die Fa. Hans Grohe möchte einen Splitterschutzgraben errichten. <sup>57</sup> → Vgl. Kap. Nachkriegsgeschichte, 13.3.1946	AS-3130
20.10.1944	Bilanz einer Prüfung der vorhandenen Luftschutzkeller: „1210 Personen sind in Schiltach geschützt, 1300 Personen ungeschützt“. <sup>58</sup>	AS-3130
25.10.1944	Ein Schreiben der Gestapo erreicht nach sechs Wochen Schiltach, welches vor der Aufnahme aus Westen fliehender Angehöriger der „französischen Miliz“ warnt. <sup>59</sup>	AS-1915
27.10.1944	In einem Schreiben an den Landrat lehnt der Bürgermeister die weitere Abgabe von Mitarbeitern ab. <sup>60</sup>	AS-39
Ab Herbst 1944	Regelmäßig finden sich Verweise auf den harten Kampf für den „Endsieg“ im Protokoll des Lehengerichter Gemeinderats.	Abl-51
11.11.1944	Schulsäle sind von deutschen und verbündeten französischen Truppen belegt. Die Legion habe Schiltach wegen der Belastungen durch ihren Aufenthalt 28000 Frcs. gespendet. <sup>61</sup>	Abs-178
11.11.1944	Das Bürgermeisteramt lehnt weitere Aufnahmen ab. <sup>62</sup>	AS-1918

19.11.1944	An die Wehrmacht müssen vier Kühe „Richtung Straßburg“ abgeliefert werden.	AL-678
20.11.1944	Da für Arztbesuche auf dem Land kaum ein Auto und Treibstoff zu organisieren sind, treten Pferdedroschken an deren Stelle. Schiltach nutzt Droschke und ein älteres Pferd bei Ernst Wolber („Bierfritz“).	AS-401
29.11.1944	Im Rathaus geht der Funkspruch ein: „In jeder Haushaltung sind rücksichtslos weitere Personen aufzunehmen.“. Der Ursprung der Anordnung ist nicht verzeichnet.	AS-1913
4.12.1944	Per telefonischer Durchsage zur Räumung der Städte Lahr, Emmendingen und Straßburg in den Kreis Wolfach: „Die Umquartierung von solchen Flüchtlingen die für uns nicht zuständig sind [wohl anders herum gemeint], muss ohne Ausnahme rücksichtslos durchgeführt werden (...) Die Gemeinden Oberwolfach, Schappach, Rippoldsau, Schiltach und Lehengericht setzen die Flüchtlinge am Samstag in Marsch.“ Die Aufnahme gelte nicht für Volkssturmmänner: „Diese Männer haben auch bei einer Räumung ihrer Heimatorte dort zu verbleiben.“	AS-1913
6.12.1944	Der Kreis Wolfach wird zur Auffangstelle für Flüchtlinge aus den frontnahen Kreisen Lahr und Straßburg.	AS-3130
9.12.1944	Schiltach erreichen über die Kreispropagandastelle Wolfach Informationen zu Gerüchten über eine zu späte Räumung des Elsass. <sup>63</sup>	AS-1913
18.12.1944	Berechnung der sich in Schiltach befindenden Auswärtigen: 56 aus Gau Westfalen-Süd 183 aus anderen Gauen 501 aus Gau Baden/Elsass 109 Ausländer 50 Rüstungsarbeiter 120 Franz. Legion 20 Sanitätspack 20 S.D.	AS-1918
19.12.1944/ 24.1.1945/ 10.2.1945	64 Erwachsene und 70 Kinder befinden sich als Angehörige der Französischen Freiwilligen-Legion in Schiltach. <sup>64</sup> Ab Januar 1945 müssen die Angehörigen der Französischen Freiwilligen Legion, die den großen Saal des HJ-Heims und die Kochschule nutzen, eine Monatsmiete von 80 RM dafür zahlen. <sup>65</sup> Im Februar 1945 kommt es durch die gleichzeitige Unterbringung von Luftkriegsgeschädigten aus Hornberg zu einem räumlichen Engpass durch Doppelnutzung. <sup>66</sup>	AS-1915
28.12.1944	Erneut muss das Schiltacher Bürgermeister „beim Herannahen feindlicher Flugzeuge“ zu mehr Disziplin auffordern. <sup>67</sup>	AS-3130

	→ Vgl. Kap. Krieg, 19.11.1943, 2.3.1944	
Ende 1944	Der Schiltacher Musikverein ist umständehalber praktisch nicht mehr existent. Musikdirektor Jakubasch erklärt am 8.11.1944 seinen Rückzug, <sup>68</sup> doch noch im Dezember finden Gespräche über eine Fortführung statt.	AS-2002
1944/45	Als das Schulgebäude durch Einquartierungen belegt ist, wird der Unterricht in ein Nebenzimmer der „Sonne“ verlegt.	AS-1522
Schuljahr 1944/45	Angabe des Schulprotokollbuch Hinterlehengericht: „Wegen andauerndem Fliegeralarm haben immer nur 2 Schuljahre Unterricht.“	AL-1417
2.1.1945	Das Bürgermeisteramt erreicht die Mitteilung, dass im Kreis Wolfach eine Dienststelle zur Betreuung der französischen Flüchtlinge eröffnet wurde. <sup>69</sup>	AS-1915
10.1.1945	Schiltach plant Panzersperren.	AS-3130
15.1.1945	Die Firma Karlin ruft nach einem früheren Aufruf vom Oktober 1944 erneut zum Stromsparen auf. Folgende Einschränkungen werden getroffen: Verwendung von Heizöfen/Heizplatten ist von 6-9 und 18-21 Uhr verboten Nutzung Elektr. Heizöfen nur in Sonderfällen Radiogeräte nur zu Nachrichtensendungen pro Wohnraum max 1 Lichtquelle von 60 Watt Stromverbrauch muss jeweils um 20 Prozent gesenkt werden. Der Grund für den Energiemangel lag wohl auch am niedrigen Wasserstand der Kinzig. Auch nach Kriegsende sollte es wiederholt zu Stromsperren kommen.	AS-613
Januar 1945	Schiltach plant „Einmannlöcher“ zu errichten, wenn der Schnee geschmolzen ist. → Vgl. Kap. Krieg 26.5.1944	AS-3130
15.2.1945	Meldung an Kreiskommandantur Wolfach zur Zahl derzeit in Schiltach befindlicher Auswärtiger: 850 Evakuierte 120 Franz. Legion mit Familien 68 ausländische Arbeiter 54 ausländische Arbeiterinnen Insgesamt 1092 Personen	AS-1918
16.2.1945	Erich Arnold, geb. 24.4.1916, fällt bei Sagan. Arnold war seit 1939 im Kriegsdienst gewesen.	AS-3831
21.2.1945	Per Anschlag warnt das Schiltacher Bürgermeisteramt noch einmal: „Es kann sich deshalb niemand darauf verlassen, dass vor einem Luftangriff rechtzeitig gewarnt werden kann.“ → Vgl. Kap. Krieg, 28.12.1944	AS-3830

22.2.1945	In Schiltach beschreibt das Bürgermeisteramt dringenden Mehlbedarf.	AS-1917
1.3.1945	Ein Bauantrag für die Erweiterung des Pförtnerhauses bei der Fa. Junghans wird begründet: „Die Erweiterung ist, zwecks besserer Überwachung der Gefolgschaftsmitglieder, insbesondere der ausländischen Arbeitskräfte, während des Stempelns erforderlich.“	Fra-132
22.3.1945	Aufgerufen wird zum Sammeln von Löwenzahn, um es den Gasthöfen Salat zu ermöglichen. Noch im Juni wird dem Aufruf gefolgt.	AS-1917
31.3.1945	An die Wehrmacht, „Richtung Offenburg“, müssen sechs Kühe, ein Bulle und eine Fährse abgeliefert werden.	AL-678
19.4.1945	In Lehengericht ertrinkt der NSDAP-Kreisleiter Alfred Schweikhardt. Leiche und Fahrzeug befinden sich Ende Mai 1945 noch in der Kinzig. <sup>70</sup>	AL-1147, AL-1102
21.4.1945	Am Morgen fällt mit Brust- und Kopfschuss der Wiener Soldat Karl Klenkhard in Lehengericht beim Einmarsch der Franzosen.	AL-679
21.4.1945	Die Eheleute Faißt, Schmelze kommen durch „Feindeinwirkung“ ums Leben. <sup>71</sup>	AL-678
7.5.1945	Ein sehr spätes Kriegsoffer ist der Kaufmann Wilhelm Friedrich Heinzelmann (geb. 4.12.1917). Am 24. April 1952 wird er für tot erklärt: „seit 7. Mai 1945 im Raum von Prag kriegsvermisst“.	AS-3373
Juni 1945	Gottlieb Trautwein verfasst seinen Bericht über die Ereignisse der Besetzung Schiltachs. <sup>72</sup>	AS-2055b
o.D.	Zahlreiche Todesmeldung für gefallene Schiltacher Soldaten. Zitate daraus: „Wir wissen dass Sie durch den Verlust Ihres Mündels Ihr Höchstes für unser Vaterland geopfert haben.“ „Heldentod im Kampfe gegen die Bolschewisten“ „zeichnete sich Obergefreiter Quillmann durch ganz besonderes Draufgängertum“ „Brustdurchschuss, der sofort tödlich wirkte“ „Die Gewissheit, dass Ihr Sohn für die Größe und Zukunft unseres ewigen deutschen Volkes sein Leben hingab“ „Sein früher Opfertod aber verpflichtet uns zum rückhaltlosen Einsatz unserer Kräfte im Dienste desselben Vaterlandes, für das er sein junges Leben dahingab.“	AS-3838

---

<sup>1</sup> Wehrmeldeamt Lahr an Bürgermeisteramt, 25.8.1939: „Die beiliegenden Einberufungen sind den Empfängern sofort auf kürzestem Wege und mit größter Beschleunigung zuzustellen. Hierzu sind alle verfügbaren Hilfskräfte (Polizei, Boten usw.) in Anspruch zu nehmen. (...) Nach dem Verbleib der nicht angetroffenen Empfänger ist unverzüglich zu forschen und das Ergebnis nach hier zu melden.“ Das Dokument umfasst Übersicht „Einberufungen vom 26. August 1939. zugest. in der Nacht vom 25./26. August 1939“.

Teilw. befinden sich die Einberufenen in Urlaub. (AS-1903)

<sup>2</sup> Bürgermeisteramt an Landratsamt, 29.8.1939: „Die Witwe Wolber hat hier eine Metzgerei in bedeutendem Umfange.“ Die Gesuchstellerin möchte ihren Gesellen Georg Eßlinger und auch den einberufenen Max Gekle behalten, da einer allein es nicht schaffen kann“. (AS-1903)

28.8.39 Bürgermeisteramt an Landrat, 28.8.1939: Babette Wolber vom „Bären“ bittet um Freistellung ihres Sohns Karl Wolber, weil ihr Mann mit 60 Jahren das Geschäft nicht mehr allein schafft. In seinem Schreiben an den Landrat schränkt Bürgermeister Groß jedoch ein: „Mit Ausnahme des Vieheinkaufs und der Buchführung dürften in dem Betrieb keine besonderen Schwierigkeiten durch die Einberufung des Sohnes Karl Wolber entstehen, solange der Geselle [Walter Baier] nicht eingezogen ist.“ Am 18.9.1939 wird Baier zum RAD eingezogen, muss Schiltach aber zunächst nicht verlassen. Darauf folgen weitere Anträge Wolbers, da „Bären“-Wirt Jakob Wolber schwer erkrankt sei und wirtschaftliche Turbulenzen drohen würden. Der zwischenzeitlich schon Kriegsdienst leistende Karl Wolber soll nach einem Schreiben des Bürgermeisters vom 24.1.1940 entlassen werden. Drei Tage später wird der Antrag abgelehnt. Dafür erhält Karl Wolber aber Urlaub. (AS-1903)

<sup>3</sup> Bürgermeisteramt an Landratsamt und NSDAP-Kreisleitung, 8.9.1939: „Zur Zeit sind hier, neben zahlreichen Flüchtlingen etwa 440 Mann Soldaten einquartiert, für die am 2. und 4. ds. Mts. die Quartiere besorgt werden mussten. Bei der Einquartierung hat sich nachstehender Vorfall zugetragen, der in der heutigen Zeit und mit Rücksicht auf die übrige Bevölkerung nicht ungestraft gelassen werden sollte.“ Darauf folgt ein undatierter, anonym Bericht zu Einquartierungen, wohl von Anfang September 1939. Darin heißt es, die Witwe Justine Aberle habe einen Soldaten aufnehmen sollen, diesen aber nicht willkommen geheißen und angedeutet, ihn nicht bekochen zu wollen. Auch habe Aberle die Verdunkelungsvorschrift gebrochen. Der Soldat sei daraufhin im Gasthof „Aberle“ untergebracht worden: „Hier wird festgestellt, dass der Soldat über das Verhalten von Frau Aberle sehr aufgebracht war und dies natürlich weiter erzählte, was für Schiltach nicht gerade von Vorteil ist. Ich habe festgestellt und von anderen Personen erfahren, dass sich dieser Vorfall in der ganzen Stadt herumspricht.“

Am 12.9.1939 verfasst das Landratsamt daraufhin folgende Antwort: „Eine Bestrafung der Frau Aberle ist aufgrund des vorliegenden Tatbestandes allein nicht möglich. Sie ist von dort aus zu belehren und auf die Unanständigkeit ihres Verhaltens hinzuweisen (...) Ich ersuche, in derartigen Fällen künftig selbst zu handeln“. (AS-1903)

<sup>4</sup> NSDAP-Kreisleiter Baumann an Bürgermeisteramt, 30.9.1939: „Halten Sie schon jetzt sämtliche Hakenkreuzflaggen bereit, die Sie irgendwie beschaffen können. (...) Durch die Beflaggung muss unserem herrlichen Führer – dem größten Staatsmann und Volksführer aller Zeiten – gleichzeitig der Dank abgestattet werden für seine geniale Politik. [Angehängt: Den Tag der Beflaggung wird der Führer bekanntgeben.]“ (AL-421)

<sup>5</sup> Bescheinigung des Bürgermeisteramts zum Neuerwerb von Brennstoffen, 2.11.1939: „hiermit bescheinigt, dass die Stadtgemeinde aus ihren Beständen an das Feldpostamt und an 2 Feldlazarette Holz und Kohlen abgegeben hat, da diese militärischen Stellen sich selbst mit Heizmaterial nicht versorgen konnten. Die Stadtverwaltung benötigt nunmehr dringend 200 Ztr. Unionbriketts.“ (AS-1177)

---

<sup>6</sup> Hauptmann einer Kompanie an Bürgermeisteramt, 13.11.1939: „Nachdem die Kompanie jedoch für diesen Zweck keine Mittel zur Verfügung stehen, wäre sie den Bürgermeistern sehr zu Dank verbunden, wenn von Seiten der Gemeinden durch eine Gabe Unterstützung zuteil würde.“ [Handschriftliche Notiz darauf: „ablehnen“.] (AS-1903)

<sup>7</sup> Bürgermeisteramt an Wehrmachts-Einheit, 24.11.1939: Hiermit „teile ich mit, dass den Soldaten von Schiltach seitens der Stadtgemeinde eine Liebesgabe direkt zugesandt wird.“ (AS-1903)

<sup>8</sup> Stadtkommissar der Stadt Posen an Bürgermeisteramt, 24.11.1939: „Der Verwaltungsassistent Konrad Schmidt, wohnhaft in Schiltach, Schenkenzellerstrasse 37, hat sich um Übernahme in den Dienst der Stadtverwaltung Posen beworben. Ich beabsichtige, den Bewerber einzustellen. Die Personalverhältnisse liegen in meiner Verwaltung äusserst schwierig. Es fehlt hier noch sehr an deutschen Fachkräften, sodass leider im grossen Ausmasse noch polnisches Personal beschäftigt werden muss.“ (AS-1086)

<sup>9</sup> Bürgermeisteramt an Stadtkommissar in Posen, 11.12.1939: „Da er den in den Dienst des Luftgaukommandos übertretenen Stadt-Inspektor zu vertreten hat, ist seine Tätigkeit hier wichtig. Es ist sehr schwer Ersatz zu bekommen. Zwei meiner Beamten sind zum Heeresdienst eingezogen. Ich werde versuchen einen Angestellten zu bekommen, der die Lücke einigermassen ausfüllen kann. Wenn mir dies gelingt, werde ich den Anwärter Schmidt für Ihren Dienst freigeben.“ (AS-1086)

<sup>10</sup> Bürgermeisteramt an Totengräber Walz: „Auf dem Friedhof soll für die im Kriege gefallenen oder verstorbenen Soldaten, die in Schiltach beerdigt werden (Überführung oder im Lazarett Verstorbene) ein besonderes Gräberfeld angelegt werden. Das erste Grab wäre für den verstorbenen Soldaten Fritz Rieger anzulegen.“ (AS-1795)

<sup>11</sup> Bürgermeisteramt an Landratsamt, 25.1.1940: „Die hiesige Schule hat wegen Brennstoffmangel geschlossen. Vorräte sind keine vorhanden. (...) Die Gemeindeverwaltung selbst hat einen Bestand von etwa 60 Ztr. Unionbriketts, davon muss noch an das hiesige Feldlazarett abgegeben werden.“ (AS-1177)

<sup>12</sup> Bürgermeisteramt an Landratsamt, 25.1.1940: „Die Fa. Kumpf, Tuchfabrik, hier, hat wegen Kohlenmangel ihren Betrieb seit 22. d. Mts. stillgelegt. Hiervon sind etwa 100 Arbeitnehmer betroffen worden. Die Fa. Grohe, Metallwarenfabrik, hier, reicht mit ihrem Kohlenvorrat etwa noch 3 Wochen aus.“ (AS-1177)

<sup>13</sup> Bürgermeisteramt an Landratsamt, 29.1.1940: „Eilt sehr!“ „Beide hiesige Schulen mussten wegen Brennstoffmangel geschlossen werden. Ich bitte um alsbaldige Übersendung einer Dringlichkeitsbescheinigung für den Bezug von ca. 80 bis 100 Ztr. Briketts!“ (AL-793)

<sup>14</sup> Landratsamt an Bürgermeisteramt, 31.1.1940: „zurück mit dem Bemerkten, daß Schulen z.Zt. nicht mit Kohlen beliefert werden dürfen, weshalb sie auch geschlossen werden mussten.“ (AL-793)

<sup>15</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 27.2.1940: „Der Bürgermeister führt aus, dass die Berufung eines dritten Beigeordneten erforderlich ist. Er unterbreitet dem [anwesenden] Beauftragten der NSDAP. den Vorschlag, Gemeinderat Pg. Haas als dritten Beigeordneten zu berufen. Der Parteibeauftragte der NSDAP. nimmt den Vorschlag entgegen.“ (Abs-178)

<sup>16</sup> NSDAP, Ortsgruppe Schiltach an Bürgermeisteramt, 16.3.1940: „Bis heute haben 9 Wehrdienste stattgefunden. 41 Personen haben den Dienst überhaupt noch nicht besucht. Wir bitten Sie, dafür Sorge tragen zu wollen, dass die Säumigen künftighin den Wehrdienst besuchen.“ (AL-422)

---

Daraufhin verschickt das Bürgermeisteramt am 27.3.1940 an die Betroffenen: „Wenn Sie sich Unannehmlichkeiten ersparen wollen, so kommen Sie nun endlich zum Dienst, der auf Anordnung unseres Führers und obersten Befehlshabers unserer Wehrmacht angesetzt ist und auch Sie zählen zu den Jahrgängen, denen unser Führer die Teilnahme an diesem Dienst zur Pflicht gemacht hat. Er bedeutet gewiss kein Opfer für Sie; wenn Sie bedenken, daß sie mit Ihrem Fernbleiben Dienstpflicht verweigern jetzt in einer Zeit, wo es um Sein oder nicht Sein des Deutschen Volkes und Vaterlandes geht, wo unsere Feinde die restlose Vernichtung Deutschlands sich geschworen haben!“ Der Bürgermeister befragt anschließend den SA-Truppführer nach Säumigen. (AL-422)

<sup>17</sup> Landratsamt an Bürgermeisteramt, 18.3.1940, „Geheim“: „In das Gebiet westlich der Linie Lübeck, Hamburg, Hannover, Göttingen, Würzburg, Ulm, Bregenz (einschl. d. Orte) findet eine Verschickung von Kindern grundsätzlich nicht statt. Ausnahmen für vorhandene Kinderheime können, soweit es sich um nicht luftgefährdete Orte handelt, zugelassen werden.“ (AS-2455)

<sup>18</sup> Geheime Feldpolizei an Kriminalpolizei, Gestapo und u.a. Ortspolizei Schiltach. 29.3.1940: „Der Gefreite Herbert Loutre, 13. Inf. Rgt. 75, geboren am 1.7.1915 in Alberschweiler in Lothringen, letzter Wohnort: Schiltach bei Wolfach, Schenkzellerstrasse 69, hat sich am 24. III. 1940 um 21 Uhr 30 Min von seiner Truppe unerlaubt entfernt. Loutre ist kein Geheimnisträger und es besteht kein Spionageverdacht. Bemerkung: Hat sich in der letzten Zeit auffallend benommen und ist ohne Koppel unterwegs.“ (AS-1903)

<sup>19</sup> Geheime Feldpolizei an Kriminalpolizei, Gestapo und u.a. Ortspolizei Schiltach, 3.4.1940: Loutre „wurde am 2.4.1940 in den Wäldern bei Dierdorf aufgegriffen. Ich bitte, die Fahndung nach Loutre einzustellen.“ (AS-1903)

<sup>20</sup> Bürgermeisteramt an katholisches Pfarramt Schenkzell, 21.6.1940: „In der Gemeinde Lehengericht befinden sich z.Zt. etwa 26 polnische Arbeiter und Arbeiterinnen. Das Arbeitsamt Nebenstelle Hausach, hat mich beauftragt, dafür zu sorgen, dass den polnischen Arbeitern die Möglichkeit gegeben wird, jeweils Sonntag nachmittags in Schiltach den Gottesdienst zu besuchen. Eine Beteiligung am allg. Gottesdienst der poln. Arbeiter ist unzulässig. – Ich werde morgen Samstag im Laufe des Tages bei Ihnen fernmündlich anrufen, wann und wo der Gottesdienst künftighin abgehalten wird. Alle 14 Tage sollte für die poln. Arbeiter ein Gottesdienst abgehalten werden, wenn nicht jeden Sonntag. Die kath. Kirche in Schiltach liegt für die betr. hiesigen Arbeiter zentral. Der Zeitpunkt sollte so liegen, dass die Arbeiter spätestens 18 Uhr wieder auf den Bauernhöfen ankommen.“ (AL-168)

<sup>21</sup> Landesökonomierat an Bürgermeisteramt, 16.12.1940: Die holländischen Junghennen werden in nächsten zehn Tagen angeliefert werden. „Der Preis von 4,- RM je Huhn ist für heutige Verhältnisse äusserst billig.“ (AL-1185)

<sup>22</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 30.12.1940: „vertritt der Gemeinderat den Standpunkt, dass Frau Rauber ein ausreichendes Einkommen hat und eine freiw. Zuwendung von Seiten der Gemeinde nicht mehr notwendig erscheint und es stimmen die beiden Beigeordneten und 3 Gemeinderäte bei einer Stimmenthaltung gegen eine solche.“ (Abl-51)

<sup>23</sup> Arbeitsamt Offenburg an Bürgermeisteramt zum „Arbeitseinsatz von Frauen“, 30.1.1941: „Die angespannte Arbeitseinsatzlage, die sich voraussichtlich in nächster Zeit noch wesentlich verschärfen wird, erfordert den Einsatz jeder verfügbaren Kraft.“ (AS-1904)

<sup>24</sup> Bürgermeisteramt an Arbeitsamt Offenburg, 5.2.1941: „Auf Ihr oben genanntes Schreiben melde ich Ihnen im Benehmen mit dem Ortsgruppenleiter folgende Personen“. Es folgen acht Namen. Am 17.3.1941 wird die Liste um Mina Käfer ergänzt: „Vermutlich wird Frau Käfer

---

angeben, dass sie krank sei und einer Beschäftigung nicht nachgehen könne. Ich ersuche jedoch ein ärztliches Zeugnis zu verlangen.“

[handschriftliche Anmerkung des Bürgermeisters: „Frau Käfer war länger krank 1937/38“] (AS-1904)

<sup>25</sup> Aufruf der NSV-Kreisleitung an Bürgermeisteramt, o.D.: „Wir in unserem schönen Schwarzwald verspüren vom Krieg eigentlich nichts, deshalb verpflichtet uns allein schon der Gedanke an die Volksgemeinschaft, jenen gesunden, aufbaufähigen Müttern mit dem Deutschen Volkes wertvollstem Gute, ihren Kindern unsere Hilfe angedeihen zu lassen indem wir sie vor den Feinden Deutschlands schützen. (...) *Fehlanzeige erwarte ich von keiner Ortsgruppe.*“ (AS-2455, Hervorhebung im Original)

<sup>26</sup> Dr. Jockers an Bürgermeisteramt, 23.4.1941: „Im Auftrag einer Ledigen, die von einem freigelassenen Polen ein Kind erwartet, bitte ich um die Auskunft, ob nach den neuesten Bestimmungen die Möglichkeit einer Heirat besteht. Falls dies nicht möglich ist, hat die Betreffende Strafe zu erwarten?“ Auf dem Schreiben handschriftlich: „telefonisch beantwortet“ [Unterschrift Groß]. (AS-3370).

<sup>27</sup> Landratsamt an Bürgermeisteramt, 18.8.1941: „Eilt sehr!“ „Nach einem Runderlass des Herrn Reichsministers des Inneren vom 10. Juni 1941 ist damit zu rechnen, dass erneut erhebliche Personalanforderungen gestellt werden, insbesondere auf dem Gebiet der gemeindlichen Verwaltung (...). Die Herren Bürgermeister werden daher veranlasst, zu prüfen, ob bei ihren Verwaltungen noch Dienstkräfte beschäftigt sind, die für eine Meldung in Betracht kommen. Hierbei ist, wie in obenbezeichnetem Erlass angeordnet, der allerstrengste Maßstab anzulegen.“ (AS-1086)

<sup>28</sup> Bürgermeisteramt an Arbeitsamt Offenburg/Hausach, 13.8.1941: „Es ist mir völlig unmöglich Walz abgeben zu können. (...) Am 13.7.1941 ging über Schiltach ein schweres Unwetter nieder, das ganz aussergewöhnliche Schäden hervorgerufen hat. Unvorstellbare Massen von Schutt und Geröll wurden die Berge heruntergeschwemmt und haben Wege und Felder zugeschüttet. An anderen Stellen wieder wurden die Wege vollständig aufgerissen. Seit diesem Unwetter muss nun ununterbrochen gearbeitet werden, um die Wege wieder befahrbar zu machen. Andere Arbeiten, die ebenfalls sehr dringlich sind, mussten dadurch zurückgestellt werden. (...) Ich bitte deshalb so höflich wie dringend, von einer anderweitigen Verpflichtung des Walz abzusehen.“ (AS-1132)

<sup>29</sup> Antrag Berta Schills für Arbeitsurlaub Karl Schill, 7.11.1941: „Wenn meinem Mann ein mehrwöchiger Arbeitsurlaub versagt wird, geht seine so mühsam aufgebaute Existenz verloren. Die vorliegenden Aufträge werden so nach und nach zurückgezogen, die die Auftraggeber wollen nicht mehr länger zuwarten, was ja auch verständlich ist.“ (AS-1902)

<sup>30</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 17.1.1942: „Der Bürgermeister gibt bekannt, dass für die im jetzigen Kriege gefallenen Helden unserer Gemeinde Ehrentafeln beim Heldenkreuz im Gelände verteilt aufgestellt werden sollen. Die beiden Entwürfe von Kunstmaler Trautwein betrachten die Gemeinderäte als nicht zweckentsprechend. Seitens der Gemeinderäte wird vorgeschlagen, Findlingsteine im Gelände zu verteilen und in diese Steine entsprechende Tafeln einzulassen.“ (Abs-178)

<sup>31</sup> Bürgermeister Groß an den Vorsitzenden des TV Schiltach, Betriebsleiter Rau, 6.2.1942: „In der hiesigen kriegswichtigen Industrie müssen fremdländische Arbeitskräfte eingesetzt werden. In der Unterbringung dieser Arbeitskräfte werden bestimmte Anforderungen gestellt. Ich bin deshalb gezwungen gewesen, in der bisherigen Athletenhalle Unterkunft vorzusehen, weil wie ich mich heute noch einmal beim Arbeitsamt erkundigt habe, diese Arbeitskräfte demnächst eintreffen und sehr plötzlich eintreffen werden. Weil die geheime Staatspolizei die Aufsicht über

---

derartige Lager zu führen hat, andere Unterbringungsmöglichkeiten nicht gutgeheissen hat, konnte nur die eine Lösung bis jetzt gefunden werden.“ (AS-432)

<sup>32</sup> Bürgermeisteramt Schiltach an französische Militärverwaltung in Offenburg, 23.6.1946: „Bezugnehmend auf den heutigen telefonischen Anruf teile ich Ihnen höflich mit, dass der am 14.2.1942 verstorbene polnische Zivilarbeiter Bernard Perzinski am selben Tage von der Staatlichen Geheimpolizei Offenburg, soweit hier bekannt ist, in einem Auto weggebracht worden ist. Beerdigungsort und die Lage des Grabes können deshalb aus den erwähnten Gründen nicht angegeben werden.“ (AS-127)

<sup>33</sup> Bürgermeisteramt an Untergruppenführer und Blockwarte, 24.2.1942: „Sofortiger Beginn mit dem Ausbau der Luftschutzkeller.“ (AS-3130)

<sup>34</sup> Bürgermeisteramt an Bezirksamt, 26.6.1942: „Der Firma Hans Grohe K.G. in Schiltach sind 8 zivilrussische Arbeitskräfte zugeteilt. Für die Kennzeichnung derselben wird um Uebersendung von 8 Abzeichen ‚Ost‘ gebeten.“ (AS-1956)

<sup>35</sup> Notiz des Bürgermeisteramts: „Die geschlossene Gaststätte ‚zum Adler‘ [wegen Einziehung, A.M.] könnte m.E. eine Anzahl obdachloser Personen unterbringen, jedoch wäre die Verpflegung der Personen in Frage gestellt. Nach Abzug der bevorzugt unterzubringenden Personen (Fronturlauber usw.) könnten durch Zwangsmassnahmen in den hiesigen, im Betrieb befindlichen Gaststätten evtl. 40-50 Personen untergebracht werden. Bemerken möchte ich dabei, dass im Gasthaus zum Rößle bereits eine Anzahl, durch Fliegerangriffe obdachlos gewordene Personen aus Köln untergebracht sind.“ (AS-1913)

Bürgermeisteramt, Ergänzung vom 15.8.1942: „In allen Fällen jedoch bestehen grosse Schwierigkeiten bezüglich der Verpflegung. So müssen beispielsweise 4 ungarische Waldarbeiter, die bei der Gemeinde beschäftigt werden, im städtischen Krankenhaus verpflegt werden, weil eine andere Möglichkeit nicht besteht. (...) Für die wohnliche Unterbringung stehen hier keinerlei Zimmer mehr zur Verfügung“. Darüber hinaus sind ausländische Arbeitskräfte in erheblicher Zahl eingesetzt, deren Unterbringung nur noch in Notunterkünften möglich war. (AS-1913)

<sup>36</sup> Bürgermeisteramt an Landrat und Badisches Innenministerium, 15.9.1942: „Herr Oberstabsarzt Dr. Jockers ist noch der einzige Arzt für Schiltach und Umgebung. Er ist zugleich Chefarzt des hiesigen Krankenhauses (...) Der zweite Arzt Herr Dr. Staehly ist schon längere Zeit zur Wehrmacht einberufen. (...) Zur ärztlichen Vertretung wurde ein junger Arzt direkt von der Hochschule weg hierher angewiesen. Von einer geregelten ärztlichen Versorgung der Bevölkerung kann aber seit der Einberufung des Herrn Dr. Jockers nicht die Rede sein. (...) Die Ortsgruppe Schiltach der NSDAP hat mich ebenfalls dringend gebeten in Anbetracht des unhaltbaren Zustandes sofort Schritte zu unternehmen, dass Herr Dr. Jockers wieder freigegeben wird.“ (AS-401)

<sup>37</sup> Reichsärztekammer, Bezirk Ortenau an Bürgermeisteramt, 4.7.1943: „Ab Montag, d. 5. Juli ist Herr Dr. Jockers in Schiltach wieder zum militärischen Dienst einberufen voraussichtlich für die Dauer von 6 Wochen. Seine Vertretung übernimmt Herr Dr. Brand in Schiltach. Da Herr Dr. Brand gleichzeitig Betriebsführer eines Rüstungsbetriebes [Fa. Karlin] ist und dort wichtige Aufgaben zu erfüllen hat, ist eine strenge Einteilung seiner Arbeitszeit geboten.“ Als Sprechzeiten werden angegeben: Mo-Sa 8.30-10 Uhr und für Arbeitende Mo-Fr 18-18.30 Uhr. (AS-401)

<sup>38</sup> Besetzung der Notfalltrupps, 3.10.1942:

„Bildung Sanitätstrupp, Führer: Georg Armbruster  
Feuerwehr- und Bergungstrupp: Andreas Faißt

---

Alarmtrupp: Georg Wolber

Entgiftungstrupp: Wilhelm Schillinger

Instandsetzungstrupp: Johann Haas

Straßendienst: SS-Mann Wilhelm Moser“ (AS-3130)

<sup>39</sup> Fa. Hans Grohe an Bürgermeisteramt, 4.2.1943: Vorlage des Belegs des Rüstungskommandos Freiburg, dass Hans Grohe „zur Erfüllung ihrer kriegswichtigen Fertigungsaufgaben auf den Einsatz franz. Facharbeiter angewiesen ist“. Im März 1943 gelingt die Anmietung eines Saales für die Franzosen, da, laut eines Schreibens von Landrat Wagner an das Bürgermeisteramt „die Belegung der Fremdenzimmer nicht tunlich ist“. (AS-1913)

<sup>40</sup> Todesmitteilung an Maria Schönwald, 7.2.1943: „Ich weiss, wie schwer und schmerzvoll diese Zeilen für Sie sein werden, ich weiss aber auch, dass Sie letzten Endes stolz und gefasst dieses schwere Schicksal ertragen werden, denn für Deutschlands Ehre und Freiheit, für das spätere Gedeihen unseres schönen grossen Vaterlandes ist kein Opfer zu hoch.“ (AS-3833)

<sup>41</sup> Bescheinigung der Rüstungsinspektion Oberrhein, 20.8.1943: „Die Firma Albert Agethen, Köln, ist fliegergeschädigt und hat ihren Betrieb im Einverständnis mit Rü in Oberrhein nach Schiltach i. Schwarzwald verlagert. Die Verlagerung liegt im Wehrmachtsinteresse.“ (AS-901)

Fa. Agethen an Fahrbereitschaft, undatiert (wohl Juli 1943): Zum Maschinentransport äußert das Unternehmen: „Wäre die Verlegung, wie von mir nach dem ersten Angriff am 29.6. beabsichtigt, möglich gewesen, so wäre kein weiterer Schaden beim zweiten Angriff (bei dem der Kölner Dom zum 1. Mal beschädigt wurde) entstanden. Ganz abgesehen davon, dass das Gebäude zerstört ist, kann in Köln auch nicht mehr fabriziert werden, weil der elektrische Strom fehlt. Die Verlegung ist sehr dringlich. Die Umsetzung der Maschinen nach Schiltach kann nur durch Lastkraftwagen erfolgen“. (AS-901)

Bürgermeisteramt an Reichsministerium für Rüstung, Außenstelle Straßburg, 24.6.1943: Dringlichkeitsstufe: Sonderstufe SS 4911. (AS-901)

<sup>42</sup> Einspruch von Gärtner Andreas Wolber, 18.8.1943: „Ich muss auch eine Gefährdung meines Betriebs durch feindliche Flieger wegen des nebenan geplanten Industriebetriebs befürchten. Die vielen Fenster der Gewächshäuser würden durch die geringste Feindeinwirkung zerstört werden und könnten jetzt im Kriege nicht ersetzt werden.“ (AS-901)

<sup>43</sup> NSDAP, Ortsgruppe Schiltach an Bürgermeisteramt, 17.4.1943: „Gemäß der Verordnung über die Abkürzung handels- und steuerrechtlicher Aufbewahrungsfristen vom 28.12.1942 ist kaufmännisches Schriftgut auszusortieren, welches mehr als 5 Jahre alt ist. (...) Dieses entbehrliche Material ist wertvoller kriegswichtiger Rohstoff und wird in der Altpapiersammlung 1943 restlos erfasst.“ (AL-916)

<sup>44</sup> Bürgermeisteramt an alle Gasthofbesitzer, 16.6.1943: „Es treffen binnen kürzester Frist in Schiltach Fliegergeschädigte aus dem Gau Westfalen-Süd ein. Sowohl Unterbringung als Verpflegung müssen sichergestellt werden, evtl. im Zwangswege. (...) Gleichzeitig gebe ich Ihnen bekannt, dass nur noch Personen (Erwachsene und Kinder) aus dem Gau Westfalen-Süd und dem Kreis Mannheim hier aufgenommen werden können, bezw. hier verbleiben können.“ (AS-1918)

<sup>45</sup> Walter Zeumer (Hattingen) an Bürgermeisteramt, 23.6.1943: „Zwar gibt wohl jeder vor, unsere Notlage zu verstehen, leider langt es dann nicht bis zur wirklichen Hilfe.“ (AS-1913)

---

<sup>46</sup> Fa. Junghans an Landratsamt, 29.6.1943: „Wir verlieren ausserdem durch die zweite SD-Aktion [eigentl. SE-Aktion, Sondereinziehungsaktion, d.h. Einberufungen, A.M.] wiederum eine grössere Anzahl Leute, die durch auswärtige Gefolgschaftsmitarbeiter ersetzt werden müssen und für diese Leute werden wir in nächster Zeit wohl sämtliche Quartiere benötigen, die zur Zeit leer stehen.“ (AS-1913)

<sup>47</sup> Anschlag des Bürgermeisteramts, 19.11.1943: „Wenn nachher empfindliche Strafen verhängt werden, soll nachher niemand auf das Rathaus springen und hundert Entschuldigungen vorbringen. Wer glaubt, gegen eine Strafverfügung Beschwerde einlegen zu müssen, kann dies ja nachher tun. Auf faule Ausreden werde ich nicht eingehen. Es muss jetzt dieser Ton angeschlagen werden, nachdem alle bisherigen Hinweise und höfl. Ermahnungen bei vielen Volksgenossen keine Beachtung gefunden haben.“ (AS-3130)

<sup>48</sup> Mitteilung vom 3.1.1944: „Bei den wechselvollen Kämpfen ist es leider noch nicht gelungen, ihn zu bergen, sodass wir ihn noch nicht auf dem Heldenfriedhof beisetzen konnten.“ (AS-1148)

<sup>49</sup> Gesuch von Christine Wolber, 21.2.1944: Ihr Mann fiel 1918 in Frankreich, Sohn Hans Eßlinger starb am 2.1.1944 in Russland, Sohn Friedrich Eßlinger möge ins Inland versetzt werden: „Ich wäre sehr dankbar, wenn mir dieser mein letzter Sohn am Leben erhalten bleiben könnte und ich beantrage deshalb dessen Verwendung in rückwärtigen Diensten.“ Bürgermeister Bühler unterstützt das Ansinnen mit Begriffen wie „Felde der Ehre“ und „Heldentod“. (AL-669)

<sup>50</sup> Anonymes Schreiben an Bürgermeisteramt, 2.3.1944: „Jede Nacht überfliegen feindliche Flugzeuge unsere Stadt. (...) Sollte morgen früh wieder ein Licht in dem betr. [Vereinsbank] Gebäude brennen, so werde ich nach dem von Ihnen vorgeschlagenen System, Einwurf der Fensterscheibe, verfahren (...) Heil Hitler! Einer der Vielen, der morgens bei Dunkelheit an die Arbeit geht“. Per Anschlag mahnt das Bürgermeisteramt eine Verbesserung der schlechten Verdunkelungsdisziplin an. (AS-3130)

<sup>51</sup> Fa. Junghans an Bürgermeisteramt und Rüstungskommando Stuttgart, 9.3.1944: „Auf Grund einer Anordnung der Gauwohnungskommissars sind im Falle dringenden Wohnungsbedarfs für deutsche Volksgenossen ausländische Arbeitskräfte Zug um Zug aus Privatquartieren zu entfernen und in Baracken unterzubringen.

Da wir innerhalb unseres Einzugsgebietes rund 450 ausländische Gastarbeiter in Privatquartieren untergebracht haben, zur Zeit aber eine anderweitige Unterbringungsmöglichkeit nicht besteht, hat die Frage für uns eine prinzipielle Bedeutung. Wir haben daher die Behandlung der Angelegenheit der Rüstungs-Inspektion V übergeben.

Sollte die Entscheidung getroffen werden, dass an den betreffenden Wohnorten der ausländischen Arbeitskräfte Baracken zu erstellen sind, wird dies unsererseits beantragt werden.

Bis zur endgültigen Regelung muss jedoch unsere Rüstungskapazität gesichert bleiben.“ (AS-1913)

<sup>52</sup> Protokoll des Gemeinderats, 26.5.1944: „Der Bürgermeister gibt bekannt, dass für den Luftschutz zur Vermeidung von Personenverluste kurze Stichgräben und 1-Mann-Löcher ausserhalb des Trümmerschattens anzulegen sind. Die Bevölkerung soll aufgefordert werden, diese Schutzeinrichtungen unter Belehrung und Beratung der Amtsträger des RLB. zu treffen.“ (Abs-178)

---

<sup>53</sup> Bericht des Bürgermeisteramts an „Schwarzwälder Tagblatt“ zu Gemeinderatssitzung, 7.6.1944: „Die Stadt hat für Kriegsgärten das sämtliche dafür vorhandene Gelände zur Verfügung gestellt. Hauptsächlich werden Kriegsgärten auf dem Sportplatz angelegt. Nur das eigentliche Spielfeld wurde davon ausgenommen. Ab 1944 soll für das Gelände ein geringer Pachtzins erhoben werden.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Brennholz bildete schon wiederholt den Gegenstand von Beratungen. (...) In der Turnhalle sollen durch die Gaufilmstelle ständig Lichtspielführungen gegeben werden (...). Die Hotel- und Gasthofbesitzer wurden mit einschlägigen Bestimmungen vertraut gemacht. Der Beherbergungsraum wird den Richtlinien entsprechend bevorzugt Fronturlaubern und Bomberverletzten mit amtlicher Förderung der NSV. verschickt werden, dann auch anderen Volksgenossen vor allem Schwerkriegsgeschädigten Volksgenossen die kriegswichtigen Arbeiten leisten usw. zur Verfügung gestellt.“ (AS-138)

<sup>54</sup> Mitteilung vom 25.7.1944: „Nach Verlust aller Personalunterlagen durch Feindeinwirkung wurden Sie am Hand der eintreffenden Post als nächste Angehörige ermittelt. Sollte dies nicht zutreffen, so bittet das Regiment um Weiterleitung dieses Schreibens.“ (AS-1148)

<sup>55</sup> Bürgermeisteramt an Wehrbezirkskommando, 30.6.1944: „In Schiltach besteht z.Zt. nur noch eine Bäckerei, was ein völlig untragbarer Zustand ist. Die Bevölkerung ist gezwungen von weither auswärts sich das Brot zu holen. Darunter muss natürlich der Arbeitseinsatz insbesondere der Arbeitseinsatz der Frauen in den Betrieben leiden. (...) Ich beantrage deshalb, dass der [kriegsversehrte] Gefreite Ernst Seeger aus dem Heeresdienst entlassen und für die Bäckerei Friedrich Bühler in Schiltach, die ihm pachtweise überlassen ist, UK. gestellt wird.“ (AS-1917)

<sup>56</sup> Bericht zum Absturz eines US-Flugzeugs (USAF-B-17G) am 16.7.1944 im Blauloch (Hinterer Heubach), o.D.: „Das Flugzeug flog schon mit massiven Problemen von Schlossberg her tief über Schiltach. „Der Besatzung wurde zum Teil Gliedmaße abgerissen. An einem Baum hing eine Jacke, in welcher ein abgetrennter Arm steckte. Ein Flieger war noch am Leben und befand sich in der Maschine, er schaute Herrn Faist verzweifelt an, aber der konnte ihm nicht helfen, denn durch das Feuer und die explodierende Munition war es nicht möglich an das Flugzeug zu kommen.“ Alfred Dieterle: „Später ist er noch einmal hingegangen und hat nach brauchbarem gesucht und unter anderem ein paar Handschuhe mitgenommen. Als er sie zuhause untersucht hat, sind noch zwei Finger eines Toten darin gesteckt.“ „Die Toten wurden auf dem Friedhof in St. Roman auf der Südseite an der Friedhofsmauer beigesetzt.“ Schließlich folgt eine Auflistung der wahrscheinlichen Insassen. (AS-1922)

<sup>57</sup> Bürgermeisteramt an Landratsamt, 10.10.1944: „Der Firma Hans Grohe steht für ihre Gefolgschaft nur ein verhältnismäßig kleiner Luftschutzraum in der neben dem Betrieb liegenden Kleinkinderschule bei Luftgefahr zur Verfügung. Da die Gefahr über feindliche Flieger, insbesondere Tiefflieger immer größer wird, ist die Firma Grohe gezwungen, weitere Luftschutzmassnahmen zu schaffen. Die Firma Grohe beabsichtigt nun auf den in der Nähe liegenden Grundstücken des Gerbereibesitzers Friedrich Trautwein und des kaufm. Angestellten Welle hier, Splitterschutzgräben zu errichten.“ Der Landrat verpflichtet daraufhin Trautwein und Welle, die Grundstücke zur Verfügung zu stellen. (AS-3130)

<sup>58</sup> Einschätzung der Luftschutzvorkehrungen, 20.10.1944: „Felsenkeller für 400 Personen, 4 öffentliche Luftschutzkeller (Sonne, Martin-Luther-Haus, Philipp Koch, Friedrich Rau 230 Personen, Weitere gute Keller für 580 Personen“. „1210 Personen sind in Schiltach geschützt, 1300 Personen ungeschützt“. (AS-3130)

<sup>59</sup> Gestapo über Landratsamt an Bürgermeisteramt, 22.9.1944 (Eingang 25.10.1944): „Auf Grund der militärischen Ereignisse strömen in der letzten Zeit insbesondere Mitglieder der franz. Miliz mit ihren Angehörigen in das Reichsgebiet. (...) RFSS hat über die Behandlung der Milizangehörigen

---

Sonderanordnungen erlassen. Deshalb Auffang und Verweisung nach Strassburg von besonderer Wichtigkeit. Unbedingt zu vermeiden Anwerbung für Sonderformationen oder gar gemeinsame Unterbringung mit Ostarbeitern.“ (AS-1915)

<sup>60</sup> Bürgermeisteramt an Landrat, 27.10.1944: „Durch Verlegung von Rüstungsbetrieben und Beschlagnahme aller verfügbaren Räume durch die Wehrmacht und die franz. freiw. Legion bzw. den Sonderbeauftragten der Deutschen Botschaft ist erhebliche Mehrarbeit entstanden, sodass die Freigabe von Arbeitskräften jetzt unmöglich ist.“ (AS-39)

<sup>61</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzungen, 11.11.1944: „Der Bürgermeister gibt bekannt, dass 2 Säle von der franz. freiwilligen Legion und von der Wehrmacht 3 Säle belegt sind. 1 Schulsaal ist im Schulhaus für den Unterricht noch frei. 1 Saal wurde von Fritz Schneider Spitalstraße für Schulunterricht gemietet. Im früheren Gewerbeschulraum ist vormittags Unterricht der Hauptschule und Nachmittags soll der Betrieb des Kinderhorts aufrecht erhalten werden.“ (Abs-178)

<sup>62</sup> Bürgermeisteramt an Landratsamt, 11.11.1944: „Da seit kurzem nun auch das Zentralkomitee der Franz. Freiwilligen Legion gegen den Bolschewismus und ein Teil der Deutschen Botschaft sich in Schiltach befindet, mussten sämtliche verfügbaren Quartiere in Anspruch genommen werden.“ (AS-1918)

<sup>63</sup> Information der Kreispropagandastelle Wolfach, o.D.: „Trotzdem steht fest, dass die überwiegende Masse der in Straßburg befindlichen Altreichsdeutschen, sowie sehr viele gutgesinnte Elsässer, die sich freiwillig anschlossen, die Stadt verlassen konnten. Die Gauleitung und die Behörden verließen die Stadt erst in den letzten Minuten, als feindliche Panzer schon im Stadtzentrum in nächster Nähe der Dienststellen feuerten.“ Anhang: „Die Mundpropagandaparolen dürfen bei der Weitervermittlung unter keinen Umständen gedruckt, als Handzettel, in Mitteilungsblättern oder in der Presse verbreitet werden, dass sie irgendwie unter Kontrolle des Feindes geraten.“ Es folgen Richtlinien für alle politischen Leiter und Bürgermeister. (AS-1913)

<sup>64</sup> Eine Liste vom 19.12.1944 umfasst 32 „weibliche Familienangehörige der Französischen Freiwilligen-Legion die sich z.Zt. in Schiltach befinden“. Handschriftlich wird ergänzt: „gemeldet an Kreisleitung-Kanzler 25 Familien mit 40 Kindern 10 weibliche, 10 männl. Personen 30 sonstige Kinder“. 32 Namen umfasst eine Liste „männlicher Familienangehörige der Französischen Freiwilligen-Legion die sich z.Zt. in Schiltach befinden“. Als Unterkunft wird jeweils „privat“ oder werden Gasthöfe angegeben, bei Männern auch „Schule“. Die Liste „Kinder der Französischen Freiwilligen-Legion die sich z.Zt. in Schiltach befinden“ umfasst 70 Namen. (AS-1915)

<sup>65</sup> Bürgermeisteramt an Stadtkasse, 24.1.1945: „Die Franz. Freiw. Legion hat ab 15.9.1944 zur Verköstigung von Angehörigen der Franz. Freiw. Legion die Kochschule hier, sowie den grossen Saal des HJ Heimes in Beanspruchung genommen. Von diesem Zeitpunkt an hat die Franz. Freiw. Legion eine monatl. Miete von RM 80 zu bezahlen.“ (AS-1915)

<sup>66</sup> Bürgermeisteramt an Sonderbeauftragten der Deutschen Botschaft in Paris, z.Zt. in Schiltach, 10.2.1945: „Die franz. freiw. Legion hat eine Küche der Kochschule in Benützung. Durch den Fliegerangriff auf Hornberg mussten in den beiden Sälen vor der Küche Alte und Gebrechliche Leute aus dem Altersheim in Hornberg untergebracht werden. Eine private Unterbringung dieser Leute ist unmöglich. Es wird in den gleichen Sälen auch das Pflegepersonal untergebracht. Das Pflegepersonal übernimmt auch die Verpflegung für die Fliegergeschädigten aus dem Altersheim. Dazu wird die Kochküche benötigt, und zwar muss die Kochküche sofort in Anspruch genommen werden. Ich bitte sofort zu veranlassen, dass die Kochküche

---

geräumt wird, und dass eine Kochstelle im Gasthaus zum ‚Aberle‘ eingerichtet wird, für die Angehörigen der franz. Freiwilligen Legion. (...) Die Massnahmen werden in Einvernehmen mit dem Ortsgruppenleiter der NSDAP und der NSV getroffen.“ (AS-1915)

<sup>67</sup> Anschlag des Bürgermeisteramts, 28.12.1944: „Obwohl ich erst neulich durch einen Anschlag bekannt geben ließ, dass beim Herannahen feindlicher Flugzeuge Deckung aufzusuchen ist, laufen auch bei Alarm die Passanten auf der Strasse unbekümmert weiter als ob überhaupt keine Gefahr bestünde. (...) Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, dass ich als örtlicher Luftschutzleiter beim Herannahen feindlicher Flugzeuge vorher keine Meldung erhalte. Es kann deshalb auch im allgemeinen nicht alarmiert werden. Umsomehr ist es notwendig, dass beim Hören von Motorengeräuschen oder gar bei der Sicht von Flugzeugen sofort die Luftschutzräume, soweit dies nicht möglich ist andere Deckung, aufgesucht werden.“ (AS-3130)

<sup>68</sup> Musikdirektor Jakubasch an Bürgermeisteramt, 8.11.1944: „Die Verhältnisse in der Stadt und Einwohnerschaft Schiltachs haben sich derart zugespitzt, dass es vorerst wenig Zweck hat – die Musik aufrecht zu erhalten. Ich möchte Sie deshalb bitten, mich von der Leitung des Orchesters zu entheben (...). Als ich vor 14 Tagen ins Probelokal kam, musste ich feststellen, dass dort ein Kindergarten eingerichtet ist.“ Darüber hinaus sei der für den Schramberger wichtige Zug aus Schramberg gerade eingestellt worden. (AS-2002)

<sup>69</sup> COSI. an Bürgermeisteramt, 2.1.1945: „Die Organisation der ersten Hilfe für die politischen Flüchtlinge aus Frankreich (C.O.S.I. – Comite ouvrier de secours immediat), die sich mit der deutschen N.S.V. vergleichen lässt, ist in Deutschland beauftragt, den Franz. politischen Flüchtlingen Hilfe zu leisten. Auf Anordnung des Franz. Arbeitsministers und der Solidarität Herrn Marcel Deat und in vollem Einvernehmen mit dem deutschen Botschafter in Frankreich, Herrn Otto Abetz, habe ich in Wolfach für den Kreis Wolfach im Hause der Kreisamtsleitung der N.S.V. eine Dienststelle eingerichtet.“ (AS-1915)

<sup>70</sup> Bürgermeisteramt an Bürgermeisteramt Kinzigtal, 28.5.1945: „Oberhalb der Wehr der Kistenfabrik der Gebr. Heinzelmann, Sägewerke Schiltach befindet sich in dem sogenannten Höllgumpen in der Kinzigmitte ein Personenkraftwagen, der vermutlich den ehemal. Kreisleiter der ehemaligen NSDAP. Schweickhardt gehören soll. Es wird vermutet, dass sich Schweickhardt in dem Wagen befindet. Bis zur Stunde konnte dies jedoch nicht festgestellt werden.

Da der Höllgumpen selbst und die Kanal bei der Kistenfabrik bisher immer schon als Badeplatz benützt wurde, sollte der PKW. mit der Leiche aus gesundheitlichen Gründen geborgen und die Leiche entfernt und bestattet werden in nicht geweihter Erde.

Der Herr Kommandant der Besatzungsarmee in Schiltach hat die Erlaubnis zur Bergung des Wagens und der Leiche und Feststellung der Personalien der Leiche, wie auch zur Bestattung erteilt.“ (AL-1102)

<sup>71</sup> Notiz Bürgermeisteramt, o.D.: „Den am 21. April 1945 gefallenen Eheleuten Jakob Faißt, Lehengericht, Schmelze, wurden am gleichen Tage durch Feindeinwirkung folgende Fahrnisse beschädigt:“. (AL-678)

<sup>72</sup> Erlebnisbericht Gottlieb Trautwein, verfasst im Juni 1945: „Viel später als an anderen Orten wurde auch hier (Schiltach) der Volkssturm aufgestellt. Man hatte das Gefühl, als ob der damalige Ortsgruppenleiter August Vornfett sich lange dagegen gewehrt hätte, den militärisch wenig wertvollen Volkssturm auch in die Masse des bereits verlorenen Krieges zu werfen.

---

Im November 1944 erfolgte die Aufstellung. Schiltach, Schenkenzell, Kaltbrunn und Lehengericht bildeten die Kompanie 322 mit ca. 300 Mann, wobei die Jahrgänge 1890 und jünger eingereiht wurden, d.h. alle, die noch einigermaßen laufen konnten. Dieses Aufgebot 2 sollte als Kampftruppe gelten u. konnte rasch nach den bestehenden Gesetzen jederzeit auch auswärts eingesetzt werden.

Komp.Führer wurde Zollassistent Schmid, ich sein Stellvertreter. (...) Die Zusammenarbeit mit meinem Kameraden Chr. Joos [Nachfolger des eingezogenen Schmid, A.M.] war die denkbar beste, zumal es mir gelang, den ehem. Oberturnwart Fritz Dinger als Komp.Feldwebel zu gewinnen, sowie Hans Fieser als Schreiber.

Joos [tat] den Volkssturmdienst nur noch als Schein gegen Außen. Als die Komp. im Januar 1945 im Raume Ulm einer Inf.Division zugeteilt werden sollte, setzte Joos alles daran, um mit der Komp. hier zu bleiben, was ihm auch gelang. (...)

Was geschah ist nicht das Werk eines Einzelnen, sondern in der Zusammenarbeit von Männern und sogar Frauen wurde das erreicht, was das Gebet Hunderter war: ‚Die Heimat blieb gerettet!‘ (...)

(Absprache Trautwein-Joos) Um 4.15 Uhr (16.4.) stand ich an der oberen Panzersperre, an der oberen Säge. (...) In der linken Hand hielt ich das weiße Tuch bereit, aber auch meinen Revolver, um mein Leben nicht ohne weiteres irgend einem Zufall anzuvertrauen. (...) Ich bedauerte, dass der Feind sich noch nirgends blicken ließ, da mit dem Hell werden die Gefahr irgendeines Zusammenstoßes wuchs. (...) Nun konnte die Alarmierung nicht länger verzögert werden, die Joos vornahm. Ein aufgeregtes Treiben begann im Städtchen als bekannt wurde, daß die Franzosen so nahe seien. Die Einwohner schafften Kleider, Möbel, Bettzeug, Esswaren etc. in den Wald, da ja auch mit einem Brande gerechnet werden musste. In den Geschäften wurde z. Teil die Waren ausgegeben, um später vor Plünderungen bewahrt zu werden. Der Volkssturm bezog Wache auf dem Rathaus! (...)

Am 19.4.1945 erhielt ich den Befehl des Kreisstabes, daß ich eine Gruppe der Kompanie von Schiltach zur Besetzung der Panzersperre am Westausgang von Schenkenzell zu entsenden habe. (...) Die Leute zogen mit Gewehren und Panzerfäusten bewaffnet, uniformiert ab. Dem Gruppenführer schärfte ich wiederholt ein, daß er die Sperre nur auf meinen ausdrücklichen Befehl schließen dürfe. Ich wies die Gruppe in den Raum selbst ein und zeigte den Leuten ebenfalls die Möglichkeit eines sicheren Rückzuges über die obere Halde nach Schiltach. (...) (Oberleutnant mit Sprengstoff soll Brücken sprengen) Ich machte ihn auf das Unsinnige seines Beginns aufmerksam und fand dabei tatkräftige Unterstützung von Sonnenwirt Karl Bühler. Der Oberinsp. sagte, daß gesprengt würde, doch wolle er jetzt zur Ruhe gehen, da er schon einige Tage keine Ruhe mehr gefunden habe. Das Quartier wurde scharf beobachtet und Sonnenwirt Karl Bühler verpflichtete sich den Kerl nicht aus den Augen zu lassen. Als er ihm am anderen Tage wie ein Schatten folgte, drohte der Oberinspektor ihm mit Erschießen, worauf Karl Bühler seine Pistole zog und erklärte ‚ich kann auch schießen‘. Am Donnerstagabend hatte der Sprengtrupp die Eisenbahnbrücke oberhalb des Bahnhofes Schenkenzell gesprengt. Nun sollte Schiltach drankommen! (...) (Verhinderung des Abmarschs von 57 Mann Richtung Villingen in lebhafter Debatte nach Verschleppung) Als Völker fort war, rief der anwesende Volkssturmmann Lüder, Werkmeister bei der Fa. Grohe uns auf mit folgenden Worten: ‚Wem die Heimat lieb ist, möge sich freiwillig melden‘. Ich ging sofort zu Herrn Lüder, der mir im Vertrauen sagte, daß in einem Sprengstoffschuppen an der Blatthäuserwiese große Mengen an Sprengstoff vorhanden seien, die vernichtet werden müssten. Ich sammelte ca. 10 Mann, die nicht wussten um was es sich handelte, bestellte solche auf abends um 8 h zu Grohe und dort siebten wir noch 2 Mann aus, die wir nicht

---

ganz dicht hielten. Dann zogen wir mit einem gummibereiften Wagen ab. (...) Der Sprengstoff war in 114 Kisten verpackt und es soll sich nach Aussage von Lüder um einen sehr explosiven Stoff gehandelt haben. Wir erfuhren von Fritz Dinger und Blank, dass sich im Humersbach ein altes Bergwerk befände, wo man den Sprengstoff leicht versenken könne. (Grube Emanuelsegen). In einem senkrechten Stollen von ca. 15 bis 20 m Tiefe, voll mit Wasser ruht das gefährliche Zeug, bei welchem nur eine einzige doppelt gesicherte Taschenlampe uns bei der nächtlichen Arbeit den Weg zeigen konnte. Morgens 6 h kamen wir nach Hause.

Am 19.4. gegen 17 h erschien auf dem Rathaus ein Hauptmann Bäuerle aus Ulm, der sich erkundigte, welche Sperren und Sprengungen in der Gegend vorgemerkt seien. Ich machte Bäuerle an Hand der Karte davon Kenntnis und sagte ihm auch, dass schon ein Sprengtrupp mit 1 Feldweibel (grosser Mann aus Köln) 2 Uffz und ca. 13 Mann hier anwesend seien, die hier sprengen wollten. Ich ließ dabei sofort durchblicken, dass ich das zu verhindern wisse und bereits die Bewachung der Brücken und Sperren angeordnet habe. Auch Sonnenwirt Karl Bühler unterstützte mich dabei und wir erfuhren von Bäuerle, daß wir auf den Trupp gut aufpassen sollten, da Nachts jedenfalls ein Major seines Stabes komme, der dann das Nötige anordnen werde. Ich empfahl dem Hauptmann als Quartier die Sonne und schärfte dem Sonnenwirt und seinem Bruder Otto ein, ja den Hauptmann zu bearbeiten, dass er auf unsere Seite komme um Sprengung zu verhüten. Sonnenwirt sagte mir, dass er die beste Flasche biete, und damit zogen die 3 ab. Ich wusste Hauptmann Bäuerle in guter Hut. Früh am Freitag, den 20.4. wurde ich in die Sonne gerufen. Dort war neben Hauptmann Bäuerle noch ein Major (Württembergischer, ca. 58 Jahre alt) und ein Leutnant (Norddeutscher, ca. 45 Jahre alt). Der Major ließ sich sofort von mir berichten, was das für Männer in dem Sprengtrupp seien und als er im Bilde war, gab er mir den Befehl, unter allen Umständen eine Sprengung der Brücken zu verhindern. (...) Es handele sich hier um einen wilden Sprengtrupp. (...) Wir sollten die Kerle sofort erschiessen, wenn wir sie sehen. Ich machte dabei aufmerksam, dass es sich bei meinen Leuten um solche handeln würde, die nicht leicht einen Soldaten erschiessen würden, worauf der Major ganz wütend schrie, ich befehle es ihnen! Leider habe ich mir diesen Befehl nicht schriftlich geben lassen, was mich sofort reute. (...) Die beiden Brüder in der Sonne unterstützten mich in einer Tat, die mich immer wieder in Erstaunen setzte, da ich den beiden einen solchen Mut und Entschlossenheit, die Heimat zu retten, nicht zugetraut hätte. Sie beteiligten sich an der Bewachung der Stadtbrücke mit Christian Joos, der sich sofort freiwillig dazu meldete und sich stundenlang bis abends dazu hergab, obwohl es sehr kritische Momente für ihn gab. Der Sprengtruppführer forderte Joos und seine Männer dreimal auf, die Brücke zu verlassen, dass solche gesprengt werden könne und jedesmal wurden die Waffen gegen den Sprengtrupp gehoben. (...) An der Bewachung der Stadtbrücke war massgebend für deren Erhaltung in erster Linie: Christian Joos, Karl Bühler zur Sonne, Georg Wolber, Schuhmachermeister, Anton Schetter, Friseur als Beobachter, die Bärenwirtin, Esslingerbäckerin, Feiglinge gab es wie jene 2 Schiltacher Männer, die klatschend an der Stadtbrücke standen und meine Bitte, sich an der Verteidigung der Brücke zu beteiligen, mit allerhand Ausreden keine Zeit zu haben, ablehnten. Im Nu waren diese Maulhelden verschwunden. (...)

Leichte Flak zog am Donnerstagabend hier ein, bezog Stellung in der Höhe Haldenhof-Kaibachweg gegen Richtung Schenkenzell. Drei leichte deutsche Panzer fuhren bis gegen Schenkenzell, einer gegen Rötenbach schoss einige Granaten ab und verzogen sich am Freitag früh gegen Hausach. (...) Gegen 18.40 h fuhr Vornfett mit den Zellenleitern Engelmann jr., Näger Anton, Fr. Trautwein in Richtung Schramberg davon. (...) 20.4.45 etwa nachmittags 3 Uhr fuhr ein deutscher Offizier vor das Rathaus und frug nach dem Bürgermeister. Ich sandte den Volkssturmmann Morlock mit, und einige Minuten später kam der damalige stellv. Bürgermeister Adolf Trautwein herunter riss alle Plakate und Anschläge weg. Aus

---

dem Rathaus hörte man dumpfe Schläge. Später stellte sich heraus, dass Tobias Bühler sen. das große Hitlerbild, das auf Sperrholz gemalt war, zusammenschlug. Darüber einige Aufregung. (...)

Fahnenverbrennung: Ich sah das nicht selbst, da ich ja anderen Wichtigeres zu tun hatte, wie den Posten an den Sperren und Brücken zu kontrollieren, aber ich hörte nachher davon. Tobias Bühler sen. verbrannte die Fahne der Ortsgruppe, DAF, und andere Parteifahnen, wozu jener Offizier den Befehl gab, der mit dem Motorrad gekommen war. Ob es eine Köpenikiade war, wissen wir nicht, jedenfalls war es gut so. Hier rächte sich die Fahnenverbrennung der Schwarz-rot-goldenen Fahnen im März 1933.

Am 20.4.45 begann auch der Abtransport der vielen Fremdarbeiter, die bei Grohe, Kumpf und Karlin arbeiteten. Betriebsleiter Lüder bei der Fa. Grohe bat den Ortsgruppenleiter Vornfett noch dringend die Deportation zu unterlassen, da er für seine Leute garantiere, aber vergeblich. Der unsinnige, wie unglückliche Befehl wurde ausgeführt und rächte sich dann bitter an Vornfett. Franzosen, Holländer, Polen, Russen, kurz alle Nationen die hier arbeiteten als moderne Sklaven, mussten über Kopf und Hals auf den Marsch gesetzt werden. Es war ein Elendsbild sondergleichen das sich geboten hatte als Männer, Frauen mit kleinen Kindern, in einem langen Zuge Wolfach zu sich bewegte. (...) Fliegerangriffe dezimierten die traurige Kolonne, die nach einigen Tagen halb verhungert in Villingen ankam, von wo sie sofort wieder zurückgeschickt wurden. Dass diese armen Menschen verbittert wieder in Schiltach ankamen, braucht nicht wundern. Junge Holländer z.B., die hier gerne gesehen wurden und als fleissige anständige Menschen galten, wurden genau so behandelt wie der Muschik aus der russischen Steppe. (...)

So kam der Abend des 20.4.45 (Freitag)

Schenkenzell war in den frühen Abendstunden vom Feinde besetzt worden. (...) Oberleutnant Bernhard Gnirs vom Regiment 113 (Konstanz i.B.) dem wir Schiltacher zu großem Dank verpflichtet sind zog etwa 19.30 h in Richtung Wolfach ab. Die Flakgeschütze am Haldenhof eröffneten etwa um 21 h das Feuer gegen Schenkenzell und die Strasse nach Schiltach, wo sich vielleicht fdl. Patrouillen vorwagten. Nach einem etwa halbstündigen Feuerüberfall zogen auch diese Truppen ab. 1 Battl. Infanterie (stark dezimiert) war noch hier, lag mit seiner Hauptmacht am Neuen Kirchbergweg und hatte Reserven am Schulhaus. Auch diese Truppen zogen nachts etwa 1/2 2 h (am 21.4.45) ab, sodass Schiltach praktisch nur noch dem Volkssturm übergeben war.

Am 20.4. abends gegen 21 h erschien über dem Städtchen Schiltach und (?) ein fdl. Aufklärer. (...) Wie in all den vorigen Tagen und Nächten, so war auch in jener Nacht die Volksturmwache auf dem Rathause. Die bereits schon früher genannten Brüder zur Sonne waren auch hier stets zur Stelle. Wer mit diesen beiden zu tun hatte, fühlte dass wahre Heimatliebe diesen Männern den Mut gab, auszuhalten, wie sie es taten. Wir gingen miteinander die Panzersperren ab, kontrollierten die Brücken. An der Panzersperre bei der Tuchfabrik Kumpf stand Otto Blank Posten. Tage vorher sagte er einmal, wenn Sie jemand brauchen, auf den Sie sich verlassen können, dann rufen Sie mich. Und er hatte gehalten was er versprach. Er sorgte dafür, dass die Sperre auch nicht geschlossen wurde und stand am anderen Morgen als der Franzmann von Schramberg kam an der offenen Sperre. So viele Männer, die hier nicht mit Namen erwähnt werden, haben mir geholfen und zusammengehalten wie wenn alles vereinbarte Sache gewesen wäre. In der entscheidenden Stunde waren sie da. Männer, die einen Widerstandsherd bildeten im Schutze ihrer Heimat.!

Ca. 5 Männer des Volkssturmes waren wir (Joos, Sonnenkarle und Otto) als wir zwischen 24 und 1 h die Sperre an der oberen Säge und die Brücke im Vorstädtle abgingen. Die Frauen im Hinteren Städtle frugen noch wie es stehe und wir gaben denselben den Rat ruhig daheim zu bleiben. Als

---

wir in der Bachstraße gingen, rauschte um 0.50 h die erste Granate daher. Sie fuhr in den Kirchberg, weitere folgten. Wir sprangen zuerst ins Schulhaus, wo das Militär noch war, mussten dann aber unter dauerndem Artilleriefeuer aufs Rathaus um die Nachbarschaft vom Beschuß zu verständigen. (...)

Als ich kurz nach 1 Uhr wieder das Rathaus Schenkenzell anrief, ermahnte mich einer der deutschen Gendarmen vorsichtig zu sein, da sich nebenan frz. Offiziere befänden. Ich liess die Verbindung nun lösen um keinen Missbrauch zu ermöglichen. Von nun an war keine telefonische Verbindung nach auswärts mehr möglich. (...) Das Haus von Georg Armbruster, Hauptstrasse 50, war beschädigt, die Traube, Wagner Hans sein Haus, die kath. Kirche. Zuerst kam der Beschuss von Richtung Schenkenzell um nachher aus Richtung Schramberg zu kommen. Deshalb lagen diese Schüsse auch meist im Häberlesberg bzw. an der Bahnlinie nach Freudenstadt. Ein Glück war es, dass keine Brandgranaten geworfen wurden. (...) Etwa um ½ 6 Uhr kam jene Menschenmenge aufs Rathaus, die von mir verlangte, daß ich das Städtchen übergeben solle. Ich machte die dabei befindlichen Männer darauf aufmerksam, daß ich nun viele Stunden Dienst ohne Ablösung gemacht hätte und sie genauso handeln müssten wie ich auch. Der Bürgermeister Groß wurde gesucht. Er schloß den Schlaf der Gerechten im Keller von Philipp Koch, wie ihn das ganze Städtchen und die Schießerei gar nichts angehe. Unsanft wurde er aus dem Schlaf gerüttelt. Als die Menschenmenge aufgeregt nicht angenehme Worte gegen den Bürgermeister schleuderte, rief die Frau des Ortsgruppenleiters Vornfett herunter: ‚Ich glaube die Schiltacher haben die Hosen voll, daß sie sich so benehmen. Wenn mein Mann das sehen würde, müssten sie sich schämen‘. So sprach diese Frau die auch mithalf das Volk ins Elend zu bringen in der letzten Stunde noch. Ich war nicht dabei, als sie das sagte, da ich ihr die Antwort nicht schuldig geblieben wäre. (...) An der Tür zum Amtszimmer des Bürgermeisters hing jener Zettel in frz. Sprache, der ein dauernder Schandfleck für den damaligen Bürgermeister Groß bleiben wird.

Der Zettel hatte folgende Inschrift: ‚Le commandant des troupes francaises!

Me maire de Schiltach sere fermé eventuellemert pour en temps court, que gal y a danger des personnes civiles par un bombardement d’artillerie ou (?) bombardement d’avions. Directment après d’occuber de la ville de Schiltach par les troupes allies le maire retournera tout de suite.

Schiltach le 20. avril 1945 le maire (Monsieur Grande)

Feige wie er immer war, saß er die ganze Nacht im Keller und schlief, schlief als die Granaten ins Städtchen heulten und Häuser beschädigten, als ob ihn das ganze Schauspiel gar nichts angehe. Die Menschenmenge brachte diese Schlafhaube soweit, dass er auf dem Rathaus einen Zettel unterschrieb, auf welchem die Übergabe von Schiltach angeboten wurde. Siebald und Ferdinand Wöhrle brachten diese Übergabebescheinigung nach Rötenbach und gelten somit als wirkliche Übergeber Schiltachs an Stelle von P.W., der es auch versucht haben sollte. (...) Um 8.45 Uhr am 21.4.1945 fuhr von Schenkenzell kommend die Spitze der feindlichen Truppen ins Städtchen ein. Zuerst kam ein Motorwagen, dann Panzerspähwagen und Pkws mit aufgesessener Infanterie. (...) Der Funker im Panzerspähwagen hatte viel Arbeit. Unaufhörlich sandte er seine Morsezeichen in die Welt hinaus, jedenfalls die Einnahme Schiltachs anzeigend. Der Krieg im militärischen Sinne war für Schiltach vorbei! Gebe Gott, daß wir nach diesen Morden auch einmal wieder die Sonne eines wahren Friedens sehen dürfen.

Schiltach, im Juni 1945

gez. Gottlieb Trautwein“

# Nachkriegsgeschichte

<b>DATUM</b>	<b>EREIGNIS</b>	<b>AKTENSTÜCK</b>
21.4.1945	Bis 18 Uhr werden Bahnhofshotel, „Rößle“ und „Aberle“ für die Besatzungstruppen beschlagnahmt.	AS-127
21.4.1945	Bürgermeister Groß lässt einen öffentlichen Anschlag zu möglichen Belästigungen durch „marokkanische Soldaten“ der französischen Armee anschlagen.	AS-127
21.4.1945	Bürgermeister Groß lässt mit weiteren öffentlichen Anschlägen mitteilen, dass alle Waffen bis 18 Uhr abzugeben seien: „wird durch Haussuchungen festgestellt, dass Waffen vorhanden sind, so wird das Haus durch die Besatzungstruppe angezündet.“ Außerdem wird gewarnt: „Wer einen Deutschen Soldat in seinem Hause versteckt hält und es bis heute Abend 6 Uhr nicht gemeldet hat, dem wird das Haus zerstört.“	AS-127
22.4.1945	Ausgangssperre herrscht 19-8 Uhr. Ab 21 Uhr ist Licht in Wohnungen nicht gestattet. Größere Vorräte an Munition, Nahrungsmitteln, Benzin usw. müssen auf dem Rathaus angemeldet werden.	AS-127
22.4.1945	Protokolliert ist die Belästigung einer Frau Maria Meyer durch marokkanische Soldaten.	AS-128
22.4.1945	Nachdem in der Nacht vom 20./21.4.1945 Wein aus dem Keller der Weinhandlung Paul Wolber gestohlen wurde, solle dieser zurückgegeben oder bezahlt werden.	AS-127
1.5.1945	Das Bürgermeisteramt fordert „alle Haushaltsvorstände“ auf, noch vorhandenen Waffen und Munition im Bürgermeisteramt abzugeben. Wer ohne Erlaubnis weiterhin eine Waffe besitzt werde „unverzüglich erschossen“. Dies gilt auch für Ausländer. Tag und Nacht seien Patrouillen unterwegs: „Jede von diesen angerufene Person hat unverzüglich stehen zu bleiben. Die Patrouillen haben Befehl erhalten, das Feuer auf jedermann zu eröffnen, der zu entfliehen sucht.“ → Das Datum 1.5.1945 kann nicht stimmen, da u.a. auch Auszahlungssperren als am 4.6.1945 geendet erklärt werden. Das vorliegende Papier stammt wohl eher aus dem August 1945, wobei der Inhalt aber tatsächlich vom 1.5.1945 sein könnte.	AL-596



24.5.1945	Der Kommandant befiehlt, dass die Fa. Hans Grohe auch die Zivilarbeiter der Fa. Riehl mitversorgen muss, da deren Küche nicht mehr existiert.	AS-127
30.5.1945	Bilanz der Verwaltung zur wirtschaftlichen Lage bei Fa. Karlin: Die Karlin produzierte im Frieden 600000m wollene und halbwollene Herrenanzugstoffe, während die Kriegsproduktion 400000m Militärtücher betrug. Darüber hinaus: „Die Straßen, Straßenbrücken und Eisenbahnbrücken sind alle unversehrt geblieben. Sprengungen in dieser Richtung konnten verhindert werden (...). Die Industriebetriebe sind unbeschädigt geblieben.“	AL-671
30.5.1944	Einschätzung der Verwaltung zur Zahl und Situation der in Lehengericht befindlichen „nichtdeutschen Zivilbevölkerung“: Insgesamt sind 54 Personen aus Russland und Polen (darunter mit Familie Dabrowski eine 3-köpfige Familie) im Ort. In ihrer Beurteilung heißt es: „wirtschaftl. Zustand“: 54 mal gut „moral. Zustand“: 54 mal gut „Verhältnis zur deutschen Bevölkerung“: keine Beanstandung/in Ordnung, teilw. Formulierung „wie zu Hause“ Anhang: „Es ist noch zu bemerken, dass Zwischenfälle irgendwelcher Art hier sich vor dem 21.4.1945 keine ereignet haben.“ Ende Juli 1945 ist die Zahl der Ausländer in Lehengericht deutlich zurückgegangen.	AL-671
30.5.1945	Die von der französischen Verwaltung am 7.5.1945 vorgenommene Zusammenlegung der Kreise Lahr und Wolfach wird aufgehoben. <sup>3</sup>	AS-10
5.6.1945	Schiltach droht Lehengericht die Belieferung durch die Bäckereien zu unterbinden, falls die Getreidelieferungen nicht den Forderungen angepasst werden. <sup>4</sup> Lehengericht rechtfertigt sich gegenüber dem Landratsamt. <sup>5</sup>	AL-944
7.6.1945	Als Sachwerte der NSDAP in Lehengericht werden gelagerte Betten im Leibgedinghaus von Jakob Bühler (Simonshof) gemeldet. Die Betten werden durch Besatzungstruppen beschlagnahmt. Später werden als Besitzstände noch ein Lagerzeit der HJ und Material des NSFK in Lehengericht und Schiltach festgestellt.	AL-585
7.6.1945	Die Kommandantur erlaubt Pässe für Reisen nach Alpirsbach bzw. Schramberg.	AS-127
25.6.1945	Das Bürgermeisteramt Schiltach beklagt, die Nahrungsmittel reichten bei weitem nicht aus.	AS-1917
25.6.1945	Das Bürgermeisteramt Lehengericht beklagt das „Hamsterunwesen“: „Schon heute können nicht einmal mehr die Kinder in Schiltach mit Milch beliefert werden“.	AL-596
27.6.1945	Die aus der Sowjetunion stammenden früheren Zwangsarbeiter verlassen in einem	AS-1948

	Sammeltransport Schiltach. <sup>6</sup>	
Juni 1945	Der in Schiltach lebende Berufsschullehrer in Wolfach, Wilhelm Völker, wendet sich an die Kreiskommission der Besatzungsmacht gegen „in Schiltach über meine politische Anschauung und über meine Tätigkeit in der Partei übertriebene Gerüchte“. Wie andere auch habe er lediglich seine Pflicht getan. Im Oktober wird er zu seinen Angaben noch eine eidesstattliche Erklärung abgeben. <sup>7</sup>	AS-127
Juni 1945	Die Bevölkerung darf sich im Umkreis von 15 km im Kreis Wolfach per Passierschein bewegen.	AS-127
Juni 1945	Übersicht zu den Requirierungen aus Schiltach während des Monats: 300 l Wein 14,5 kg Butter 415 Eier 75 l Milch 10 Hühnchen 25 kg Kirschen 500 kg Kartoffeln 300 kg Fleisch 6 l Rahm 6,75 l Öl 20 l Likör täglich 2-3 Rehe 200 m Tuch der Fa. Karlin täglich werden Fische gefangen	AS-128
1.7.1945	Das Landratsamt fordert von Schiltach Materialien an: „Zur Einrichtung eines vom Kreis Wolfach zu unterhaltenden KZ-Lagers hat die Gemeinde sofort abzugeben und bis spätestens 3. Juli 1945 zur Abholung bereitzuhalten und zwar:“ 8 gute Woldecken 3 gute frisch gefüllte Strohsäcke 3 gute frisch gefüllte Kopfpolster 5 gute Hocker oder Stühle ohne Lehne aus Holz Die Ablieferungspflicht ist am 3.7.1945 erfüllt.	AS-294
14.7.1945	Auf Befehl der Kreiskommandantur wird der Jahrestag der Französischen Revolution als Feiertag begangen.	AL-581

18.7.1945	Das Bürgermeisteramt warnt vor dem Verzehr von unreifem Obst und unabgekochtem Wasser.	AL-596
23.7.1945	Die Schiltacher Metzger wollen weiterhin nur drei Tage pro Woche öffnen (in Nachbarschaft sei noch seltener geöffnet), da sonst bei der geringen Abgabemenge von 100 Gramm pro Kopf und Woche die Kühlkosten zu hoch seien.	AS-1371
Juli 1945	Im Landkreis werden weitere Suspendierungen vorgenommen: Reg. Oberinspektor Böhe, Kreisverwaltungsinspektor Künzig, Reg. Sekretär Schneider, Ernährungsamt (vorher Kreisbauernschaft) Erich Wintermantel. Später wird auch noch Regierungsoberinspektor Harder suspendiert.	AL-588
2.8.1945	Die Gemeindeverwaltung Lehengericht erstellt eine Liste der früheren NSDAP-Mitglieder. Erfasst sind 37 Namen, alles Männer. In einer Statistik sind die Namen von 32 Gefallenen und 116 noch Gefangene/Vermisste erfasst. In einem Verzeichnis aller dauernd oder zeitweilig während des Kriegs in Lehengericht befindlichen Ausländer (Kriegsgefangene, Deportierte, Arbeiter, Flüchtlinge) werden drei Franzosen, ansonsten Polen und Russen aufgeführt. Eine eigene Liste für die Fa. Junghans weist 61 Personen, zumeist Russen, aber auch einige Franzosen, vereinzelt Niederländer, Jugoslawen, Kroaten und Polen auf. Dabei wird für die Russen angegeben, dass sie beinahe durchgängig bis zum Kriegsende blieben und 1942-44 gekommen waren.	AL-671, AL-693
8.8.1945	Das Bürgermeisteramt möchte mangels alternativer Kandidaten den früheren Ortsbauernführer als Ortsbeauftragten behalten. <sup>8</sup> Am 22.1.1946 wird dies bestätigt, sei der Betroffene doch nur unter Druck in das Amt gekommen. <sup>9</sup>	AL-927
9.8.1945	Der wohl damals in Schramberg lebende Friedrich Kneißler war zwischen September 1938 und Februar 1939 im KZ Welzheim inhaftiert. Sein Vergehen: eine abfällige Bemerkung während eines Besuchs von Benito Mussolini. 1940 zog Kneißler schließlich nach Hinterlehengericht (Deisenbauernhof). Nach Äußerung des Bürgermeisteramts nach dem Kriegsende ist von ihm keine Entschädigungsforderung zu erwarten. <sup>10</sup>	AL-585
21.8.1945	Die Kommandantur in Wolfach teilt dem Bürgermeisteramt harte Auflagen zur Meldung heimgekehrter Kriegsgefangener mit. <sup>11</sup>	AS-126
23.8.1945	Die Schiltacher Bäckereien sind nur teilweise geöffnet. <sup>12</sup>	AS-3132
August 1945	Eine Liste erfasst alle früheren NSDAP-Mitglieder Schiltachs. Aufgeführt sind nur Männer, obwohl die grundlegende Anweisung geschlechtsneutral formuliert war.	AS-127
August 1945	Der französische Unteroffizier Johann Peter le Prévost rettet im Strandbad drei Personen das Leben.	AS-127

25.9.1945, 6.5.1946, 12.12.1947	Gottlieb Trautwein setzt sich für Christian Joos ein. Ihm sei die Rettung der Stadtbrücke 1945 zu verdanken. Eine Unterschriftenaktion für Joos wird gestartet. Joos soll sich zu diesem Zeitpunkt im Lager Malschbau bei Baden-Baden befinden (verhaftet am 4.9.1945). Später kommt er bis zum 24.7.1948 in die Lager Kehl, Mülhausen, Alschweier und Freiburg-Betzenhausen. Trautwein lobt sein „mannhaftes Auftreten für die Heimat“. <sup>13</sup>	Fra-177, AS-1916
September 1945	Übersicht der bisherigen Requirierungen bei den Schiltacher Unternehmen (Auswahl):  Fa. Kumpf: 29.4.1945 Schreibmaschine und Rechenmaschine 8/1945 205m Tuche 25.4.1945 wurden 500m halbfertiges Tuch entwendet  Fa. Hans Grohe: 4/1945 3 Fahrzeuge mit Zubehör 5/1945 3 Autoreifen, 1 Schreibtisch, 3 Tische, 10 Stühle, Schweißbrenner und Zubehör 6/1945 Schreibmaschine 8/1945 Waren im Wert von 362.486,71 RM  Fa. Christian Trautwein: nichts  Fa. I.A. Bühler: u.a. Plünderungen von 10.000 RM am 23.4.1945  Fa. Friedrich Trautwein: Leder im Wert von ca. 6000 RM  Fa. Karlin: Tuche, Horch, 2 Motorräder, Mercedes für insg. 117.440 RM (Ab Juli 1945 seien die Leistungen zumeist bezahlt worden. Damit sei ca. ein Drittel aller Requirierungen bezahlt worden).	AS-128
1.10.1945	Der bisherige Platzkommandant verlässt Schiltach. Ab sofort ist direkt der Kommandant in Wolfach zuständig.	AS-127
17.10.1945	Die Schiltacher Feuerwehr befindet sich in einem desolaten Zustand. <sup>14</sup>	AS-483
Oktober 1945 - Januar 1946	Zwischen Landratsamt und Lehengerichter Bürgermeisteramt bricht ein Konflikt über die Erfüllung der Ablieferungspflicht aus. <sup>15</sup>	AL-1187

1.11.1945	Allerheiligen genießt wieder als Feiertag den gleichen Schutz „wie vor 1933“.	AL-581, AS-3132
2.11.1945	An der Schule in Hinterlehengericht beginnt wieder der Unterricht.	AL-596
2.11.1945	Richard Kefer wird sein Fahrrad in Offenburg beschlagnahmt, obwohl eigentlich ein anderes beschlagnahmt werden sollte. Dennoch erhält er es nicht zurück, da alle anderen Radbesitzer ebenso bedürftig seien.	AS-3132
15.11.1945	Ziegel- und Schindelmangel verhindert neue Baumaßnahmen. <sup>16</sup> Schiltach benötigt 4000 Backsteine für die Rekonstruktion der vorhandenen Fliegerschäden.	AS-681
20.11.1945	Mitteilung an das Bürgermeisteramt: „Die Kriegsversehrten in Schiltach haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen um Gebrauchsgegenstände und Spielzeug aus Holz herzustellen.“	AS-3132
21.11.1945	In mehrheitlich evangelischen Gemeinden (wie Schiltach und Lehengericht) wird der Buß- und Betttag als Feiertag begangen. 1946 wird diese Regelung nicht wiederholt.	AL-581, AS-3132
26.11.1945	Privatunterricht von Eugen Groß wird verboten.	AS-3132
7.12.1945	Vorgeschlagene Mitglieder für den örtlichen Lehengerichter Entnazifizierungsausschuss: Früheres Zentrum: Thomas Kimmich Dem. Partei: Johann Georg Wolber SPD: Leonhard Aberle KPD: Christian Bühler Parteilos: Karl Bühler Die Verteilung gab der Parteienschlüssel vor. Karl Bühler scheidet während der Untersuchung aus seinem Amt aus.	AL-585
8.12.1945	Mariä Empfängnis wird als Feiertag begangen.	AL-581
16.12.1945	Der „Polenstein“ soll aufgestellt werden. <sup>17</sup> → Vgl. Kap. Krieg, 14.2.1942	AS-127
Dezember 1945	Das Schiltacher Bürgermeisteramt ruft zu Spenden für die Ärmsten auf: „Herzliche Bitte! Während der Dauer des 3. Reiches hatten Sie allmonatlich, ja bald jeden Sonntag unter irgend einem Vorwand eine Spende abzuführen. Heute komme ich mit einer herzlichen Bitte zu Ihnen: Für einen wirklich wohltätigen Zweck eine Spende zu gewähren, nämlich, den Ärmsten in Schiltach, welche durch die Zeit in grösste Not geraten sind, eine Weihnachtsfreude machen zu können! Als Mindestsumme erwarte ich denjenigen Betrag, den Sie damals für unkontrollierbare Zwecke	Fra-179

	gegeben haben.“	
1945	Das Bürgermeisteramt Schiltach spricht die erwünschte Eingemeindung Lehengerichts an. Es wird aber vom Landratsamt gebremst, da dies derzeit nicht aktuell sei.	AS-3132
1945	In Schiltach und Lehengericht müssen mehrfach Textilien (Leinentücher, Wolldecken) abgeliefert werden.	AL-596
1945	Die Fa. Junghans liefert über das Bürgermeisteramt Lehengericht zwölf NS-Bücher ab. Auch andere liefern ab (u.a. auch Bürgermeisteramt und Schule). Eine Liste der ausgesonderten Bücher ist erhalten.	AL-585
1945	Bei einer Vermögenskontrolle von Lehengerichter NS-Organisationen wird erklärt: „In Lehengericht kommen nur in Frage: NS. Kriegerkameradschaft Lehengericht“. Sein Guthaben betrage 720,30 RM. In einer eidesstattlichen Erklärung des Bürgermeisteramts amtiert Heinrich Mertens noch am 17.8.1945 als „Kameradschaftsführer“.	AL-585
1945	Die Gemeinde Lehengericht gibt bei allen Fragen nach NS-Zuständigkeiten „Fehlanzeige“ und verweist auf die Zuständigkeit Schiltachs.	AL-585
o.D. [wohl 1945]	Wehrmachtsmunition befindet sich noch unter französischer Kontrolle im Hohnsteinkeller.	AS-133
11.1.1946	Tagung des Entnazifizierungsausschusses für Schiltach und Lehengericht. Die Akten sind nicht erhalten. Einzige Ausnahme ist der auf Bewährung entlastete Hilfsforstwart Gerd Lutz Belten.	AL-585
21.1.1946	Das Lehengerichter Bürgermeisteramt beschwert sich beim Landwirtschaftsamt Wolfach über die erzwungene Ablieferung eines Schlachtschweins an Polen-Komitee und Besatzungstruppen. <sup>18</sup>	AL-1187
22.1.1946	Die Verpflichtung der Schiltacher Gemeinderäte kann nicht stattfinden, da die Verpflichtungsformel von der vorgesetzten Dienststelle noch nicht eingetroffen ist.	Abs-179
22.1.1946	„Musikhalle und Athletenhalle“ sollen für Wohnzwecke hergerichtet werden. Die „Russenbaracke“ der Firma Grohe soll ebenfalls für Wohnzwecke beschlagnahmt werden. Der alte Sportplatz dient weiter als Schrebergarten. Sollten die französischen Truppen abziehen, könnte gegebenenfalls der neue Sportplatz freigegeben werden.	Abs-179
25.1.1946	Im ersten Nachkriegsprotokoll des Lehengerichter Gemeinderats teilt Bürgermeister Bühler mit, sein Rücktrittersuchen sei nicht angenommen worden. Die Gemeinderäte bestärken ihn in der vorläufigen weiteren Amtsführung. <sup>19</sup>	Abl-51
28.1.1946	Statistik zu den Kriegsschäden in Lehengericht: Gebäude mit mind. 50% Zerstörung: 1,5% [wohl Hinterbauernhof]	AL-678

	Gebäude mit 25-50% Zerstörung: 0 Leicht beschädigte Gebäude: 2,5% Unbeschädigte Gebäude: 96%	
5.2.1946	50 Aluminiumtöpfe werden für Ostflüchtlinge gespendet. Die Turnhalle soll nun Hilfslazarett werden.	Abs-179
16.2.1946	Lehengerichts Gemeinderat widerspricht einer Abberufung von Bürgermeister Bühler, der übergangsweise im Amt bleibt. <sup>20</sup>	Abl-51
27.2.1946, 14.3.1946	Die nach Schiltach Evakuierten werden zugunsten angekündigter Flüchtlinge zur Heimkehr aufgefordert. <sup>21</sup> Am 14.3.1946 fasst Jakob Schneider einen der wenigen erfolgreichen Einsprüche. <sup>22</sup>	AS-1915
2.3.1946, 25.3.1946, 3.4.1946	Bürgermeister Bühler teilt mit, dass Eduard Hübner zu seinem Nachfolger gewählt worden sei. <sup>23</sup> Daraufhin wird dieser am 25. März zum 1. April zum Lehengerichter Bürgermeister ernannt. Hübner lehnt die Ernennung aber am 3.4.1946 ab. <sup>24</sup>	AL-633
13.3.1946	Die Fa. Hans Grohe möchte den errichteten Splittergraben nicht wieder abräumen. <sup>25</sup> Am 29.3.1946 bestärkt das Bürgermeisteramts die Forderung: „Ich ersuche, das Gelände bis 15. April 1946 auf Ihre Kosten in den ursprünglichen Zustand zu bringen.“ Doch im April verweist Fa. Hans Grohe auf den allgemeinen Nutzen der Anlage. <sup>26</sup> Der Konflikt zieht sich zumindest bis in das Jahr 1947 hinein. <sup>27</sup> → Vgl. Kap. Krieg, 10.10.1944	AS-3130, Abs-179
23.3.1946	Protokoll des Schiltacher Gemeinderats: „Der Gemeinderat verlangt eine Anzeige gegen Trautwein Gottlieb bei der Gendarmerie wegen Untergrabung der Autorität des Bürgermeisters.“	Abs-179
18.4.1946	Der PKW Hanomag von Georg Armbruster wird beschlagnahmt. Zuvor hatte Schiltach eine Liste aller Fahrzeugbesitzer mit Hinweis auf deren NSDAP-Mitgliedschaft vorlegen müssen.	AS-3132
1.5.1946	Der Maifeiertag wird wieder als gesetzlicher Feiertag begangen. Die von den Nationalsozialisten in Baden eingeführte Regelung wird somit nicht geändert. Zur Begehung des Tages herrscht aber noch über Jahre Unsicherheit. <sup>28</sup>	AL-581
2.5.1946	Die nach Schiltach Evakuierten werden abtransportiert. <sup>29</sup>	AS-1915
10.5.1946, 22.7.1946	Der Gemeinderat fordert: „Die Stadtmusik soll ab sofort wieder ins Leben gerufen werden.“ Doch noch im Juli 1946 ist dies nicht möglich.	Abs-179
13.5.1946, 19.6.1945	In einer Verfügung an das Landratsamt erklärt Bürgermeister Bühler: „In Verbindung und Beratung mit dem Gemeinderat wurde festgestellt, dass landw. Inhaber, Pächter, Nutznießer und Verwalter die aktive Nazis waren usw. im Sinne Ihrer Verfg. in Lehengericht keine vorhanden	AL-585, Abl-51

	sind.“ Der Gemeinderat erklärt am 19.6.1945, in Lehengericht habe es keine Landwirte als NS-Aktivisten gegeben. <sup>30</sup>	
16.5.1946	In einer Bekanntmachungen an alle Haushaltungsvorstände wird bekannt gemacht: „Anstelle des in den Ruhestand versetzten Bürgermeisters Wilhelm Bühler wurde der unterzeichnete Bürgermeister Karl Bühler, Bauer, in Eulersbach (Weidenmatheishof) bis zu den Gemeindewahlen zum Bürgermeister der Gemeinde Lehengericht ernannt.“	AL-596
26.5.1946, 16.6.1946	In Schiltach entsteht die Sportgemeinde Schiltach. <sup>31</sup> 1948/49 wird sie wieder aufgelöst.	AS-432, AS-3132
Mai 1946	In der Schule Vorderlehengericht soll Französischunterricht starten. Tatsächlich kann der Unterricht aber erst nach der Ernte am 9.9.1946 beginnen.	AL-596
Mai 1946	Das Ausgehverbot gilt noch zwischen 24 und 4 Uhr.	AL-596
Ende Mai 1946	Lehengerichter Spendenaufwurf für den Hinterbauernhof, der zu Kriegsende niedergebrannt war.	AL-596
5.6.1946	Schiltacher Gemeinderatsprotokoll: „Die Gemeinderatskomiteemitglieder bitten beim Landratsamt vorstellig zu werden, dass an Stelle des ehemaligen Pg. Wolber Wilhelm, der politisch unbelastete Händler Karl Scharpfenecker für Schiltach und Lehengericht als Grosshändler [für Obst und Gemüse] zugelassen wird.“	Abs-179
10.6.1946	In Lehengericht wird eine Sammlungsaktion zugunsten des Wiederaufbaus des im Krieg zerstörten Hinterbauernhofs durchgeführt.	AL-1086
11.6.1946	In einer Notiz der Stadtverwaltung wird festgehalten, dass der frühere Bürgermeister Groß „auf Grund der Entscheidung des Entnazifizierungsausschusses ohne Pensionsanspruch entlassen worden“ ist.	AS-3132
13.6.1946	Die Stadtverwaltung beklagt zahlreiche Feld- und Gartendiebstähle.	AS-127
19.6.1946	„Das Gemeinderatskomitee nahm Kenntnis, dass die Sportgemeinde Schiltach und Herr Bürgermeisterstellvertreter bis zur Aberntung des alten Platzes (bisheriger franz. Sportplatz) sich mit Herrn Eugen Trautwein in Verbindung setzen, damit alsdann der Platz wieder der Sportgemeinde zur Verfügung steht.“	Abs-179
19.6.1946	Als Aushilfsratsdiener wird „Ausländer Ferdinand Kostomay“ vom Gemeinderat Lehengericht entlassen, um als Verwaltungsbürokrant Anna Wolber anstellen zu können.	Abl-51
1.7.1946	Beschluss des Schiltacher Gemeinderats: „Die im Gemeindewald beim Beerensammeln – Heidelbeeren – während der Sperrzeit angetroffenen Personen sind zu bestrafen.“	Abs-179
11.7.1946	Schiltachs Bürgermeister Wolber teilt dem Gemeinderat seinen Rücktritt mit. <sup>32</sup>	Abs-179

12.7.1946	Eine Liste in Haft der Militärregierung befindlicher Schiltacher Personen umfasst folgende Namen: Anna Sotter, Christian Morlock, Karl Eschmann, Anton Näger, Franz Agethen, Eugen Wagner. → Vgl. Kap. <i>Nachkriegsgeschichte</i> , 29.10.1946	AS-3132
15.7.1946	Waldemar Korndörder ist neuer kommissarischer Schiltacher Bürgermeister. <sup>33</sup>	Abs-179
Sommer 1946	Die Requirierungen führen auch zu Konflikten zwischen den Schiltachern. So hatte Annemarie Fritz im August 1945 ihr Rad abgeben müssen. Als nun ein französischer Soldat ein Rad, das ihm der Quartiergeber Wilhelm Trautwein geliehen hatte, verliert, gibt dieser Trautwein als Ersatz das requirierte Rad. Frau Fritz erkennt nun die Requirierung nun nicht mehr an und fordert ihr Rad zurück. Trautwein erklärt, er wolle es behalten, beuge sich aber einer anderen Entscheidung. Das Bürgermeisteramt beschließt schließlich die Rückgabe des Rads an Frau Fritz.	AS-130
1.8.1946	Gegen die Streichung aus den Wahllisten haben Eugen Groß und Karl Wacht protestiert. <sup>34</sup>	AS-3132
28.8.1946	In Schiltach befinden sich noch acht Ausländer aus Polen und Frankreich.	AS-127
12.9.1946	Bisher sind 82 Lehengerichter aus der Gefangenschaft zurückgekehrt.	AL-671
27.9.1946	Das Protokoll des Gemeinderats nennt erstmals Gottlieb Trautwein als neuen Bürgermeister.	Abs-179
September 1946	An der Gemeinderatswahl Lehengericht nehmen 366 der 483 Wahlberechtigten teil (75,77%). Stimmverteilung: Liste 1: Freie Arbeiter und Bauern 140 (2 Mandate) Liste 2: CSV 218 (4 Mandate)  Neuer Gemeinderat: Karl Bühler Johann Georg Wolber, Rohrbach Andreas Schwenk, Kienbronn Thomas Kimmich, Am Hohenstein Andreas Zanger, Erdlinsbach Joh. Georg Hornung, Am Herdweg  Für die Gemeinderatswahl war 28 Lehengerichtern das Wahlrecht entzogen worden, darunter 19 „wegen Zugehörigkeit zur NSDAP oder deren Organisationen“. Teilweise hatten die Betroffenen auf ihren Widerwillen bei der Wahrnehmung der Rolle hingewiesen.	AL-596, AL-663

8.10.1946	Die beschädigten Matratzen in der Turnhalle werden „gegen eine kleine Entschädigung an Sattlermeister Ernst Wöhrle abgegeben.“	Abs-179
22.10.1946	Dem Gemeinderat wird mitgeteilt, dass das Klavier in der Turnhalle durch die Franzosen zerstört worden ist.	Abs-179
29.10.1946	Der Bürgermeister Schiltachs teilt dem Sicherheitsoffizier bei der Militärregierung Wolfach die Rückkehr von Anton Näger mit: „Auf Anordnung Nr. 1355 SUR/P.G. vom 17. Juli 1946 teile ich mit, dass Näger, Anton, geboren am 4.2.1895 in Zell-Weierbach heute aus dem Gefängnis in Freiburg entlassen worden ist und sich wieder in Schiltach am Hirschen befindet.“ → Vgl. Kap. Nachkriegsgeschichte, 12.7.1946	AS-294
6.11.1946	Der Gemeinderat fordert, dass die Beräumung des Hinterbauernhofs beginnen soll, damit im nächsten Jahr sein Wiederaufbau starten könne.	Abl-51
15.11.1946	Wilhelm Engelmann wird aus einem Internierungslager entlassen. <sup>35</sup>	AS-294
4.12.1946	Das Bürgermeisteramt erbittet von der französischen Gendarmerie die Erlaubnis zur Durchführung des Silvesterzugs. Hierfür legt es eine historische Abhandlung vor: „Es handelt sich hier also um keinen politischen Aufmarsch. Zu diesem Umzug lade ich die ganze franz. Gendarmerie Schiltach mit ihren werten Familienangehörigen ein.“ Der Silvesterzug wird genehmigt.	AS-127
14.12.1946	Ein Lehengerichter Bauer wird ermahnt, keine „schwarzen“ Abgaben von Lebensmitteln mehr vorzunehmen. <sup>36</sup>	AL-945
24.12.1946	In der französischen Zone endet die Ausgangssperre.	AL-596
1946	Der Lehrer Wilhelm Frischmuth will in Gutach eine neue Stelle antreten. Hierfür ist vom Bürgermeisteramt und des Entnazifizierungsausschusses Lehengericht ein Gutachten angefordert worden: „Während seines Aufenthalts und der Tätigkeit als Lehrer in Lehengericht [1939-1943] hat sich Herr Frischmuth als fanatischer Anhänger des Nationalsozialismus gezeigt. Wenn jemand in Lehengericht als Aktivist bezeichnet werden kann, dann war es Herr Frischmuth. Sowohl im Unterricht als auch in Reden als Zellenleiter der NSDAP hat er nie Zweifel über seine politische Einstellung gelassen.“	AL-585
1946	Es gründet sich eine KPD-Ortsgruppe, die Eingang in den Schiltacher Gemeinderat finden möchte. Das Bürgermeisteramt lehnt dies ab. Im Zuge der Erweiterung von sechs auf acht Mitglieder muss dann auch ein KPD-Mitglied aufgenommen werden. <sup>37</sup>	AS-3132
1946	Ein Französischkurs, geleitet von Maria Becker aus Schiltach, hat 32 Anmeldungen.	AS-3132
1946	Eine statistische Erhebung der Kriegsschäden für das Staatskommissariat für den Wiederaufbau,	AS-130

	französische Zone, gibt für Schiltach an: durch „Bombenwurf“ Schäden am 10.4.1945 in Hauptstraße, Schramberger Str., Bachstraße, Spitalstraße, Auestraße. Während des Artilleriebeschusses am 20./21.4.1945 aus Richtung Aichhalden versteckten sich u.a. 40 Personen im Keller des „Adler“.	
1946	Bürgermeister Trautwein stellt fest, dass die Witwe des früheren Ortsgruppenführers Vornfett im Herbst 1946 ihren gesamten Hausstand nach der englischen Zone habe bringen können, während der damalige kommissarische Bürgermeister Korndörfer von den kleinen Leuten Objekte requirieren ließ.	Fra-177
1946	Nachdem die Entnazifizierung auch zur Austragung politischer Konflikte benutzt worden sein soll (u.a. im Fall der Einstufung von Gottlieb Trautwein) wird der Schiltacher Entnazifizierungsausschuss 1946 aufgelöst. <sup>38</sup> Allein der Kommunist Wettlin darf Mitglied bleiben.	Fra-177
1946-1950	In Schiltach existiert eine Ortsgruppe der FDJ. Der für den 20.11.1947 geplante Vortrag „Jugend ohne Zukunft“ wird verboten. Die Organisation umfasst eine abnehmende Mitgliederzahl.	AS-432
3.1.1947	Die Stadt Baden-Baden dankt Lehengericht für die außerordentliche Unterstützung mit Lebensmitteln. <sup>39</sup> Vor Ort herrscht aber auch hoher Bedarf. Die Kartoffelernte ist sehr schlecht ausgefallen. <sup>40</sup>	AL-945
Januar 1947	Nachdem in der Nacht zum 24.1.1947 das Landratsamt völlig abgebrannt ist, zieht Landrat Hess in das Rathaus Wolfach. Zur Unterstützung der Arbeit muss Lehengericht u.a. eine Schreibmaschine „Erika“ an das Landratsamt schicken. Kurz darauf beantragt die SPD, das Landratsamt nach Hausach zu versetzen. <sup>41</sup> Der Schiltacher Gemeinderat hatte sich in der Frage einer Verlegung nicht geäußert. Als 1949 im neuen Landratsamt in Wolfach die Wappen der Gemeinden aufgehängt werden, müssen diese die Kosten hierfür tragen.	AL-588, AS-10
10.2.1947	Die Beseitigung der Kriegsschäden am Haus „Vor Eulersbach 30b“ hat noch nicht begonnen. <sup>42</sup>	AL-889
1.3.1947	Als Kreisrat beantragt Georg Götz die Absetzung des Geschäftsführers des Badischen Hilfswerks Kurt Aberle, der bis 1945 als Verwaltungsangestellter in Schiltach beschäftigt gewesen war. Bürgermeister Trautwein verfasst hierzu eine umfassende Tätigkeitsbeschreibung. Am 1.7.1947 ist Aberle nicht mehr beim Hilfswerk beschäftigt. <sup>43</sup>	AS-10
24.3.1947	Anstelle zuvor angekündigter 500 Flüchtlinge sollen, so die Nachricht in der Bürgerversammlung, 300 Personen kommen. Als Speiseraum diesen solle die „Krone“, während	Fra-177

	<p>der „Engel“ als Aufenthalts- und Leseraum dienen soll. Die unbenutzten oberen Räume könnten auch als Heim für ältere Flüchtlinge dienen. Für die Maßnahme werden aber auch weitere Gasthäuser einbezogen werden müssen.</p> <p>Bürgermeister Trautwein merkt in der Versammlung weiterhin an, er hätte bei der Schweizer-Spende lieber eine Schulspeisung als Ferienaufenthalte. Die sei aber wohl nicht anders zu machen.</p> <p>Beklagt wird die schwierige Kartoffelversorgung. Aus der Einfuhrregion sei eine Ausfuhrregion geworden.</p> <p>Nach dem Raubbau im Krieg herrsche ebenso Mangel an Brennholz.</p> <p>Notwohnungen sollen durch den Einbau von Bretterwänden in große Räume entstehen. Derzeit suchten ca. 30 zumeist Kriegsehepaare eine Wohnung.</p> <p>Die Turnhalle war bei der Veranstaltung mit ca. 600 Leuten voll gefüllt. Beklagt wurden von der Bevölkerung die Wartezeiten vor Fleischerläden von 4-5 Stunden. Es kommt die Idee der Abgabe nach Buchstaben auf. Negativ wirke sich die Grenzlage als „Schwanz“ von Baden aus. Paul Wolber wird aus der Halle geworfen, als bekannt wird, dass er den Sportplatz am Kuhbach an Sautter zurückgab, statt ihm den Sportlern zu geben. Diese seien „Nazibuben“. Daraufhin kommt es zum Abbruch der Sitzung. Die „Badische Zeitung“ erwähnt diesen Vorwurf nicht. Als später Gouverneur de Luc Trautwein sein Unverständnis zu Rauswurf Wolbers äußert, antwortet dieser: „An dieser Entwicklung habe PW selbst die Schuld, da er die Schiltacher während seiner Amtszeit in diktatorischer Art und Weise behandelt habe, wie wir solches während der 12 Hitlerjahre in Schiltach nicht gespürt hätten.“. Ähnliche Vorwürfe äußert er gegen dem „Faulenzer“ Korndörfer.</p>	
25.3.1947	<p>Der Ortsleistungsausschuss Lehengericht vergibt neue Fahrradbereifungen, und zwar entsprechend der Erfüllung von Ablieferungspflichten. Sechs Bauern erhalten Decken und Schlauch: „Prämie an Betriebe, die ihren Ablieferungspflichten in Milch, Getreide und Kartoffeln voll nachgekommen sind und eigene Fahrräder besitzen“.</p>	AL-1187
19.4.1947, 13.5.1947	<p>Der Gemeinderat setzt sich für ein milderes Urteil im Entnazifizierungsverfahren von Bürgermeister Gottlieb Trautwein ein.<sup>44</sup></p> <p>Am 13.5.1947 erklärt Trautwein nach seinem Entnazifizierungsbescheid seinen Rücktritt. Am 28.5.1947 spricht sich Ex-Bürgermeister Korndörfer für eine Revision des Entnazifizierungsurteils aus, falls dieses auf falschen Aussagen entstand habe.</p> <p>Am 2.9.1948 wird Trautwein wieder als Bürgermeister eingesetzt und am 15.9.1948 vor dem</p>	Abs-179, Fra-177, Fra-176, Fra-175

	Gemeinderat offiziell rehabilitiert.	
12.5.1947	Der Konflikt zwischen dem amtierenden und dem früheren Bürgermeister eskaliert am 12.5.1947 zwischenzeitlich im Gemeinderat. <sup>45</sup> Gottlieb Trautwein und Gemeinderat Maurer erscheinen aber am 29.5.1947 trotz der Anwesenheit des früheren Bürgermeisters Korndörfer wieder im Gemeinderat.	Abs-179
12.7.1947	„Hauptsatzung der Gemeinde Schiltach“, gültig bis 1950, verabschiedet.	AS-13
12.8.1947	Gemeinderatsbeschluss: „Denjenigen Schülern und Schülerinnen, deren Väter noch in Gefangenschaft bzw. gefallen sind, werden die Schulgeldnachlässe übernommen. (Oberschule Schramberg)“	Abs-179
9.9.1947	Die Wiederinstandsetzung des Wehres in der Schiltach beim Haus Schrambergerstrasse 42 wird beschlossen: „Das Wehr soll, da kein Zement zu bekommen ist, nur in Holz ausgeführt werden.“	Abs-179
1.10.1947	Fritz Götz wird aus einem Internierungslager entlassen. <sup>46</sup>	AS-294
5.10.1947	Bisher sind nach Schiltach 202 Kriegsgefangene zurückgekehrt.	AS-126
7.10.1947	Schiltach beschließt Lernmittelfreiheit. <sup>47</sup>	Abs-179
7.10.1947	„Das Baugesuch der Firma deutsche Heilpflanzen ‚Cytta‘ Werk Alpirsbach wird genehmigt, da es sich um ein landwirtschaftliches Gebäude handelt.“	Abs-179
30.10.1947	Das Bürgermeisteramt gibt Mitgliederzahlen der Schiltacher Vereine an: 120 Gesangsverein 130 Sportgemeinde 152 Geflügelzüchter 140 Musikverein 200 Arbeiterunterstützungsverein 60 Obst- und Gartenbauverein 50 Feuerwehr	AS-131
13.11.1947	Bürgermeister Trautwein wendet sich an das Militärgericht in Freiburg mit einem Gnadengesuch für den internierten Christian Morlock. <sup>48</sup>	AS-294
14.11.1947, 18.11.1947	Die Tageszeitungen melden für die Region folgende Demontagen: Hans Grohe 50% Junghans Schramberg 50% Junghans Lehengericht 100% Hugo Kern Schramberg 50% Die Reaktion des Gemeinderats am 18.11.1947: „Die Herren Gemeinderäte stellen den Antrag,	AS-585, Abs-179

	<p>sofort Notstandsprojekte ins Auge zu fassen Wegbau, Wasserleitungsarbeiten usw.“  Eine handschriftliche Notiz vom 1.4.1948 ergänzt: „Die Demontagen wurden noch nicht durchgeführt.“  → Vgl. Kap. <i>Nachkriegsgeschichte</i>, 30.7.1948</p>	
28.11.1947	<p>Das Bürgermeisteramt wendet sich entschieden gegen die drohenden weiteren Demontagen bei der Firma Hans Grohe.<sup>49</sup> Im zuständigen Landeswirtschaftsministerium findet dieses Anliegen Zustimmung.<sup>50</sup></p>	AS-585
2.12.1947	<p>Die Schiltacher Schulkinder erhalten Nahrung aus der Schweizer-Spende.<sup>51</sup></p>	Abs-179
3.12.1947	<p>Lehengerichts früherer Bürgermeister Bühler begründet seine Minderabgabe an Milch: „Völlige Abwirtschaftung, überall wo man hinschaut. (...) Die Milchleistungen sind ganz enorm zurückgegangen gegen früher.“</p>	AL-943
16.12.1947	<p>Im Gemeinderatsantrag zur Zuordnung Schiltachs in die Ortsgruppe B folgt eine umfangreiche Ortsbeschreibung.<sup>52</sup></p>	Abs-179
31.12.1947	<p>In seiner Silvesteransprache kündigt Bürgermeister Trautwein an, dass die Kartenstellenleiterin Frau Zimmermann nach neun Jahren ihren Posten zugunsten eines Kriegsheimkehrers räumen müsse. Trautwein lobt die Schweizer Kinderhilfe: „In hochherziger Weise hat sich das schweizerische Hilfswerk bereit erklärt, wiederum 120 Schiltacher Kindern die Segnungen der Schweizer spende zukommen zu lassen, in deren Genuss abwechselnd alle Kinder kommen sollen.“ Außerdem mahnt er Bodenständigkeit in der Bildung an: „Was Deutschland braucht sind praktische Menschen für den Wiederaufbau, wozu die Volksschulbildung viel wertvoller ist, als verstudierte Menschen.“  Zahl der noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Schiltach:  25 in französischen Lagern  4 in englischen Lagern  2 in polnischen Lagern  20 in sowjetischen Lagern</p>	Fra-178
Ende 1947	<p>Zum Jahresende grüßt die Stadt die noch in Gefangenschaft befindlichen Schiltacher:  „122 Kameraden sind bis jetzt gemeldet, die den Soldatentod erlitten. (...) Lasst die Hoffnung nicht sinken, dass auch Euch einmal die Sonne der Freiheit wieder scheinen muss!“  Bisher sind 244 Kriegsgefangene heimgekehrt, 80 sind noch in Gefangenschaft.</p>	AS-126
1947	<p>Geldstrafen und Heranziehung zu öffentlichen Arbeiten werden im Zuge der Entnazifizierung ausgesprochen. Betroffen sind u.a. Ratschreiber Christian Wolber, Carl Karlin, Forstwart Gerd</p>	AL-586

	<p>Luz Belten (mit Bewährung, war bereits im Dezember 1945 unbekannt verzogen), Betriebsleiter Karl Behringer, Ratschreiber Gustav Kramer (mit Bewährung), Witwe von Ratschreiber Andreas Wolber, die Landwirte Johann Georg Zanger, Christian Brüstle, Gottlieb Wöhrle. Lehrer werden zurückgestuft, der Lehrer Hermann Schlickerrieder wird 1949 versetzt. Dabei ist nicht verzeichnet, wann dieser nach Lehengericht kam.</p> <p>Alt-Bürgermeister Wilhelm Bühler muss 36000 RM in Raten zahlen, 10 Jahre Bewährung und Heranziehung zu öffentlichen Arbeiten.</p> <p>In den meisten Fällen beantragt Gemeinderat eine Milderung des Urteils aus politischen und wirtschaftlichen Gründen. Ein entsprechender Antrag zugunsten Büblers bleibt aber aus. In einem späteren Bescheid zu Bühler vom 5.1.1949 wird dieser als „Mitläufer“ genannt.</p> <p>→ Vgl. Kap. Nachkriegsgeschichte, 16.2.1946, 15.6.1948</p>	
1947	<p>Laut Amtsblatt Nr. 9 vom 12.3.1947 Beilage II S. 349 rechte Spalte erhält der Apotheker Erwin Maier „endgültiges Berufsverbot. 25 Prozent Beschlagnahme seiner seit 1939 erworbenen Güter unter Vorbehalt des Urteils des Zwischengerichts“. Nach Einspruch und Widerspruch der Gemeinden Schiltach und Lehengericht erfolgt ein neuer Entscheid des Untersuchungsausschusses vom 23.10.1947: „nicht belastet, keine Sühnemaßnahmen“.</p> <p>Zwischenzeitlich war die Apotheke per Interim geführt worden, dann geschlossen. Im Januar 1948 kann Maier seine Apotheke wieder öffnen.</p> <p>Meier war 1942 der NSDAP beigetreten.</p>	AL-586, AS-406
1947	<p>Aus einem Gutachten über den Lehrer Eugen Hornung: „H. hat den Unterricht wie er damals verlangt wurde abgehalten. Dabei hat er die Schüler natürlich auch im nationalsoz. Geiste erzogen oder die nationalsoz. Lehre verbreitet. Als Propaganda kann sein Verhalten im Unterricht jedoch nicht ausgelegt werden.“</p>	AL-586
25.2.1948	<p>Kaufmann Karl Haber kehrt aus dem Internierungslager Lahr-Dinglingen zurück.</p>	AS-294
3.4.1948	<p>Zu diesem Zeitpunkt sind aus Schiltach noch interniert: Christian Joos, Jakob Becht, Paul Homberg, Eugen Wagner. Wagner wird am 8. Oktober 1948 entlassen.</p>	AS-294
21.4.1948	<p>Der Gemeinderat Schiltach spricht sich für die Entlassung der noch Internierten aus.<sup>53</sup></p>	Abs-179
15.6.1948	<p>In einem Gutachten des Bürgermeisteramts über Alt-Bürgermeister Bühler für den Untersuchungsausschuss für politische Säuberung wird dieser entlastet: „Dieses Amt hat er immer, auch in der Hitlerzeit, nach bestem Vermögen und zum Wohle der Gemeinde verwaltet. Er war kirchenfreundlich eingestellt und hat diese Haltung auch von 1933 an bis heute bewahrt. (...) [Er hat] niemand wegen anderer Gesinnung geschädigt oder angezeigt“.</p>	AL-586

	→ Vgl. Kap. Nachkriegsgeschichte, 16.2.1946, 1947	
30.6.1948	Vor dem Gemeinderat stellt Bürgermeisterstellvertreter Fritz Dinger die finanziellen Folgen der Währungsreform vor.	Abs-179
30.6.1948	In nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung beurteilen die Mitglieder die Arbeit des früheren Bürgermeisters Groß. Ihm werden Leistungen, aber auch Fehlleistungen zugeschrieben. <sup>54</sup> → Vgl. Kap. Politik und Gesellschaft, 6.4.1937	Abs-179
14.7.1948, 28.7.1948	Im Gemeinderat herrscht nach einem Antrag der Kommunistischen Partei <sup>55</sup> Uneinigkeit über die Zulassung völliger wirtschaftlicher Freiheit für die Fa. I.A. Bühler. <sup>56</sup> → Vgl. Kap. Nachkriegsgeschichte, 27.8.1948	Abs-179, AS-1371
30.7.1948	Nachdem Bürgermeister Trautwein bereits im Mai 1948 mit Gouverneur Péné wegen der drohenden Demontagen gesprochen hatte, wiederholt er sein Anliegen gegenüber Herrn Saint de Hardouin. <sup>57</sup> → Vgl. Kap. Nachkriegsgeschichte, 14.11.1947	AS-585
11.8.1948	Über die Kreisverwaltung sucht der französische Kreiskommandant eine Haushaltshilfe für seine Schwester in Toulon. <sup>58</sup>	AS-127
12.8.1948, 16.8.1948, 22.8.1948	Dem Gemeinderat wird die Zuteilung von Flüchtlingen angekündigt. <sup>59</sup> Die Vorbereitung sorgt für hohen Arbeitseinsatz. <sup>60</sup>	Abs-179
26.8.1948	Nachdem Versuche einer Minderung der angekündigten Flüchtlingszahl gescheitert sind, meldet sich in einer Bürgerversammlung Einspruch gegen die zahlreichen Einquartierungen. <sup>61</sup>	Abs-179, AS-18
27.8.1948	Das Landratsamt genehmigt die Wiedereröffnung der Fa. I.A. Bühler. Die Vermögensrückgabe war bereits im Juli 1948 durch die Kreisstelle für kontrollierte Vermögen erfolgt. → Vgl. Kap. Nachkriegsgeschichte, 14.7./28.7.1948	AS-1371
2.9.1948	Bürgermeister Trautwein gilt nach endgültigem Spruchkammerurteil als „Entlastet“ und kann wieder sein Amt antreten.	Abs-179
2.9.1948	Im Gemeinderat hofft Landrat Hess, dass auch Schiltachs Wunsch nach einer Vereinigung zu Baden-Württemberg bald Realität werde. <sup>62</sup>	Abs-179
14.9.1948	Schiltach stellt aktuelle Zahlen der Opfer des Kriegs zusammen: Einwohner am 1.9.1939: 2477 insgesamt wurden eingezogen: 549 Vermisst: 51 Gefallen: 127	AS-127

	Schwerbeschädigt: 23 noch in Gefangenschaft: 26	
15.9.1948	Wegen des Flußeinbruchs an der Schiltach findet eine gemeinsame öffentliche Sitzung der Gemeinderäte Schiltachs und Lehengerichts statt.	Abs-179
15.9.1948	Die Schiltacher Gemeinderäte führen eine geheime Abstimmung über eine Länderfusion durch: für Nordbaden-Südbaden: 2 für Südbaden-Südwürttemberg: 0 für Baden-Württemberg: 10 Angefügt wird ins Protokoll: „Dies wurde natürlich bei einer ganz freundschaftlichen Plauderei spasshalber durchgeführt.“	Abs-179
22.9.1948	Bis zum 22.9.1948 wurden 41 Ausländer („Verschleppte“) untergebracht. Weitere 37 Personen sind angekündigt. Eine Woche später sind inzwischen 50 Ausländer eingetroffen.	Abs-179
29.10.1948, 2.11.1948, 11.11.1948	Bürgermeister Trautwein plädiert dafür, ab sofort Schiltach wieder offiziell als Stadt zu bezeichnen. <sup>63</sup> Am 2.11.1948 schreibt er an das Landratsamt: „1277 zum erstenmal als Stadt erwähnt, wurde Schiltach unter allen möglichen Herren die Bezeichnung Stadt belassen, bis es dem 3. Reich vorbehalten blieb uns Schiltachern dieses uralte Recht zu nehmen. (...) In seiner Sitzung vom 29. Oktober d. Js. beschloss der Gemeinderat einstimmig die Bezeichnung ‚Stadt‘ von heute aber wieder einzuführen, wovon wir Sie gebührend in Kenntnis setzen.“ Zur Unterstützung fügt er eine Untersuchung von Hermann Fautz vom 2.1.1939 an und schließt: „Es ist daher keineswegs die Absicht zu Grunde gelegt, eine städtische Geschichte wiederzugeben, als vielmehr zur Rechtfertigung des bislang für Schiltach gebräuchlichen Titels ‚Stadt‘ die nötigen Unterlagen zu erbringen.“ Am 11.11.1948 antwortet das Landratsamt: „Wir haben den Antrag der Stadtgemeinde Schiltach auf Verleihung der Bezeichnung ‚Stadt‘ dem Badischen Ministerium des Inneren in Freiburg zur Genehmigung befürwortend vorgelegt.“ → Vgl. Kap. Nachkriegsgeschichte, 12.4.1949	Abs-179, AS-12
10.11.1948	Der Gemeinderat fordert die Wiederinstandsetzung des zerstörten Kirchenwehrs. Finanziell muss Schiltach aber weitere Projekte stemmen. <sup>64</sup>	Abs-179
19.11.1948	Die Kreisverwaltung der Demokratischen Partei (DP) schickt einen Stimmungsbericht an die Militärverwaltung: Der CDU schade die badische Eigenständigkeitspolitik von Leo Wohleb.	Fra-175

	Die Währungsreform kostete die Sparguthaben der Bevölkerung. Der KPD schade der schlechte Zustand der aus dem Osten heimkehrenden Soldaten. Zusätzlich schadeten die Nachrichten aus Berlin und der SBZ. Die SPD habe die besten Entfaltungsmöglichkeiten. Der Sozialismus sei etwas für Denkfaule. Die DP als Sammelpunkt aller Gegner des Sozialismus wachse langsam aber stetig.	
24.11.1948	Abraham Aberle (SPD) und Wolfgang Fenzl (DP) werden als neue Gemeinderäte eingeführt.	Abs-179
5.12.1948	Ergebnis der Bürgermeister-Wahl in Schiltach: Gottlieb Trautwein (Kandidat der Demokratischen Partei/CDU) 999 Stimmen Fritz Dinger (SPD) 355 Stimmen Martin Fritz 3 Stimmen	Fra-178
8.12.1948	Georg Wolber (DP) ist neuer Gemeinderat. Er rückt nach für Bürgermeister Trautwein.	Abs-179
24.12.1948	Im Krankenhaus bricht ein Brand aus, der aber schon vor dem Eintreffen der Feuerwehr gelöscht werden kann. Das Ereignis zeigt die Notwendigkeit einer Verbesserung der Wasserversorgung.	Fra-178
29.12.1948	Der Holzschlag für die Franzosen 1949 wird mit 112% bezahlt werden.	Abs-179
31.12.1948	10 Kriegsgefangene befinden sich noch in sowjetischen Lagern, ein Gefangener in einem polnischen Lager.	Fra-178
1948	Der Horch-Löschwagen der Feuerwehr ist wieder in Betrieb.	AS-484
1948	Der Landkreis wird von einer Hochwasserkatastrophe getroffen.	AL-588
19.1.1949	In Lehengericht wird ein „Erinnerungsbuch der Gefallenen“ von Hauptlehrer Ruckelshausen vorbereitet. Er möchte eine ständige sichtbare Ehrung im Rathaus: „So wacht förmlich über den Sitzungen der Opfergeist der Toten.“	AL-584
26.1.1949	Für Flüchtlinge liegt ein Möbelverzeichnis im Rathaus aus.	Abs-179
26.1.1949	Einer Vorgabe einer allgemeinen Schülerspeisung (360 Kalorien/Person) steht Schiltach insbesondere aus finanziellen Gründen kritisch gegenüber.	Abs-179
16.3.1949	In Lehengericht trifft die Verfügung Nr. 132 I/Sp. des badischen Innenministeriums zur Bekämpfung des Denunziantentums ein.	AL-587
12.4.1949, 11.5.1949	Das Badische Ministerium des Inneren schreibt an das Landratsamt: „Mit Entschließung vom Heutigen wurde der Gemeinde Schiltach gem. § 9 Abs. 2 der Bad. Gemeindeordnung von 23. September 1948 die Bezeichnung ‚Stadt‘ verliehen. (...) Die Verleihungsurkunde wird ihr zu gelegener Zeit von dem Herrn Staatspräsidenten persönlich überreicht werden.“ Das Schreiben erreicht Schiltach am 29.4.1949.	AS-12, Abs-179

	Am 11.5.1949 nimmt der Gemeinderat Kenntnis von der Entscheidung des Badischen Innenministeriums: „Damit hat Schiltach, das bereits vor vielen hundert Jahren verliehene und vom dritten Reiche genommene Recht, wieder erhalten.“ → Vgl. Kap. Nachkriegsgeschichte, 29.10.1948	
27.4.1949	Der Gemeinderat wendet sich gegen den Unfug von Jugendlichen, den diese in den letzten Jahren am 1. Mai veranstalteten.	Abs-179
4.6.1949	Erstmals wird am Rathaus wieder Schwarz-Rot-Gold gehisst. Dabei handelt es sich wohl um die Fahne von Gottlieb Trautwein. <sup>65</sup>	AS-2055b
22.6.1949	Der Gemeinderat beschließt einen außerordentlichen Holzrieb für die Finanzierung der Wasserversorgungsanlage.	Abs-179
22.6.1949	Bürgermeister Trautwein kündigt weitere Flüchtlinge an. <sup>66</sup>	Abs-179
1.7.1949	Neu entsteht das Amtliche Nachrichtenblatt für das Kinzigtal.	Abs-179
5.7.1949	Bürgermeister Trautwein spricht zur Wiederverleihung des Schiltacher Stadtrechts. <sup>67</sup>	Fra-178, AS-12
3.8.1949	Eine Neuteerung der Bahnhofstraße soll noch in diesem Jahr erfolgen.	Abs-179
3.8.1949	Bürgermeister Trautwein fordert ein größeres Wohnungsbauprogramm.	Abs-179
10.8.1949	Fritz Wolf betreibt seit einiger Zeit ein „Tonfilmtheater“ in der Turnhalle.	Abs-179
14.8.1949	In Schiltach und Lehengericht findet die erste Bundestagswahl statt. Ergebnis für Schiltach: CDU 188 SPD 508 FDP 371 KPD 81  Ergebnis für Lehengericht: CDU 81 SPD 141 FDP 78 KPD 7	Fra-176
19.9.1949	Auflistung aller bei Fa. Kumpf beschäftigten Ausländer während des Kriegs. Darauf verzeichnet sind 8 Personen: „Diese Personen sind während des Krieges als freiwillige Arbeitskräfte nach Deutschland gekommen und sind auch bei uns in einem freiwilligen Arbeitsverhältnis gestanden.“	AS-3904

22.9.1949	Auflistung aller bei Hans Grohe beschäftigten Ausländer während des Kriegs. Darauf verzeichnet sind 58 Personen. Die jüngste verzeichnete Arbeiterin ist Ljudwiga Chiskaja, geb. am 6.6.32 in Dnepropetrowsk.	AS-3904
24.9.1949	Nachdem die „Stuttgarter Zeitung“ das Bild eines gegenüber Südbadens Staatspräsidenten Leo Wohleb devoten Bürgermeisters Trautwein präsentiert hat, verweist dieser in deutlichen Worten gegenüber der Zeitung auf die zurückhaltende Haltung der Schiltacher. <sup>68</sup>	Fra-178
2.10.1949	Bürgermeister Trautwein schildert die schwierige Situation Schiltachs durch bevorstehende weitere Flüchtlingstransporte. <sup>69</sup>	AS-2055b
1949	U.a. in der Schmelze werden zwei Panzergranaten gefunden. Das Grundstück von Johann Georg Schuler enthielt 1949 sogar noch eine gefundene Fliegerbombe. Zwischen der Anzeige des Funds und der Sprengung lagen drei Wochen.	AL-678
1949	Die Fa. Hans Grohe steht nicht mehr auf der Demontageliste.	Fra-178
11.1.1950	Der „Krone“-Saal steht wieder für den Schulunterricht zur Verfügung. <sup>70</sup>	Abs-179
11.1.1950	Das Bürgermeisteramt muss dem Innenministerium, Abt. für Wiederaufbau des Landes Baden, mitteilen, dass der Fa. F.u.W. Kumpf nach 17 Jahren ihr gepachtetes Fabrikwesen [von der Firma Tuchfabrik Korndörfer] gekündigt worden sei. Verhandlungen um die teilweise Nutzung eines ortsansässigen Sägebetriebs scheiterten. Dem stünden Angebote für Umsiedlungen vor allem aus Württemberg (insbesondere aus Oberndorf und Alpirsbach) gegenüber. Die „südwürttembergische Regierung“ habe auch „weitgehendste finanzielle Unterstützung“ zugesagt. Bisher habe die Firma Kumpf 150 Mitarbeiter. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Verlust von 20000 DM Gewerbesteuer wäre für Schiltach die Folge. Dies wäre für Schiltach eine „Katastrophe und die Folgen wären nicht zu übersehen.“ Schiltach bietet deshalb Grundstück (130 ar) an der Gemeindegrenze nach Schenkenzell, direkt an der Kinzig an. Bürgermeister bittet um Genehmigung für diese Maßnahme. Kumpf sei vorbildlicher Arbeitgeber, „der in dieser Art in der hiesigen Gegend wohl einzig dastehen dürfte.“ Im März muss die Stadt konstatieren, dass der Verlust des Unternehmens an fehlenden Staatskrediten liege. <sup>71</sup> Die Kreisverwaltung Wolfach meldet am 18.6.1951, in Schiltach seien durch den Wegzug der Firma Kumpf 40 Personen arbeitslos.	AS-586
15.12.1950	Das Bürgermeisteramt Schiltach erreicht die Nachricht: „Am gestrigen Tag ist der letzte Transport von Flüchtlingen im Kreis Wolfach eingetroffen. Hiermit hat der Kreis Wolfach sein Aufnahme-Soll für das Jahr 1950 in Höhe von 2000 Flüchtlingen erfüllt.“	AS-10
1950	Übersicht der exhumierten bzw. nicht in Schiltach begrabenen Leichen:	AS-517

	<p>Bernard Perzinski (10.6.1914-14.1.1942) nach Anatomie Freiburg 1942  Alexej Koserenko (30.4.1925-10.4.1945) ausgegraben 1950  Nikoley Schkarpow (25.8.1923-11.4.1945) ausgegraben 1950  Dimitri Uschakow (10.9.1921-10.4.1945) ausgegraben 1950  Wladimir Schurawski (10.2.1921-25.4.1945) ausgegraben 1950  Verpent Kanajew (1.6.1883-23.12.1944) ausgegraben 1950  Über die Todesursachen gibt 1946 das Schiltacher Bürgermeisteramt folgende Angaben:  Kanajew: Herzmuskelschwäche  Koserenko: Bombensplitterverletzungen feindl. Flieger  Schkarpow: Bombensplitterverletzungen feindl. Flieger  Uschakow: Bombensplitterverletzungen feindl. Flieger  Schurawski: Kopfschuß durch Feindflieger r. Auge</p>	
1950	Die monatliche Überlieferung heimgekehrter Schiltacher Kriegsgefangener endet mit dem aus der Sowjetunion heimgekehrten Philipp Gaiser.	AS-126
17.7.1952	Die Gemeinde Lehengericht widerspricht zum wiederholten Mal Eingemeindungsbestrebungen nach Schiltach. Hierbei nimmt die Gemeinde Bezug auf eine 1933 getroffene Entscheidung einer Landtagskommission. <sup>72</sup>	AS-1039
Oktober 1952	Eine Ehrentafel der Gefallenen und Vermissten aus Lehengericht wird durch die Firma Wilhelm Simhart (Weilheim, Obb.) hergestellt.	AL-584
1952	Gesucht wird nach nutzbaren Überresten für die Wiedererrichtung eines Luftschutzes.	AS-133
1952	In Zeitungen in Ost und West gibt es Schlagzeilen über französische Sprengvorbereitung rund um Schiltach.	AS-128
1952	Gottlieb Trautwein tritt aus gesundheitlichen Gründen als Schiltacher Bürgermeister zurück. Als Nachfolger wird Martin Fritz gewählt.	Fra-178
9.5.1953	Nachfrage des Landratsamts: „Wir ersuchen um umgehende Übersendung – spätestens bis 15.5.53 – einer Aufstellung der auf den einzelnen Gemeinde-Gemarkungen gelegenen Grundstücke, die im Eigentum der NSDAP oder einer der ihr angeschlossenen Organisationen standen. (...) Falls das Grundstück von einer deutschen Dienststelle oder einer Privatperson benutzt wird, ist anzugeben, seit welcher Zeit diese das Grundstück benützen.“ Darauf teilt die Stadt Schiltach mit, dass auf ihrem Territorium keine Flächen in Besitz der NSDAP bzw. ihrer Unterorganisationen gewesen sei. <sup>73</sup>	AS-292
1954	Die französische Militärverwaltung spricht den Schiltachern ein großes Lob aus.	AS-127

24.8.1959	Nachdem die Rathausfassade verschmutzt ist und das frühere Hitler-Zitat wieder durchschimmert, wird Eduard Trautwein darum gebeten, die Fassade aufzufrischen und ein erneutes Vortreten des Zitats zu verhindern. In seiner Antwort vom 9.12.1959 schlägt Trautwein dafür den jetzt zu lesenden Text vor. <sup>74</sup>	AS-566
5.2.1964	<p>Der Anwalt Francois Onyszkiewicz schreibt an Bürgermeister Martin Fritz betreffs der früheren Zwangsarbeiterinnen Natalia Basowa und Nadja Iwanowna Baskowa: „Nach ihren Angaben war sie in Schiltach ab Juli 1942 bis zur Befreiung 1945 in einem Barackenlager fuer russische Fremdarbeiter untergebracht und musste einen Straeflingsanzug tragen. Taeglich soll sie zur Arbeit in das Metall- und Eisenwerk Hans Grauer (oder so aehnlich) gefuehrt worden sein. Die Behandlung der russischen Fremdarbeiter soll von der der franzoesischen Kriegsgefangenen sehr unterschiedlich gewesen sein.“</p> <p>Auf dieses Schreiben antwortet Fritz am 11. Februar 1964: „Die russischen Fremdarbeiter waren nach Geschlechtern getrennt in einer Wohnbaracke auf dem Werksgelände unmittelbar bei den Fabrikationsgebäuden untergebracht und brauchten nie zur Arbeit geführt werden. Ein Unterschied in der Behandlung zwischen den russischen Fremdarbeitern und den französischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen, die außerhalb der Fabrik untergebracht waren, war nicht festzustellen. Ferner haben die russischen Fremdarbeiter nie Sträflingsanzüge getragen. Diese waren ja gar nicht vorhanden. Die Frauen haben ihre mitgebrachte Kleidung getragen. Ab und zu haben diese Frauen von ihren deutschen Mitarbeitern je nach Fall ein Bekleidungsstück überlassen bekommen.</p> <p>Die Arbeitsbedingungen der Fremdarbeiter waren die gleichen wie für die deutschen Stammarbeiter. Auch sind die Vorschriften der Behörden für die Firma Hans Grohe von dieser zu Gunsten der Fremdarbeiter gehandhabt worden um ein gutes Betriebsklima zu erhalten.“</p> <p>→ siehe dazu Kap. Krieg, 23.6.1942</p>	AS-190

---

<sup>1</sup> Landratsamt an Bürgermeisteramt, 7.5.1945: „Die seit 1933 von der NSV. übernommenen gemeindlichen oder kirchengemeindlichen Kindergärten werden vom früheren Träger zurückübernommen und weitergeführt. Das vorhandene Vermögen der NSV. ist zu inventarisieren (...) Allgemein wäre zu bemerken, dass die Einrichtung der braunen Schwestern aufgehört hat zu bestehen.“ (AL-874)

<sup>2</sup> Fa. JuWeL an Bürgermeisteramt, 24.5.1945: „Zur Ausführung von Uhren-Aufträgen benötigt unser Stammhaus, Gebr. Junghans AG., Schramberg, Zugfedern, welche von uns angefertigt werden sollen. Wir setzen Sie davon in Kenntnis, dass unser Betrieb die Fertigung wieder aufnimmt und bitten um Ihre Genehmigung. In Frage kommen zunächst etwa 25-30 Arbeiter und Angestellte.“ (AL-915)

<sup>3</sup> Landrat an Bürgermeisteramt, 30.5.1945: „Die laut Verfügung Nr. 11 vom 7. Mai 1945 bestehende verwaltungsmäßige Zusammenlegung der Landkreise Lahr und Wolfach ist nunmehr aufgehoben worden. Auf Vorschlag und in Einvernehmen mit Herrn Landrat Dr. Lenssen hat der Herr Militär-Gouverneur für den Landkreis Wolfach den Kaufmann Hans Seydel mit der kommissarischen Führung der Geschäfte des Landrats des Kreises beauftragt.“ (AS-10)

<sup>4</sup> Bürgermeisteramt Schiltach an Bürgermeisteramt Lehengericht, 5.6.1945: „Die Bevölkerung Ihrer Gemeinde bezieht fast überwiegend ihr Brot von den hiesigen Bäckereien. Dagegen sind die Bauern und Landwirte Ihrer Gemeinde mit der Ablieferung von Brotgetreide bei der hiesigen Kunstmühle sehr rückständig. (...) Sollte die Lieferung von Brotgetreide nicht raschmöglichst einsetzen, bin ich gezwungen, die Brotversorgung für die Einwohnerschaft Ihrer Gemeinde zu sperren. Solange Schiltach noch Brotgetreide aus Württemberg beziehen konnte, war der Zustand noch tragbar. Diese Lieferungen bleiben jedoch jetzt vollkommen aus.“ (AL-944)

<sup>5</sup> Bürgermeisteramt an Landrat, 6.7.1945: „Lehengericht wird eben von Schramberg ganz erheblich durch Plünderungen, Einbrüche des Nachts und am Tage heimgesucht. Verschiedene gute und sonst ablieferungsfreudige Höfe sind nahezu völlig ausgeplündert. So wurde zuletzt der Hinterholzerhof in der Nacht vom 4. auf 5. Juli durch eine Kolonne von 12 bis 14 Russen ausgeplündert. (...) So geht es seit Wochen am laufenden Band.“ (AL-944)

<sup>6</sup> Bürgermeisteramt an Landratsamt, 28.6.1945: „Auf obige Verfügung wird mitgeteilt, das die noch hier wohnenden russischen Staatsangehörigen bereits am Mittwoch, den 27.6.1945 nach Schramberg abtransportiert worden sind. Auf Befehl eines hier vorsprechenden russischen Offiziers mussten die russischen Staatsangehörigen der Gemeinden Schiltach, Schenkenzell, Kaltbrunn und Lehengericht am 27.6.1945 um 10 Uhr nach Schramberg-Maierhof abtransportiert werden. Zugleich musste am Nachmittag eine Fuhre von Bettstellen, Geschirr und sonstigem Gepäck verbracht werden.“ (AS-1948)

<sup>7</sup> Wilhelm Völker an Kreiskommission der Besatzungsmacht, Juni 1945: Da „in Schiltach über meine politische Anschauung und über meine Tätigkeit in der Partei übertriebene Gerüchte“ herrschten: Er sei bis 1933 Mitglied der DDP gewesen. Für die folgenden Jahre erklärt er: „Meine innere Einstellung zum Nationalsozialismus war damals alles andere als positiv (...). Wie alle Beamten, musste ich schließlich doch der Partei beitreten [1937] (...). Gebunden durch meinen Eid und mein Pflichtgefühl, tat ich in meinem Berufe treu und unentwegt meine Pflicht (...). Politisch bin ich nie hervorgetreten (...). Meine politische Zurückhaltung in der Partei habe ich gerade in den Jahren des Krieges zu spüren bekommen (...). 12 Jahre wohne ich nun in Schiltach. Während dieser langen Zeit hatte ich niemanden etwas zuleid getan oder irgend einen Streit gehabt. Dass man mich jetzt als ‚Obernazi‘ verschreit, ist mir unverständlich. Wäre ich wirklich ein ‚Obernazi‘ gewesen, ich wäre schon lange nicht

---

mehr in Schiltach (...). Als Bürger, Soldat und Parteiangehöriger habe ich jederzeit meine Pflicht getan, wie Eid und Pflichtgefühl es mir vorschrieben. Wenn der Verlauf des Krieges meinem geliebten Vaterlande eine noch nie dagewesene Niederlage brachte, so trägt niemand schwerer daran wie ich selbst. Daß dazu noch Deutsche ihre eigenen Landsleute beim früheren Gegner verdächtigen, das ist mir unverständlich. Alle diese Denunzianten haben in all den Jahren, da es Deutschland gut ging, genau so ihr ‚Heil Hitler‘ gesagt und die Hand zum deutschen Gruß erhoben, wie ich. Daß aber ein Großteil der Schiltacher Bürger mich achtet und schätzt durfte ich gerade in diesen schweren Tagen erfahren.“ (AS-127)

<sup>8</sup> Bürgermeisteramt an Landwirtschaftsamt Wolfach, 8.8.1945: „Hiermit wird die Beibehaltung des hiesigen Ortsbeauftragten Johann Georg Zanger in Vorderlehengericht – vor Erdlinsbach beantragt (...). Zanger war ehemals Ortsbauernführer. Es hat sich bis zur Stunde hier noch keine geeignete Persönlichkeit für die Tätigkeit des Ortsbeauftragten für die Landwirtschaft finden lassen.“ (AL-927)

<sup>9</sup> Landwirtschaftsamt an Landrat, darin Abschrift eines Schreibens des Bürgermeisteramts vom 22.1.1946: „[Zanger] war ehemals Ortsbauernführer hier, welches Amt er seinerzeit nur unter ständigem Drücken und Drängen angenommen hat (...). Alle ernstlichen Bemühungen, einen Ersatzmann für ihn zu gewinnen, schlugen fehl. Allenthalben gaben die Gefragten kund, dass der derzeitige Ortsbeauftragte Joh. Georg Zanger sein Amt weiterführen soll, da ja über ihn nichts Nachteiliges bezügl. seiner Amtsführung und seiner polit. Vergangenheit bekannt geworden sei.“ (AL-927)

<sup>10</sup> Bürgermeister an Landratsamt, 9.8.1945: „In einem Konzentrationslager befand sich: Kneißler, Friedrich, geb. in Wälde, Oberamt Sulz a. Neckar in Württemberg von September 1938 bis Februar 1939. Jetzige Anschrift: Friedrich Kneißler in Hinterlehengericht beim Deisenbauernhof, Post Schiltach.“

Bürgermeisteramt an Landratsamt, 17.10.1945 (Reaktion auf Verfügung Nr. 397): „Hier höchstens ein früherer Häftling, der jedoch guten Verdienst hat und keinen Antrag stellen wird voraussichtlich. Derselbe ist am 4.10.1940 hierher zugezogen, wohnte vorher in Schramberg wohnhaft, von wo aus er vor dem letzten Krieg einmal in ein Internierungslager verbracht wurde. Sobald derselbe entsprechenden Antrag stellt, wird er von hier aus betreut werden.“

Bescheinigung des Landespolizeikommissariats in Schramberg, 20.5.1946: „(...) wird bescheinigt, dass er infolge einer abfälligen Äusserung anlässlich des Mussolini-Besuches in Deutschland im Jahre 1937 zur Anzeige gelangt ist und daraufhin von der Kriminalpolizei Schramberg festgenommen wurde. Von hier aus wurde er an die Gestapo Oberndorf weitergeleitet und war nach seinen eigenen Angaben 6 Monate im KZ. Welzheim.“ (AL-585)

<sup>11</sup> Kommandantur, Wolfach an Bürgermeisteramt, 21.8.1945: „Die neuankommenden Personen haben sich am selben Tage ihrer Ankunft beim Bürgermeisteramt ihrer Gemeinde zu melden. Dies gilt auch für diejenigen, welche sich mehr als 24 Stunden auf der Durchreise in einem Ort aufhalten. Diejenigen, welche 48 Stunden von ihrer Gemeinde abwesend sind, haben ihre Abwesenheit beim Bürgermeister der Gemeinde anzuzeigen. Jeden Freitag stellt der Bürgermeister eine Liste der neuankommenden Soldaten und derjenigen, welche die Gemeinde verlassen, nach dem Muster der Liste 3, welche am Kontrolltage übergeben wurde, auf (...).

Fehler und Mängel die sich daraus ergeben sollten, einerlei ob sie absichtlich oder unabsichtlich entstehen, sind für alle entlassenen Soldaten der Gemeinde von grossem Nachteil. Im Falle, dass in einer Gemeinde ein nichteingetragener Mann aufgedeckt wird, werden strenge Massnahmen getroffen und eine Anzahl der entlassenen Soldaten in die Gefangenschaft zurückgebracht.“ (AS-126)

---

<sup>12</sup> Landrat an Frau Johann Esslinger Witwe, 23.8.1945: „Da nach Mitteilung des Herrn Bürgermeisters von Schiltach bei der derzeitigen Zuteilung von Brot die Backöfen der Bäckereien nicht ausgelastet sind wenn mehrere Bäckereien geöffnet gehalten werden, können in Schiltach jeweils nur soviel Backstuben in Betrieb gehalten werden, wie zur Versorgung der Bevölkerung notwendig sind, damit ein unnötiger Holzverbrauch unterbleibt. Damit alle Bäckereien an der Brotversorgung beteiligt werden, sind deshalb nach Weisung des Bürgermeisters von Schiltach die Bäckereien abwechselnd für gewisse Zeiträume zu öffnen bzw. zu schliessen.“

Die Öffnungen sollen sich zukünftig im Wochenturnus abwechseln. Das Bürgermeisteramt will versuchen, einen elektrischen Backofen einzurichten. (AS-3132)

<sup>13</sup> Gottlieb Trautwein, 25.9.1945: „So trug die Volkssturmkomp. 2. Aufgebots Schiltach von vornherein nicht jenes Parteigepräge, wie an vielen andern Orten.“ Joos sei kein unbelehrbarer Nationalsozialist gewesen, sondern pragmatisch und mit Blick auf die Leute. Joos habe wiederholt auf Trautwein gehört, aber für Verzögerung habe ihm das Standgericht gedroht. Gemeinsam hätten sie die drohende Brückensprengung verhindert: „In der gleichen Nacht habe ich mit 7 Mann diesen Sprengstoff in einem alten Bergwerk versenkt, während Joos die Bewachung der Brücken organisierte und durchführte. (...) Durch diese Taten hat aber Joos alle geistigen Brücken mit dem Nationalsozialismus hinter sich zerstört, der gegen jede Vernunft die Zerstörung selbst der Heimat verlangte.“

Joos sei ein Mann, der „in seiner Jugend verblendet den Worten Adolf Hitlers glaubte, in der schwersten Stunde seiner Heimat aber den Weg zur Wirklichkeit wiederfand“.

Am 6.5.1946 entlastet auch Matthäus Hermann (Reichsbahnsekretär Radolfzell) Joos. Ihm gegenüber sei Vornfett ein wirklicher Nazi gewesen: „Wenn Joos seinen Arbeitsplatz behalten wollte, musste er der NSDAP beitreten. Joos blieb aber seelisch ein guter Deutscher und hat mit den nazistischen Verbrechen und Gemeinheiten nicht das geringste gemein. Er hatte auch nicht den geringsten Nutzen oder irgendwelche Vorteile aus der nazistischen Zeit gezogen. Er war und blieb ein einfacher und bescheidener Handwerker. Bedauerlicherweise musste er im Jahre 1942 die Stellvertretung des zur Wehrmacht einrückenden Ortsgruppenleiters übernehmen. Auch während dieser Zeit blieb er Mensch zum Menschen. (...) Da Joos sich in den ersten Befreiungsstunden des Nazismus gegen diese Gangster einsetzte, hat er sich meine ehemalige Freundschaft in der Heimat wieder erworben und ich kann und darf ihm meine Achtung nicht versagen.“

Am 12.12.1947 erklärt G. Brahm, ihm gegenüber habe ein nichtgenannter Soldat die Version der Brückenrettung durch Joos bestätigt.

Bereits am 5.10.1945 hatte die Frau von Joos den damaligen Bürgermeister Wolber bzw. dessen Stellvertreter Homberg aufgefordert, sie bei der Befreiung ihres Mannes zu unterstützen: „Ich darf doch wohl annehmen, dass Sie als ehemaliger Pg. soviel für ihre Kameraden übrig haben, von denen schließlich keiner etwas verbochen, sondern nur jeder seine Pflicht getan hat, wie jeder Soldat da draussen stand. Schliesslich möchte ich Ihnen noch ins Gedächtnis rufen, dass Sie heute, wie so mancher andere Schiltacher wohl kaum mehr ein Dach über dem Kopfe hätten, wenn mein Mann s.Zt. in entscheidender Stunde nicht auf dem Posten gewesen wäre und das Sprengen der Stadtbrücke verhindert hätte.“

<sup>14</sup> Bürgermeisteramt an Gottfried Harter (Führer der Freiwilligen Feuerwehr), 17.10.1945: „ich muss Sie auffordern, die Feuerwehr binnen kürzester Frist in den Zustand zu bringen, wie sie im 3. Reich bestanden hat. Sollte dies nicht binnen 4 Wochen geschehen sein, wäre ich leider gezwungen, die gesamte Führung wegen Sabotage zur Verantwortung zu ziehen.“ (AS-483)

---

<sup>15</sup> Landratsamt an Bürgermeisteramt, 27.10.1945: „Bei der Viehablieferung am 20. Oktober 1945 war die Gemeinde Lehengericht mit 18 Stück veranlagt. Geliefert wurden nur 13 Stück, also ein Fehlbetrag von 5 Stück.“

Bürgermeisteramt an Landratsamt, 30.10.1945: „Wer die weit zerstreute Lage der Gemeinde Lehengericht kennt, der musste sich von vorneherein im klaren gewesen sein, daß mit einer so kurz gestellten Beschaffungspflicht hier nicht auszukommen war unter Berücksichtigung der beschränkten Ausgehzeit. (...) Zur dortigen Orientierung sei bemerkt, daß Lehengericht eigentlich aus zwei räumlich getrennten Gemeinden besteht: Vorderlehengericht, zwischen Halbmeil und Schiltach und Hinterlehengericht zwischen Schiltach und Schramberg.

Am Mittwoch den 24. Oktober morgens 6 Uhr (die Ausgehzeit beginnt hier morgens um 5 Uhr) mussten dann auf Anordnung weitere 7 Stück Schlachtvieh an den Bahnhof Schiltach ausgeliefert werden, sodaß nun von Lehengericht jetzt 20 Stück Schlachtvieh in wenigen Tagen zur Ablieferung gebracht wurden.

Somit zwei Stück Schlachtvieh als Strafe, die absolut unberechtigt ist in solchen Verhältnissen, wie sie hier sind. (...) Was unmöglich ist, kann auch jetzt nicht möglich gemacht werden.“

15.11.1945 Bilanz des Viehbestands

- 236 Milchkühe
- 30 Arbeitsochsen
- 37 Weidevieh (Jungvieh)
- 8 Zuchtvieh (trächtige Kälbinnen)
- 5 Farren
- 15 Schafe
- 86 Ziegen
- 456 Hühner
- 31 Gänse

Selbstversorger: 435 [handschriftlich geändert: 448]

Bürgermeisteramt an Landwirtschaftsamt Wolfach, 31.1.1946: „Kartoffeln sind nicht mehr aufzutreiben. Lehengericht wurde von Schiltach und von Schramberg total ausgeplündert und heute stößt die Belieferung von heimgekehrten Kriegsgefangenen auf allergrößte Schwierigkeiten. Wenn nun noch die 120 bis 130 Ostflüchtlingen eintreffen werden, ist deren Versorgung mit Kartoffeln zur Stunde noch absolut ungesichert. Von der beginnenden Reife der Kartoffelernte an bis zur Ausgabe der Einkellerungsscheine hamsterten die Verbraucher von Schiltach und Schramberg hier ihren Kartoffelbedarf, da in diesem Zeitraum eine Speisekartoffelzufuhr von auswärts völlig unterbunden war. Nachts wurden viele Kartoffeläcker ausgeplündert. Auch die Besatzungstruppen in Lehengericht, Schiltach und Schramberg holten sich den Bedarf an Kartoffeln in dieser Zeit bis zur völligen Aberntung teilweise direkt von den Äckern draußen und direkt bei den Bauern. Auch die Verbraucherschaft von Lehengericht holte damals ohne Scheine ihren Bedarf bei den Bauern und Landwirten hier. Es sind dadurch viele, viele dz. Kartoffeln verschwunden, die nirgends registriert und auf die Ablieferung angerechnet werden konnten. Heute kommen noch viele Verbraucher von Schiltach hierher, die auf ihre

---

Einkellerungsscheine erst spät bei starkem Frost noch von auswärts beliefert wurden und heute keine Kartoffeln mehr haben, weil die während der Kälte gelieferten Kartoffeln auf dem Transport erfroren waren und weggeworfen werden mussten.

(...) Die Verbraucherschaft hier macht mir heute den schweren Vorwurf, nicht verhindert zu haben, daß Lehengericht in Kartoffeln von Schiltach total ausgeplündert wurde, daß nicht einmal die aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Kriegsgefangenen hier ihren Kartoffelbedarf bekommen können. (AL-1187)

<sup>16</sup> Bürgermeisteramt an Wilhelm Kienzle, Schindelmacher, Unterharmersbach, 6.11.1945: „In hiesiger Gemeinde müssen eine ganze Anzahl von Wohnhäusern, deren Dächer durch Fliegerangriffe schwer beschädigt worden sind, mit Ziegeln neu gedeckt werden.“

Wilhelm Kienzle an Bürgermeisteramt, 10.11.1945: „teile ich Ihnen mit, dass ich keine Schindeln auf Lager habe, da ich längere Zeit kein Holz hatte“.

Bürgermeisteramt an Fa. Pfeffer-Waidelich, Kronendrogerie, 15.11.1945: „gestern gewünschten 400 Stück Ziegel (...). So sehr ich die Notwendigkeit Ihres Vorhabens einsehe, bin ich in vorliegendem Falle nicht in der Lage (...) Ich hoffe auf Ihr Verständnis dafür, dass die Gemeinde nicht den letzten Ziegel ausgeben kann, nachdem neue Ziegel augenblicklich so gut wie keine zu erhalten sind.“ (AS-681)

<sup>17</sup> Abschrift einer Anweisung, o.D.: „Sämtliche Parteimitglieder von Schiltach sind zu benachrichtigen, dass sie sich am Sonntag, 9 Uhr [16.12.1945] beim Friedhof mit notwendigen Werkzeugen zum Transport des Gedenksteines (50 Ztr.) einzufinden haben. G. Wagner soll starken Wagen und Pferde stellen. Bolz soll sich heute Abend bei Kranzki Bachstr. 34 zur näheren Besprechung melden.“ (AS-127)

<sup>18</sup> Bürgermeisteramt an Landwirtschaftsamt Wolfach, 21.1.1946: „Beiliegend bringe ich ein Bon de déblocage, ausgestellt vom Herrn Platzkommandanten der Besatzungstruppe in Schiltach zu Gunsten des Polen-Comitees in Schiltach zum Bezug eines Schlachtschweines zur Vorlage.

Der Ortsbeauftragte hier und ich haben uns geweigert, das Schlachtschwein zu beschaffen. Daraufhin ging der Chef des Polen-Comitees in Schiltach mit Drohungen vor, auch ohne [von] uns das Schlachtschwein zu bekommen, da das Schwein nicht nur für die Polen, sondern auch für die Besatzungstruppen in Schiltach sei. Er erklärte, wir brauchen es ihm nur zu sagen, daß wir das Schlachtschwein nicht liefern wollen, das weitere werde sich dann schon finden. Das Schwein sollte auf Weihnachten geliefert werden. Es wurde von uns dann auf Neujahr unter diesem Druck geliefert und wog 178 kg. Lebendgewicht.“ (AL-1187)

<sup>19</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 25.1.1946: „Bürgermeister Wilhelm Bühler legte dar, dass er bereits im August 1945 den Herrn Landrat gebeten habe aus gesundheitlichen Gründen das Amt niederlegen zu dürfen. Der Herr Landrat habe den Rücktritt nicht genehmigt und ihn gebeten das Amt bis zur Stellung eines Nachfolgers weiter zu führen. Auch die Gemeinderäte vertraten einstimmig die Ansicht Bürgermeister Bühler möge das Amt vorläufig weiterverwalten.“ (Abl-51)

<sup>20</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 16.2.1946: „Bürgermeister Wilhelm Bühler wurde durch den Untersuchungsausschuss zur Denazifizierung der deutschen Verwaltung mit „Versetzung in den Ruhestand“ beurteilt. Nachdem keiner der Gemeinderäte bereit war, den Dienst zu übernehmen, wurde in Anwesenheit des Herrn Landrats einstimmig der Antrag gestellt Bgm. Bühler bis zu den Gemeindewahlen weiter im Amt zu belassen. Nachdem dieser Antrag schriftlich niedergelegt war, wurde er von allen Gemeinderatskomitee-Mitgliedern unterschrieben.“

---

<sup>21</sup> Rundschreiben, 27.2.1946: „Durch die äusserst starke Truppenbelegung und Beschlagnahme zahlreicher Wohnungen und Häuser für die Besatzungstruppen ist es notwendig geworden, dass alle in Schiltach noch vorhandenen Evakuierten in ihre früheren Wohnorte oder deren Umgebung zurücktransportiert werden müssen.“ Zahlreiche Eingaben folgen. Bereits am 8.2.1946 hatte das Landratsamt gemahnt: „Es muß in jedem Falle immer wieder darauf hingewiesen werden, daß der Kreis Wolfach zur Aufnahmen von 4000 Ostflüchtlingen verpflichtet ist, und daß diese weder wohnraummässig noch verpflegungsmässig hier aufgenommen werden können, wenn nicht ein größerer Teil der noch hier befindlichen Evakuierten aus dem übrigen Reichsgebiet in die früheren Heimatgebiete zurückbefördert wird.“ (AS-1915)

<sup>22</sup> Jakob Schneider an Bürgermeisteramt, 14.3.1946: „Nach der durch die kriegerischen Ereignisse notwendig gewordenen Übergabe unserer Geschäfts [in Straßburg] an eine französische Firma habe ich erst am 1. Okt. 1919, also etwa 1 Jahr nach dem Einzug der Franzosen ins Elsass, mit Frau und Schweigermutter mit je nur 50 kg Gepäck, mehr mitnehmen war nicht erlaubt, Strassburg freiwillig und aus eigenem Antrieb – also nicht ausgewiesen – verlassen. Der französische Geschäftsnachfolger wollte mich zwar mit damals glänzenden Zugeständnissen und guter Bezahlung zu weiterem Verbleiben in seiner nunmehrigen Firma veranlassen, womit mir die Möglichkeit zur Rettung meiner gesamten reichhaltigen Habe geboten war. Ich lehnte aber dankend ab und zog es vor, nach meiner deutschen Heimat zurückzukehren. Anstatt nun die amtlichen Stellen zu überlaufen, zu bestürmen und zu bedrängen, wie es viele Andere getan haben, war ich in erster Linie darauf bedacht, meine altangesehene Firma im Reiche neu erstellen zu lassen in der Erwartung, dass mir mein erlittener Sachschaden, wie vom Reich in Aussicht gestellt, nicht verloren gehen könne. Es gelang mir auch im Juni 1920 mit meinem früheren alten Strassburger Mitarbeiter die gleiche Firma in Stuttgart unter Beteiligung der Franz Haniel & Cie. G.m.b.H. in Duisburg/Ruhrort, da wir über keine Barmittel verfügten, neu zu gründen, ohne nennenswerte Kundschaft in Württemberg zu besitzen. Auch in Stuttgart wurde ich Gesellschafter und alleiniger Geschäftsführer. (...) Dass ich an erlittenem Sachschaden in Strassburg nach Leistung einiger Abschlagszahlungen vom Reich einen im Jahre 1918 anerkannten Restbetrag von rund RM 5000,- noch zu fordern u. gut wäre, auch heute noch zu beanspruchen habe, sei nur nebenbei erwähnt. Ein im Jahr 1938 gestellter Antrag bei Reichsentschädigungsamt Berlin wurde vom Oberfinanzamt Berlin mit der Begründung abgelehnt, dass bei mir die nötigen Voraussetzungen für diese Auszahlung nicht zuträfen. Ich wurde also sozusagen dafür bestraft, dass ich mir wieder aus eigener Kraft eine auskömmliche Stellung errungen hatte. Mit Erreichung des 70. Lebensjahres im Jahre 1938 – heute bin ich über 78 Jahre alt – trat ich nach 56-jähriger geschäftlicher Tätigkeit in den Ruhestand, um noch einen schönen Lebensabend zu haben und auch jüngeren Kräften Gelegenheit zu einer gehobenen Stellung zu geben. Leider kam es aber anders! Am 12. Sept. 1944 verlor ich in Stuttgart durch völlige Zerstörung des als Mieter bewohnten Hauses meine hauptsächliche Habe abermals und ich begab mich mit gerettetem Handkoffer hierher nach Schiltach zu meinem schon ein Jahr früher aus Mannheim ebenfalls vollständig geschädigten Bruder. (...)

Dass ich wie mein Bruder kein Mitglied der NSDAP und deren 8 Organisationen war ist Ihnen bekannt, möchte es aber nochmals ausdrücklich wiederholen. (...) Unsere gemeinsame Bitte geht nun dahin, die Aufhebung der Massnahme zunächst zu befürworten oder überhaupt aufzuheben, wofür wir zum Voraus unseren besten Dank abstaten. (...) Die ausgesprochene Entziehung der Lebensmittelkarten im Nichtbefolgungsfalle [der Ausweisung] wäre zwar hart, aber ob man schliesslich den Hungertod stirbt, ist letzten Endes einerlei, denn sterben muss ja jeder einmal. (...)" (AS-1915)

---

<sup>23</sup> Bürgermeister Bühler an Landratsamt, 2.3.1946: „Darf ich Sie bitten, den vom hiesigen Gemeinderats-Komitee Ihnen zum Bürgermeister der Gemeinde Lehengericht vorgeschlagenen Kaufmann und Landwirt Eduard Hübner, wohnhaft hier, Gasthaus zum ‚Pflug‘ Vorderlehengericht, in das Amt einsetzen zu wollen. (...) Meine Amtsniederlegung habe ich bereits zum 1.8.1945 dorthin erklärt, wo ich eine 21jährige Amtstätigkeit hinter mir hatte. Ich nehme Bezug auf mein damals Ihnen vorgelegtes ärztl. Attest“. (AL-633)

<sup>24</sup> Landrat an Bürgermeisteramt, 3.4.1946: „Der vom Gemeinderat als Bürgermeister vorgeschlagene Eduard Hübner hat unter ausführlicher mündlicher und schriftlicher Begründung die Übernahme dieses Postens endgültig abgelehnt. Der Gemeinderat wolle daher aufgefordert werden, zu der Frage erneut Stellung zu nehmen und einen neuen Vorschlag baldmöglichst hierher vorzulegen.“ (AL-633)

<sup>25</sup> Bürgermeisteramt an Landratsamt, 13.3.1946: „Wegen der Abräumung des Grundstückes, damit dieses wieder als Garten in Benützung genommen werden kann, habe ich die Firma Grohe ersucht, den Bunker wieder abzubauen. Ich erhalte aber die Antwort, dass vom Landratsamt, bzw. vom Rathaus die Erstellung des Bunkers befohlen worden sei und würde deshalb auch nur auf Befehl wieder abgeräumt werden.“ (AS-3130)

<sup>26</sup> Fa. Hans Grohe an Bürgermeisteramt, 25.4.1946: „die Anlage des Luftschutzbunkers nicht in unserem Interesse, sondern auf Befehl der Luftschutzbehörde erfolgt (...) Der Bunker wurde auch nicht allein von unserer Belegschaft, sondern auch von der Nachbarschaft benützt und hat sich in einem Falle auch gut bewährt“. (AS-3130)

<sup>27</sup> Bürgermeisteramt an Fa. Hans Grohe, 10.5.1946: „teile ich Ihnen mit, dass auf Befehl der Luftschutzbehörde ein Splitterschutzgraben errichtet werden musste und nicht, wie von Ihnen ausgeführt, ein Luftschutzbunker. Der Luftschutzbunker wurde nur auf Ihr persönliches Betreiben von Ihnen errichtet.“ (AS-3130)

Protokoll der Gemeinderatssitzung, 8.10.1946: „Der Gemeinderat lehnt es ab, dass der Splitterschutzgraben, Ecke Austraße – Froschgraben, durch die Gemeinde beseitigt wird. Der Splitterschutzgraben ist durch die Firma Hans Grohe zu beseitigen, da der Graben ausschließlich für die Werkangehörigen errichtet werden musste.“ (Abs-179)

Am 12.11.1946 berichtet Polizeihauptwachtmeister Posedowski, die Fa. Hans Grohe tue nichts. Der Anlieger Friedrich Trautwein bereitete 1947 eine Klage gegen die Fa. Hans Grohe vor. (AS-3130)

<sup>28</sup> Landratsamt an Bürgermeisteramt, 22.4.1948: „Beflaggung ist nur in den bad. Landesfarben gestattet. (...) Versammlungen und Kundgebungen, die unter der Führung einer politischen Partei organisiert sind, werden am 1. Mai verboten. (...) Die Reden, die gehalten werden, müssen unbedingt gelesen und dürfen nicht frei gehalten werden. Der Text dieser Reden ist dem Landrat bis zum 25. April 1948 vorzulegen.“ 1949 herrscht dann größere Freiheit. (AL-581)

<sup>29</sup> Rundschreiben des Bürgermeisteramts, 11.4.1946: „Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 27.2.1946 haben die Umquartieren, welche aus der amerikanischen Herkunftszone sind, sich sofort reisefertig zu mache. Als Reisegepäck dürfen Sie ein Gewicht von rund 100 kg. je Personen mitnehmen. (...) Verwahrung von Möbeln und Hausrat zur baldmöglichsten Nachsendung.“ (AS-1915)

<sup>30</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 19.6.1946: „Die Gemeinde hat dem Landratsamt ein Verzeichnis der Landwirte einzureichen, die Aktivisten der NSDAP waren, und zu veranlassen, dass von den Genannten politische Fragebogen ausgefüllt werden. Die Gemeinderatskomitee-Mitglieder sind einstimmig der Ansicht, dass in der Gemeinde Lehengericht Landwirte, die Aktivisten in diesem Sinne waren, nicht vorhanden sind.“ (Abl-51)

---

<sup>31</sup> Mitteilung an das Bürgermeisteramt, 30.4.1946: „Durch Zusammenschluss der bisherigen Vereine Turnverein e.V. Schiltach, Fussballverein (Spielvereinigung) Schiltach, Kraftsportverein ‚Deutsche Eiche‘ e.V. Schiltach beantragen obige Antragsteller Genehmigung zur Abhaltung einer Gründungsversammlung eines Sportvereins unter dem Namen Sportgemeinschaft Schiltach. (...) Die Gründungsversammlung soll voraussichtlich am 26.5.1946 stattfinden.“ (AS-432)

Landrat an Bürgermeisteramt, 13.6.1946: „Der Kreiskommandant hat die Gründungsversammlung für den Sportverein in Schiltach genehmigt. Die Versammlung ist am Sonntag, den 16. Juni um 2 Uhr abzuhalten.“ (AS-3132)

<sup>32</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 11.7.1946: „Bürgermeister Wolber gab einen Bericht über die am 10. Juli 1946 in Wolfach stattgefundene Bürgermeisterversammlung. Anschließend an diesen Bericht las er ein Schreiben, welches an den Herrn Landrat in Wolfach gerichtet war, vor, aus welchem hervorging, dass er sein Amt als Bürgermeister der Gemeinde Schiltach ab sofort niederlegt.“ (Abs-179)

<sup>33</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 15.7.1946: „Herr Landrat war mit dem Vorschlag einverstanden und ernannte Herrn Korndörfer durch Handschlag zum kommissarischen Bürgermeister der Gemeinde Schiltach.“ (Abs-179)

<sup>34</sup> Bürgermeisteramt an Landratsamt Berufungsausschuss, 1.8.1946: „Von den aus den Wahllisten gestrichenen und von dem Wahlrecht zunächst ausgeschlossenen Personen der Gemeinde Schiltach gingen 2 Einsprüche ein (...)

1. Herr Eugen Groß, ehemaliger Bürgermeister von Schiltach erhob gegen die Streichung in der Wahlkartei Einspruch mit der Begründung, dass die vom Reinigungsausschuss ausgesprochene Entlassung noch nicht rechtskräftig geworden ist.
2. Herr Karl Pfaff, Schreiner wurde aus den Wahllisten gestrichen zur Folge Weisung Nr. 2, weil er, wie bekannt, als Angehöriger der Landwacht Polen misshandelt hatte. Pfaff versucht sich damit zu entschuldigen, dass er für diese Misshandlungen den Auftrag des Betriebsführers und des Betriebsobmannes der Firma Tuchfabrik Kumpf in Schiltach, bekommen habe. Dieser Angabe dürfte die Tatsache widersprechen, dass er einer im gleichen Betrieb beschäftigten Arbeiterin, welche ihr Missfallen über die Misshandlung eines Polen äußerte drohte, er werde sie bei der Gendarmerie zur Anzeige bringen.“ (AS-3132)

<sup>35</sup> Bürgermeisteramt an Landratsamt, 15.11.1946: „Der Schlosser Wilhelm Engelmann, geboren am 11.9.1904 in Schiltach, wohnhaft in Schiltach, Schramberger Straße 13, ist durch Beschluss und vorgelegtem Entlassungsschein des Camp' d' Intenement Altschweier mit Wirkung vom 15.11.1946 aus dem dortigen Lager entlassen. (...) Engelmann war vom 4.9.1945 bis 14.11.1946 im Internierungslager Altschweier.“ (AS-294)

<sup>36</sup> Ernährungsamt des Landkreises an Christian Brüstle, 14.12.1946: „Die bei Ihnen gemachten Erhebungen durch die Gendarmerie, bezüglich Ihrer Kartoffelabgabe, haben klar ergeben, daß unberechtigte Abgaben direkt an die Verbraucher und an die franz. Gendarmerie erfolgt sind. Wie dem Ernährungsamt bekannt ist, haben insbesondere die Erzeuger im Grenzgebiet des Kreises verbotene Abgaben in die Schramberger Gegend vorgenommen und die Kartoffel zu Überpreisen abgesetzt.“ (AL-945)

<sup>37</sup> Bürgermeisteramt an Landrat, 1946: Die KPD hat eine „derart geringe Anhängerschaft, dass ein Gemeinderatssitz nicht in Frage kommen kann. Im hiesigen Gemeinderat war die kommunistische Partei noch nie vertreten.“ (AS-3132)

---

<sup>38</sup> Bürgermeister Gottlieb Trautwein an Landesbranddirektor, 3.3.1947: „Eine meiner ersten Aufgaben [als neuer Bürgermeister] war es, den früheren Ortsausschuss für Entnazifizierung zum Teufel zu jagen, da es sich herausstellte, dass solcher sich bei seinen Beurteilungen nicht von sachlichen, sondern meist persönlichen Motiven leiten liess, bei denen der Hass mitspielte.“ (Fra-177).

<sup>39</sup> Ernährungsamt Baden-Baden an Bürgermeisteramt, 3.1.1947: „Ihre Gemeinde hat sich gegenüber unserer Kommission verpflichtet zum Mildern der großen Notlage des Stadtkreises Baden-Baden noch 110 dz Kartoffeln aufzubringen.

Für die unserer Kommission und ihrer ausserordentlich ernsten Aufgabe entgegengebrachte Aufgeschlossenheit und erwiesene Hilfsbereitschaft danken wir Ihnen ganz besonders und bitten Sie, diesen Dank an die einzelnen Ablieferer weiter zu geben.“ (AS-945)

<sup>40</sup> Ungenannter Lehengerichter Landwirt an Ernährungsamt, 17.2.1947: „Trotz allen Einteilens wollen die Kartoffeln kaum reichen. Noch nie in meinem Leben war die Kartoffelernte so misslich, wie letztes Jahr.“ (AL-945)

<sup>41</sup> SPD-Antrag im Kreisausschuss zur Weiterleitung an Kreisverwaltung: „Die Sozialdemokratische Partei schlägt Hausach vor, das an der Hauptverkehrslinie liegt und von allen Seitentälern gleichmässig erreichbar ist.“ (AS-10)

<sup>42</sup> Bürgermeisteramt an Landratsamt, 10.2.1947: „Seit April 1945 ist im Haus Vor Eulersbach 30b, das Herrn Schreinermeister Rieger in Schiltach gehört, eine Wohnung zerstört. Das Haus weist im Ganzen gesehen eine Beschädigung von ca. 15 % auf.

Bis heute sind an diesem Wiederaufbau keinerlei Anfänge gemacht. Obwohl Herr Rieger schon Zement, Kalk usw. über ihre Dienststelle zugewiesen bekam. Ein Freigabeschein über Backsteine wurde von der Fa. Bacher in Hausach nicht eingelöst. Diese Tatsache nimmt Herr Rieger nun zum Anlass seinerseits überhaupt nicht mehr an der Instandsetzung dieser Wohnung zu tun. Wir sind schließlich zur Ansicht gekommen, dass es sich um schlechter Wille handelt.“ (AL-889)

<sup>43</sup> Gutachten von Bürgermeister Trautwein, 1.3.1947: „Aberle war vom 1. Februar 1943 bis 15. Juli 1945 als Verwaltungsangestellter der Stadt Schiltach beschäftigt. Während dieser Zeit war sein in- und ausserdienstliches Verhalten nicht so korrekt, wie es einem Beamten geziemt. Nach dem Einmarsch der Franzosen stellte Aberle der hiesigen französischen Kommandantur eine Liste sogenannter Parteifunktionäre von Schiltach zur Verfügung, die sich heute noch im Original im Gewahrsam der Gemeinde befindet. Auf dieser Liste sind Männer von Schiltach aufgeführt, die nie der NSDAP angehörten, noch irgendwie mit deren Gliederungen etwas zu tun hatten. Die Gefährlichkeit der einzelnen Personen wurde noch durch Kreuze vermerkt, die bis zu 4 Stück vor den Namen der betreffenden Personen angebracht wurden. Wer Aberle den Auftrag zur Erstellung der Liste gab, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich weiss nur – aus meinen Erfahrungen in den ersten Junitagen des Jahres 1945; dass der damalige Bürgermeister Wolber aus dem Büro der Kommandantur (Bürgersaal) in sein Amtszimmer zurückkam, in welchem ich mich in gleicher Zeit befand und mir erklärte, dass es ihm jetzt gelungen sei die Liste der sogen. Parteifunktionäre zurückzubekommen, die Aberle dem Herrn Kommandanten Sartout gegeben habe. Herr Sartout habe ihm (Wolber) gegenüber erklärt, dass er Aberle zur Rede gestellt habe und ihn gefragt, wo dann sein eigener (Aberles) Name stehe. Aberle sei verlegen geworden und daraufhin habe Herr Kommandant Sartout zu Aberle gesagt, dann schreibe ich ihren Namen oben auf die Liste und vermerke solchen mit 4 Kreuzen, was auch Herr Sartout eigenhändig anschrieb. Aberle hat es verstanden, seine Mitgliedschaft in der NSDAP aus allen Akten zu entfernen, sodass hierüber keine Unterlagen mehr bei den Personalakten Aberles sind.

---

Ferner stellte Aberle laufend Bescheinigungen über bezogenen Wein aus, den er zum Teil mit seinen Freunden während der Dienststunden verbrauchte. Trotz eines Verweises des damaligen Bürgermeisters Wolber stellte er immer wieder solche Bescheinigungen aus. (...)

Der Ortsleiter des Badischen Hilfswerks, Schiltach hat mir wiederholt erklärt, dass in der Bevölkerung die Ansicht vertreten sei, dass solange Aberle als Geschäftsführer des Badischen Hilfswerks in Wolfach eingesetzt sei, Schiltach nichts von ihm zu erwarten habe. Diese Ansicht dürfte durch die Zeitungsmittelung noch erhärtet worden sein, nachdem die landwirtschaftlich viel günstigeren Gemeinden Wolfach, Hausach, Haslach und Zell Schulspeisungen erhalten, während die Industriegemeinde Schiltach mit seinem versperrten württ. Hinterland leer ausging.“ (AS-10)

<sup>44</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 19.4.1947: „Beigeordneter Dinger eröffnete den Herren Gemeinderäten, dass Bürgermeister Gottlieb Trautwein lt. Amtsblatt der Landesverwaltung Baden-franz. Besatzungsgebiet-Beilage II Nr. 13 vom 2.4.47 wie folgt entnazifiziert wurde: ‚Einzug von 30 Prozent des gesamten Vermögens. Für 5 Jahre Entziehung des Führerscheins falls vorhanden. Für 5 Jahre Verbot eine leitende oder selbständige Tätigkeit auszuüben.‘ Durch diesen Bescheid legte Trautwein Gottlieb sein Amt als Bürgermeister vorläufig nieder. Die Herren Gemeinderäte sind mit dem Beigeordneten darüber einig, dass sofort beim bad. Staatssekretariat für politische Säuberung in Freiburg über das Landratsamt in Wolfach ein Gesuch betr. Abänderung des Entscheids eingereicht wird. Das Gesuch soll folgende Punkte enthalten:

1. Das derzeitige Verhältnis des Bürgermeister Gottlieb Trautwein zu der Einwohnerschaft.
2. Das Verhalten des Bürgermeister Gottlieb Trautwein als ehemaliger Volkssturmführer.
  - a. Verhinderung dass die Stadtbrücke gesprengt wurde.
  - b. Dass die Panzersperren an den Ortseingängen nicht geschlossen wurden
  - c. Dass 56 Volkssturmmänner mit den Kampfhandlungen nicht verwickelt wurden
3. Dass er bis 1933 Vorstand des Demokratischen Vereins und des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, sowie die Fahne des ehemaligen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bis zu dem Zusammenbruch in seiner Wohnung verborgen hielt.
4. Dass er nur unter wirtschaftlichem Druck 1942 Mitglied der NSDAP wurde,
5. Dass sein Funkunterricht, den er während des Krieges abhielt, mehr sportlichen Charakter hatte.“ (Abs-179)

Abraham Aberle (SPD, Ortsgruppe Schiltach) 9.3.1947: „Er war der einzige Demokrat von hier, der mit uns im Reichsbanner Schwarz-rot-gold in offenem Kampfe, in Wort und Tat, gegen den Nationalsozialismus bis 1933 gekämpft hat. Selbst nach der Machtübernahme bis 1942 hat er aus der Gegnerschaft der NSDAP kein Hehl gemacht. Dies beweist schon die Tatsache, dass er unsere Reichsbannerfahne, ungeachtet der drohenden schweren Strafen, bis zum heutigen Tage, wohlversteckt und bewahrt hat. Auch nach seinem Eintritt in die NSDAP hat er sich nicht propagandistisch betätigt.“ (Fra-177)

Karl Kücherer, 28.4.1947: Trautwein habe stets den „Deutschen Gruß“ verweigert. (Fra-177)

<sup>45</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 12.5.1947: „Es fehlen Bürgermeister Trautwein Gottlieb, Gemeinderat Maurer Jakob und Trautwein Georg. Bürgermeister Trautwein soll nach Mitteilung des Landratsamts vorläufig keinen Dienst ausüben. Trautwein Gg. und Maurer Jakob erscheinen nicht, da Herr Korndörfer anwesend war. Eine Zusammenarbeit mit ihm lehnen die demokratischen Herren ab.“ (Abs-179)

---

<sup>46</sup> Bürgermeisteramt an Militärverwaltung, Wolfach, 2.10.1947: „Der Gartenmeister Fritz Götz, geb. 4. September 1898 in Schiltach, wohnhaft in Schiltach, Marktplatz 11, ist nach hier vorgelegtem Entlassungsschein des Controleur General de la Surete National, Controleur des la Sureté du Bade in Freiburg vom 29.9.1947, mit Wirkung vom 1. Oktober 1947 aus dem Internierungslager in Freiburg entlassen worden. Götz befand sich seit dem 4.9.1945 im Internierungslager.“ (AS-294)

<sup>47</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 7.10.1947: „Lehrbücher, Schulhefte jeder Art und sonstiges Lehrmaterial sollen künftig durch die Gemeinde übernommen werden. Verbrauchsgegenstände wie Bleistifte, Federn usw. sollen ebenfalls durch die Gemeinde beschafft werden. Die Ausgabe dieser Gegenstände soll aber im Ermessen des jeweiligen Lehrers bleiben.“ (Abs-179)

<sup>48</sup> Bürgermeisteramt an Militärgericht Freiburg, 13.11.1947: „Herr Christian Morlock aus Schiltach wurde durch das französische Militärgericht wegen Mithilfe zur Erhängung eines Polen zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt. Morlock war seit Mai 1945 in Untersuchungshaft. Diese Zeit wurde ihm angerechnet. (...) Wir bitten das Militärgericht ergebenst, dass wenn es ihnen möglich ist, das Gnadengesuch des Herrn Christian Morlock zu berücksichtigen, denn nicht nur er, sondern auch seine Ehefrau und sein Sohn leiden seelisch und auch gesundheitlich unter diesem Urteil.“ (AS-294)

<sup>49</sup> Bürgermeisteramt an Badisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, 28.11.1947: „Die Firma Grohe war bis 1938 ausschliesslich auf Friedensproduktion eingestellt und hatte s. Zt. 240 Angestellte und Arbeiter beschäftigt. Die Firma Grohe beschäftigt heute noch, da ihr bereits schon annähernd 100 wertvolle Maschinen durch die Militärregierung geholt wurden, 97 Arbeiter, 4 Angestellte.“ (AS-585)

<sup>50</sup> Badisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit an Bürgermeisteramt, 17.12.1947: „Seitens des Ministeriums wird nichts unversucht bleiben, in Ansehung der sozialen Wichtigkeit alle Möglichkeiten auszunutzen, den Betrieb soweit als möglich zu erhalten.“ (AS-585)

<sup>51</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 2.12.1947: „von dem Schreiben der Landesdirektion des Badischen Hilfswerks Freiburg wonach die Schulspeisung der ‚Schweizer-Spende‘ für 4 Monate genehmigt wurde, nahm der Gemeinderat Kenntnis“. (Abs-179)

<sup>52</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 16.12.1947: „Antrag des Ortsausschusses der Gewerkschaften von Schiltach betr. Eingruppierung unserer Gemeinde von Ortsklasse C in Ortsklasse B: ‚Wir befürworten den Antrag, dass unsere Gemeinde von Ortsklasse C in die Ortsklasse B eingereiht wird. Den Antrag begründen wir wie folgt:

Seit der s.Zt. Einreihung in die Ortsklasse C welche über 2 Jahrzehnte zurückliegt, haben sich die hiesigen Verhältnisse grundlegend geändert.

Schiltach mit seinen 2415 Einwohnern hat 2 Tuchfabriken, 1 Metallwarenfabrik, 2 Sägewerke und größere Handwerksbetriebe. Von den ca. 800 Berufstätigen unserer Gemeinde sind 80% in den obigen Betrieben beschäftigt. Die restlichen 20% von Arbeitnehmern sind in den Firmen von Schramberg und die übrigen in Wolfach und Schenkenzell beschäftigt. Diese Arbeitnehmer haben, da ihr Arbeitsplatz auswärts ist, ganz erhebliche Mehrausgaben.

Die Beamten haben fast ausnahmslos Wohnungen inne, deren Miethöhe durchweg den Wohnungsgeldzuschuss, den die Beamten tatsächlich erhalten, übersteigt.

---

Von den größeren Gemeinden im Landkreis Wolfach sind alle ausnahmslos in die Ortsklasse B eingereiht mit Ausnahme von Schiltach. Sämtliche Auslagen für den Lebensunterhalt sind in hiesiger Gemeinde nicht geringer als die in den übrigen Gemeinden; im Gegenteil die Kosten sind bedeutend höher z.B. auf Grund der klimatischen Verhältnisse benötigen wir hier mehr Heizmaterial als in den Gemeinden Haslach und Hausach. Die sonstigen Lebenshaltungskosten sind ebenfalls höher, weil Schiltach nicht in der gleichen Weise wie die übrigen größeren Gemeinden landwirtschaftliches Hinterland hat. Da Schiltach an der Nebenstrecke zwischen Eutingen und Hausach liegt ist eine Reise nur mit einer erhöhten Zeit und Geldaufwendung möglich.“ (Abs-179)

<sup>53</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 21.4.1948: „Politische Säuberung der Internierten der Gemeinde, hier Eugen Wagner, Paul Homberg, Jakob Becht, Christian Joos: „Von der Gemeinde steht nichts im Wege, dass die Nebengenannten entlassen werden. Politische Beurteilungen sollen die politischen Parteien abgeben. Bei Christian Joos ist besonders zu bemerken, dass er sich in den letzten Tagen vor dem Umsturz für Schiltach verdient gemacht hat.“ (Abs-179)

<sup>54</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 30.6.1948: „Die Herren Gemeinderäte stellten folgendes fest: Gross war nach den vorliegenden Unterlagen vom 1. Mai 1933 Mitglied der ehemaligen NSDAP. In politischer Hinsicht ist gegen ihn nichts einzuwenden. Bei besonderen Anlässen trug er die Uniform der politischen Leiter. Bei seiner Antrittsrede im November 1929 bekannte er sich zu den Farben Schwarz-Rot-Gold. Zu bemerken ist jedoch, dass er im Jahre 1942 trotz Ablehnung von alten Parteigenossen der ehemaligen NSDAP. die Aussenfassade des Rathauses mit einer Freskomalerei über die Geschichte von Schiltach und über die Neuzeit (3. Reich) anbringen liess.“ (Abs-179)

<sup>55</sup> Kommunistische Partei, Ortsgruppe Schiltach an Bürgermeisteramt, 12.7.1948: „Die Kommunistische Partei, Ortsgruppe Schiltach ersucht den Gemeinderat, beschliessen zu wollen, dass dem Herrn I.A. bzw. Friedrich Bühler, in der Gemeinde Schiltach keine Erlaubnis zur Wiederaufnahme seines Geschäftes gegeben wird (...). Wie dem Gemeinderat bekannt ist, hat Herr I.A. Bühler seinerzeit für 45000M Textilware in eigennützigweise für sich versteckt und damit der an Kleidung durch den Hitlerkrieg arm gewordenen Arbeitenden Bevölkerung entzogen. Herr I.A. Bühler war Kreisverteiler der bewirtschafteten Textilwaren und hat durch Unterschlagung dieser Waren das Vertrauen der Öffentlichkeit aufs schwerste missbraucht, diese Textilwaren waren Volksgut. Wir sind davon überzeugt, dass die Schiltacher Bevölkerung auf das Geschäft eines so unehrlichen Kaufmannes verzichtet.“ (AS-1371)

<sup>56</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 14.7.1948: „Antrag der K.P.B. Ortsgruppe Schiltach, dass bei einer evtl. Wiedereröffnung der Fa. I.A. Bühler der Inhaber Herr Friedrich Bühler, so lange die Textilwaren bewirtschaftet sind, als Geschäftsführer nicht zugelassen wird.: Bürgermeisterstellv. Dinger verlas den Antrag der K.P.B. und nahm hierzu folgende Stellung, dass er dem Antrag zustimmt, jedoch sollte gesehen werden, dass der Laden bald durch einen Vertreter geöffnet wird, da noch bewirtschaftete Waren im Laden vorhanden sind. Gemeinderat Fritz stimmte dem Antrag der K.P.B. ebenfalls zu und erklärte, dass die S.P.B. Gruppe Schiltach den gleichen Antrag stellen wollte. Bürgermeister Trautwein ist dafür, dass das Geschäft geöffnet wird, denn ein Laden in dieser Branche ist für Schiltach zu wenig und es ist für uns eine Steuereinnahmequelle. Besondere Einwendungen wer den Laden führt hat Tr. nicht. Die D.P.B. sieht aber auch keine gesetzliche Handhabe, wonach der Gemeinderat über den Antrag der K.P.B. entscheiden kann. Gemeinderat Trautwein ist der Auffassung, dass der Gemeinderat mit der

---

Stellungnahme warten soll bis die Staatsanwaltschaft eine Entscheidung getroffen hat. Brgmstr.stellv. Dinger will erst beim Landratsamt bzw. beim Amt für kontrolliertes Vermögen anfragen wie weit die Angelegenheit mit der Öffnung gediehen ist. Alle Herren sind dafür; Gemeinderat Trautwein lehnt die Anfrage bei den Ämtern ab.

Es kam somit zu keiner endgültigen Stellungnahme.“ (Abs-179)

Protokoll der Gemeinderatssitzung, 28.7.1948: „Der Vorsitzende berichtete den Herren Gemeinderäten, dass nach einem tel. Anruf bei der Kreisstelle des Landesamts für kontrolliertes Vermögen, das Vermögen Herrn Friedrich Bühler zurückgegeben wurde. Wegen Einsetzung des Herrn Friedrich Bühler in die Firma I.A. Bühler sei das Landratsamt in Wolfach zuständig. Das Landratsamt berichtete hierauf telef., dass nicht sie zuständig seien, für die Einsetzung des Herrn Friedrich Bühler in die Firma I.A. Bühler bzw. für die Wiedereröffnung, sondern das Landesamt f. kontrollierte Vermögen – Kreisstelle –. Das Landratsamt sei aber auch der Auffassung, dass vor einer endgültigen Entscheidung durch das Landgericht Offenburg nichts unternommen werden kann. Die Herren Gemeinderäte wurden sich daher einig, dass das Gesuch der KPB vorläufig zurückgestellt werden muss.“ (Abs-179)

<sup>57</sup> Notiz Gottlieb Trautwein, 30.7.1948: „Beide Herren wurden in unmissverständlicher Weise zu verstehen gegeben, dass wenn einer fleissigen, braven Arbeiterschaft der Arbeitsplatz genommen würde, das demokratische Schiltach solches nie verstehen würde und den Marshallplan als Almosengeber ablehnen.“ (AS-585)

<sup>58</sup> Kreisverwaltung an Bürgermeisteramt, 11.8.1948: „Eilt!“ „Diese Angelegenheit wolle tunlichst beschleunigt werden. Über den Erfolg ersuche ich um gefl. Mitteilung. Fehlanzeige erforderlich.“ (AS-127)

<sup>59</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 12.8.1948: „Der Vorsitzende eröffnete den Herren Gemeinderäten, dass nach einem telef. Anruf des Landratsamtes Wolfach im Laufe dieser Woche 10 Familien (Ausländer) mit ca. 30-40 Personen die Gemeinde Schiltach unterzubringen hat. Ferner ist vorgesehen, wie Herr Dr. Lenssen vom Landratsamt mitteilte, dass weitere 200 Ausländer, welche bisher in Gutach untergebracht waren, in Schiltach unterzubringen sind. Diese Anzahl von Ausländern aufzunehmen, ohne Rücksichtnahme auf die bereits zugewiesenen 350 Flüchtlinge, ist allen Herren klar, dass es unmöglich ist, eine derart große Zahl von Neuzuziehenden aufzunehmen. Gemeinderat Trautwein vertrat die Ansicht, dass man sich sofort wegen Erwerb von Baracken umsehen sollte. Gemeinderat Korndörfer stellte fest, dass die Firma Moser in Schramberg Baracken hat. Daraufhin bestimmte der Vorsitzende eine Kommission, welche die Baracken zu besichtigen hat. Anschließend wurde Haus um Haus der ganzen Gemeinde durchgegangen und an Hand der Wohnungskartei unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse festgestellt, wer freien Wohnraum hat. Die Herren Gemeinderäte beschlossen alsdann, die Betreffenden darauf aufmerksam zu machen, dass sie mit der Zuweisung einer Ausländerfamilie rechnen müssen. Eine Erfassung nach dem Wohnungsgesetz vom 8.3.1946 steht dem Gemeinderat nicht zu, da für Ausländer die Wohnungen auf Grund eines Requirierungsscheines beschlagnahmt werden. Für die Unterbringung der 10 Familien wurden vorgesehen: Herr I.A. Bühler, Herr Eugen Gross, Herr Hans Welle, Herr Karl Scharpfenecker, Herr Paul Wolber, Herr Joh. Georg Wolber, Herr Jakob Lutz, Herr Wilhelm Arnold, Herr Otto Meister, Herr Christian Trautwein, Frau I.C. Wolber Wwe. und Frau Lene Faißt Wwe.“ (Abs-179)

<sup>60</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 16.8.1948: „Bürgermeisterstellv. Dinger eröffnete den Herren Gemeinderäten die Einstellung von den für die Ausländer vorgesehenen Wohnungsinhabern. Er bat dringend, dass die Herren Gemeinderäte ihn bei dieser Aufgabe unterstützen, da er sehr mit

---

dem Unverstand der einzelnen Betroffenen zu leiden hat. Die Herren Gemeinderäte haben ihm jegliche Hilfe zugesagt. (...) Von dem Erwerb der Wohnbaracke der Firma Moser, Schramberg, soll Abstand genommen werden, da die Erwerbskosten einschl. Erstellung zu hoch sind. Jedoch aber soll die Baracke der Fa. Hans Grohe, welche auf dem Hofe der Fa. Hans Grohe steht, nicht aus dem Auge gelassen werden.“ (Abs-179)

Protokoll der Gemeinderatssitzung, 22.8.1948: „Der Vorsitzende verlas den Herren Gemeinderäten ein Schreiben des Landratsamtes Wolfach vom 20.8.1948, wonach für ungefähr 70 Personen Wohnungen in der Gemeinde Schiltach beschafft werden müssen, da mit dem Eintreffen dieser Ausländer in der Woche vom 22.-29.8. zu rechnen sei. (...) Diese insgesamt 56 Ausländer sollen aus dem Lager Gutach kommen. Weitere 15 Familien aus dem Lager Rastatt wurde noch von dem Landratsamt in Aussicht gestellt. Wegen dem Erwerb der Baracke der Fa. Hans Grohe wurde dem Gemeinderat eröffnet, dass die Baracke in einem derart schlechten Zustand ist, dass sich eine Wiederinstandsetzung für Wohnzwecke nicht rentieren würde.“ (Abs-179)

<sup>61</sup> Protokoll der Bürgerversammlung, 26.8.1948: Fritz Dinger und Gottlieb Trautwein wollten in Landratsamt und bei Militärregierung Einspruch gegen die hohe Zahl einlegen. „Landrat Hess erklärte, dass er seit Monaten, ja seit Jahren gedrängt wurde, Verschiebungen vorzunehmen. Er selbst wollte in diesen sauren Apfel nicht beißen. Die Stadt Hornberg, die die schwerstbetroffene Stadt, schon durch Bombenangriffe und jetzt noch durch die Besatzung ist, drängt bei den verschiedenen Dienststellen, dass eine Verschiebung unhaltbar war. Um diese Erleichterung in Hornberg durchführen zu können, billigte die Militärregierung, dass Gutach von seinen bis jetzt untergebrachten 300 Ausländern, 150 Ausländer abzugeben hat und dafür französische Familien, die in Hornberg untergebracht sind, aufzunehmen hat. Diese 150 Ausländer müssen nun innerhalb des Kreises untergebracht werden. (...) Als 1. meldete sich Otto Wolber, Weber, Schenkzellerstrasse; er war der Ansicht, dass die Ausländer doch da untergebracht werden sollen, wo sie während des Krieges gearbeitet haben. Die Bauern und Fabriken sollen die Ausländer aufnehmen und nicht die Allgemeinheit, die während des ganzen Krieges durch die Ausländer keinen Nutzen hatten. (...) Bürgermeister Trautwein ist ebenfalls der Ansicht wie Otto Wolber, jedoch erklärte er Herrn Wolber, dass dies nicht durchzuführen ist. Trautwein erklärte, dass er die Handlungsweise auch nicht verstehen kann und dass dieses Gebaren mit einer Demokratie, wie wir Deutsche sie kennen, nichts zu tun hat.“ (Abs-179)

Niederschrift zu Bürgerversammlung, 26.8.1948 zur „Unterbringung von Ausländern und Flüchtlingen in Schiltach“: „Der Vorsitzende [Bürgermeisterstellvertreter Fritz Dinger] erörterte genau den Sachverhalt wie sich der Gemeinderat gegen die Aufnahme der Ausländer wehrte. Er erläuterte, dass beim ersten Anruf, die Gemeinde Schiltach, von Rastatt 10 Familien mit ca. 40 Personen, aus Gutach 200 Ausländer und zusätzlich die noch ausstehenden Flüchtlinge (290) Personen aufzunehmen hat. Dass der Gemeinderat diese Zahlen nicht billigte, war ganz klar. Daraufhin begab sich Bürgermeister Trautwein und der stellv. Bürgermeister Dinger zum Landratsamt, wo sie aber die nötige Unterstützung nicht fanden. Der weitere Weg führte zum Gouvernement Militaire und nach Klarstellung der Angelegenheit wurde den beiden Herren versichert, dass die höchstens 70-80 Ausländer und die bereits zugewiesenen Flüchtlinge aufzunehmen haben. (...) Der Vorsitzende wollte somit beweisen, dass der Gemeinderat nichts unversucht ließ, um so wenig wie möglich Ausländer bzw. Flüchtlinge zu bekommen.“

Landrat Hess verwies auf die unhaltbaren Zustände in Hornberg, die eine Umverteilung von Ausländern erforderten. „Als 1. meldete sich Herr Otto Wolber, Weber, Schenkzellerstrasse und war der Ansicht, dass die Ausländer doch da untergebracht werden sollen, wo sie während des Krieges gearbeitet haben. Die Bauern und Fabriken sollen die Ausländer aufnehmen und nicht die Allgemeinheit, die während des ganzen Krieges durch die

---

Ausländer keinen Nutzen hatten. Herr Landrat Hess stimmte seiner Ansicht zu, jedoch frug er ihn, ob er ihm Namen geben kann, wer von den einstigen Arbeitgebern die Ausländer direkt angefordert habe. Es sei doch so gewesen, dass zum grossen Teil die Ausländer vom OKW. angefordert wurden und auch von denen an die einzelnen Fabriken und Bauern verteilt wurden.“ (AS-18)

<sup>62</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 2.9.1948: „Landrat Hess hofft, dass der neue Staat (Baden-Württemberg) bald gebildet wird und somit auch Schiltach der Wunsch eines Zusammenschlusses erfüllt wird.“ (Abs-179)

<sup>63</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 29.10.1948: Der Bürgermeister erklärt, eine Wiederverleihung des Stadtrecht wie in Haslach sei nicht nötig, da die Gemeindeordnung von 1935 als ungültig erklärt wurde. Deshalb „schlägt er vor, dass Schiltach ab sofort die Bezeichnung ‚Stadt‘ führt. Die Herren Gemeinderäte stimmen diesem Vorschlag einstimmig zu.“ (Abs-179)

<sup>64</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 24.11.1948: „Die Mittel zur Beseitigung der Hochwasserschäden, der Wohnungsnot, der Trinkwasserversorgung und der Schulhauserweiterung können nur durch eine ausserordentlichen Holzhib aufgebracht werden.“ (Abs-179)

<sup>65</sup> Notiz Gottlieb Trautwein, 4.6.1949: „Das Bundesgesetz das in Bonn im Mai verabschiedet wurde, sieht für die westdeutschen Staaten als Bundesfahne die Farben Schwarz-Rot-Gold vor. Zum ersten Male wieder seit 1933 wurde diese Fahne die mein persönliches Eigentum ist und von mir die ganzen Jahre über wohlbehütet wurde, am Schiltacher Rathaus anlässlich des Musikfestes am 4. Juni 1949 vorm. 8.30 Uhr wieder gehisst. Hier kann man wirklich das Lied in Anwendung bringen: ‚In Finsternis und Dunkelheit da mussten wir sie bergen, nun haben wir sie doch befreit, befreit aus ihren Särgen‘. (AS-2055b)

<sup>66</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 22.6.1949: „Der Bürgermeister gibt die bei der letzten Bürgermeisterversammlung erfolgte Mitteilung bekannt, wonach für Schiltach endgültig 300 Flüchtlinge vorgesehen sind, ohne Anrechnung der bisherigen Flüchtlinge. (...) Der Bürgermeister gibt den gegenwärtigen Stand der Ausländerunterbringung mit Wohnungsbeschlagnahmen bekannt.“ (Abs-179)

<sup>67</sup> Rede von Gottlieb Trautwein zur Wiederverleihung des Stadtrechts, 5.7.1949: „Wir freuen uns, dass Ihr hoher Besuch von dem Wunsche beseelt ist, die von den vergangenen Machthabern an Schiltach und so vielen alten Städtchen verübtes Unrecht wieder gut zu machen und auch uns das im Jahre 1935 genommene uralte Stadtrecht wieder zu verleihen. (...)

Bei der engen Berührung der Schiltacher Flösser mit der damaligen westlichen Welt braucht es uns nicht zu wundern, wenn auch bei uns die Ideale der französischen Revolution Eingang fanden und ihren praktischen Ausdruck in der führenden Beteiligung Schiltachs in der deutschen Revolution der Jahre 1848/49 fand. (...)

Wenn wir heute nur einen notorischen Arbeitslosen haben, so trübt sich das Bild durch die Nachricht, dass bei den in den Schramberger Betrieben angesagten Kündigungen auch Schiltacher sich befinden, die der englischen Konkurrenz zum Opfer fallen, die mit den uns einst geraubten Maschinen den Weltmarkt beliefern. Wer den Frieden Europas will, kann nicht ungesprochen an diesen Dingen vorübergehen ohne zu mahnen, dass nur Arbeit und Verdienst und damit eine gesicherte Existenz das Gift des Kommunismus von uns fernhalten kann.

Der zweite Weltkrieg hat auch Schiltach schwere Blutopfer gebracht. Von 553 Ausgerückten sind 128 auf den Schlachtfeldern der Welt geblieben, während über 42 Söhnen unserer Heimat noch das Dunkel des Wortes ‚Vermisst‘ schwebt. Möge gerade die Jugend aus dieser furchtbaren Erfahrung lernen, die aus einem Dauerzustand des Waffenstillstandes und nicht eines gerechten Friedens entstehen kann.

---

Die eigentlichen Kriegsschäden Schiltachs sind gering. Unter dem Einsatz Ihrer Person und Leben gelang es einer Handvoll Männer im entscheidenden Moment Zerstörungen an den Brücken, Gebäuden, vor allem an der Bevölkerung zu verhüten und so die Stadt den nachkommenden französischen Truppen ordnungsgemäss zu übergeben, was immer gewürdigt wurde. (...)

In diesem Zusammenhang richte ich die herzliche Bitte an den Herrn Staatspräsidenten vor allen Dingen Mittel und Wege zu finden, um den Flüchtlingen Eigenheime zu geben. Es ist ein unhaltbarer Zustand auf lange Sicht gesehen, diese aus ihrer Heimat Vertriebenen auf engstem Raume mit den Altbürgern zusammen zu pferchen und so eine Atmosphäre geschaffen wird, die für beide Teile nicht gut ist. (...) So arm kann kein anderer Mensch sein, der noch in seiner alten Heimat sitzt, als die Flüchtlinge. (...)

Aus der Erkenntnis heraus, dass Europa eine Schicksalsgemeinschaft gegen den die Welt überschwemmenden Amerikanismus und den Bolschewismus bilden muss, wenn es nicht zwischen den beiden Exponenten brutalster Gewalt zerrieben werden soll, freue ich mich, in Ihnen sehr geehrter Herr Gouverneur immer wieder den Mann zu finden, der auf dem Boden realer Tatsachen, den Gedanken einer deutsch-französischen Verständigung im Rahmen einer europäischen Union lebt die wir in die Völker hinaustragen wollen unter der Devise, Freiheit für alle! (...)

Mögen die Farben Schwarz-Rot-Gold das wirklich sein, was sie symbolisieren sollen

Schwarz war die Nacht aus der wir kamen,

Rot war das Blut das jenes Dunkel aus den Völkern saugte,

aber golden soll die Zukunft, die Freiheit sein!“ (AS-12)

<sup>68</sup> Bürgermeister Trautwein an Stuttgarter Zeitung, 24.9.1949: „Während in Hornberg, Hausach, Zell a/H. einen Fahnenmeer wogte, Musikkapellen spielten, Männervereine, Kongregationen; Bürgermiliz aufmarschiert waren, sogar Böllerschüsse an einem Ort nicht fehlten mit Festmahl, bildeten in Schiltach ca. 100 Schulkinder das Spalier, während vom Rathaus die badische und Schwarzrotgoldene Fahne flatterte und nur ein einziges Bürgerhaus noch eine badische Fahne zeigte. Einfacher konnte ein Staatspräsident wohl nicht mehr empfangen werden (...) Wir sind aber auch nicht auf jenem Standpunkt, dass ein Staatspräsident heutiger Prägung keine Ehre verdient, haben wir zur Genüge noch jenes Geschrei in den Ohren, das unsern ersten Reichspräsidenten Ebert als Sattlergesellen nominierte und damit die erste deutsche Republik mit Füßen trat.“ (Fra-178)

<sup>69</sup> Bürgermeister Trautwein an Emil Hackenjos, 2.10.1949: „Stellen Sie sich sehr geehrter Herr Hackenjos vor, dass wir z.B. in Schiltach zu unseren bereits vorhandenen 150 Flüchtlingen, 60 Ausländern sowie zahlreichen Evakuierten, die nicht mehr nach dem Kriege heimgingen jetzt weitere 75 Flüchtlinge und im Januar-März weitere 150 noch aufnehmen sollen. Dabei wurde seit 10 Jahren nicht gebaut, der Wohnraum also nicht vermehrt (...) Die Folge ist, dass der Bürgermeister jedes Ortes der Prellbock wird, auf dem die Alt- und Neubürger herumhämmern. Ich habe dem Herrn Landrat bereits gesagt, dass es besser wäre, er würde für diese Zeit alle Bürgermeister suspendieren und deren Platz mit einem Gendarmen besetzen, denn mit Demokratie hat das nichts mehr zu tun, was man uns jetzt zumutet. (...) Wenn der krasse Egoismus herrscht, dann allerdings bringen wir nichts fertig, als Hader und Streit zwischen Alt- und Neubürgern zu verewigen und das zu vermeiden, war der Sinn und Zweck meines Planes“.

Bei diesem genannten Plan ging es wohl um Steuererhöhungen zur Ankurbelung des Wohnungsbaus. (AS-2055b)

---

<sup>70</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung, 11.1.1950: „Der Bürgermeister gibt bekannt, dass der Kronensaal, der bisher von Ausländern belegt war, als Schulsaal freigegeben wurde und dass dieser Saal nunmehr auch für den Schulunterricht zur Verfügung steht.“ Nach Angaben des Gemeinderatsprotokolls vom 25.1.1950 lebte zuvor eine polnische Familie in dem Raum. (Abs-179)

<sup>71</sup> Bürgermeisteramt an Badisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Abt. Textil, 16.3.1950: „Wie wir soeben erfahren, sind die Verhandlungen, obige Firma [Kumpf] in Schiltach zu halten und nicht nach Alpirsbach abwandern zu lassen daran gescheitert, weil der Firma Kumpf ein notwendiger Staatskredit verweigert wurde. (...) Um auch von uns aus Klarheit über die Endentscheidung des Staatsministeriums zu haben, wären wir Ihnen dankbar zu erfahren, weshalb die zugesagte Bewilligung eines Staatskredites an die Firma Kumpf wieder zurückgezogen wurde.“ (AS-586)

<sup>72</sup> Standpunkt der Gemeinde Lehengericht, 17.7.1952: „Auf den Eingemeindungsantrag, den die Stadt Schiltach im Jahr 1932 einreichte, kam am 30.1.1933 hier eine Kommission des Bad. Landtags an, die mit der Klärung der Sachlage beauftragt war. Darunter u.a. die Herren Landtagsabgeordneten Justizrat Haas (Zentrum) und Nussbaum (SPD) (...) Diese Kommission überzeugte sich ferner davon, dass die beiden Gemeinden in ihrer Entwicklung gegenseitig in keiner Weise gehemmt seien und dass gleiche Struktur in keiner Weise vorliege. Die Kommission überzeugte sich insbesondere davon, dass eine Ehe dieser beiden Gemeinden sehr bald eine unglückliche Ehe sein müsse, die bestimmt wieder zur Ehescheidung führen müsse, weil zuviel ungleiche Aufgaben, zuviel Reibungspunkte und zuviel Sonderinteressen vorhanden seien (...) Leider wurde dann der Bad. Landtag aufgelöst, sonst wäre bestimmt der Antrag der Stadt Schiltach auf Eingemeindung von Lehengericht vom Landtag endgültig abgelehnt worden.“ (AL-1039)

<sup>73</sup> Landratsamt Wolfach an Bürgermeisteramt, 8.5.1953: „Wir ersuchen um umgehende Übersendung – spätestens bis 15.5.53 – einer Aufstellung der auf den einzelnen Gemeinde-Gemarkungen gelegenen Grundstücke, die im Eigentum der NSDAP oder einer der ihr angeschlossenen Organisationen standen. (...) Falls das Grundstück von einer deutschen Dienststelle oder einer Privatperson benutzt wird, ist anzugeben, seit welcher Zeit diese das Grundstück benützen.“ In einem Vermerk vom 9.5.1953 stellt Schiltach „Fehlanzeige“. (AS-292)

<sup>74</sup> Bürgermeisteramt an Eduard Trautwein, 24.8.1959: „Wir haben die Absicht die Aussenfassade und Malerei am Rathaus aufzufrischen, nachdem sich allerhand Schmutz festgesetzt hat. Die verdeckte Schrift, die jetzt wieder sichtbar wird, soll dabei bei diesen Arbeiten so behandelt werden, daß sie nicht mehr hervortritt.“ (AS-566)